



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Frohe Weihnachten Ihnen allen
und alles Gute fürs Neue Jahr!

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Landsleute,

wir wünschen Ihnen und den Ihren wunderschöne, fröhliche Weihnachten und alles erdenklich Gute fürs Neue Jahr, vor allem Gesundheit!

Uns wünschen wir, daß Sie auch 2019 unser Informationsangebot nutzen und vielleicht Verwandte und Freundinnen und Freunde auf unser „Österreich Journal“ aufmerksam machen – und danken Ihnen dafür!

*Liebe Grüße aus Wien
Michael Mössmer*

Der Inhalt der Ausgabe 180

Klimakonferenz COP24	3	»Burgenland Journal«	
1918/2018: Bundespräsident bei Gedenkfeier in Paris	7	Jugendliche und Zeitzeugen setzen gemeinsam ein Zeichen	80
Österreich stellt sich seiner Vergangenheit	9	Gedenkveranstaltung Lackenbach	81
Kurz: »Unserer historischen Verantwortung gerecht werden«	15	Gedenken an die Opfer des Krieges und des Faschismus	82
Kurz: Handelsbeziehungen mit Afrika verstärken	17	5 Punkte-Plan für mehr Sicherheit	83
25 Jahre Anerkennung der Roma als Volksgruppe	20	Landesbudget für 2019	85
Aus dem Außenministerium	24	Eisenstadt auf Erfolgskurs halten	86
#EuropeForCulture	30	Oberwart baut Schulden ab	87
Eröffnung des Österreichischen Kulturforums Sarajewo	31	Mattersburgs Budget	88
Positives EU-Stimmungsbild	32	Niessl gratulierte »Wolf Nudeln«	89
Ausschusses der Regionen zu Gast im Burgenland	33	Eisenstädter »Martinus-Glocke	90
Brüssel: Kärnten gab den Ton an	34	50.000 Notenblätter digitalisiert	91
Niederösterreich und Südmähren	35	»Die Zauberflöte« im Steinbruch	92
Oö. Landtag in der Vojvodina	36	Burgenland Extrem Trail	94
Salzburgs Jugend rappt	37	-----	
Sloweniens Außenminister in Graz	38	Wachstum zum Jahreswechsel	95
»EUSALP bündelt Kräfte«	39	Industriell starke Bundesländer knacken 3%-Wachstum	96
39. IBK-Regierungschefkonferenz	41	Leichte Konjunktur-Abschwächung	97
Wien für Expats hochattraktiv	42	BMW Z4 »Made in Austria«	98
Bundesländer vom Brexit unterschiedlich stark betroffen	43	Eine Seilbahn für Graz	100
Paying Taxes 2019	44	»100 Jahre Oberösterreich«	102
»AltösterreicherInnen« in Wien	45	ÖsterreicherInnen zufrieden	105
Von Regine Gottlieb.	45	Das wünschen sich die ÖsterreicherInnen zu Weihnachten	106
Lore Segal und David Lapp	49	Weintaufe 2018	108
Bundesratspräsidentin empfängt PaN-Vorstand	51	Kurz: Dank an Arik Brauer	109
PaN: Ausklang eines wieder erfolgreichen Jahres	53	Personalia	110
NÖ in der Emilia-Romagna	56	Adventempfang im Bundeskanzleramt	115
WHO kürt NÖ Vorzeigeeinitiative	57	Stift Göttweig: Dankgottesdienst	116
Wohnen wie ein Rockstar	58	Quantenkryptographie ist bereit für das Netz	117
Hochschulallianz ARQUS	59	Neue Lasertechnik für chemische Sensoren in Mikrochip-Größe	119
Schulen erfolgreich bei Erasmus+	60	Kreisel schafft die Infrastrukturkosten für Schnelladen ab	120
Austrian Fashion Greets Turkey	61	wolkenfarm St. Pölten	122
Papst empfängt Missio Österreich	63	Älteste Heilige identifiziert	123
Gutruf-Ausstellung in Rom	64	Das Haus der Geschichte Österreich ist eröffnet	125
Gold für Michael Hartl	66	SCHÄXPIR Jubiläumsausgabe	131
»100 Jahre Republik Österreich«	70	Thomas Spitzer – Rockomix ein Leben lang!	132
Parlamentarische Dokumente von vor 100 Jahren sind online	79		



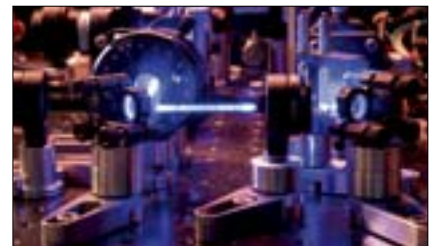
Holocaust-Überlebende im Parlament 15



»100 Jahre Republik Österreich« 70



Wachstum zum Jahreswechsel 95



Quantenkryptographie bereit fürs Netz 117



Haus der Geschichte Österreich 125

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 1: bilderbox.com; S. 2: BKA / Andy Wenzel; HBF / Carina Karlovits und Peter Lechner; Österreichischen Nationalbank; ÖAW / IQQI; Haus der Geschichte Österreich / Hertha Hurnaus

Klimakonferenz COP24 in Katowice

Bundespräsident Alexander Van der Bellen appellierte für mehr Klimaschutz und stellte seine COP 24-Initiative vor.



Gruppenfoto von der Eröffnung der Klimakonferenz COP24 in Katowice

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat sich am 3. Dezember bei seiner Rede bei der offiziellen Eröffnung der Klimakonferenz COP24 in Katowice in Polen prominente Unterstützung geholt. Nach wenigen Minuten übergab er „seinem Freund“ Arnold Schwarzenegger für einen „Pep-Talk“ das Wort, der wiederum das Plenum beschwor, künftig mehr lokale Akteure beim Klimaschutz mit an Bord zu holen.

Bevor der Bundespräsident – außer Protokoll – das Wort übergab, appellierte auch er an die Delegierten für mehr Maßnahmen zum Klimaschutz: „Wir sind die erste Generation, die mit schnell ansteigenden Temperaturen konfrontiert ist – und wir sind wahrscheinlich die letzte, die etwas dagegen tun kann“, sagte Alexander Van der Bellen.

Der Bundespräsident stellte vor den Delegierten seine COP24-Initiative vor. Der Appell für mehr Klimaschutz wurde inzwischen von 18 europäischen Staatsoberhäuptern bzw. Regierungschefs unterzeichnet. Van der Bellen kann sich vorstellen, daß die-

ses Netzwerk auch nach der COP24 bestehen bleibt.

Arnold Schwarzenegger betonte in seiner Rede, daß nicht die ganzen USA aus dem Klimavertrag ausgestiegen seien. Washing-

ton sei zwar „ein wenig hintennach“, doch die Wissenschaftler sowie viele Gouverneure und Bürgermeister hätten den Klimavertrag nicht gekündigt. Zudem habe in den USA bei den Umweltgesetzen und Initiativen der Bund



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit »seinem Freund« Arnold Schwarzenegger

Österreich, Europa und die Welt



Bild oben (v.l.): Pacôme Moubelet Boubeya, Außenminister von Gabun, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, UNFCCC-Exekutivsekretärin Patricia Espinosa, Polens Premierminister Mateusz Morawiecki, Polens Staatspräsident Andrzej Duda und António Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Bild links: Bundespräsident Alexander Van der Bellen stellte seine COP 24-Initiative vor.

aber strittig. Antonio Guterres verwies darauf, daß nach derzeitigem Stand viele Staaten ihre Zusagen von Paris nicht einhielten. „Wir sind in Schwierigkeiten, wir sind in großen Schwierigkeiten.“ Der Treibhausgas-Ausstoß hat 2017 erneut einen Rekord erreicht. „Wenn wir versagen, werden die Arktis schmelzen, die Korallen verschwinden und die Kosten für Naturkatastrophen explodieren“, warnte der UN-Generalsekretär.

Die Konferenz in Katowice läuft zwei Wochen. In der hatten vor allem die zahlreichen Nichtregierungs-Organisationen berichtet und Arbeitsgruppen die Runde der Minister vorbereitet. Diese sollen in der zweiten Woche die entscheidenden Vereinbarungen erreichen. Österreich kommt während der COP24 durch den EU-Vorsitz eine besondere Bedeutung zu, denn dadurch hat es die Aufgabe, die EU-Staaten so zu koordinieren, daß sie eine geschlossene Haltung einnehmen. Bundespräsident Van der Bellen war in der Anfangsphase in Katowice, zuvor hatte er bereits seine Initiative gestartet, die als gemeinsamer Appell europäischer Staatsoberhäupter zum Erfolg des Gipfels beitragen sollte.

Bundespräsident warnte vor »globalem Klimakollaps«

Der Bundespräsident hat dann am 4. Dezember den Stand der österreichischen Wirtschaftskammer eröffnet. Österreich zähle bei sauberer Technologie und Energie zu den

viel weniger Einfluß. „70 Prozent wird auf lokaler Ebene entschieden“, sagte Schwarzenegger. Und dort seien auch enorme Fortschritte zu sehen.

An der Klimakonferenz übte der Weltstar und ehemalige US-Politiker auch Kritik, diese hätte gerade gegenüber den lokalen Akteuren beim Klimaschutz „einen blinden Fleck“. „Aber dort ist die Action“, unterstrich der ehemalige Gouverneur von Kalifornien. Bei der kommenden COP25 sollten demnach auch mehr dieser Akteure geladen und gehört werden. „Dann verspreche ich auch: I’ll be back“, zitierte der Schauspieler erneut aus seinem Film „Terminator“.

COP24-Treffen »entscheidend« für den Welt-Klimavertrag

Zum Auftakt des Klimagipfels COP24 in Katowice hat die Weltgemeinschaft dem Treffen die entscheidende Rolle für die Umsetzung des Pariser Abkommens von 2015 zugewiesen. „Katowice ist die wichtigste Konferenz seit Paris“, sagte UN-Generalsekretär

Antonio Guterres zu den Teilnehmern aus fast 200 Ländern.

Hier müßten die Zusagen aus Paris überprüfbar gemacht werden: „Für viele Länder ist es eine Frage von Leben und Tod“, betonte Guterres. Der polnische Präsident Andrzej Duda sagte: „Ohne Erfolg in Katowice kann der Vertrag von Paris die Erwartungen nicht erfüllen.“

Zum einen geht es in Katowice darum, die Pariser Zusagen der einzelnen Staaten zu sammeln und vergleichbar zu machen. Dafür soll es ein Regelbuch geben. Die Fortschritte sollen außerdem überprüft und transparent gemacht werden. Zudem muß die finanzielle Unterstützung der ärmsten Staaten nach dem angekündigten Ausstieg der USA aus dem Klimaabkommen gesichert werden. Ferner soll es zumindest Signale geben, daß man seine Anstrengungen verstärken will. Das ist nötig, um das in Paris verankerte Ziel, die Erderwärmung deutlich unter zwei Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit zu halten, erreichen zu können. Alle diese Fragen sind

Österreich, Europa und die Welt

Spitzenländer der Welt, „jetzt muß es nur noch angewendet werden“. Er warnte mit den Worten „wir stehen vor dem globalen Klimakollaps“ erneut vor der enormen Gefahr des Klimawandels. Die gute Nachricht sei aber, daß inzwischen die nötige Technologie bereit stehe, um die Gefahr einzudämmen. Österreich zähle hierbei zu den führenden Ländern. Der Sektor sei aber nicht nur für das Klima, sondern – mit seinen zehntausenden Arbeitsplätzen – auch für die Wirtschaft von Bedeutung, meinte der Bundespräsident. Auf dem Stand werden Projekte österreichischer Unternehmen präsentiert, die in Sachen Klimaschutztechnologie vorbildlich sind.

Bundespräsident besuchte auch »Climate Hub« von Greenpeace

Der Bundespräsident ist weiterhin „gemäßigt zuversichtlich“, daß die Delegierten zu einem positiven Ergebnis kommen. Es gibt einen Konsens darüber, daß etwas geschehen muß“.

Hauptaufgabe der Konferenz ist es, die 2015 in Paris von den Staaten beschlossene Verpflichtung, die Erderwärmung nach Möglichkeit auf 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen, in konkrete Maßnahmen umzusetzen und in einem Regelbuch festzumachen. Zwar gäbe es hierfür noch unterschiedliche Positionen bei den einzelnen Ländern, doch glaubte Van der Bellen, daß dies trotz „Mühen auf der Ebene“ noch gelingen werde.

Neben seinen Treffen mit Politikern besuchte der Bundespräsident auch das Veranstaltungszentrum „Climate Hub“ von Greenpeace. „Der Besuch des österreichischen Bundespräsidenten ist ein starkes Zeichen an die Zivilgesellschaft“, sagte Annabella Rosemberg, Programmdirektorin von Greenpeace International.

Alexander Van der Bellen traf sich dabei auch mit Vertretern der Pazifischen Inselstaaten und einem Team von Greenpeace Rußland, das durch die Erderhitzung verursachte Waldbrände bekämpft. „Während die Regierungen untätig sind, stehen diese Menschen mit vollem Engagement für mehr Klimaschutz ein“, unterstrich Rosemberg.

Zudem begrüßte die Programmdirektorin die internationale Initiative des Bundespräsidenten für mehr Klimaambition, die bereits von 18 weiteren Staats- und Regierungschefs unterstützt wird: „Der Handlungsauftrag von Alexander Van der Bellen ist unmißverständlich: Um das Pariser Klimaziel von höchstens 1,5 Grad Celsius Erderhitzung noch errei-



Bundespräsident Alexander Van der Bellen und António Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen.

chen zu können, müssen alle Staaten ihre Klimaschutzpläne noch vor deren Inkrafttreten 2020 erheblich verbessern.“

Außerdem nahm der Bundespräsident an der „Katowice Partnerschaft für E-Mobilität“ teil. Dort er die Wichtigkeit, den Verkehr nach und nach auf E-Mobilität umzustellen – auch in Österreich, wo der Straßenverkehr mit rund einem Drittel der Gesamtemissionen Klimasünder Nummer eins ist. Alexander Van der Bellen war überzeugt, daß sich diese Technologien durchsetzen werden. Für große Autohäuser seien Elektrofahrzeuge auch bereits „längst keine Zukunft mehr, sondern Realität“.

Köstinger: »Wir sind hier, um das Abkommen von Paris mit Regeln zu versehen.«

Am 10. Dezember involvierten sich auch die politischen Entscheidungsträger der Staatengemeinschaft. Unter österreichischem Ratsvorsitz vertraten dabei Nachhaltigkeitsministerin Elisabeth Köstinger und EU-Kommissar Miguel Canete die EU-Staaten. „Wir sind hier, um für die Umsetzung des Abkommens von Paris konkrete Regeln zu erarbeiten“, sagte Köstinger bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Canete. „Wir brauchen ein Arbeitsprogramm und ein Regelbuch für das Pariser Abkommen, auf das



Der Bundespräsident bei seinem Besuch des »Climate Hub« von Greenpeace

Österreich, Europa und die Welt

sich am Ende alle Staaten einigen müssen“, so Köstinger. Durch das Konsensprinzip werde das eine komplexe und schwierige Aufgabe, da es unter den 196 Vertragsparteien keine Gegenstimme geben darf.

Der jüngste IPCC-Report, so Köstinger weiter, habe unmißverständlich klar gemacht, daß die Staatengemeinschaft dringend handeln müsse, um den Klimawandel aufzuhalten. Im geplanten Regelbuch soll definiert werden, wie die Beiträge und Ziele der Vertragsstaaten in einem standardisierten Prozeß vergleichbar gemacht werden können. Auch Berichts-Systeme werden auf technischer Ebene in Katowice verhandelt. „In der ersten Woche sind durch die Experten wichtige Fortschritte erzielt worden“, so Köstinger. „Entscheidend wird dennoch sein, wie weit wir nun in der zweiten Woche auf politischer Ebene kommen können. Da haben wir noch einen langen Weg vor uns.“

Köstinger appellierte dementsprechend auch an alle 196 teilnehmenden Staaten. „Wir werden von allen Seiten ein erhebliches Maß an Bewegung in den Positionen brauchen, um zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen zu können.“ Der finale Text darf durch keinen der teilnehmenden Staaten beansprucht werden, um erfolgreich zu sein.

Die Ambition der europäischen Staaten stehe außer Frage, so die EU-Chefverhandlerin Köstinger. „Europa ist Vorreiter in den Bemühungen, dem Klimawandel entschlossen entgegen zu treten. Wir brauchen aber alle anderen Staaten der Weltgemeinschaft ebenso, um die globale Klimaerwärmung aufzuhalten.“

Rabmer-Koller: »Wir präsentieren Lösungen in Katowice«

Organisiert wurde der Österreich Pavillon von der Aussenwirtschaft Austria der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ). 43 heimische Unternehmen und Institutionen präsentierten sich damit erstmals im Herzen der COP, parallel zu den offiziellen Verhandlungen. Auf einer Ausstellungsfläche von knapp 150 m² wurden in den beiden Wochen von insgesamt 128 ExpertInnen Technologien, Dienstleistungen und Best-Practice-Modelle zu Klimaschutz, Energie und Umwelt vorgestellt. Bei den Veranstaltungen am Österreich Pavillon standen die Exportsteigerung innovativer Technologien und der Wissenstransfer mit internationalen Wissenschaftlern und Klimaorganisationen im Fokus.

WKÖ-Vizepräsidentin Rabmer-Koller erklärte, wie wichtig es ist, genau diese Lösungen hier in Katowice zu präsentieren: „Am



Foto: BMNT / Paul Gruber

Nachhaltigkeitsministerin Elisabeth Köstinger und EU-Kommissar Miguel Arias Cañete bei ihrer gemeinsamen Pressekonferenz am 10. Dezember in Katowice



Foto: HBF / Peter Lechner

v.l.: EU-Kommissionsvizepräsident Maros Šefčovič, die Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), Ulrike Rabmer-Koller, und Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei der Eröffnung des Pavillons der Aussenwirtschaft Österreich

Österreich-Pavillon stehen die Innovationen und Unternehmen im Vordergrund. Uns geht es darum, die Leistungen sowohl auf technischem als auch wissenschaftlichen Gebieten sichtbar zu machen. Die Lösungskompetenz der privaten Unternehmen schafft eine Win-Win-Situation und ist der Schlüssel zum Erreichen der Klimaziele. Wirtschaft und Industrie sind nicht das Problem, sondern die Lösung.“

EU-Kommissionsvizepräsident Maros Šefčovič, er ist auch Kommissar für die Energieunion, lobte die hohe Kompetenz der österreichischen Unternehmen im Bereich

Green Technologies und erneuerbare Energien.

Der hohe Besucherandrang bestätigte das Interesse an der Lösungskompetenz von österreichischem Know-how. Die inhaltliche Ausrichtung des Österreich-Pavillon und die Präsentation österreichischer Gastfreundschaft wurden von der internationalen Klimacommunity mit hohem Interesse aufgenommen. ■

<https://bundespraesident.at/aktuelles/detail/news/climate-ambition/>

<https://www.bmnt.gv.at/>

<http://wko.at/aussenwirtschaft>

Quellen: APA/Reuters/PRK/BMNT/WKÖ

1918/2018: Bundespräsident bei Gedenkfeier in Paris

»Man muß sich erinnern, wohin der Nationalismus der 30er-Jahre geführt hat.« Bundespräsident Alexander Van der Bellen sieht das Gedenken an die kriegerischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts heute wichtiger denn je.



Foto: European Union, 2018 / Etienne Ansotte

Die rund 70 Staats- und Regierungschefs auf dem gemeinsamen Weg zum Ort der Feierlichkeiten zum Gedenkjahr 1918/2018 in Paris

Bundespräsident Alexander Van der Bellen sieht das Gedenken an die kriegerischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts heute wichtiger denn je. Mit Blick auf die Spannungen in der internationalen Politik betonte Alexander Van der Bellen am 11. November in Paris: „Gerade dann muß man sich erinnern, wohin der Nationalismus der 30er-Jahre geführt hat.“

Der Bundespräsident dankte seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron dafür, daß er den 100. Jahrestag des Weltkriegs zusammen mit Vertretern auch der damals besiegten Staaten begeht. „Ich finde es schon wichtig, dieses Ereignis so zu begehen und ich bin Präsident Macron dankbar, daß er dies in dieser Weise macht“, sagte Van der Bellen vor österreichischen Journalistinnen.

Knapp 70 Staats- und Regierungschefs nahmen an einer großen Gedenkfeier beim



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (r.) und seine Frau Doris Schmidauer wurden von Staatspräsident Emmanuel Macron und dessen Frau Brigitte Trogneux willkommen geheißen.

Österreich, Europa und die Welt

Pariser Triumphbogen teil, die Macron im Zeichen des Friedens begehen wollte. „Daß so viele kommen, ist wichtig“, betonte Alexander Van der Bellen. Er wies darauf hin, daß auch einige außereuropäische Staats- und Regierungschefs dabei seien, „denn es war ja ein Weltkrieg“. Und der plädierte auch dafür, die richtigen Lehren aus den damaligen Ereignissen zu ziehen. Der Waffenstillstand zwischen den Alliierten und Deutschland sei zwar „ein Ende des Tötens“ gewesen, „aber die nächsten 20 Jahre bis zum Zweiten Weltkrieg waren geprägt von Zerstörungen aller Art, die auch aus den irreführenden Friedensverhandlungen resultierten“, sagte der Staatsoberhaupt mit Blick auf die maßgeblich von der Siegermacht Frankreich bestimmten Friedensverhandlungen mit den unterlegenen Staaten wie Deutschland, Österreich oder Ungarn.

„Daraus kann man schon sehr viel lernen“, sagte Alexander Van der Bellen. Nach dem Zweiten Weltkrieg habe Westeuropa „die entsprechenden Lehren gezogen“, was dann in das gemündet sei, „was heute die Europäische Union ist“.

Als „sehr interessante Idee“ bezeichnete Alexander Van der Bellen das von Emmanuel Macron anlässlich des Jahrestages erstmals veranstaltete Friedensforum in der französischen Hauptstadt. Der Bundespräsident sagte unter Verweis auf das Weltwirtschaftsforum in Davos, daß es „auf verschiedenen Ebenen solche Meetings“ gebe. „Aber im Bereich der Friedenspolitik, der ausdrücklichen Fokussierung Frieden, fehlt so etwas eigentlich international. Ich hoffe, daß sich diese Idee bewährt“, so Van der Bellen, der wie zahlreiche andere Staats- und Regierungschefs am Nachmittag an diesem Forum teilnahm.

Nach dessen Eröffnung standen die Staats- und Regierungschefs am Nachmittag Schlange, um Bücher „abzugeben“. Auf Aufforderung von Präsident Emmanuel Macron sollte jeder Staatsgast ein Werk für eine „Friedensbibliothek“ mitbringen. Alexander Van der Bellen spendete Karl Kraus' „Letzte Tage der Menschheit“.

„Es ist ein Drama des Ersten Weltkriegs, eine Polemik, eine realistische Schilderung, eine Mischung aus beidem. Ich fürchte, es ist nicht überholt, es ist aktueller denn je“, begründete Van der Bellen seine Wahl in einem kurzen Videostatement für die Organisatoren der Konferenz. Er übergab das Buch im deutschen Original und der französischen Übersetzung.

Das Friedensforum war von Macron ins Leben gerufen worden, um nach Wegen für eine dauerhafte Bewahrung des Friedens zu suchen. Ein Großteil der Staats- und Regie-

rungschefs, die am Vormittag bei der Gedenkfeier zum 100. Jahrestag des Weltkrieges teilgenommen hatten, kamen zur Auftaktveranstaltung des Forums in einer großen Ausstellungshalle. Nicht dabei war US-Präsident Donald Trump.

An mehreren Plätzen in der Halle wurde am Abend gleichzeitig diskutiert, Herzstück war dabei eine kreisrunde „Agora“, um die BesucherInnen rundherum saßen. Die eigentliche „Friedensarbeit“ sollte aber an den zwei darauffolgenden Tagen stattfinden, wo in ExpertInnengesprächen nach konkreten Lösungen gesucht wurde. Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel, die die Eröffnungsrede gehalten hatte, äußerte die Hoffnung, daß das Friedensforum keine „Eintagsfliege“ bleiben und jährlich stattfinden möge. ■

<http://www.bundespraesident.at>

Quelle: apa/prk



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit dem Buch »Die letzten Tage der Menschheit« von Karl Kraus in deutscher und französischer Sprache und – im Bild unten 3. v.r. – im Kreise der Staats- und Regierungschefs beim Friedensforum



Foto: European Union, 2018 / Eirinne Ansoffe

Österreich stellt sich seiner Vergangenheit

Gemeinsames Bekenntnis bei Empfang für Holocaust-Überlebende im Parlament – Sobotka bittet österreichische Shoah-Überlebende um Verzeihung – Kurz: Österreich von heute ist ein anderes Österreich



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

Blick über VeranstaltungsteilnehmerInnen – am Rednerpult ist Rabbi Arthur Schneier

Österreich hat sich lange im Selbstverständnis, ein ‚Opfer‘ des Dritten Reichs gewesen zu sein, seiner Verantwortung gegenüber den wirklichen Opfern ent schlagen – in Fragen der Restitution und der Wiedergutmachung genauso wie im Verhältnis zum Staat Israel“. Erst spät und zögerlich seien relevante Schritte gesetzt worden. Die wiedererstandene Republik Österreich habe nach 1945 kein Ruhmesblatt für sich geschrieben. Das betonte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 9. November anlässlich des Empfangs für österreichische Shoah-Überlebende aus Israel, die sich auf Einladung der Bundesregierung in Wien aufhielten. Der Empfang fand im Großen Redoutensaal in der Hofburg zum Gedenken an die Novemberprogrome vor 80 Jahren statt.

Sobotka: Österreich hat sich verändert

Viele ÖsterreicherInnen hätten Schuld auf sich geladen. Der Sobotka drückte in diesem

Zusammenhang sein tiefes Bedauern darüber aus, daß man sich zu keinem Zeitpunkt dazu durchgerungen hat, jene, die vertrieben wurden, zur Rückkehr in die alte Heimat, zur Rückkehr in ihr altes Eigentum einzuladen. „Als oberster Repräsentant der österreichischen Volksvertretung Ihrer Geburtsheimat“, so Sobotka an die anwesenden Überlebenden der Shoah persönlich gerichtet, „empfinde ich vor diesem Hintergrund die moralische Verantwortung, mich in aller Demut und mit allem Respekt vor Ihnen zu verneigen und Sie für Österreich um Verzeihung zu bitten.“

Dennoch habe sich Österreich verändert, unterstrich Sobotka, auch wenn niemand ersetzen könne, was den Betroffenen damals angetan und geraubt wurde. Er hob vor allem die hervorragende Arbeit des Nationalfonds der Republik Österreich für die Opfer des Nationalsozialismus unter der Leitung von Hannah Lessing hervor. Zudem sei es ihm wichtig, daß nun mit einem neuen Staatsbür-

gerschaftsrecht sichergestellt werde, daß jeder und jede, die einmal ÖsterreicherInnen waren, auch heute wieder ÖsterreicherInnen sein können – einschließlich ihrer Nachfahren.

Als ein markantes, sichtbares und berührendes Zeichen dieser Änderung wies der Nationalratspräsident auf die Lichtinstallation auf der Fassade des Büroturms einer Versicherung in Wien hin, mit der dieser Tage an die Opfer der Shoah gedacht wird. An der Stelle, wo der Büroturm heute steht, lebten im Jahr 1928 Bürgerinnen, die allein aus dem Grund, weil sie JüdInnen waren, deportiert, gedemütigt, gefoltert und ermordet wurden. Die Namen dieser 68 Menschen scheinen nun mittels dieser Lichtinstallation auf – eine Kooperation der Versicherung mit einer Bank und dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands. Dieses privat organisierte Gedenken stehe symbolisch für alle 66.000 ermordeten ÖsterreicherInnen, sagte

Sobotka, verbunden mit einer klaren Botschaft: „Niemals wieder dürfen Verhetzung und Haß unser Land und unsere Gesellschaft derart bestimmen und zu Taten verleiten, die gegen alles gehen, was uns als Menschen ausmacht“. Sobotka dankte auch Kurt Yakov Tutter, der immer an sein Projekt der Shoah Namensmauern Gedenkstätte geglaubt hat, welches nun realisiert werde. Damit werden den 66.000 in der Shoah ermordeten jüdischen Kinder, Frauen und Männer aus Österreich ihre Namen, ihre Identität, im öffentlichen Raum wiedergegeben.

Einmal mehr appellierte der Nationalratspräsident, sich der Geschichte zu stellen, denn wer das nicht tue, den stelle die Geschichte. Sich zu erinnern, eröffne die Chance, aus der Vergangenheit die richtigen Schlüsse zu ziehen. Zu gedenken, gebe dem Vergangenen für Gegenwart und Zukunft Bedeutung und Relevanz, so der Nationalratspräsident.

Talya Lador-Fresher: Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart

Die Botschafterin Israels, Talya Lador-Fresher, unterstrich in ihren Grußworten die guten Beziehungen zwischen Israel und Österreich. Die nun anwesenden Überlebenden der Shoah sind für sie eine Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Lador-Fresher erinnerte an die November-Pogrome und schloß mit einem Gedicht des jüdischen Poeten Jehuda Amichai.

Viele VertreterInnen des offiziellen Österreich und der Glaubensgemeinschaften beim Empfang

Sobotka konnte bei dem Empfang Bundespräsident Alexander Van der Bellen, den Präsidenten der Vereinigung österreichischer PensionistInnen in Israel, Gideon Eckhaus, Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska sowie die Zweite und Dritte Nationalratspräsidentin Doris Bures und Anneliese Kitzmüller, weiters Bundeskanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Heinz-Christian Strache, als Vertreter der Glaubensgemeinschaften Kardinal Christoph Schönborn, Bischof Bünker, den Präsidenten der islamischen Glaubensgemeinschaft Ibrahim Olgun und Metropolit Arsenios und die Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, Hannah Lessing, begrüßen.

Der Aufruf zu einem gemeinsamen Bekenntnis „Nie wieder“ und zu einem Zusammenleben in Frieden und gegenseitigem Respekt stand im Zentrum der Rede von Rabbi Arthur Schneier aus New York. Der in



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka



Rabbi Arthur Schneier

Wien geborene Rabbiner überlebte mit seiner Mutter den Krieg in Ungarn. Sein Großvater, Joseph Schneier, wurde 1941 nach Theresienstadt und von dort in ein Todeslager bei Lublin deportiert. Seine Großeltern in Ungarn, die 1944 deportiert wurden, fanden den Tod in Auschwitz-Birkenau. „Wenn ich ihre Gräber besuchen will, muß ich die Krematorien dort besuchen“, sagte Rabbi Schneier.

Bundeskanzler Sebastian Kurz bekräftigte in seiner Rede die historische Verantwortung Österreichs und zeigte sich in diesem Sinn erfreut, über die bevorstehende Errichtung einer Gedenkstätte in Wien mit den Namen der in der NS-Zeit ermordeten 66.000 jüdischen Kinder, Frauen und Män-

ner aus Österreich. Ein wesentlicher Teil der Kosten des von Kurt Yakov Tutter initiierten Projekts wird vom Bund übernommen.

Rabbi Arthur Schneier: Nur gemeinsam können wir den Hass überwinden

„Ich bin ein Wiener, aber ich wurde aus Wien vertrieben. Ich habe Wien jedoch nie verlassen“, sagte der Rabbi zu Beginn seiner Ansprache. Er sei diesmal mit besonders schwerem Herzen und voller Schmerz nach Wien gereist – nach einem Besuch im trauernden Pittsburgh und bei den Trauernden der Synagoge „Ets Chajim – Baum des Lebens“. Das Massaker in Pittsburgh habe ihn an die unzähligen Wiener JüdInnen erinnert, die ermordet wurden, und an die Syna-

Österreich, Europa und die Welt



Kurt Yakov Tutter, Urheber des Shoah Namensmauern Gedenkstätte Projekts und Generalsekretär des Vereins für die Errichtung der Gedenkstätte, am Rednerpult

goge seiner Wiener Kindheit, den Polnischen Tempel in der Leopoldsgasse. Er habe miterlebt, wie die Synagoge in der Nacht von 9. auf 10. November 1938 in Brand gesteckt wurde. Wenige Tage vor seinem achten Geburtstag sei seine schöne Kinderwelt in Wien zusammengebrochen, erinnerte sich Rabbi Schneier. Über Nacht wurde er zum Außen-seiter in seiner Heimatstadt.

Als Überlebender des Holocaust sehe er sich besonders verpflichtet, für eine friedliche Koexistenz zu arbeiten. „Die Narben sind da, aber es war auch mein fester Entschluß, Brücken des Verstehens zu bauen und jedes Mitglied der Menschenfamilie zu respektieren, ohne Ansehen von Glauben, Rasse, von Mehrheit oder Minderheit.“ Die

1965 von ihm gegründete Conscience Foundation, ein Zusammenschluß von Führungs-
persönlichkeiten aus Wirtschaft und den Religionen, trage dazu bei, Religionsfreiheit, Menschenrechte und das wechselseitige Verständnis sowie die Beziehungen von Mensch zu Mensch zu stärken und insbesondere religiöse Stätten als Teil eines kostbaren kulturellen und zivilgesellschaftlichen Erbes zu schützen. Gemeinsamkeit sei dabei zentral, denn, so sagte Rabbi Schneier: „United we prevail – divided we fail. Vereint gegen den Hass werden wir bestehen. Entzweit werden wir untergehen.“

Er sei in seinem Leben Zeuge der Bestie Mensch, aber auch des Besten im Menschen geworden. Er glaube jedoch fest daran, daß

das Beste im Menschen die Oberhand behalten wird. Es gelte, sich von der Vergangenheit nicht lähmen zu lassen. Er habe Wien als eine Stadt kennengelernt, die eine Brücke zwischen Ost und West sein kann, als Ziel und Durchgangsort für Flüchtlinge, etwa 1956 aus Ungarn und später. Für die JüdInnen, die aus Rußland emigrieren konnten, war Wien ein wichtiger Durchgangspunkt auf ihrem Weg nach Israel. Auch die Vereinten Nationen sehen Wien als eine Brücke, unterstrich Rabbi Schneier.

Die Bibel verpflichte zur Erinnerung an Amalek, die Feinde des jüdischen Volkes und deren Nachfolger, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben. Die Leugnung des Holocaust schmerze die Überlebenden des Holocaust in besonderem Masse. Nach den Erfahrungen des Holocaust habe er nicht gedacht, daß noch einmal über das Thema Antisemitismus gesprochen werden müsse. Leider habe er sich geirrt. Dem Antisemitismus würden aber nicht nur JüdInnen Opfer fallen, gab der Redner zu bedenken. Antisemitismus sei vielmehr ein Indikator dafür, wie eine Gesellschaft andere religiöse und ethnische Minderheiten handle. Rabbi Schneier erinnerte an die Worte im dritten Buch Moses: „Bleibe nicht untätig angesichts des Blutes deines Nächsten.“ Schweigen sei keine Lösung, es ermuntere lediglich die Täter.

Die Appeal of Conscience Foundation habe daher eine Versammlung der Einheit gegen den Haß in seiner Synagoge, der Park East Synagogue, zusammengebracht, um jede Form des Hasses zurückzuweisen. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, habe dabei zum verstärkten Kampf gegen Antisemitismus aufgerufen und ebenso wie geistliche Anführer von katholischen, protestantischen, griechisch-orthodoxen und muslimischen Gemeinden erklärt: „Wir stehen vereint“. Die Geschichte lehre, daß Uneinigkeit und Spaltung, Teilung und Haß die falschen Antworten auf die vielfältigen Fragen seien, die das Zusammenleben in einer Gesellschaft an uns richte.

Das Österreich von heute sei nicht das Österreich von 1938. Er danke Bundeskanzler Sebastian Kurz dafür, daß er sich zu einer Nulltoleranzpolitik gegenüber dem Antisemitismus bekannt und sein Land darauf verpflichtet habe. Österreich habe die Pflicht, seine jüdischen Gemeinden gegen antisemitische Bestrebungen zu verteidigen. Auch ein kleines Land wie Österreich könne in der weltweiten Konfliktlösung im Kampf gegen den Antisemitismus und jede Form von Haß



v.l.: Rabbi Arthur Schneier, Kardinal Christoph Schönborn, NR-Präsident Wolfgang Sobotka

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer



Bundeskanzler Sebastian Kurz

eine wichtige Rolle spielen, sagte Rabbi Schneier, der dafür das Bild eines Schleppbootes und der Lotsen verwendete, ohne deren Unterstützung kein Ozeanriesen einen Hafen anlaufen könne. Große Mächte bräuchten solche Lotsen, und Österreich habe diese Rolle wieder und wieder übernommen.

Er sei überzeugt, daß die „schweigende Mehrheit“ nicht den Haß und die Teilung wolle, sondern ein Zusammenleben in Frie-

den und gegenseitigem Respekt. Was vergangen sei, könne nicht verändert werden. Aber es könne und müsse daran erinnert und daraus gelernt werden. „Arbeiten wir zusammen an einem klaren Bekenntnis zu: ‚Nie wieder!‘“, schloß Rabbi Schneier. „Wir haben heute die Möglichkeit, die Zukunft zu gestalten für alle Menschen, die Blätter am Baum des Lebens. Gemeinsam können wir uns einsetzen für Friede, Freiheit, Demokra-

tie und Menschenrechte. Gott segne unsere gemeinsame Arbeit!“

Das Bekenntnis zum „Nie wieder“ wurde auch von den anwesenden Regierungsmitgliedern und ParlamentarierInnen bekräftigt, sie wiederholten auf Aufforderung Schneiers gemeinsam mit den anderen TeilnehmerInnen des Empfangs die Parole.

Kurz: Österreich hat auch Verantwortung gegenüber Juden in Israel

Nach Schneier zu Wort kam Bundeskanzler Sebastian Kurz. Er betonte, daß sich Österreich seiner historischen Verantwortung bewußt sei. „Wir haben uns zu spät, aber doch, mit unserer Geschichte auseinandergesetzt.“

Das Österreich von heute sei ein anderes als damals. Das wolle man auch den Überlebenden des Holocaust vermitteln. Kurz bedankte sich in diesem Sinn ausdrücklich dafür, daß die israelischen Gäste der Einladung nach Österreich gefolgt sind. „Sie erfüllen uns durch ihr Kommen genauso einen Herzenswunsch.“

Es sei Aufgabe der Republik Österreich, das jüdische Leben in Österreich aktiv zu unterstützen und gegen jede Form von Antisemitismus zu kämpfen, bekräftigte Kurz. Antisemitismus dürfe in Österreich und in Europa keinen Platz haben. Die Verantwor-

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf



Veranstaltung im Ostarrichpark: Rede von Generalsekretärin des Nationalfonds und des Allgemeinen Entschädigungsfonds, Hannah Lessing

Österreich, Europa und die Welt

tung des Landes ende aber weder an der österreichischen noch an der europäischen Grenze, auch gegenüber Juden in Israel habe Österreich Verantwortung.

Namensmauern-Gedenkstätte im Ostarrichi-Park steht kurz vor der Realisierung

Erfreut zeigte sich Kurz darüber, daß die Namensmauern-Gedenkstätte für die in der Shoah ermordeten jüdischen Kinder, Frauen und Männer aus Österreich, kurz vor der Realisierung steht. Die Regierung finanziere das Projekt gerne, weil es wichtig sei, einen nachhaltigen Ort des Gedenkens zu haben, der weit über das Gedenkjahr 2018 hinaus strahlt, sagte er. Dank richtete Kurz an den Initiator des Projekts, den 1930 in Wien geborenen Kurt Yakov Tutter, der 20 Jahre am Projekt drangeblieben sei.

Die genaue Genese des Projekts schilderte Tutter selbst. Er und der von ihm gegründete Verein bemühe sich seit 19 Jahren um die Realisierung der Gedenkstätte, erzählte er. Auch wenn er oft auf spürbares Desinteresse gestoßen sei, habe er sich nicht entmutigen lassen. Fahrt aufgenommen hat das Projekt ihm zufolge 2011 mit der grundsätzlichen Zusage der Wiener Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou, einen Ort in Wien dafür zu suchen.



SHOAH NAMENSMAUERN GEDENKSTÄTTE WIEN – OSTARRICHI PARK
Konzept der Gedenkstätte: Kurt Yakov Tutter
Grundlagenplan und Landschaftsgestaltung: Univ.Prof. John Cirka MScArch MRAIC
Namensmauerngestaltung: Wehofer Architekten, Wien

Tutter: Wünschen es, eine Gedenkstätte in unserer Geburtsstadt Wien zu haben

Kurt Jakob Tutter hat in seiner Rede um die Gedenkstätte folgendes erzählt: „Bundeskanzler Kurz hat mir in März 2018 eine Frage gestellt: ‚Was bedeutet die Gedenkstätte für Sie, Herr Tutter!?’ Meine Beantwortung war: September 1942 in Brüssel, wurden unsere Eltern, von zwei bewaffneten

Wehrmachtssoldaten aus unserer Wohnung weggeschleppt. Es war meiner Mutter vorher gelungen, ihre zwei Kinder in einem Dachbodenzimmer zu verstecken, uns auf dieser mutigen Weise, das Leben zu retten. Unsere Eltern haben kein Grab, keinen Grabstein.

Wir wünschen es, eine Gedenkstätte in unserer Geburtsstadt Wien zu haben, auf der die Namen unserer Eltern graviert sind. Dort



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Trauergebet durch Oberkantor Shmuel Barzilai am Ostarrichi-Park mit (v.l. vorne): Wiens Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou, der Initiator des Projekts Kurt Y. Tutter, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Nationalbankpräsident Ewald Nowotny, Rabbi Arthur Schneier, Nationalfonds-Generalsekretärin Hannah Lessing und Staatssekretärin Karoline Edtstadler

Österreich, Europa und die Welt



Ein Google-Earth-Blick auf den Osterreichi Park an der Währinger Straße vor dem Gebäude der Oesterreichischen Nationalbank

wollen wir jedes Jahr eine Gedenkkerze zünden, das traditionelle Trauergebet sagen. Daran sind wir berechtigt.“

Es sei ihm aber bewußt, wie er weiter erklärt hatte, „daß von tausenden jüdischen Familien aus Österreich kein einziges Kind, kein Mensch Leben geblieben ist. Und wenn ich herkomme, um für meine Eltern zu trauern, werde ich auch Kaddisch sagen für eine mir unbekannt Familie, für die Ruhe deren Seelen beten. Das ist für mich die Bedeutung der Gedenkstätte!“

Auch Tutters Eltern sind in der NS-Zeit deportiert und ermordet worden, nachdem ihnen 1939 zunächst die Flucht nach Belgien gelungen war. Er selbst und seine Schwester haben die Shoah überlebt dank einer mutigen belgischen Familie, welche die zwei Kinder ab Jänner 1943 illegal beherbergt hat, trotz den strengsten Verbot der NS-Behörden, Juden zu helfen. Belgier haben insgesamt 3.000 jüdische Kinder gerettet, ein aussergewöhnliches Beispiel von Zivilcourage.

Inzwischen ist laut Tutter auch die Finanzierungsfrage weitgehend gelöst. Die Bundesregierung habe nicht nur zugesagt, 50 Prozent der Gesamtkosten der Gedenkstätte von 5,3 Mio. € zu übernehmen, sondern auch eine Finanzierungsgarantie für die noch aufzutreibenden Mittel abgegeben. An dieser

Entscheidung sei auch Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka tatkräftig beteiligt gewesen. Somit habe man bereits mit konkreten Vorarbeiten wie einer technischen Prüfung des Standorts beginnen können.

Errichtet werden soll die Gedenkstätte im Osterreichi-Park im 9. Wiener Gemeindebezirk gegenüber der Österreichischen Nationalbank und nahe des Universitäts-Campus im Alten AKH. Der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig habe diesen Ort im Oktober bestätigt, sagte Tutter. Geplant ist ein Kreis steinerner Namenstafeln mit nur einem Eingang, in dem Nachkommen ungestört die Namen ihrer Familienmitglieder suchen, die Buchstaben mit der Hand berühren und ein Gebet sagen können.

Auf einer „grünen Insel“ im Inneren des Kreises sollen Bäume und Sträucher gepflanzt werden.

Historische Begründung

In der Zeit des Nationalsozialistischen Regimes wurden jüdische Kinder, Frauen und Männer in Österreich verfolgt, verhöhnt, aus ihren Schulen verbannt, von ihren Häusern und Wohnungen vertrieben.

Sie wurden aus ihren Berufen verdrängt, von allen ihrer Verdienstquellen entlassen, ihres Hab und Guts beraubt. Ihnen war

befohlen worden: „‘raus vom Deutschen Reich“.

Bis Anfang 1938 lebten in Österreich 210.000 Juden, kaum 3 Prozent der Bevölkerung des Landes. 65.000 waren nicht in der Lage, aus Europa zu flüchten. Von denen wurden 2.000 entweder in Österreich getötet oder in die Lager Dachau und Buchenwald versandt, 49.000 wurden gewaltsam aus Österreich nach Ost-Europa deportiert.

14.000 wurden deportiert aus Ländern wie Holland, Belgien und Frankreich, wo sie Zuflucht gesucht hatten, die aber bald von der NS Wehrmacht erobert wurden. In fremden Ghettos verhungerten sie, in Wäldern, wurden sie erschossen und fielen in Massengräber, grausam wurden sie in Vernichtungslagern umgebracht.

Diese Österreicherinnen und Österreicher haben hier gelebt, Familien gegründet, in Werkstätten gearbeitet, Geschäfte geführt und Berufe ausgeübt, sich in Wissenschaft, Kunst, Literatur und Musik ausgezeichnet. Treu und gewissenhaft haben sie zum allgemeinen Gute ihrer Heimat Österreich beigetragen. ■

<https://www.parlament.gv.at>

<https://www.nationsfonds.org>

<https://www.shoah-namensmauern-wien.at>

Quellen: Parlamentskorrespondenz, Kurt Yakov Tutter

Kurz: »Unserer historischen Verantwortung gerecht werden«

Hochrangige Konferenz »Europa jenseits von Antisemitismus und Antizionismus – Sicherung des jüdischen Lebens in Europa«



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Sebastian Kurz bei seiner Rede anlässlich der Hochrangigen Konferenz in Wien

Für mich ist es beinahe unvorstellbar, daß fast 100 Jahre nach der Shoah so etwas wie Antisemitismus überhaupt noch existiert und daß es in unserer Gesellschaft auch stetig neu importierten Antisemitismus gibt. Umso mehr ist es unerlässlich, das Geschehene nie zu vergessen und auch den nachfolgenden Generationen das Bewußtsein zu vermitteln, daß es in Österreich nicht nur Opfer, sondern auch viele Täter gegeben hat“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz auf der hochrangigen Konferenz „Europa jenseits von Antisemitismus und Antizionismus – Sicherung des jüdischen Lebens in Europa“ am 21. November in Wien.

Gespräche mit Zeitzeugen – Bewußtseinsbildung

Der Bundeskanzler hob in seiner Rede hervor, daß bei allen Initiativen gegen das Vergessen der Kontakt mit Zeitzeugen und die Gespräche mit Überlebenden, „auch wenn sie oft schmerzhaft sind“, ein wesentliches Fundament für die Bewußtseinsbil-

dung sei. Wichtig sei es heute aber auch, ein Bewußtsein dafür zu entwickeln, wie präsent Antisemitismus gegenwärtig ist und daß „Antisemitismus und Antizionismus zunehmend Hand in Hand gehen“. Die Republik Österreich müsse die Verantwortung dafür übernehmen, den Blick nicht nur in die Vergangenheit, sondern auch auf die Gegenwart und Zukunft zu richten. „Und wenn wir den Blick nach vorne richten, gibt es viele Möglichkeiten, um unserer historischen Verantwortung gerecht zu werden“, so Kurz. Es gehe dabei nicht nur um die Errichtung von Gedenkstätten wie der Namensmauer in Wien, sondern auch um Veranstaltungen wie die heutige, aus der weitere Schritte abgeleitet werden können.

Im Rahmen der Paneldiskussion verwies der Bundeskanzler auf mehrere Handlungsfelder in Österreich: „Aufgrund der eigenen Geschichte gibt es bei uns eine sehr strenge Gesetzeslage und hohe Sanktionen betreffend Antisemitismus.“ Die Sicherheit der jüdischen Gemeinde sei zudem ein wichtiges

Anliegen, genauso wie die Bewußtseinsbildung und Auseinandersetzung mit Antisemitismus an Schulen. Der Präsident des Europäischen Jüdischen Kongresses, Moshe Kantor, dankte dem Bundeskanzler für seinen Einsatz gegen den Antisemitismus. Österreich sei während seines EU-Ratsvorsitzes sehr entscheidend gewesen, habe das Thema Antisemitismus zur Priorität gemacht und auf das höchste Diskussionsniveau gehoben. Der Kampf gegen den und die Beendigung des Antisemitismus seien jedoch nur möglich, wenn in allen Belangen eng zusammen gearbeitet werde, so Moshe Kantor.

Sicherheit für Jüdinnen und Juden

Sebastian Kurz zeigte sich erfreut über die Videobotschaft des israelischen Ministerpräsidenten, der aufgrund der innenpolitischen Situation in Israel seine Konferenzteilnahme absagen mußte. „In einem Telefonat hat Ministerpräsident Netanjahu mir gegenüber betont, wie wichtig es ihm ist, daß wir in Europa ein stärkeres Bewußtsein nicht

Österreich, Europa und die Welt

nur im Kampf gegen Antisemitismus, sondern auch für das Sicherheitsbedürfnis Israels entwickeln. Ich denke, die heutige Konferenz unter dem österreichischen EU-Ratsvorsitz kann ein erster Schritt in diese Richtung sein“, so der Bundeskanzler. Er wünsche sich, daß nun nachhaltige Schritte im Kampf gegen Antisemitismus und Antizionismus folgen, „damit Jüdinnen und Juden in Österreich, Europa und darüber hinaus in Sicherheit leben können.“

Mit Mut gegen Antisemitismus in Europa

Die EU-Kommissarin für Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellung, Věra Jourová, betonte, daß sich die Europäische Union bewusst sei, daß der Antisemitismus ein ernstes Problem darstelle, das jedoch nur gemeinsam zu bekämpfen sei. Die Gesellschaften dürften nicht passiv dabei zusehen, wie der Antisemitismus wieder erstarke. „Ich habe nie gedacht, wie viel Mut es braucht, die eigene Stimme gegen den Antisemitismus zu erheben. Ich danke Ihnen, Herr Bundeskanzler, daß Sie diesen Mut haben“, so Jourová.

Koalition der Willigen – Gesellschaft mobilisieren

Rabbi Arthur Schneier warnte in seinem Abschlußstatement davor, daß man wieder wachsam sein müsse gegenüber einer „Epidemie“, die wie ein Virus um sich greife. „Ich schlage vor, daß die EU eine Koalition der Willigen bildet – in der Geschäfts- und Finanzwelt, in den Bereichen Bildung und der Wissenschaft – um die Gesellschaft zu erreichen und zu mobilisieren.“ Er wünsche sich ein Treffen aller EU-BildungsministerInnen: Dabei solle es als einzigen Tagesordnungspunkt die Bildungsmaßnahmen gegen Antisemitismus und Antizionismus geben, mit dem Ziel, demokratische Werte zu vermitteln.

„Wir können eine Zukunft des Friedens, der Freiheit und der Demokratie für unsere Kinder und Enkelkinder erreichen“, so Rabbi Schneier, der betonte: „Nie hätte ich gedacht, daß ich den Tag erleben würde, an dem ein Bundeskanzler an vorderster Stelle steht und uns alle – mit der Unterstützung des Europäischen Jüdischen Kongresses – einlädt.“

Bundeskanzler Sebastian Kurz bedankte sich abschließend bei allen Partnern, Unterstützern und Initiatoren, die diese Konferenz möglich gemacht hatten. ■

<https://www.bundestkanzleramt.at/>
<https://eurojewcong.org/>



v.l.: Rabbi Arthur Scheiner, der Präsident des Europäischen Jüdischen Kongresses, Moshe Kantor, und Bundeskanzler Sebastian Kurz



Bundeskanzler Sebastian Kurz und Oskar Deutsch, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien sowie des Bundesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden Österreichs



Podiumsdiskussion zum Thema »Europa jenseits von Antisemitismus und Antizionismus«

Fotos: BKA / Andy Wenzel

Kurz: Handelsbeziehungen mit Afrika verstärken

Bundeskanzler Kurz auf Afrikareise – Treffen mit äthiopischer Präsidentin und dem Regierungschef – »Aufbruchsstimmung in Ruanda und Äthiopien«



Foto: BKA / Dragan Tatic

Am 6. Dezember reiste Bundeskanzler Sebastian Kurz (m.l.) nach Addis Abeba – im Bild mit Premierminister Abiy Ahmed (m.r.).

Bundeskanzler Sebastian Kurz nutzt seinen Aufenthalt in Afrika in der ersten Dezember-Woche zur Vorbereitung auf das Hochrangige Forum Afrika-Europa am 17. und 18. Dezember in Wien, an dem neben zahlreichen Staats- und Regierungschefs auch rund 1.000 Unternehmen teilnehmen sollen. „Durch eine enge Zusammenarbeit und vermehrte Investitionen wollen wir die Lebensbedingungen in Afrika verbessern und eine nachhaltige Entwicklung fördern“, betonte der österreichische Regierungschef vor seinen Gesprächen mit dem Premierminister von Äthiopien, Abiy Ahmed, und dem Präsidenten von Ruanda, Paul Kagame.

„Europa muß in Afrika als Partner und Unterstützer auftreten. Das kann durch Hilfe vor Ort und Unterstützung von Unternehmen sowie Investitionen gelingen. Das große ungenutzte Potential Afrikas stellt auch eine Chance für österreichische und europäische Betriebe dar“, erklärte der Bundeskanzler im Vorfeld der Reise.



Foto: BKA / Dragan Tatic

Der Bundeskanzler beim Treffen mit Äthiopiens Bundespräsidentin Sahle-Work Zewde

Zum Auftakt traf Kurz den äthiopischen Premier Abiy Ahmed. „Wir erhoffen uns stärkere Handelsbeziehungen, Investitionen und

vermehrten technischen Austausch“, betonte der österreichische Regierungschef in Addis Abeba und sprach seinem Amtskollegen ein

Österreich, Europa und die Welt



Der Bundeskanzler besuchte das Genozid-Memorials in Kigali, wo er einen Kranz niederlegte. Das Bild unten zeigt ihn mit dem Präsidenten von Ruanda, Paul Kagame, im Flüchtlingslager Qologji in der äthiopischen Somali-Region.

Kranzniederlegung in Ruanda

Am zweiten Tag seiner Afrika-Reise traf Bundeskanzler Sebastian Kurz den Präsidenten von Ruanda, Paul Kagame, in Kigali, wo auch eine Kranzniederlegung beim Genozid-Memorial stattfand. Anlässlich der Unterredung hob der Bundeskanzler hervor, daß man gegenüber Afrika Verantwortung habe: „Aus unserer christlich-sozialen Verantwortung heraus haben wir den Wunsch, alles zu tun, um die Lebensbedingungen in Afrika zu verbessern. Die wahrscheinlich nachhaltigste Form von Entwicklungszusammenarbeit ist die Unterstützung der Wirtschaft.“ Die beiden besuchten Länder, Ruanda und Äthiopien, hätten gezeigt, daß die Lebensbedingungen dank eines stärkeren wirtschaftlichen Austausches schrittweise besser würden. Nachdem manches nur an Ort und Stelle zu verändern sei, „können wir am ehesten helfen, indem wir Entwicklungszusammenarbeit fördern und europäische Unternehmen dazu bewegen, hier zu investieren“. Ruandas Präsident betonte die Notwendigkeit von Investments, um den Menschen bessere Perspektiven bieten zu können. Auch wenn es einige Zeit versäumt wurde, um sich mit Fragen zur Flucht und Migration auseinanderzusetzen, so sei es „nie zu spät dafür“. Durch eine Verbesserung der Lebensbedingungen könne man der afrikanischen Bevölkerung leichter klar machen, daß es besser sei, im eigenen Land zu bleiben.



Lob für dessen Reformen der vergangenen Monate aus. „In Staaten wie Äthiopien und Ruanda herrscht derzeit Aufbruchsstimmung“, ergänzte der Bundeskanzler, der im Zuge seines Aufenthalts auch die Menschenrechtssituation ansprechen wollte.

Österreich einer der »ältesten Freunde« Äthopiens

Abiy sprach von einem historischen Besuch und bezeichnete Österreich „als einen der ältesten Freunde Äthopiens“. Er zeigte sich zuversichtlich, daß man den in Gang befindlichen Wandel fortsetzen könne, wenn „die Menschen an unserer Seite“ seien. Nachdem Afrika von Europa oft ignoriert worden wäre, sei Sebastian Kurz ein „großer Visionär“, der dies ändern wolle.



Fotos: BKA / Dragan Tatic

Präsident Paul Kagame

Zum Abschluß seiner Afrika-Reise teilte Kurz beim Besuch eines Zentrums für Binnenvertriebene in der Somali-Region in Äthiopien mit, daß Österreich das World Food Programme (WFP) in Äthiopien mit 1,5 Millionen Euro unterstützen werde. Damit solle vor allem die Versorgung von Binnenvertriebenen (Internally Displaced Peop-

Österreich, Europa und die Welt

le/IDP) in der größten, aber ärmsten Region des Landes unterstützt werden. Von den etwa 2,7 Millionen Binnenvertriebenen in ganz Äthiopien lebt derzeit rund eine Million in der Somali-Region.

Sehr erfreut über die Hilfe zeigte sich der seit August amtierende Regionalpräsident Mustafe Muhumad Omer, der in der Region als großer Hoffnungsträger gilt. Zusammen mit dem neu gewählten Ministerpräsidenten Abiy Ahmed steht er für einen Reformkurs, der Optimismus für die Zukunft verheißt.

Äthiopien ist seit 1999 Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA). Wegen der anhaltenden regionalen Konflikte wurde ein Projekt im Bereich Gesundheit in der Somali-Region vor einigen Jahren ausgesetzt. Angesichts der positiven Entwicklungen seit Omers Amtsantritt sei Österreich jedenfalls bereit, die Zusammenarbeit zu intensivieren, sagte der Bundeskanzler. Das Budget der Austrian Development Agency (ADA) für Äthiopien betrage für 2019 in etwa 7,5 Millionen Euro. Die nun angekündigten 1,5 Millionen Euro stammen aus dem Landwirtschaftsministerium.

Frauenanteil in der afrikanischen Politik

Anlässlich einer Unterredung mit Äthiopiens Präsidentin, Sahle-Work Zewde, sprach der Bundeskanzler von einem positiven Signal, daß die kürzlich gewählte Präsidentin nun dieses Amt übernommen habe. Die verstärkte Präsenz von Frauen in der Politik-



Der Aufenthalt in Afrika – bei dem auch eine Wirtschaftsdelegation vertreten war – diente der Vorbereitung auf das »Hochrangige Forum Afrika-Europa« am 17. und 18. Dezember in Wien.

landschaft des – gemessen an der Bevölkerung – zweitgrößten Landes Afrikas spiegle sich auch bei den Ministerämtern wieder – das äthiopische Kabinett bestehe zur Hälfte aus Frauen. Die Präsidentin betonte, daß es sich jetzt um den richtigen Zeitpunkt handle, in ihrem Land, das so viel zu bieten habe, zu investieren. Die Beziehungen mit Österreich und der gesamten EU wolle sie jedenfalls vertiefen.

Vorbereitung »Hochrangiges Forum Afrika-Europa«

Der Aufenthalt in Afrika, bei dem auch eine Wirtschaftsdelegation vertreten war, diente der Vorbereitung auf das „Hochrangi-

ge Forum Afrika-Europa“ am 17. und 18. Dezember in Wien, an dem neben zahlreichen Staats- und Regierungschefs sowie fünf EU-Kommissaren auch rund 1.000 Unternehmen teilnehmen sollen (*lesen Sie mehr darüber in unserer Ausgabe 181, die am 31. Jänner 2019 erscheinen wird, Anm.*). „Durch eine enge Zusammenarbeit und vermehrte Investitionen wollen wir die Lebensbedingungen in Afrika verbessern und eine nachhaltige Entwicklung fördern“, so der österreichische Regierungschef, der im Zuge seiner Reise auch Gespräch mit Vertretern der Afrikanischen Union führte und Start-Ups aus der Technologiebranche besuchte. ■

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/>



Fotos: BKA / Dregan Taitic

Das Flüchtlingslager Qologji in der äthiopischen Somali-Region.

25 Jahre Anerkennung der Roma als Volksgruppe

Matinee im Parlament – NR-Präsident Sobotka und BR-Präsidentin Posch-Gruska unterstreichen Vielfalt und Verantwortung – Rudolf Sarközi als Motor der Anerkennung hervorgehoben – Österreichs Roma-Politik beispielgebend



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

v.l.: Stefan Horvath, die Direktorin des Mauthausen Memorials Barbara Glück, Obmann Kulturverein österreichischer Roma Christian Klippel, Vorsitzender des Volksgruppenbeirates der Roma Emmerich Gärtner-Horvath, Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska, Manuele Horvath, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Moderatorin Sandra Szabo und der wissenschaftliche Leiter des DÖW Gerhard Baumgartner

Unter dem Motto „Vielfalt und Verantwortung“ fand am 16. Dezember im Plenarsaal des Parlaments eine Matinee aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums der Anerkennung der Roma als Volksgruppe statt. Die Roma und Sinti wurden am 16. Dezember 1993 als „Volksgruppe der Roma“ anerkannt. Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska eröffnete die Matinee. Der Wissenschaftliche Leiter des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands, Gerhard Baumgartner, hielt den Festvortrag, in dem er durch die jüngere Geschichte der Volksgruppe führte. Barbara Glück, Direktorin des Mauthausen Memorials, führte ein Gespräch mit Manuela Horvath (33), Angehörige der Volksgruppe der Roma und Gemeinderätin in Oberwart, und dem Roma-Schriftsteller Stefan Horvath (69), in dem die persönlichen Erfahrungen, aber auch das sich geänderte Bewußtsein zur Sprache kamen. Nach Ansprachen von Emmerich Gärtner-Horvath, dem Vorsitzenden des Volksgruppenbeirates der Roma, und Christian Klippel, Obmann des Kulturvereins österreichischer Roma, sprach



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Matinee Vielfalt und Verantwortung – Minderheitenrechte in Österreich.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka die Schlußworte.

Sobotka: Vorurteile sind nachhaltig nur durch eine emotionale Herangehensweise zu bekämpfen

„Vorurteile sind nachhaltig nur durch eine emotionale Herangehensweise zu bekämpfen, und dabei spielt die Kultur eine

wesentliche Rolle“, betonte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka als Resümee der Matinee. Zur Integration gebe es keine Alternative, Integration heiße aber in keinem Fall Assimilation, stelle er mit Nachdruck fest.

Die Festveranstaltung gelte jenen, die gelitten haben und ermordet wurden, jenen, die Konsequenzen gezogen haben, jenen, die sich engagiert und andere überzeugt haben,

Österreich, Europa und die Welt

und jenen, die die Arbeit fortsetzen, unterstrich der Nationalratspräsident, der damit auch einen Auftrag an die Zukunft verbunden sieht. Es gelte vor allem, ein nachhaltiges Bewußtsein für die Reichhaltigkeit der österreichischen Kultur durch die Volksgruppen zu schaffen. Gerade in Zeiten der Globalisierung sei es wichtig, die eigene Identität zu pflegen. Die Aufgabe der Politik sei es, dies auch zu unterstützen und in der Volksgruppenpolitik insgesamt nicht müde zu werden. Als einen wichtigen Mosaikstein dazu sieht Sobotka, sich in der Schule mit den Volksgruppen und ihrer Geschichte und Kultur auseinanderzusetzen.

Der Nationalratspräsident hält es auch für eine notwendige europäische „Hausaufgabe“, die Volksgruppen und ein diesbezügliches europäisches Bewußtsein zu fördern, denn die Probleme gebe es nicht nur in Osteuropa. Deshalb sollte hier die Kommission aktiv werden und Lösungsansätze für die Mitgliedsstaaten bereitstellen. Sobotka setzt hier besonders auch auf die Unterstützung der BotschafterInnen der betreffenden Länder, die bei dieser Matinee zahlreich vertreten waren.

Rund zwei Wochen vor der Anerkennung der Roma hatte am 3. Dezember 1993 die erste Briefbombenserie Österreich erschüttert. Etwas mehr als ein Jahr nach der Anerkennung der Roma als Volksgruppe, in der Nacht vom 4. auf den 5. Februar 1995 hatte eine Rohrbombe in einer Roma-Siedlung am Rande von Oberwart vier Menschen das Leben gekostet.

Lebensrealitäten

Im Gespräch mit Barbara Glück und Manuela Horvath erzählte Stefan Horvath (nicht mit Manuela Horvath verwandt) von seinem von Diskriminierung gekennzeichneten Bildungsweg und dem Rohrbombenattentat 1995, bei dem sein Sohn und drei weitere Bewohner der Siedlung ermordet wurden. Bereits Monate zuvor, kurz nach der Explosion einer Rohrbombe in Klagenfurt, bei der ein Polizist im August 1994 beide Hände verloren hatte, bemerkten die vier Burschen verdächtige Vorgänge rund um die Siedlung. Die Erwachsenen taten es als Hirngespinnste ab. Selbst am Abend der Sprengung glaubte Stefan Horvath seinem Sohn nicht, als dieser ein Krachen gehört hatte. Horvath warf ihm vor, er nehme sich zu wichtig. „Dann hat er sich mit den Worten verabschiedet: Es muß erst was passieren, bis etwas geschieht“, erzählte Horvath bei der Matinee. Wenige Minuten später war sein Sohn tot.



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Am Rednerpult: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Das Leben von Stefan Horvath war von Ausgrenzung geprägt. Nach vier Jahren Volksschule befand ihn sein Lehrer als für die Hauptschule geeignet. Das war 1959 nicht selbstverständlich. Viele beendeten ihre Schulbildung nach acht Jahren Volksschule. „Ganze zehn Minuten bin ich in der ersten Hauptschulklasse gesessen, als der Direktor gekommen ist und gesagt hat: ‚Wir haben noch nie ein Zigeunerkind in unserer Schule gehabt und das wird so bleiben‘“, berichtete Horvath. Sein Volksschullehrer erkämpfte tags darauf, daß er die Hauptschule dennoch besuchen durfte.

Nach vier ausgezeichneten Jahren Hauptschule wollte Horvath in die damals neu errichtete Handelsschule Oberwart eintreten. Bei der Aufnahmeprüfung war er Drittbester von 1.000 BewerberInnen für 200 Schulplätze. Dennoch wurde er abgewiesen – aus „Platzmangel“, wie es hieß. Er wollte eine Mechaniker-Lehre beginnen – und wurde abgewiesen, mit der Begründung „Zigeuner stehlen und sind faul“. Erst in Wien am Bau fand er Arbeit – als Hilfsarbeiter, wo er täglich 200 Zementsäcke von Lkw abladen mußte. Jeder dieser Zementsäcke wog mehr als der damals 15jährige selbst.

Keine Diskriminierung erfuhr Manuela Horvath. Auch sie ist Roma und stammt aus Oberwart. Ihr Schul- und Ausbildungsweg verlief wie die Wege vieler Tausender Burschen und Mädchen ihres Alters. Allerdings hatte sie einen Großvater, Michael Horvath, der von den Nazis verfolgt worden war und sieben Jahre in Konzentrationslagern verbracht hatte. Für die meisten ehemaligen KZ-Insassen in der Roma-Siedlung in Oberwart war die Zeit des Nationalsozialismus ein Tabu-Thema. Michael Horvath war eine

Ausnahme: Er sprach täglich von seinen Demütigungen durch die Nazis. Er engagierte sich auch für die Volksgruppe der Roma und verlor zwei Enkel beim Attentat von 1995. Durch ihn fühlt sich Manuela Horvath verpflichtet, in Schulen bei Kindern und Jugendlichen gegen Vorurteile anzukämpfen. Auch Stefan Horvath geht als Vertreter von Zeitzeugen in Schulen und berichtet von seinen Diskriminierungen.

Diskriminierung war Praxis

„Bis in die 1980er-Jahre war es Praxis, die Kinder der Roma-Volksgruppe in Sonderschulen abzuschieben“, berichtete auch Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska. Sie erinnerte daran, daß das Arbeitsamt Oberwart „ganz offiziell rassistische Stellenausschreibungen mit dem Vermerk ‚Bitte keine Zigeuner‘ noch kurz vor der Anerkennung der Volksgruppe veröffentlicht hat“.

Posch-Gruska betonte, die Volksgruppe der Roma hätte den europäischen Raum und die österreichische Kultur geprägt. „Nur zehn Prozent der Roma und Sinti haben die Massenmorde der Nazis und die katastrophalen Zustände in den Konzentrationslagern überlebt.“ Und als diese in ihre Siedlungen zurückkehrten, waren ihre Häuser zerstört und ihre Namen nicht in den Grundbüchern.

Die Moderation der Matinee übernahm Sandra Szabo, für die musikalische Begleitung sorgte Amenza Ketane unter der Leitung von Hojda Willibald Stojka.

Endpunkt einer mehrere hundert Jahre dauernden Verfolgungsgeschichte

Der wissenschaftliche Leiter des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands, Gerhard Baumgartner, bezeichne-

Österreich, Europa und die Welt

te die Anerkennung der Roma als „Meilenstein in der österreichischen Rechtsgeschichte“, als Endpunkt einer mehrere hundert Jahre dauernden Verfolgungsgeschichte, als Höhepunkt österreichischer Minderheitenpolitik und als Beginn einer „europäischen Erfolgsgeschichte österreichischer Roma-Politik“. Bis dahin hatten Verfassungsjuristen den Roma und Sinti die Anerkennung als Volksgruppe verweigert, weil es ihnen an einer „dauerhaften Bindung an ein Territorium der Republik Österreich mangle“ und weil sie „keinerlei Selbstorganisation“ besäßen.

Das Blatt wendete sich, als Siedlungskurkunden der burgenländischen Roma aus dem Jahr 1674 beigebracht wurden und als am 15. Juli 1989 der „Verein Roma“ in Oberwart gegründet wurde. Vor allem Rudolf Sarközi betrieb die Anerkennung der Roma und Sinti intensiv. „Er war der rechte Mann am rechten Ort zur rechten Zeit“, hob Baumgartner Sarközi hervor. Auch der 1993 kurz bevorstehende EU-Beitritt Österreichs (1. Jänner 1995) hat Gerhard Baumgartner zufolge eine wichtige Rolle bei der Anerkennung der Volksgruppe der Roma gespielt, ebenso wie die Aufarbeitung der Zeit Österreichs während des Nationalsozialismus 1938 bis 1945, ausgelöst durch die „Waldheim-Affäre“ 1986.

Baumgartner: Roma waren die Verlierer der Ostöffnung

Im Vergleich mit den Ländern des ehemaligen Ostblocks ist die Integration der Volksgruppenangehörigen der Roma vorbildlich verlaufen. „Roma waren die Verlierer der Ostöffnung“, sagte Baumgartner. Er berichtete von einer Studie, bei der mehrere Tausend Menschen in Tschechien, der Slowakei, in Ungarn, Rumänien und Bulgarien befragt worden waren. Sie ergab, daß das Prädikat „Arm“ mit der Volksgruppenbezeichnung „Roma“ gleichgesetzt wird. Baumgartner sprach von einer „Ethnisierung der Armut“. Sie sei der Grund, warum rechtsextreme Gruppen in den betroffenen Ländern einen derartigen Zulauf von armen Menschen habe. „Wie sonst sollten arme Leute beweisen, daß sie nicht aufgrund ihrer Ethnie arm sind?“, stellte Baumgartner in den Raum und hob hervor: „Diese erschütternden Einsichten aus der Studie zeigen uns, wie wichtig es ist aufzupassen, daß wir das Erreichte nicht gefährden.“

Posch-Gruska: Ausgrenzung hat viele Gesichter

Die Bundesratspräsidentin erinnerte, daß 12 Millionen Roma in Europa immer noch



Am Rednerpult Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska



Am Rednerpult: der wissenschaftliche Leiter des DÖW Gerhard Baumgartner

am Rande von Ortschaften wohnen, 35.000 davon in Österreich. „Ausgrenzung hat viele Gesichter – eines davon ist unser eigenes“, unterstrich sie. Es liege in unserer Verantwortung, als Mitglieder einer Gesellschaft hinzusehen und zu handeln, wenn Menschen Unrecht geschehe. Sie zeigte auf, daß 2018 in Österreich durchschnittlich jede Woche eine rechtsextreme oder fremdenfeindliche Straftat bekannt geworden ist und mahnte: „Laßt uns unsere kulturelle Vielfalt als die Bereicherung sehen, die sie ist, und auf sie achten! Laßt uns aufeinander achten!“

Gärtner-Horvath: Die österreichische Roma-Politik ist beispielgebend in Europa

Der Vorsitzende des Volksgruppenbeirats der Roma, Emmerich Gärtner-Horvath, setzt

sich vor allem für die Bewahrung der Kultur und Sprache der Roma ein. Die österreichische Roma-Politik wertet er als beispielhaft in Europa, deren Anerkennung als Volksgruppe als wichtiges politisches Signal. Dennoch, so stellte er mit Sorge fest, gibt es noch immer in unserer Gesellschaft Menschen, die große Vorurteile gegenüber der Volksgruppe der Roma haben.

Gärtner-Horvath ging auf die Geschichte der Anerkennung ein und thematisierte vor allem auch die damaligen Probleme im Bereich der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt. Es hätten sich aber dann zahlreiche Projekte entwickelt, nicht nur um dieser Diskriminierung entgegenzuwirken, sondern auch um die Roma-Kultur aufzuarbeiten. In diesem Zusammenhang nannte er vor allem das Sprachprojekt „Kodifizierung und Didakti-

Fotos: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Österreich, Europa und die Welt

sierung des Roman“, das Theater-Projekt „I Kali Tschasarkija – die schwarze Kaiserin“, Roma-Tanzgruppen, Roma-Bands, ferner die einsprachige Kinderzeitschrift „Mri nevi Mini Multi“, zweisprachige und einsprachige Zeitungen und Märchenbücher und Roma-Blogs. Besonders hob er die namentliche Erfassung der Roma und die Zeitzeugendokumentation „Mri Historija“ hervor.

Ein besonderes Danke gelte dem Nationalfonds und seinen MitarbeiterInnen unter der Leitung von Hannah Lessing. Durch dessen Einrichtung 1995 hatten die Angehörigen der Roma-Volksgruppe erstmals einen Zugang zu einer Einrichtung der Republik, die den Roma und deren Leidensgeschichte Aufmerksamkeit schenkte, sagte Gärtner-Horvath. Die Menschlichkeit sei bei diesen einfühlsamen Gesprächen immer im Vordergrund gestanden.

Klippl: Die Mehrheit der Roma in Europa lebt in elenden Umständen

Auf die triste Situation der Mehrheit der 12 Millionen Roma in Europa, vor allem in Südosteuropa, machte der Obmann des Kulturvereins österreichischer Roma, Christian Klippl, aufmerksam. Fast 80 Prozent der Volksgruppenangehörigen haben keinen Job, sie leben unter Ausgrenzung und Diskriminierung. Es gebe zwar den EU-Rahmenplan zur Integration der Roma bis 2020 – Zugang zur Bildung, zum Arbeitsmarkt, zum Gesundheitssystem und zu Wohnraum – aber ein Bericht aus dem Jahr 2016 habe gezeigt, daß die Mitgliedsstaaten die Ziele weitgehend verfehlen, beklagte er. Die Politik würde kaum helfen, aus Angst vor dem Unmut der anderen Bevölkerungsschichten.

Auch Klippl hob die Bedeutung der Vereinstätigkeit, vor allem im Burgenland und in Wien, sowie den ORF-Burgenland mit eigenen Fernseh- und Radiosendungen hervor. Auch gebe es eine eigene Roma-Pastoral in der Erzdiözese Eisenstadt, der Klippl besondere Bedeutung beimißt.

Um der noch immer bestehenden Diskriminierung zu begegnen, schlug Klippl vor, die Geschichte der Roma als fixen Lehrstoff in den Unterricht zu integrieren. Er drängte auch auf ein zentrales Mahnmahl in Wien für die Opfer der Roma und Sinti. Auch auf europäischer Ebene sieht er noch viel zu tun. Um dem mehr Nachdruck zu verleihen, kann er sich einen Friedensmarsch nach Brüssel vorstellen. ■

<https://www.parlament.gv.at/>

<http://www.kv-roma.at/>

Quelle: Parlamentskorrespondenz



v.l.: Manuele Horvath, Direktorin des Mauthausen Memorials Barbara Glück, Stefan Horvath



Der Vorsitzende des Volksgruppenbeirates der Roma Emmerich Gärtner-Horvath



Der Obmann des Kulturvereins österreichischer Roma Christian Klippl

Fotos: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Aus dem Außenministerium

Eine Auswahl an Terminen von Außenministerin Karin Kneissl

Slowenien

Außenministerin Karin Kneissl begrüßte am 7. November Miro Cerar, den Außenminister Sloweniens, im Außenministerium am Wiener Minoritenplatz. Er hat seit 13. September das Amt des slowenischen Außenministers sowie Vizepremierministers inne und war zuvor Premierminister Sloweniens.

Die Außenministerin verkündete den miteinander gefaßten Entschluß, zwei gemeinsame Initiativen in Angriff zu nehmen:

Zum einen wollen die beiden Länder zukünftig in einen intensiveren Nachbarschaftsdialog treten. Dieser solle zu einer weiteren Vertiefung der Beziehung beitragen und 2019 gestartet werden, so Karin Kneissl.

Die zweite gemeinsame Initiative Österreichs und Sloweniens betrifft eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der humanitären Entminung in Syrien. „Entminung ist essentiell, um den syrischen Flüchtlingen die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen“, hielt die Außenministerin fest. In der gemeinsamen Initiative dafür baue man insbesondere auf die slowenische Expertise in diesem Bereich: „Österreich und Slowenien werden so im Nahen Osten gemeinsam konkret tätig.“

Cerar hob Österreichs und Sloweniens gute Partnerschaft in wirtschaftlichen, wissenschaftlichen sowie kulturellen Belangen hervor. Das Arbeitsgespräch habe die guten bilateralen Beziehungen der beiden Länder wiedergespiegelt. „Die Initiative des Nachbarschaftsdialogs wird die Zusammenarbeit zwischen Österreich und Slowenien noch fruchtbarer machen“, so Cerar.

Weitere Gesprächsinhalte waren die EU-Erweiterung in Südosteuropa sowie Migration, wobei sich beide Außenminister für einen Ausbau des EU-Außengrenzschutzes aussprachen.

Are International Treaties in Jeopardy?

Bei der zusammen mit dem Ban Ki-moon Centre for Global Citizens organisierten Veranstaltung diskutierten die Außenministerin, Bundespräsident a.D. Heinz Fischer und der ehemalige UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon mit Mona Khalil, langjährige Leiterin des Rechtsbüros der Vereinten Nationen, dem Völkerrechtler Prof. Gerhard Hafner und Botschafter Thomas Hajnoczi, Abteilungsleiter für Abrüstung im BMEIA am 13. November



Außenministerin Karin Kneissl mit dem neuen slowenischen Vize-Premier Miro Cerar und ...



Bundespräsident a.D. Dr. Heinz Fischer (l.) und dem ehemaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon

über die Bedeutung der Einhaltung internationaler Übereinkommen. Fischer betonte bei dieser hochrangigen Diskussion, daß es essentiell sei, sich auf internationale Vereinbarungen verlassen zu können: „Nur so können wir das Ziel der internationalen Rechtsstaatlichkeit erreichen.“

„Die auf der Rechtsstaatlichkeit basierende internationale Ordnung steht derzeit unter Druck, da in mehreren Bereichen, wie Sicherheitspolitik, Abrüstung und Schutz der globalen Umwelt, zunehmend Bedrohungen für das auf Regeln basierende System zu beob-

achten sind“, so Kneissl. Der ehemalige VN-Generalsekretär Ban Ki-moon unterstrich die Rolle Wiens als Zentrum internationaler Verhandlungen und Ursprungsort des Übereinkommens über das Recht der Verträge.

Fürstentum Liechtenstein

Die Außenministerin Karin Kneissl reiste am 15. November zu einem Besuch des Fürstentums Liechtenstein nach Vaduz. Auf dem Programm standen ein Arbeitsgespräch mit ihrer liechtensteinischen Amtskollegin Aurelia Frick sowie Treffen mit Regierungschef

Österreich, Europa und die Welt

Adrian Hasler und Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein.

Ausgangspunkt der Reise waren die engen und vertrauensvollen bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Liechtenstein in den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Bildung, Sozialwesen und Justiz sowie Außenpolitik. Beim Arbeitsgespräch mit Außenministerin Frick wurden neben bilateralen Themen auch aktuelle Entwicklungen wie der Letztstand der Brexitverhandlungen sowie weitere internationale Fragen erörtert, insbesondere auch Kooperationen im multilateralen Bereich. An der Universität Liechtenstein hielt Kneissl einen Vortrag zum Thema „Gute Nachbarschaft in der Mitte Europas“, wobei sie auch besonders auf den historischen Aspekt der engen Beziehungen einging. Den Abschluß bildete eine Besichtigung des Bautechnologieunternehmens Hilti AG in Schaan.

Brüssel

Am 19. November trafen die EU-AußenministerInnen zum Rat für Auswärtige Angelegenheiten in Brüssel zusammen. Ein wesentlicher Punkt auf der Tagesordnung war die Krise im Jemen. Auf österreichische Initiative wurde über die humanitäre Lage, einen möglichen Waffenstillstand sowie die Notwendigkeit einer politischen Lösung des seit Jahren andauernden Konflikts beraten.

„Österreich genehmigt bereits seit 2015 keine Lieferungen von Kriegsmaterial mehr an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Wie Bundeskanzlerin Merkel sind auch wir überzeugt, daß ein Lieferstopp von Kriegsmaterial wesentlich für die Beendigung des Krieges ist“, so Kneissl.

Weiters standen auch die aktuellen Entwicklungen in der Ostukraine auf der Tagesordnung, wobei erneut betont wurde, daß die EU die illegal abgehaltenen Wahlen in Donezk und Luhansk nicht anerkenne. Auch wurde die Situation in Zentralasien besprochen. Zudem wurde die Annäherung Bosnien-Herzegowinas an die EU sowie die momentane Lage im Land im Lichte der kürzlich stattgefundenen Wahlen thematisiert. Die EU-AußenministerInnen einigten sich darauf, die guten Beziehungen mit allen politischen Akteuren in Bosnien-Herzegowina aufrechtzuerhalten und die Entwicklungen in Südosteuropa beim nächsten Rat für Auswärtige Angelegenheiten eingehend zu behandeln.

Am 21. November traf Kneissl am den Generalsekretär der NATO, Jens Stoltenberg, im NATO-Hauptquartier in Brüssel. Zentrale Themen des Treffens waren die Kooperation



Karin Kneissl trifft S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein



Die Außenministerin vor dem Rat für Auswärtige Angelegenheiten in Brüssel



Karin Kneissl trifft den Generalsekretär der NATO, Jens Stoltenberg

Fotos: BMEIA

Österreich, Europa und die Welt

zwischen der EU und der NATO sowie geopolitische Fragen mit Fokus auf dem Mittelmeerraum. Auch die Bedeutung der Kooperation von neutralen Staaten mit der NATO fand Eingang in das Gespräch. Kneissl betonte, daß Österreichs aktive Teilnahme an NATO Aktivitäten ein wichtiger Bestandteil der österreichischen Sicherheitspolitik sei. Österreich ist unter den Nicht-NATO Mitgliedsstaaten der größter Truppensteller zur KFOR Mission im Kosovo und unterstützt die NATO auch in Afghanistan.

Nach diesem Besuch nahm die Außenministerin die Möglichkeit wahr, wie auch bei vorangehenden Reisen, einen Gastvortrag an einer lokalen Universität zu halten. An der Universität Löwen sprach sie über „Geopolitics in the Middle East and Energy“.

Am letzten Tag ihrer Brüsselreise leitete die Außenministerin in Vertretung von Federica Mogherini, der Hohen Vertreterin der Europäischen Union, die beiden Kooperationsräte im Rahmen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und Usbekistan sowie zwischen der EU und Tadschikistan.

Wien

„Wir bauen unser Integrationsangebot für Frauen weiter aus“, so Außen- und Integrationsministerin Karin Kneissl anlässlich der Eröffnung der Sitzung des zweimal jährlich im BMEIA tagenden Integrationsbeirates am 29. November, in dem RepräsentantInnen von Bund, Ländern, Sozialpartnern, aus dem Gemeinde- und Städtebund, der Industriellenvereinigung und der fünf größten NGOs vertreten sind. Kneissl berichtete über die Aktivitäten des BMEIA im Rahmen der Initiative „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“. „Unser Ziel ist es, menschenwürdige Praktiken wie die weibliche Genitalverstümmelung oder Zwangsverheiratungen in Österreich – sowohl präventiv als auch mit den Mitteln des Rechtsstaates – zu unterbinden“, so Kneissl. die dabei auch die Wichtigkeit der Zusammenarbeit betonte: „Integration ist eine Querschnittsmaterie. Jeder muß hier seinen Beitrag leisten. Es bedarf weiterhin der Kooperation aller Akteurinnen und Akteure im Integrationsbereich um sicherzustellen, daß die Migrationskrise des Jahres 2015 nicht zu einer Integrationskrise wird.“

„Der Kampf gegen den politischen Islam und das Verhindern der Entstehung von Parallelgesellschaften bleibt ein wesentliches Element erfolgreicher Integrationspolitik“, so Kneissl.



17. Sitzung des Integrationsbeirates im BMEIA



v.l.: Katharina Pabel (Johannes Kepler Universität Linz), Franz Wolf (Direktor des Österreichischen Integrationsfonds), Außenministerin Karin Kneissl, Susanne Raab (Leiterin der Integrationssektion im BMEIA) und Jelena Ulrich (BMEIA, Abteilung VIII.3 - Förderungen Integration)



Ein Blick auf TeilnehmerInnen des Integrationsbeirates im Außenministerium

Fotos: BMEIA / Mahmoud

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BMEIA / Lauber



OSZE Ministerrat in Mailand (v.l.): Fejzo Numanaj (Leiter der militärisch-militärischen Abteilung im OSZE-Büro in Tadschikistan), Georgia Holmer (Leitende Beraterin für Terrorismusfragen, OSZE-Abteilung für transnationale Bedrohungen), Rasa Ostrauskaite (Kordinatorin der Aktivitäten zur Bekämpfung transnationaler Bedrohungen), Außenministerin Karin Kneissl und Miroslav Lajčák (Außenminister der Slowakei)

Mailand

Am 6. Dezember nahm die Außenministerin am jährlichen OSZE-Ministerrat in Mailand teil. Nach dem Vorsitz im Jahr 2017 brachte sich Österreich auch in diesem Jahr aktiv in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ein. „Auch heuer blicken wir auf ein turbulentes Jahr zurück, in dem uns erneut vor Augen geführt wurde, wie fragil das multilaterale Sicherheitssystem geworden ist“, so Kneissl mit Verweis auf den jüngsten Vorfall in der Straße von Kertsch: „Wir teilnehmenden Staaten müssen den Mut haben, uns das Potenzial der Organisation im Bereich der Konfliktverhütung auch zu Nutze machen. So wurde die KSZE zur Wegbereiterin der epochalen Umwälzungen in Europa Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Das Beschwören eines Dialogs alleine reicht dafür jedoch nicht aus. Es braucht den politischen Willen zu echten Kompromissen. Im Jahr 1993, als durch die Schlußakte von Helsinki die KSZE zur OSZE wurde, stand genau dies im Vordergrund“, so Kneissl in ihrer Rede vor dem Plenum des Ministerrates.

Sie nutzte in Mailand ebenfalls die Gelegenheit, um mit zahlreichen Amtskollegen aus der Ukraine, Armenien, Norwegen, Kasachstan, dem Heiligen Stuhl und Kirgisistan zu bilateralen Gesprächen zusammenzutreffen. Am Rande des Ministerrates führte die Außenministerin auch ein konstruktives Gespräch mit dem türkischen Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu. Dabei wurden OSZE-Themen, aktuelle Krisen wie Jemen und bilaterale Fragen, unter anderem Konsularfälle, sowie die Grabungen in Ephesos, besprochen.



Die Außenministerin im Gespräch mit dem türkischen Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu



Fotos: BMEIA

Außenministerin Karin Kneissl während ihrer Rede vor dem Plenum des OSZE-Ministerrates

Österreich, Europa und die Welt



Kuwait

Am 11. Dezember war die Außenministerin Karin Kneissl nach Kuwait gereist, um sich mit politischen Vertretern des Landes auszutauschen. „Kuwait ist wichtiger Partner für Österreich und die EU im Mittleren Osten und der Golfstaaten“, so Karin Kneissl.

Bei ihren Gesprächen mit Kronprinz Nawaf al-Ahmad al-Dschäbir al-Sabäh, Premierminister Sheikh Jaber Al-Mubarak Al-Hamad Al-Sabah, Außenminister Sheikh Sabah Al-Khaled Al-Ahmad Al-Sabah und Parlamentspräsident Marzouq Al-Ghanim betonte sie die langjährige freundschaftliche Beziehung der beiden Länder, Kuwaits Rolle als wichtiger Partner Österreichs und der EU in der Region sowie Möglichkeiten zur Stärkung der bilateralen Beziehungen. Weitere Themen waren die Jemen-Krise, aktuelle Entwicklungen im Iran sowie die Krise in den Golfstaaten, die der Außenministerin besondere Sorge bereitet. „Es ist eine Krise, die hohe Wellen schlägt. Man spürt eine Frustration, eine Sorge, daß es den Golfkooperationsrat sprengen könnte“, sagte sie.

Seit Juni 2017 belasten Sanktionen Saudi-Arabiens, der Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain gegen Katar die Beziehungen innerhalb des Golfkooperationsrates, der eine politische und wirtschaftliche Kooperation nach dem Vorbild der Europäischen Union anstrebt. In ihrem Gespräch mit dem Kronprinzen lobte Kneissl Kuwait für seine Bemühungen als Mediator in dem Konflikt.

Oman

Am 12. Dezember reiste sie in den Oman, um dort mehrere bilaterale Termine wahrzunehmen. Zu Beginn ihres Aufenthalts traf Kneissl am Morgen mit ihrem Amtskollegen,

Bild oben: Außenministerin Karin Kneissl wurde von H.H. Kronprinz Nawaf Al-Ahmed Al-Jaber Al-Sabah und (unten) Parlamentspräsident Marzouq Al-Ghanim von empfangen.



Die Außenministerin Im Gespräch mit Omans Außenminister Yusuf bin Alawi Bin Abdullah ...

Fotos: BMEIA / Mahmoud

Österreich, Europa und die Welt

Yousef bin Alawi bin Abdullah, zusammen. Während des bilateralen Treffens betonte sie die wichtige Rolle, die der Oman als stabilisierender Faktor in den Region spielt. Auch die exzellenten bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und dem Oman wurden erläutert. Die Außenministerin kündigte zudem die geplante Wiedereröffnung der Österreichischen Botschaft in Maskat für das Jahr 2019 an: „Maskat ist politisch und wirtschaftlich eine wichtige Drehscheibe in der Region. Die Botschaftseröffnung im kommenden Jahr ist ein wichtiger Schritt, um unsere bilateralen Beziehungen in außenpolitischer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht weiter zu vertiefen.“

In den Arbeitsgesprächen wurden vor allem auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Oman und Österreich thematisiert. Die Außenministerin traf mit dem Minister für Handel und Industrie, Ali bin Masoud bin Ali Snaidi, zusammen und betonte die immer bedeutender werdende Rolle des Oman als wichtigen Hub in Richtung Afrika. Wertschätzung drückte sie auch für die Rolle des Oman als „stillen Moderator“ in der



Fotos: BMEIA / Mahmoud

... und Omans Wirtschafts- und Industrieminister Ali bin Masoud al Sunaidy

internationalen Diplomatie aus: „Der Oman ist immer wieder erfolgreich als Vermittler zwischen dem Westen, den arabischen Staaten und dem Iran aufgetreten. Sowohl Österreich als auch die EU wissen diese stille Vermittlung zu schätzen.“

Abschließend besuchte die Ministerin die German University of technology in Oman, Prof. Dr.-Ing. Michael Modigell, wo sie sich mit dem Rektor zu den Themen Technologie und Ausbildung austauschte. ■

<https://www.bmeia.gv.at>

Europawahl 2019 – Wählerevidenz

Am 26. Mai 2019 findet die nächste Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments („Europawahl“) statt. Wenn Sie als AuslandsösterreicherIn an dieser Wahl teilnehmen möchten, müssen Sie spätestens am 26. Mai 2019 das 16. Lebensjahr vollendet und längstens bis 12. März 2019 in der sogenannten Europa-Wählerevidenz eingetragen sein. Diese wird ausschließlich bei der örtlich zuständigen Wählerevidenzgemeinde in Österreich und nicht von den österreichischen Botschaften und Konsulaten im Ausland geführt.

Die zuständige Wählerevidenzgemeinde ist die österreichische Gemeinde des letzten Hauptwohnsitzes in Österreich oder jene Gemeinde, in der ein Elternteil den Hauptwohnsitz in Österreich hatte oder dort noch hat. Sollte dies nicht zutreffen, richtet sich die Zuständigkeit nach weiteren Kriterien, über die Sie die österreichischen Botschaften und Konsulate im Ausland sowie die Wahlabteilung des Bundesministeriums für Inneres in Wien gerne informieren.

Bitte bedenken Sie, daß sich die Europa-Wählerevidenz von jener für die österreichweiten Wahlen unterscheidet, weshalb auf dem Antragsformular das Kästchen Nr. 17 für die Europawahl angekreuzt werden muß.

Eine Neuerfassung oder Aktualisierung in der Europa-Wählerevidenz ist mittels Antragsformulars jederzeit möglich. Die Eintragung behält ihre Gültigkeit für zehn Jahre und muß bei Fristablauf erneuert werden.

Ihre Wahlteilnahme aus dem Ausland erfordert weiters die Beantragung einer Wahlkarte für die Briefwahl, wobei auch die Möglichkeit eines Wahlkartenabonnements (automatische Zusendung für zehn Jahre) besteht. Die Wahlkarte erhalten Sie bei Ihrer Wählerevidenzgemeinde, eine Beantragung ist in vielen Fällen online oder eingescannt per E-Mail möglich. Dem Antrag beizulegen ist eine Kopie des österreichischen Reisepasses, Personalausweises oder Staatsbürgerschaftsnachweises.

<https://www.bmeia.gv.at/reise-aufenthalt/leben-im-ausland/wahlen/>

Ein Beitrag des Büros für AuslandsösterreicherInnen im
Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres. ▼

 **Bundesministerium**
Europa, Integration
und Äußeres

#EuropeForCulture

Kulturminister Gernot Blümel: Vielfältiges Kulturerbe in Europa nachhaltig gestalten – Abschlußkonferenz zum Europäischen Kulturerbejahr 2018 am 6. und 7. Dezember in Wien statt

Unser kulturelles Erbe ist ein Schatz – und wir alle sind die Erben des Kulturerbes“, so Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien, Gernot Blümel, am 7. Dezember bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit EU-Kommissar Tibor Navracsis und EU-Parlamentarierin Petra Kammerevert anlässlich der Abschlußkonferenz zum Europäischen Kulturerbejahr 2018 unter dem Motto #EuropeForCulture in Wien. „Das Kulturerbe ist vielfältig: Es reicht von Kunstsammlungen, Architektur, archäologischen Stätten bis zu Immateriellem, wie Bräuchen, Ritualen, Festen und Spezialwissen. Wir haben aber auch eine gemeinsame Verantwortung, das kulturelle Erbe zu entstauben, weiterzuentwickeln und zu bewahren“, so Blümel weiter.

Das Bundeskanzleramt hat für das Kulturerbejahr eine eigene Website eingerichtet, mit allen Informationen rund um das Kulturerbe und der Aufforderung zum Mitmachen – mit Erfolg. Durch das gemeinsame Motto konnten auch kleinere engagierte Projekte ins Rampenlicht gerückt werden, so gab es etwa 200 Projekte rund um das Kulturerbejahr 2018 und knapp 100 unterschiedlichste Veranstaltungen. „Unser Ziel war es, die Vielfalt und die Bedeutung des österreichischen und europäischen Kulturerbes hervorzuheben und das Bewusstsein dafür zu stärken“, so Blümel. Und weiter: „Jetzt geht es darum, wie wir den Schwung des Kulturerbejahres auch über den Jahreswechsel hinaus mitnehmen können. Darum freut es mich umso mehr, daß die Abschlußkonferenz hier in Wien stattfindet.“

Das gemeinsame Ziel, den Erfolg des Kulturerbejahres weiterzutragen, unterstrich auch EU-Kulturkommissar Tibor Navracsis: „Ich hoffe, daß der 31. Dezember nicht das Ende sein wird. Europaweit haben wir mit knapp 12.000 Veranstaltungen rund 6 Millionen Menschen erreicht. Auch für die kommenden Jahre gilt: Wir wollen den Fokus auf die Jugend beibehalten.“

Das Europäische Kulturerbejahr hat Österreich auch während des Ratsvorsitzes begleitet. Zum einen konnte mit dem breiten kulturellen Rahmenprogramm die Chance genutzt werden, die Visibilität des österrei-



Foto: BKA / Andy Wenzel

„#EuropeForCulture-Abschlußkonferenz zum Europäischen Kulturerbejahr 2018. Im Bild (v.l.): Abgeordnete zum Europäischen Parlament Petra Kammerevert, Kulturminister Gernot Blümel und EU-Kommissar Tibor Navracsis

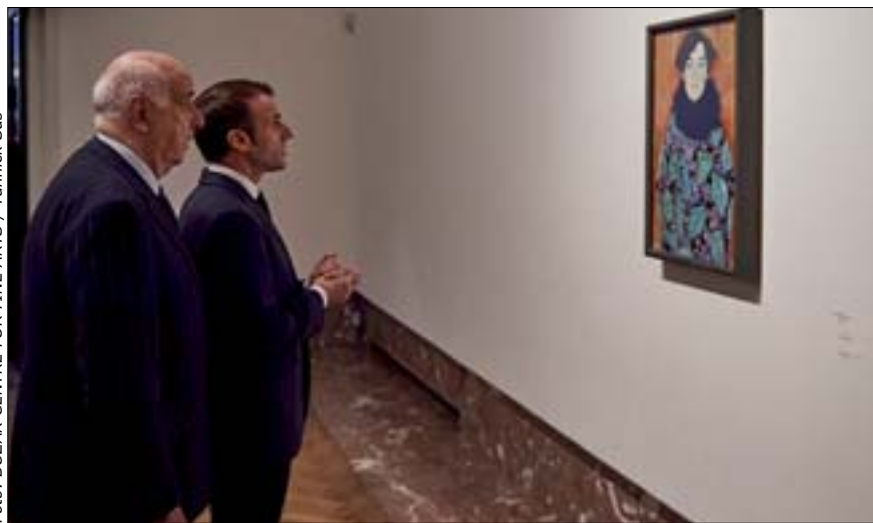


Foto: BOZAR CENTRE FOR FINE ARTS / Yannick Saps

Belvedere-Ausstellung in Brüssel: der frühere Vizepräsident der EU-Kommission Etienne Davignon (l.) und der französische Staatspräsident Emmanuel Macron (l.) vor dem Portrait »Johanna Staude« von Gustav Klimt

chischen Kulturerbes EU-weit zu erhöhen. Alleine die Ausstellung des Wiener Belvedere „Beyond Klimt“, die aktuell in Brüssel zu sehen ist, haben rund 50.000 BesucherInnen gesehen.

Auch bei den beiden großen Verhandlungsdossiers im Bereich Kultur, dem EU-Arbeitsplan für Kultur 2019 bis 2022 und den Verhandlungen zu „Creative Europe

2021 bis 2027“ war das Kulturerbe wesentliches und wichtiges Thema.

„Kulturerbe ist nicht nur Erbe der Vergangenheit, sondern auch Antrieb für die Gestaltung der Zukunft. Denn: Das kreative Schaffen von heute ist das Kulturerbe von morgen!“, so Blümel abschließend.

<https://www.kulturerbejahr2018.at/>
<https://www.bozar.be/>

Eröffnung des Österreichischen Kulturforums Sarajewo

Kneissl: »Mit dem neuen Kulturforum Sarajewo stärken wir unsere kulturellen Verbindungen mit Südosteuropa.«

Im Jugendtheater von Sarajewo wurde am Abend des 3. Dezember feierlich das neue Österreichische Kulturforum Sarajewo eröffnet. Es ist das 30. Kulturforum im Netzwerk des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA). Als Teil der Österreichischen Botschaft Sarajewo wird es eine wichtige Plattform für den Austausch in Kunst, Kultur, Wissenschaft und Bildung zwischen Österreich und Bosnien und Herzegowina bilden.

„Die Länder Südosteuropas gehören zu Europa. Wir unterstützen sie auf ihrem Weg in die Europäische Union. Mit Bosnien und Herzegowina besteht bereits ein enger politischer, wirtschaftlicher, kultureller und gesellschaftlicher Austausch. Mit dem neuen Kulturforum Sarajewo stärken wir unsere kulturellen Verbindungen mit Bosnien und Herzegowina und Südosteuropa“, so Außenministerin Karin Kneissl anlässlich der Eröffnung. Die Weiterentwicklung des Netzes Österreichischer Kulturforen, gerade auch in Südosteuropa, sei ein großes Anliegen. Das Kulturforum Sarajewo soll sich vor allem der Vernetzung und dem Dialog im Land und mit österreichischen Kunst- und Kulturschaffenden sowie Wissenschaftlern widmen.

„Mit dem neuen Kulturforum Sarajewo stärken wir unsere kulturellen Verbindungen mit Südosteuropa“, so Kneissl.

Das neue Kulturforum, das sich in den Räumlichkeiten der Österreichischen Botschaft befindet, wird von Sabine Kernthaller geleitet. Auch Österreichs Botschafter in Sarajewo, Martin Pammer, sowie Botschafterin Teresa Indjein, Leiterin der Sektion für kulturelle Auslandsbeziehungen des BMEIA, nahmen an der Eröffnung teil. Botschafterin Indjein betonte bei der Eröffnung, daß die Institutionalisierung eines Kulturforums in Sarajewo einmal mehr die Bedeutung Südosteuropas im Allgemeinen sowie insbesondere die Wertschätzung für die österreichische Auslandskulturarbeit in Bosnien und Herzegowinas verdeutliche. „Bereits 2016 fand das ‚Kulturjahr Österreich – Bosnien und Herzegowina‘ statt, um die kulturellen



Botschafterin Teresa Indjein, Leiterin der Sektion für kulturelle Auslandsbeziehungen des BMEIA, bei ihrer Eröffnungsansprache



Österreichs Botschafter in Sarajewo, Martin Pammer, bei seiner Rede

Beziehungen sowie den Dialog und zivilgesellschaftliche Aktivitäten zwischen beiden Ländern zu vertiefen. Das neue Kulturforum baut auf das damals geschaffene enge Netz an Kultur- und Wissenschaftsverbindungen auf“, so Botschafterin Indjein.

Aufgabe des Kulturforums Sarajewo wird es auch sein, Synergiepotential zwischen den verschiedenen österreichischen Kultur- und Bildungseinrichtungen, die es in Bosnien und

Herzegowina bereits gibt, zu nutzen. Dazu gehören, neben der Österreichischen Botschaft in Sarajewo und dem neu gegründeten Kulturforum, die Österreich-Bibliotheken in Sarajewo, Tuzla und Banja Luka sowie das Österreich Institut in Sarajewo und das Büro der österreichischen Beauftragten für Bildungskooperation. ■

<http://www.bmeia.gv.at/sarajewo>

<http://www.facebook.com/AustrijskaAmbasadaBiH/>

Positives EU-Stimmungsbild

ÖGfE-Umfrage zur Zeit des heimischen EU-Ratsvorsitzes

Die heimische Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft ist weiterhin auf hohem Niveau, das Interesse an europäischen Themen wächst. Mit dem österreichischen EU-Ratsvorsitz ist Mitte November rund die Hälfte der Befragten zufrieden, ein Drittel nicht. Die Bereitschaft, an den nächsten Wahlen zum EU-Parlament teilzunehmen, ist etwa gleich hoch wie vor den Europawahlen 2014. Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE).

In der Mitte Oktober durchgeführten bundesweiten Befragung sagen 74 % der ÖsterreicherInnen, daß unser Land Mitglied der EU bleiben soll. 13 % plädieren für einen Austritt aus der Union. 12 % beziehen keine Stellung. Gegenüber der letzten Umfrage von Mai 2018 sind die Unterschiede im Meinungsbild gering. Der Zustimmungswert bleibt im Zeitvergleich – vor allem nach der Brexit-Abstimmung – nachhaltig hoch, die Zahl der AustrittsbefürworterInnen ist um weitere 4 Prozentpunkte zurückgegangen.

Insgesamt 57 österreichweite ÖGfE-Befragungen seit Juni 1995 zeigen, daß – trotz Schwankungen – die BefürworterInnen der EU-Mitgliedschaft stets in der Mehrheit waren. Im Durchschnitt lag ihre Zahl bei rund 70 %, die Zahl jener, die sich für den EU-

Austritt aussprachen, dagegen bei 23 %. Die höchste Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft fand sich im Juni/Juli 2002 (80 %), der stärkste Wunsch nach einem Austritt im Juni/Juli 2008 (33 %).

Fast jede/r vierte befragte ÖsterreicherIn (23 %) gibt an, seit der Übernahme des Ratsvorsitzes durch Österreich gesteigertes Interesse an EU-Themen zu haben. Für rund drei Viertel der Befragten (72 %) hatte dies keine Auswirkungen auf ihr europapolitisches Interesse.

Knapp jede/r zweite der Befragten (49 %) ist zum aktuellen Zeitpunkt mit dem heimischen EU-Ratsvorsitz „sehr zufrieden“ (8 %) bzw. „eher zufrieden“ (41 %). Ein Drittel ist hingegen „eher nicht“ (23 %) oder „gar nicht“ (10 %) zufrieden. Ein recht hoher Anteil von 17 % kann sich zu dieser Frage kein Urteil bilden („weiß nicht/keine Angabe“).

Sieben Monate vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament zeigt sich bei den ÖsterreicherInnen auch eine relativ hohe Bereitschaft zur Teilnahme an den kommenden Wahlen zum EU-Parlament. 42 % der Befragten geben an, am 26. Mai 2019 „sicher“ ihre Stimme abgeben zu wollen, 34 % „eher“. Die Zahl jener, die sich diesen Termin nicht im Kalender vormerken, ist vergleichsweise gering: 14 % sagen, daß sie aus

heutiger Sicht „eher nicht“ an den Wahlen teilnehmen werden, 3 % „sicher nicht“ (7 % „weiß nicht/keine Angabe“).

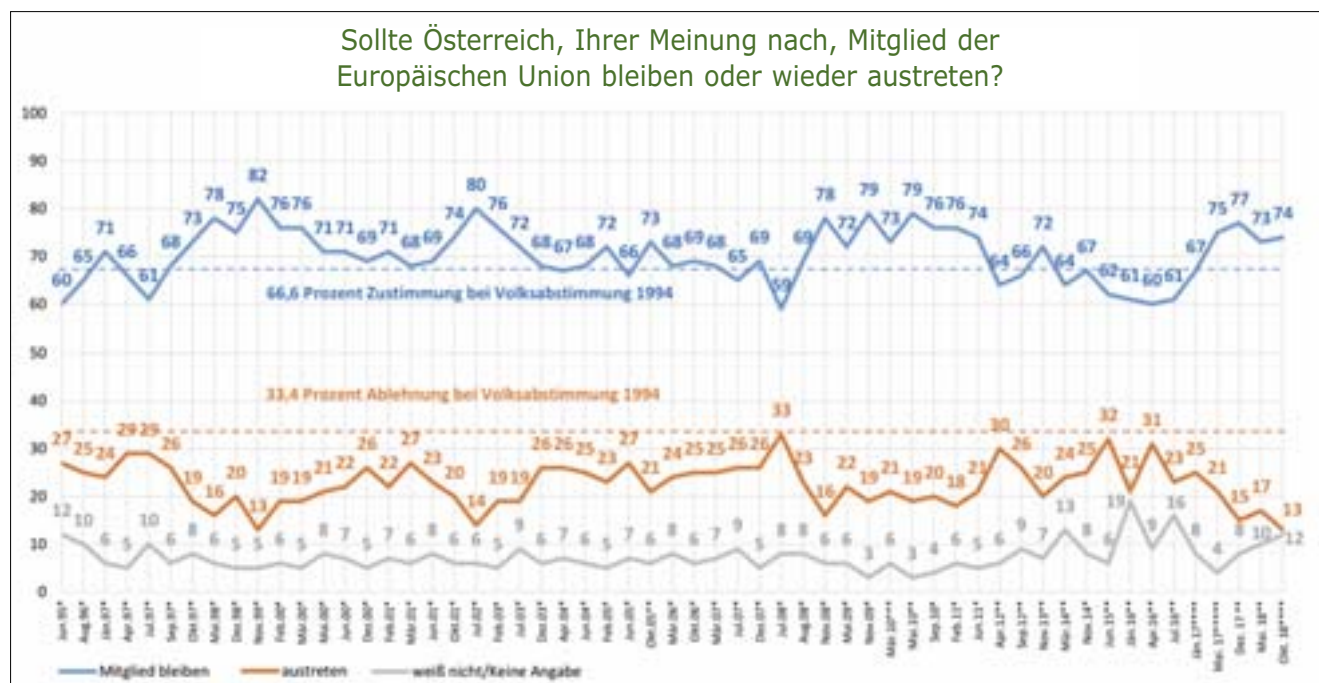
Das aktuelle Stimmungsbild ähnelt damit jenem, das die ÖGfE zu einem vergleichbaren Zeitpunkt vor den Europawahlen 2014 erhoben hat. Damals bekundeten ebenfalls rund drei Viertel ihre prinzipielle Teilnahmebereitschaft, wobei sich damals 49 % als „sichere“ WählerInnen deklarierten und 29 % als „eher sichere“. Knapp zwei von zehn Befragten gaben im November 2013 an, „eher nicht“ (11 %) bzw. „sicher nicht“ (8 %) an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen zu wollen.

<http://www.oegfe.at>

Die Umfrage

wurde von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft vom 18. bis 23. Oktober 2018 im Auftrag der ÖGfE durchgeführt (Tel SWS 278). Befragt wurden österreichweit 580 Personen per Telefon (repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahre/Gewichtung nach Geschlecht, Alter und Bildung).

Maximale Schwankungsbreite ca. +/- 4,1 %. Differenz auf 100 % aufgrund gerundeter Werte. Vergleichsumfrage: Tel SWS 215, November 2013, N=521.



Energie, Bildung, Nachhaltigkeit

Fachkommission des Ausschusses der Regionen zu Gast im Burgenland: wichtiger Beitrag zum Informationsaustausch in den Bereichen Umweltmanagement und erneuerbare Energie



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Landtagspräsident Christian Illedits, Landeshauptmann Hans Niessl und Roby Biber, 1. Vize-Vorsitzender der Fachkommission für Umwelt, Klimawandel und Energie im Ausschuß der Regionen, nach dem Informationsaustausch an der FH Burgenland in Pinkafeld

Energie, Bildung und Nachhaltigkeit standen am 8. November im Zentrum eines hochrangig besetzten Fachseminars der Fachkommission für Umwelt, Klimawandel und Energie (ENVE) des Ausschusses der Regionen in der Fachhochschule Burgenland in Pinkafeld. „Unter dem Motto ‚Lernen von Europa, lernen in Europa‘ leistet das heutige Seminar einen Beitrag zum Informationsaustausch in den Bereichen Umweltmanagement und erneuerbare Energie. Das Burgenland hat als ehemaliges Ziel 1-Gebiet von dem EU-Beitritt stark profitiert und aufgrund zielgerichteter nachhaltiger Investitionen auf dem Energiesektor eine Vorreiterrolle eingenommen“, so Landtagspräsident Christian Illedits, Burgenlands Vertreter im Ausschuß der Regionen.

Derzeit, so Illedits, bewege sich das durchschnittliche BIP der Region bei 90 Prozent. „Unter besonderer Berücksichtigung des Umweltschutzes ist es dem Burgenland gelungen, Stromautarkie zu erreichen. Die nächsten Schritte, die wir setzen sind, die regionale und interregionale Energieversorgung mit Beteiligung der Bürger zu forcieren. Damit haben die Gemeinden und Privatpersonen zukünftig die Möglichkeit, mit Unterstützung des Landes sich an einer nachhaltigen und erneuerbaren Energiegewinn-

nung zu beteiligen. Zusätzlich wird damit das Investment am Energiesektor erhöht werden.“

Niessl: Vom Reden ins Tun Kommen

Um die Umwelt nachhaltig zu schützen und um die Klima- und Energieziele zu erreichen, müsse man vom „Reden ins Tun kommen“, fordert Landeshauptmann Hans Niessl. Im Burgenland werde dies nicht nur bereits gelebt, man sei schon einen Schritt weiter. „Das Burgenland erzeugt 150 Prozent seines Strombedarfs aus erneuerbaren Energieträgern. Der zweite Schritt: Mit der Beteiligung am Joanneum Research setzen wir Akzente bei der Forschung zur Steigerung der Energieeffizienz.“ Geforscht werde im Bereich Opto-Elektronik, so Niessl: „LED verbraucht im Vergleich zu anderen Technologien wenig Strom, eine höhere Effizienz bedeutet weniger Stromverbrauch. Das ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.“ Und der nächste Schritt zeichne sich bereits ab: „Die Speicherung von Überschussstrom ist eine Herausforderung, der wir uns stellen müssen und stellen werden. Hier wird es Forschungsaufträge geben, auch in Zusammenarbeit mit Unternehmen.“ Ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz sei auch der burgenländische Dachkataster. Dieser ermög-

licht durch eine Erfassung aller Hausdächer im Burgenland optimale Lagen für Photovoltaik- und Solaranlagen darzustellen.

»Burgenländischer Erfolgsweg« als Vorbild für Europas Regionen

„Der burgenländische Erfolgsweg in Richtung Energieautarkie beweist eindrucksvoll, daß diese nur in Zusammenarbeit mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu erreichen ist. Die Europäische Kommission erwartet bis zum Jahresende die Vorlage der diesbezüglichen Strategiepläne der EU Mitgliedsstaaten und ruft diese zur engen Zusammenarbeit mit den Regionen auf“, sagt Roby Biber, 1. Vize-Vorsitzender der Fachkommission für Umwelt, Klimawandel und Energie im Ausschuß der Regionen. Das Burgenland zeige, „daß man es tun kann, wenn man es wirklich tun will, so Roby Biber.“

Ziel des Seminars sei es gewesen, vorbildliche Projekte aus anderen Regionen Europas kennenzulernen und „für uns zu nutzen. Wir wollen das Burgenland bei der Energieproduktion, Energiespeicherung und Energieeffizienz weiterentwickeln“, so Illedits. ■

<http://www.burgenland.at>
<https://cor.europa.eu/de>

Brüssel: Kärnten gab den Ton an

LH Kaiser bei AdR-Plenarsitzung – Bei Brexit an Menschen und Wirtschaft denken – Regionalfördermittel müssen in neuer EU-Förderperiode gleich bleiben



Foto: VBB Brüssel

Beim Österreich-Empfang des AdR sorgte das Kärntner Brassquintett Blechreiz für die musikalische Umrahmung. Von Ihnen sowie von Burgenlands Landtagspräsident Christian Illedits sowie von AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz und VBB-Leiterin Martina Rattinger gab es für Landeshauptmann Peter Kaiser ebenfalls Geburtstagsgratulationen

Gleich zweimal ließ Kärnten im Zuge der letzten Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen (AdR) in diesem Jahr am 5. und 6. Dezember in Brüssel aufhorchen: Zum einen sorgte das Kärntner Brassquintett Blechreiz am beim Abendempfang des AdR anlässlich des Österreichischen Ratsvorsitzes für Unterhaltung, Zum anderen nahm Landeshauptmann Peter Kaiser Stellung zum Brexit.

Der Abendempfang des AdR wird immer von jenem Land ausgerichtet, das gerade die Präsidentschaft innehat, in dem Fall Österreich. Die Österreichische Delegation lud zu dieser Veranstaltung alle 350 AdR-Mitglieder, die Mitglieder des Europäischen Parlaments, JournalistInnen sowie KärntnerInnen, die in Brüssel leben und arbeiten, und das Österreich-Netzwerk. Kärntens Beitrag mit Unterstützung des Österreichischen Kulturforums in Brüssel heuer war die musikalische Umrahmung des bekannten Kärntner Brassquintetts Blechreiz.

Im Rahmen der Veranstaltung konnte der Landeshauptmann auch zahlreiche prominente Gratulationen zu seinem 60. Geburtstag entgegennehmen. Die Österreich-Delegation wünschte Kaiser alles Gute sowie die entsprechende Gesundheit, um sein Amt weiterhin mit glücklicher Hand auszuüben. Gratulationen kamen u.a. von Tirols Landeshauptmann Günther Platter, Burgenlands Landtagspräsident Christian Illedits und AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz.

Die Themenschwerpunkte dieses letzten AdR-Plenums des Jahres waren die Zukunft

der Kohäsionspolitik, also die künftige Verteilung der Regionalfördermittel sowie der Austritt Großbritanniens aus der EU. Kaiser hielt in diesem Zusammenhang fest: „Die Brexit-Verhandlungspartner haben das Wohl der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Zukunft in den Fokus ihres Tuns zu rücken.“

Für Kaiser kenne der Brexit ohnehin nur Verlierer, daher sei alles daran zu setzen, den Schaden für die Menschen in Großbritannien wie auch in den anderen 27 EU-Mitgliedsstaaten so gering wie möglich zu halten. Daher seien auch die finanziellen Auswirkungen eines Brexit auf die Regionen und Städte bei den jetzigen Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen mit zu bedenken und entsprechende Vorkehrungen zu treffen.

„Der 11. Dezember wird ein lehrreicher Tag für die gesamte EU“, betonte Kaiser in seinem Statement. Denn der Brexit resultiere laut Kaiser aus einer gewachsenen Unzufriedenheit der Menschen mit der EU, Zerstörungsiniciativen rechter Populisten seien deshalb auf fruchtbaren Boden gefallen. „Im kommenden Jahr findet die EU-Wahl statt. Wir müssen den Menschen in den Regionen vor Augen führen, daß es keine Alternative zur EU, zu einem gemeinsamen Europa, gibt, wenn sie Frieden, Sicherheit und Wohlstand haben wollen“, so Kaiser.

Die jetzt gelebte Geschlossenheit der 27 EU-Staaten im Zusammenhang mit dem Brexit müssen die Staaten laut Kaiser in Zukunft verstärkt auch in Fragen der Migration,

der Besteuerung von Großkonzernen wie Facebook, Amazon oder Apple an den Tag legen.

Weiteres wichtiges Thema in der Sitzung des AdR war die künftige Regionalförderpolitik der EU. „Die Kohäsionspolitik spielt eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung der wirtschaftlichen Belebung der ländlichen Gebiete Europas und damit auch für Kärnten“, so Kaiser. Schon im Vorfeld zur AdR-Plenarsitzung fand in Kärnten Mitte November eine High-Level-Konferenz des AdR zur Kohäsionspolitik statt. Bei dieser vorgelagerten Konferenz haben sich Landeshauptmann Peter Kaiser und AdR-Vorsitzender Karl-Heinz Lambertz klar geäußert: Eine Reduktion der Regionalfördermittel im nächsten EU-Budget darf nicht stattfinden, die Kohäsionspolitik sei außer Streit zu stellen, die EU-Regionalinvestitionen über den Sozialfonds (ESF), den Strukturfonds (EMFF) sowie die regionale Entwicklung (EFRE), sind beizubehalten.

„Kärnten profitierte von dieser Kohäsionspolitik wesentlich. Es flossen seit 1995 über 800 Mio. Euro in unser Land, die hier ein 2,5faches an Investitionen ausgelöst haben. Es kann nicht sein, daß Regionen Europas, die den Wohlstand durch eine intelligente Investitionspolitik gesichert haben, nun bestraft werden, indem für sie die Regionalförderung in Zukunft geringer ausfallen soll“, macht Kaiser deutlich. ■

<http://www.ktn.gv.at>

<https://cor.europa.eu>

Niederösterreich und Südmähren

Arbeitsgespräch von LH Johanna Mikl-Leitner mit Bohumil Simek, Kreishauptmann von Südmähren

Im NÖ Landhaus in St. Pölten kam es am 29. November zu einem Zusammentreffen von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner mit dem Kreishauptmann von Südmähren, Bohumil Simek. Im Zentrum des Arbeitsgespräches standen die Themen Verkehr, Gesundheit und EU-Regionalförderung.

Man habe ein „sehr gutes und konstruktives Arbeitsgespräch“ geführt, betonte die Landeshauptfrau eingangs. Zur Verkehrspolitik verwies sie zum einen auf den Vollausbau der Nordautobahn. Vor einem Jahr sei der Abschnitt von Schrick bis Poysbrunn freigegeben worden, derzeit arbeite man intensiv an der Umfahrung Drasenhofen. Zum anderen reche man bei der Anbindung der Weinviertler Schnellstraße S3 an den Raum Znaim-Brünn mit einer Verkehrsfreigabe 2020. In Summe würden dafür 132 Millionen Euro investiert. Dies seien „zwei große Verkehrsprojekte, die zu einer Win-Win-Situation für Niederösterreich und für Südmähren“ führten, so Mikl-Leitner.

Ein „großes Projekt mit Zukunftsperspektive“ sei auch die Europaspange, die „dynamisch wachsende Regionen verbinden“ solle. Die Landeshauptfrau: „Wir haben heute vereinbart, daß wir die Europaspange zu unserem gemeinsamen Anliegen machen.“

Im Zusammenhang mit dem Thema Gesundheit verwies Mikl-Leitner auf die gemeinsame Initiative „healthacross“ (*siehe auch Seite XX*). Durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sei es u. a. gelungen, ein Endometriosezentrum (eine Erkrankung der Gebärmutter-schleimhaut) im Landesklinikum Melk zu etablieren.

In Verbindung mit der EU-Regionalförderung bezog sich die Landeshauptfrau auf die Veranstaltung in Brüssel tags zuvor, bei der dieses Thema im Mittelpunkt gestanden sei. 342 Regionen und Städte, darunter auch Südmähren, hätten sich der Initiative angeschlossen, und es gebe ein „klares Bekenntnis“ der EU-Kommission, daß es die Regionalförderung auch in Zukunft geben solle.

Mikl-Leitner verwies weiters auch auf das Jubiläum „30 Jahre Fall des Eisernen Vorhanges“ im nächsten Jahr. Anlässlich dieses Jubiläums werde am 9. Mai 2019 eine große Festveranstaltung in Grafenegg stattfinden, kündigte sie an. Mit Kreishauptmann



Foto: NLK / Filzwieser

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner mit Bohumil Simek, Kreishauptmann von Südmähren

Simek habe sie auch bereits ein weiteres Treffen gemeinsam mit weiteren Kreishauptleuten vereinbart, so Mikl-Leitner.

Er sei sehr froh über die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen Südmähren und Niederösterreich, sagte Kreishauptmann Bohumil Simek in seiner Stellungnahme. Man habe „in kurzer Zeit viele Dinge“ behandeln können. Im Zusammenhang mit der Verkehrs-Infrastruktur bezeichnete er das Projekt Europaspange als ein „Projekt, das auch für die Region Südmähren einen großen Beitrag leisten kann“.

Auch Simek betonte die Bedeutung des Jubiläums „30 Jahre Fall des Eisernen Vorhanges“, vor allem für die junge Generation. Das nächste Zusammentreffen, bei dem auch die Kreishauptleute von Vysocina und Südböhmen dabei sein werden, solle bereits im Jänner nächsten Jahres stattfinden.

Niederösterreich und Südböhmen verbinden zahlreiche Kooperationen wie die Euroregion Donau Moldau oder das gemeinsame EU-Programm INTERREG zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Die Europaspange

Mit großer Mehrheit hat der NÖ Landtag den für Mobilitätsfragen zuständigen Landesrat Ludwig Schleritzko im Juni damit beauftragt, weitere Schritte zur Verwirklichung der Europaspange zu setzen.

„Unser Konzept ist klar: Wir wollen eine neue hochrangige Straßenverbindung zwischen der S 3 Weinviertler Schnellstraße und der S 10 Mühlviertler Schnellstraße. Damit wäre der nördliche Teil Niederösterreichs an die Routen vom Schwarzwald bis ans Schwarze Meer bzw. von der Nordsee zur Ägäis angebunden. Gleichzeitig soll die Franz-Josefs-Bahn rasch ausgebaut werden“, faßt der Mobilitäts-Landesrat die Pläne zusammen. Neben der Verbesserung und Errichtung der Infrastruktur wird sich darüber hinaus der Regionalverband Waldviertel mit weiteren Aspekten der regionalen Wirtschaftsentwicklung auseinandersetzen.

Von der besseren Anbindung an die europäischen Achsen könne der gesamte mitteleuropäische Raum profitieren, so Schleritzko: „Wir sprechen von positiven Effekten für die regionale Wirtschaft in Höhe von einer Milliarde Euro und von insgesamt 10.000 Arbeitsplätzen.“

„Die neue Verkehrsverbindung wird den Wirtschaftsraum stärken, Jobs im ländlichen Raum schaffen und die bereits hervorragenden Beziehungen zwischen Niederösterreich und seinen tschechischen Nachbarn noch weiter intensivieren“, so Martin Eichtinger, Landesrat für Wohnbau, Arbeit und internationale Beziehungen. ■

<http://www.noel.gv.at>

https://de.wikipedia.org/wiki/Jihomoravsk%C3%BD_kraj

Oö. Landtag in der Vojvodina

Der Oö. Landtag pflegt seit über zehn Jahren einen engen Kontakt zu der Autonomen Provinz Vojvodina in Serbien.

Eine Delegation des Oö. Landtags – zusammengesetzt aus Landtagspräsident KommR Viktor Sigl, seinem Vertreter Adalbert Cramer und seiner Vertreterin Gerda Weichsler-Hauer sowie den Abgeordneten Annemarie Brunner, Alexander Nerat und Ulrike Böker – besuchte diese Region in Serbien, das ein Anwärter auf die EU-Mitgliedschaft ist.

„Die Europäische Union ist das größte Friedensprojekt seit über 70 Jahren, umfaßt aber bisher nur einen Teil Europas. Serbien und die Autonome Provinz Vojvodina gehören, wie auch der restliche Westbalkan, ebenfalls zu Europa. Diese Regionen auf ihrem Weg in die EU zu begleiten, liegt im europäischen Interesse und im Interesse Österreichs und Oberösterreichs“, erklärte Landtagspräsident Sigl in seiner Rede während der Sondersitzung des Parlaments Vojvodinas zum Thema „Politik der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion: Regionen als Instrument der europäischen Integration“.

Die EU-Regionalpolitik wird laut Sigl künftig eine noch bedeutendere Rolle in der Verbindung zwischen Menschen in den Regionen und der EU einnehmen: „Es ist vor allem wichtig, die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern. Deshalb wird es auch künftig von Bedeutung sein, daß stärker entwickelte Regionen als Lokomotive fungieren und ihre Zugkraft zugunsten weniger entwickelter Regionen entfalten.“

Auf dem Programm der Reise standen unter anderem Arbeitsgespräche mit Ministerpräsident Igor Mirović und dem Präsidenten des Regionalparlaments, Istvan Pásztor. „Oberösterreichische Unternehmen sind ein wichtiger Investor in Serbien und der Autonomen Provinz Vojvodina. Ein verstärkter Austausch auf politischer Ebene soll dabei als Türöffner fungieren. Wir werden die Zusammenarbeit noch vertiefen und ausweiten, denn der Austausch hilft beiden Regionen bei ihrer Weiterentwicklung“, so Sigl.

Schwerpunkte sollen künftig im Bereich Umweltschutz und Erneuerbare Energien, Informationstechnologien, Bildung und e-Government sowie im Rahmen des Erfolgsprojekts Duale Ausbildung sein. „Auch im Kul-



Foto: AP Vojvodina

Nach ihrem Gespräch in Novi Sad (v.l.): 3. LTPin Gerda Weichsler-Hauer, LTP KommR Viktor Sigl, Ministerpräsident Igor Mirović und 2. LTP Adalbert Cramer

turbereich sollen die Beziehungen und die Unterstützung Oberösterreichs noch vertieft werden. Vor allem aufgrund der Tatsache, daß Novi Sad 2021 Kulturhauptstadt Europas sein wird“, erklärt Sigl.

Serbien bezieht derzeit rund 60 Prozent der Energie aus Kohlekraft. Aufgrund der Bestrebungen zur EU-Vollmitgliedschaft ist Serbien unter Handlungsdruck, die EU-Standards zu erreichen. „Die oberösterreichische Wirtschaft, vor allem im Bereich der erneuerbaren Energie, hat mit seinem vielfältigen Know-how die Chance einen neuen Exportmarkt zu erobern“, sieht ein wachsendes Potential in Serbien.

„Es ist deshalb von enormer Bedeutung, daß die Landespolitik die Weichen für einen einfachen Markteintritt für unsere Unternehmen sorgt“, betont Sigl. Zu den oberösterreichischen Unternehmen, die in der Provinz Vojvodina aktiv sind, zählen beispielsweise die Greiner Packaging International und die Gierlinger Holding aus Ottensheim, die Ende Jänner 2015 die Fleischfabrik Mitros – eines der führenden Unternehmen in Serbien – übernommen hat und deren Besichtigung als Abschluß der Informationsreise auf dem Programm stand. Eine Besichtigung des Fleischverarbeitungsbetriebes Mitros, Teil der Gierlinger Holding.

„Serbien und die Provinz Vojvodina sind auf dem richtigen Weg, um das Ziel EU-Mitgliedschaft zu erreichen. Beinahe die Hälfte der 34 Kapitel sind bereits eröffnet. Dennoch gibt es noch einige Herausforderungen, wie die Stärkung der Rechtssicherheit, ein verstärktes Engagement bei der Sicherheit sowie Reformen, die sie in Angriff nehmen müssen. Die EU, Österreich und Oberösterreich werden Serbien und die Autonome Provinz Vojvodina unterstützen“, so Sigl.

Bei einem Treffen mit István Pásztor, Präsident des Parlaments der AP Vojvodina, wurde über eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit gesprochen. „Die derzeitige Gegebenheit in Vojvodina gab es in Oberösterreich vor vielen Jahren. Mit unserer Erfahrung und dem gesammelten Wissen im Bereich der erneuerbaren Energie können wir die Provinz unterstützen“, ist Sigl überzeugt.

Im Zuge des Treffens lud Präsident Pásztor Landtagspräsident Sigl und der Zweiten Landtagspräsidentin Gerda Weichsler-Hauer sowie den Ökoenergie-Cluster OÖ, die Fachhochschule Wels und die Fachabteilungen des Landes OÖ zu den Geothermal Energy Days in Novi Sad ein. ■

<http://www.land-oberoesterreich.gv.at>
<https://de.wikipedia.org/wiki/Vojvodina>

Salzburgs Jugend rappt über Frieden, EU und Stille Nacht

600 SchülerInnen beim großen Video-Rap-Finale im EU-Dialog mit Landeshauptmann Wilfried Haslauer und Staatssekretärin Karoline Edtstadler

Mit dem Thema EU die Große Universitätsaula bis zum letzten Platz füllen: Daß das möglich ist, bewiesen 600 Salzburger Jugendliche zwischen 14 und 19, die mit Landeshauptmann Wilfried Haslauer und Staatssekretärin Karoline Edtstadler am 27. November zum Thema „Mein Europa“ und aktuellen Fragen zur österreichischen EU-Ratspräsidentschaft diskutierten. Das mit Spannung erwartete Highlight kam zum Schluß: 27 SchülerInnen vom BORG Gastein errangen den ersten Platz beim Videowettbewerb „Rap your EU 4 peace“ und dürfen sich über eine Brüsselreise zu den europäischen Institutionen freuen.

„Europa seid Ihr alle. Nur mit diesem Verständnis kann die EU funktionieren“, stellte der Landeshauptmann zu Beginn klar. „Wir haben ein bißchen vergessen, was uns die Europäische Einigung gebracht hat und müssen uns das vor allem in Hinblick auf die bevorstehenden Europawahlen im kommenden Mai in Erinnerung rufen“, betonte die nach eigener Einschätzung „glühende Europäerin“ Edtstadler in der Diskussion, zu der auch Bildungslandesrätin Maria Hutter gekommen war. Und was bewegt Salzburgs SchülerInnen in Sachen EU? Urheberrecht und die Frage, ob es Youtube weiterhin geben darf, welche Westbalkanstaaten als nächste zur EU kommen und ob es durch die Kürzungen beim EU-Agrarbudget zu Qualitätseinbußen kommt.

Brillanter Rap über unsere EU-Gleichgültigkeit

„Ein brillantes Stück, das nicht nur ins Ohr geht, sondern auch im Text kritisch mit der Gleichgültigkeit vieler EU-BürgerInnen umgeht, die den Frieden, den das größte Friedensprojekt der Geschichte – die EU – sichern soll, offenbar für eine Selbstverständlichkeit halten“, urteilte die Jury über den Siegerbeitrag niewiczderkrieg der 8. Klassen Multi Media Art vom BORG Gastein.

Professionelle Begeisterung mit Ohrwurm-Potential

„Die Rap-Videos sind einfach sensatio-



Preisverleihung beim Videowettbewerb „Rap your EU 4 peace“ (v.l.): Rapper Train D-lay, LRin Maria Hutter, STS Karoline Edtstadler, LH Wilfried Haslauer, Gritlind Kettl (EU-Bürgerservice und Europe Direct), Florian Mader, Leonie Mayer (beide aus der Siegerklasse BORG Gastein)



Fotos: Land Salzburg / Stefan Mayer

Still aus dem Video der Siegerklasse BORG Gastein – zu sehen via untenstehendem Link

nell, sie gehen einem gar nicht mehr aus dem Kopf. Es ist unglaublich, was die Schülerinnen und Schüler aus dem Friedenthema von EU und Stille Nacht gemacht haben. Über die Talente und die Begeisterungsfähigkeit unserer Jugend brauchen wir uns keine Gedanken zu machen“, ist Initiatorin und Organisatorin Gritlind Kettl, Leiterin Stabsstelle EU-Bürgerservice und Europe Direct, vom professionellen Niveau der Einreichungen

von 16 Klassen aus zwölf Schulen aus dem ganzen Land begeistert. Den zweiten Platz belegte der Beitrag Heartfelt Wish der 6A des Akademischen Gymnasiums Salzburg. Gleich neun Klassen des BG Seekirchen dürfen sich über den dritten Platz ihres Gemeinschaftsbeitrags Mia ghean zsom! freuen. Alle teilnehmenden Videos sind auf der Landes-Website zu finden. ■

<http://www.salzburg.gv.at/rap-your-eu-4peace/videos>

Sloweniens Außenminister in Graz

Fünftes Arbeitstreffen des steirisch-slowenischen Komitees

Zum mittlerweile fünften Mal trafen sich am 30. November die Delegationen aus der Steiermark und Slowenien zum Gemeinsamen Komitee, um die grenzübergreifende Zusammenarbeit zu vertiefen. Tagungsort war diesmal das Stieglerhaus in St. Stefan ob Stainz. An der Spitze der Steirer stand zum vierten Mal Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer. Für sein slowenisches Gegenüber, Außenminister Miroslav Cerar, die letzten vier Jahre Premierminister unserer südlichen Nachbarn, war das Zusammentreffen im Rahmen des Gemeinsamen Komitees hingegen eine Premiere.

Zum Start hieß Schützenhöfer den slowenischen Außenminister herzlich in der Weststeiermark willkommen. Inhaltlich begann die fünfte Sitzung des gemeinsamen Komitees mit den Sitzungen von drei verschiedenen Arbeitskreisen aus der Verwaltung, die sich den Schwerpunkten öffentliche Verwaltung, Bildung, Soziales sowie Raumplanung und -ordnung, Wasserwirtschaft und Katastrophenschutz wie auch Wirtschaft, Tourismus und Kultur widmeten. Im Anschluß an die gemeinsame Diskussion im Plenum wurde eine drei Seiten umfassende Gemeinsame Erklärung verabschiedet, die die geplanten Maßnahmen auflistet. Nach Abschluß der Tagung zeigte sich der Landeshauptmann in Anbetracht der Ergebnisse äußerst zufrieden: „Insbesondere der Erfolg der Steiermark als Innovationsland und unser System der dualen Berufsausbildung sind für Slowenien interessant. Da wollen wir intensiv zusammenarbeiten und damit unsere Chancen noch besser nutzen.“

Im Zuge des Zusammentreffens stand eine Reihe von Themen auf der Agenda. Schützenhöfer lobte die gut funktionierenden Kooperationen in unterschiedlichen Bereichen: „Die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen der Steiermark und Slowenien tut beiden Partnern gut, gerade in Fragen der Verwaltung, des Sozialen, der Umwelt, der Kultur, der Universitäten bis hin zu Raumordnung und Wasserwirtschaft. Aber gerade auch in wirtschaftlichen Belangen sind die Beziehungen zu Slowenien für uns von grosser Bedeutung. So ist es durchaus bemerkenswert, daß der Warenaustausch zwischen Slowenien und der Steiermark größer ist als jener zwischen Slowenien und den USA.“



Foto: steiermark.at / Streibl

Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und Außenminister Miroslav Cerar betonten die gute und partnerschaftliche Zusammenarbeit in den unterschiedlichsten Bereichen.

Aber auch im Bereich Forschung und Entwicklung spielen die grenzübergreifende Zusammenarbeit eine bedeutsame Rolle, so der Landeshauptmann weiter. „In der Steiermark ist insbesondere auch die Clusterbildung dafür verantwortlich, daß wir mit einer Forschungs- und Entwicklungsquote von 5,14 Prozent an der Spitze der europäischen Regionen stehen. Daher wollen wir auch im Bereich der Cluster Kooperationen mit unseren slowenischen Nachbarn forcieren, denn wer im Bereich der Forschung und Entwicklung vorne ist, wird auch bei den Arbeits-

plätzen der Zukunft vorne sein“, so Schützenhöfer.

Cerar dankte für die Einladung in die Steiermark und fand lobende Worte für das hervorragend organisierte Treffen und betonte: „Die bisherige Arbeit des Gemeinsamen Komitees bringt ein neues Tempo in der Zusammenarbeit mit sich. Das heutige Treffen hat vor allem gezeigt, daß wir auch in Zukunft in vielen Bereichen eng mit der Steiermark zusammenarbeiten werden.“ ■

<http://www.steiermark.at>

<https://de.wikipedia.org/wiki/Slowenien>

EU-Kommissar Öttinger in Graz



Foto: steiermark.at / Streibl

LH Hermann Schützenhöfer (l.) empfängt EU-Kommissar Günther Oettinger

Der steirische Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer empfing am 20. November den EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger zu einem Arbeitsgespräch in der Grazer Burg. Themen des Besuchs waren neben dem „Brexite“ insbesondere jene Themen, die für die Steiermark von großer Bedeutung sind. So nutzte Schützenhöfer das Arbeitsgespräch mit dem Haushaltskommissar um auf die Anliegen der heimischen Landwirtschaft hinzuweisen.

„Unsere Landwirte versorgen uns mit nachhaltig produzierten und regionalen Lebensmitteln, diese zentrale Stellung der heimischen Landwirtschaft muß auch im mehrjährigen Finanzrahmen der EU berücksichtigt werden“, fordert der steirische Landeshauptmann. ■

zukunft.gemeinsam.gestalten.

LH Platter: »EUSALP bündelt Kräfte gegen Transit und Jugendarbeitslosigkeit«



Foto: Land Tirol / Die Fotografen

Die TeilnehmerInnen der EUSALP-Generalversammlung mit Mitgliedern des Jugendparlaments der Alpenkonvention

Die Präsidentschaft Tirols in der EU-Alpenstrategie (EUSALP) neigt sich dem Ende zu – mit dem zweitägigen Jahresforum, das am 20. und 21. November in Innsbruck über die Bühne ging, fand diese ihren Höhepunkt. Gemeinsam mit EU-Kommissar Johannes Hahn zog Landeshauptmann Günther Platter Bilanz und präsentierte Ergebnisse unter dem Vorsitz Tirols: Neben der dualen Ausbildung – das Tiroler Modell gilt innerhalb der 48 Regionen als Vorzeigeprojekt und soll auch anderen Regionen helfen, die Jugendarbeitslosigkeit zu senken – waren es Tirols Anstrengungen hinsichtlich einer ausgeglichenen Verkehrspolitik über die Alpenkorridore, die den Vorsitz prägten. Auch die Stärkung der überregionalen Mobilität stand im Fokus – wie etwa durch einheitliche Ticket- und Infosysteme im öffentlichen Verkehr. Außerdem sprach sich die Generalversammlung einhellig dafür aus, die Bodenressourcen in den Alpenregionen zu schützen – Niederschlag findet dies in einer von Kommissar Hahn und LH Platter in einer von sechs Alpenstaaten und 20 Regionen unterstützen „Bodenschutzdeklaration“.

Transitstudie beweist: Brenner billigster Transitkorridor der Alpen

„Unter dem EUSALP-Leitsatz ‚zukunft gemeinsam gestalten‘ war es uns beim Vor-

sitz wichtig, als Sprachrohr für die transitgeplagte Bevölkerung in den Alpenregionen zu agieren. Der Alpenraum ist mit überproportionalen negativen Auswirkungen auf die Umwelt, Infrastruktur und vor allem die Gesundheit der Menschen konfrontiert – umso wichtiger ist es jetzt, gemeinsam Maßnahmen zu treffen“, verweist Platter auf die von Tirol initiierte Analyse der Mautpreissysteme in den 48 Alpenregionen.

Die Studienergebnisse, die auch in der Stellungnahme der Alpenregionen zur Änderung der Wegekosten-Richtlinie eingebracht werden und damit ein Ausrufezeichen der Regionen im Hinblick auf die künftige Ausrichtung der EU-Verkehrspolitik bedeuten, zeigen: „In Tirol sind die günstigsten Alpenübergänge innerhalb der sieben EUSALP-Staaten vorzufinden: Die Mautkosten am Brenner sind im Durchschnitt 2,5 Mal günstiger als am Gotthard bzw. fünf Mal günstiger als am Mont Blanc. Das ist so nicht hinnehmbar – wir fordern Gleichberechtigung und damit ein Anheben der LKW-Maut über die Tiroler Pässe. Mit der Studie haben wir das Ungleichgewicht schwarz auf weiß und für alle nachvollziehbar aufgezeigt. Diese dient uns als Argumentationshilfe und Grundlage, um dem Umwegtransit ganzheitlich entgegenzutreten“, sagt Platter. „Die EU-Wegekosten-Richtlinie ist ein wichtiger Hebel, um das Preisniveau innerhalb der gesam-

ten Alpenregion endlich in jenem Maß anzuheben, wie es für den Erhalt unseres wertvollen Lebensraumes notwendig ist – für die Gesundheit der nächsten Generation“, spricht sich LH Platter für die Verlagerung auf die Schiene sowie deren Attraktivierung aus.

Duale Ausbildung: Von Tirol in die Alpenregionen Europas

Das Jahresforum stand zudem im Zeichen der nächsten Generation: „Umso wichtiger war es für uns, Themen aufzugreifen, die im Sinne der Jugend sind – Ausbildung und Arbeit sind zwei davon. Tirol hat im internationalen Vergleich seit vielen Jahren eine relativ geringe Jugendarbeitslosigkeit. Während der EUSALP-Durchschnitt im Jahr 2017 bei 13,7 Prozent lag, verzeichnete Tirol eine Jugendarbeitslosigkeitsquote von 7,7 Prozent. Maßgeblich dafür ist unter anderem das Tiroler Modell der dualen Ausbildung. Auch unsere Alpenregionspartner sollen von unseren Erfahrungen und unserem Wissen profitieren“, verweist Platter auf die Ziele eines eigens erstellten 10-Punkte-Plans für duale Ausbildung und Fachkräfte, welcher unter der Federführung Tirols ausgearbeitet wurde und sich an Unternehmen, Auszubildende und Lehrende richtet.

Dieser gilt als gemeinsame Ausgangsbasis, um die duale Ausbildung in den EUSALP-Regionen zu stärken. „Es ist wün-

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Land Tirol / Die Fotografieren



EU-Kommissar Johannes Hahn (l.) und Landeshauptmann Günther Platter informieren im Anschluss an die Generalversammlung über die Ergebnisse.

schenenswert, daß die Lehrlings- und Fachkräfteausbildungen innerhalb der Alpenregionen entsprechend anerkannt und auch in einer anderen Alpenregion angerechnet werden können. Mit dem Austausch von qualifizierten Fachkräften fördern wir auch das Zusammenwachsen, das die Alpenregion wesentlich stärkt“, so Platter. Im Rahmen des Strategieplans werden auch die Durchführung von Sensibilisierungskampagnen sowie der Aufbau von Beratungsangeboten im gesamten Alpenregionenbereich anvisiert.

Starke Jugend in der Alpenregion

Die Jugend stand beim Jahresforum insgesamt im Fokus: „Die Einbindung der Jugend muß langfristig forciert werden. Über 350 Jugendliche sind beim Jahresforum dabei – ihre Ideen und Meinungen bringen frischen Wind und neue Sichtweisen, die für unsere Arbeit wichtig sind“, so Platter. Im Rahmen der Veranstaltung wurde das beste „Alpenprojekt“ gekürt: 50 Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren reichten ihre Ideen zur Gestaltung des Alpenraumes ein. Das Siegerprojekt wurde bei der Umsetzung unterstützt.

Bodenschutzdeklaration Bevölkerung und Umwelt

„Ob für die Lebensmittelversorgung oder der Wald als Schutzschild vor Naturgefahren: Boden ist eine wertvolle Ressource, die es nachhaltig zu nützen und zu schützen gilt – denn die besiedelbaren Flächen im alpinen Raum sind beschränkt“, betonte Platter, daß

„die breite Unterstützung einer Bodendeklaration ein klares Signal ist. Wir haben dies initiiert, um die Zukunft zu sichern. Bei den jüngsten Unwettern vor drei Wochen sind Waldschäden auf 1.000 Hektar entstanden, deren Schutzfunktion nun fehlt. Das zeigt, wie wichtig Boden auf allen Ebenen ist“, sieht Platter auch darin eine zentrale Notwendigkeit, um die Alpenregion für die nächste Generation zu sichern. Mit der Bodenschutzdeklaration wurde dieses wesentliche EUSALP-Anliegen auch schriftlich für die künftige Arbeit festgehalten.

Mobilität: einheitliche Fahrgast-Info- von Innsbruck nach Grenoble

Weiters galt der Mobilität Tirols Hauptaugenmerk: Um diese zu stärken, wird ein einheitliches Fahrgast-Informationssystem innerhalb der Alpenregion angestrebt – die ersten Schritte wurden in Form von abgestimmten und einheitlichen Fahrplanauskünften zwischen Nord- und Südtirol geschaffen. Der nächste Schritt ist das gemeinsame Ticketing: „Die verfügbaren Fahrgastinformationen mit grenzüberschreitendem Ticketing sind ein Euregio-Leuchtturmprojekt. Unsere Vision ist es, ein solches System auf die gesamte Alpenregion auszurollen – wir stehen als Partner und Know-how-Träger mit den Alpenregionen in engem Kontakt“, sagte Platter. In einem weiteren Schritt soll auch die Pendlermobilität gestärkt werden. Allein in Tirol waren es im Jahr 2016 täglich über 5.000 Personen, die zwischen den Staatsgrenzen pendeln. Dabei soll die

Infrastruktur hinsichtlich Taktungen und kürzeren Reisezeiten verbessert werden.

Über die Tiroler EUSALP- Präsidentschaft 2018

Über 2.000 TeilnehmerInnen nahmen insgesamt an den unter der Federführung Tirols organisierten Veranstaltungen im Rahmen der EUSALP-Präsidentschaft teil. Neben Fachveranstaltungen für die Öffentlichkeit (Veranstaltungsreihe „Der Zukunft den Boden bereiten“, Mobilitätskonferenz, AlpFoodway-Konferenz, International Snow Science Workshop, Energiekonferenz) waren es drei internationale Arbeitstreffen, bei welchen sich die FachexpertInnen der EUSALP austauschten. Zahlreiche interne Treffen und Workshops rundeten das Veranstaltungsprogramm ab.

„Pitch your Project to the EU“ – eingereichte Projekte beim 2. Jahresforum

„Magical Alps“: Eine Schulklasse aus Österreich will Legenden und Mythen des Alpenraums nachgehen. Ihre Sammlung soll letztlich auf einer Website präsentiert werden, welche zum Austausch zwischen Schulen und EinwohnerInnen beitragen soll. Interessierten wird die Möglichkeit eröffnet, „mystische“ Orte der EUSALP zu besuchen.

„Beehave“: Zwei junge Italiener verbinden den Schutz der Bienen mit Wirtschaftlichkeit. Sie wollen Sensoren an Bienenstöcken anbringen, um die Umgebungsqualität und Gesundheit der Bienen lückenlos zu überwachen. Mittels einer App erhalten die ImkerInnen Informationen, wodurch sie schnell reagieren und die Honigproduktion verbessern können, WissenschaftlerInnen sollen die Daten für die Forschung verwenden können.

„Match Strategies“: Durch die Zusammenarbeit von „Match Strategies“ mit Klein- und Mittelunternehmen sowie Start-Ups sollen StudentInnen die Möglichkeit haben, innerhalb der EUSALP bei Projekten ihre Fähigkeiten und Kenntnisse zu erweitern. „Match Strategies“ dient dabei als Drehscheibe zwischen den Firmen und StudentInnen.

„Alpine Ticket Networking Meeting“: Die Mitglieder des Cipra-Jugendrates widmen sich der Mobilität. Ziel ist es, eine Lösung für den öffentlichen Verkehr im Alpenraum zu entwickeln – länderübergreifende Reisen mit einem Ticket zu leistbaren Preisen!

<https://www.tirol.gv.at/>

<https://www.alpine-region.eu/>

39. IBK-Regierungschefkonferenz

LH Wallner: »Grenzübergreifende Zusammenarbeit stärkt die Bodenseeregion.«



Foto: Staatskanzlei Schaffhausen

v.l.: Staatsministerin Theresa Schopper, Baden-Württemberg, Landeshauptmann Markus Wallner, Vorarlberg, Regierungspräsident Christian Amsler, Schaffhausen, Regierungsrat Alfred Stricker, Appenzell Ausserrhoden, Regierungsrätin Carmen Haag, Thurgau, Regierungsrat Ernst Stocker, Zürich, Regierungsrat Benedikt Würth, St.Gallen, stillst. Landammann Roland Inauen, Appenzell Innerrhoden, Landrat Elmar Stegmann vom Landkreis Lindau für den Freistaat Bayern sowie Regierungssekretär Horst Schädler für das Fürstentum Liechtenstein.

Am 6. Dezember kamen die zehn Regierungschefs und Regierungsvertreter der Mitgliedsländer und Kantone der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) in Schaffhausen zu ihrer 39. Regierungschefkonferenz zusammen. Hauptthema war die Umsetzung der IBK-Strategie 2018-2022. Der IBK-Vorsitz ging nach einem Jahr vom Kanton Schaffhausen an den Kanton Thurgau über.

Vor rund einem Jahr haben die zehn Länder und Kantone der IBK ein neues Leitbild beschlossen. Darin verfolgen sie gemeinsam die Grundidee der Bodenseeregion als Modell für einen zukunftsfähigen und grenzüberschreitend vernetzten Lebens- und Wirtschaftsraum. Im laufenden Jahr unter dem Vorsitz des Kantons Schaffhausen stand die Konkretisierung von Leitbild und Strategie im Fokus.

„Wir haben mit konkreten Projekten und Umsetzungsbeschlüssen den Strategieprozess zu einem guten Abschluß gebracht“, so Regierungspräsident Christian Amsler in seinem Rückblick auf das Jahr 2018. Dabei verweist der IBK-Vorsitzende auf Jahreshöhepunkte wie das Wirtschaftskonzil im Juni oder die Delegationsreise der Regierungschefs nach Brüssel, mit denen sich die Bodenseeregion bis auf die europäischer Ebene bemerkbar machen konnte.

Bei ihrer Konferenz in Schaffhausen befaßten sich die Regierungschefs vertieft mit Zukunftsthemen zur Umsetzung der Strategie. Zur grenzüberschreitenden Stärkung der

Innovationskraft war bereits die „IBK-Digitalisierungsinitiative“ auf den Weg gebracht worden. Nun wurde das Handlungsfeld mit dem Projekt „Innovative Bodenseeregion“ noch erweitert. Dessen Ziel ist es, durch gezieltes Vernetzen von Institutionen und Personen regionale Innovationen über die Wirtschaft hinaus auch in Bildung, Soziales, Gesundheit, Mobilität oder Umwelt zu fördern. Als Schlüsselakteur ist der Verbund der Internationalen Bodensee-Hochschule (IBH) maßgeblich in das Projekt einbezogen.

Das gezielte Bündeln von Kräften ist eine generelle Stoßrichtung der IBK über die Projekte hinaus. Auf institutioneller Ebene hat die IBK ihren Willen zu einer engeren Zusammenarbeit in Kooperationsvereinbarungen mit den Bodenseeparlamenten oder dem Städtebund besiegelt.

„Nur gut zusammenarbeitende Nachbarregionen können auch weiterhin wettbewerbsfähig bleiben“, betont Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner. Der IBK-Vorsitz wechselt im kommenden Jahr vom Kanton Schaffhausen zum Nachbarkanton Thurgau. Vorarlberg wird im Jahr 2020 den Vorsitz übernehmen.

Die Bodenseeregion soll in Europa noch stärker als bisher als Standort für Wirtschaft, Arbeit, Wissenschaft und Innovation positioniert werden. Ein weiteres übergeordnetes Ziel ist es, die hohe Lebensqualität zu bewahren. Es gilt das große Potential der Region vollends zu entfalten, unterstreicht Wall-

ner: „Für diese Bemühung ziehen alle Beteiligten an einem Strang, denn nur wenn die Bodenseeregion grenzüberschreitend zusammenarbeitet, können wir auch in Zukunft unsere Wettbewerbsfähigkeit erhalten.“

Schwerpunktprojekt »Innovative Bodenseeregion«

Mit diesem Schwerpunktprojekt hat sich die IBK ein wichtiges Ziel gesetzt. Die Vernetzung der regionalen Wissenschafts- und Innovationssystem soll gestärkt werden. Auch die Entwicklungsmöglichkeiten durch die Digitalisierung und die hohe Innovationskraft der Region soll vermehrt gefördert werden. „Es ging bei den Gesprächen darum, die Möglichkeiten auf den Gebieten der Digitalisierung, Industrie 4.0 und bei Hochschulkoperationen gemeinsam zu nutzen. In dieser Hinsicht wollen wir die grenzübergreifende Zusammenarbeit bei Verfahren und Strukturen weiter intensivieren“, so Wallner.

Internationale Bodensee Konferenz

Die 1972 gegründete IBK ist ein Zusammenschluß der an den Bodensee angrenzenden und mit ihm verbundenen Länder und Kantone Bayern, Baden-Württemberg, Zürich, Schaffhausen, Thurgau, St. Gallen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Fürstentum Liechtenstein und Vorarlberg. ■

<https://vorarlberg.at>

<http://www.bodenseekonferenz.org>

Wien für Expats hochattraktiv

Die Betreuungsqualität ist ein Schlüssel zur Zufriedenheit internationaler Fach- und Führungskräfte.

Vier von fünf in Wien ansässige Expats, also internationale Fach- und Führungskräfte, haben einen guten oder sehr guten Start in Wien. 93,9 Prozent bestätigen der Stadt eine hohe internationale Attraktivität, 89,3 Prozent würden Wien als Expat-Ziel weiterempfehlen. Das sind die Ergebnisse einer umfassenden Umfrage im Auftrag der Wirtschaftsagentur Wien unter hier lebenden internationalen Fach- und Führungskräften.

„Neben dem hohen Zuspruch zu Wien als Weltstadt freut uns besonders das tolle Feedback zur Arbeit unseres Beratungszentrums, dem Expat-Center. Im Zuge der Umfrage gaben 99 Prozent der Befragten an, zufrieden mit unserer dortigen Beratungsarbeit zu sein“, so Gerhard Hirczi, Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien. „Diese hohe Zustimmung zeigt, daß es sich auszahlt, daß wir Expats individuell in zwölf Sprachen beraten und ihnen ein gutes Wien-Gefühl vermitteln. Im Wettbewerb um die Ansiedlung internationaler Firmen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann eine gute persönliche Betreuung den entscheidenden Unterschied ausmachen.“

Die Umfrage wurde von der Wirtschaftsagentur Wien beauftragt und von Urban Innovation Vienna zwischen November 2017 und März 2018 durchgeführt und ausgewertet. Von insgesamt 1.864 kontaktierten Expats kamen 196 der Einladung zur Teilnahme an der Online-Umfrage nach. Diese stammen aus 45 verschiedenen Ländern, die Hälfte



Foto: PID / David Bohmann

Gerhard Hirczi, Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien

von denen aus dem Vereinigten Königreich, Kanada, den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland.

Schätzungen zufolge beherbergt Wien circa 25.000 Expats.

Die internationalen Fach- und Führungskräfte bestätigten in der Umfrage nicht nur den Ruf Wiens als funktionierende Stadt, sondern auch die guten Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung: 84,2 Prozent der teilnehmenden Expats schätzen an Wien die Sicherheit, 75,5 Prozent die Sauberkeit und 76,5 Prozent das kulturelle Angebot der Stadt.

Zeitgleich veröffentlichte Umfragezahlen der Organisation InterNations, wonach Wien als Expat-Ziel nur im internationalen Mittelfeld liegt und als unfreundlich gilt, kann Hirczi nicht nachvollziehen, ortet aber dennoch Verbesserungspotential: „Derzeit nutzt nur ein Viertel der in Wien neuankommenden internationalen Fach- und Führungskräfte den Service unseres Expat-Centers. Diesen Anteil möchten wir entscheidend erhöhen“, so Hirczi abschließend. ■

<https://www.wien.gv.at/>

<https://wirtschaftsagentur.at/>



© Wirtschaftsagentur Wien, Expat-Umfrage 2018

Bundesländer vom Brexit unterschiedlich stark betroffen

2017 exportierte Österreich Waren im Wert von 3,9 Mrd. Euro ins Vereinigte Königreich. Das sind 2,8 Prozent der gesamten Ausfuhren.

Am 14. November 2018 hat das britische Kabinett dem Entwurf des Vertragstextes zum EU-Austritt zugestimmt. In einem Sondergipfel am 25. November segneten auch die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten das Abkommen ab. Damit es endgültig in Kraft tritt, muß die Mehrheit des britischen Unterhauses das Abkommen akzeptieren. Aus heutiger Sicht (10. Dezember, Anm.) ist die Zustimmung des britischen Parlaments allerdings sehr unwahrscheinlich.

„Das wahrscheinlichste Szenario ist, daß es beim Abkommen zu Nachverhandlungen zwischen der EU und Großbritannien kommt, da beide Seiten unbedingt einen unregulierten Brexit verhindern wollen“, sagt UniCredit Bank Austria Chefökonom Stefan Brückbauer und ergänzt: „Bei einem Verbleib des Vereinigten Königreichs bis zumindest zum Ende der Übergangsperiode im Dezember 2020 im EU-Binnenmarkt wären die kurzfristigen Auswirkungen auf die österreichische Volkswirtschaft sehr gering.“

Der regionale Außenhandel mit dem Vereinigten Königreich

Im Jahr 2017 exportierte Österreich Waren im Wert von 3,9 Mrd. € ins Vereinigte Königreich, das sind 2,8 Prozent der gesamten Exporte. Damit ist Großbritannien der neuntichtigste Exportmarkt für Österreich. Die drei wichtigsten Exportgüter sind Maschinen, Waren für die KFZ-Industrie und elektrotechnische Güter, die zusammen mehr als drei Viertel aller Exporte nach UK ausmachen.

Der Anteil der regionalen Exporte ins Vereinigte Königreich an den gesamten Ausfuhren des jeweiligen Bundeslandes ist in der Steiermark mit 4,1 Prozent am höchsten. In Oberösterreich und Vorarlberg ist der Anteil mit jeweils 3 Prozent ebenfalls überdurchschnittlich. „Durch die zunehmende Globalisierung des Produktionsnetzwerks sind die österreichischen Exportzahlen nicht mit der österreichischen Wertschöpfung gleichzusetzen. In fast jedem österreichischen Exportgut steckt auch ausländische Wertschöpfung, so wie in vielen Exportgütern



anderer Länder österreichische Wertschöpfung steckt“, meint Bank Austria Ökonom Robert Schwarz.

So beinhalten zum Beispiel die Exporte der deutschen Automobilindustrie einen signifikanten Anteil österreichische Wertschöpfung. Mit Hilfe von Welt-Input-Output-Tabellen (WIOD) kann man bestimmen, welche Sektoren in den verschiedenen Ländern wieviel Wertschöpfung entlang der Lieferkette bis zum Konsum des finalen Gutes in einem bestimmten Land beitragen.

Regionale Wertschöpfung durch Warenexporte nach UK

Die britische Nachfrage nach ausländischen Waren erzeugte 2017 in Österreich direkt und indirekt eine Wertschöpfung von 2,3 Milliarden Euro. Differenziert nach Sektoren konnte die meiste Wertschöpfung im Maschinenbau (480 Millionen Euro), in der Metallindustrie (370 Millionen Euro), KFZ-Industrie (280 Millionen Euro) und Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (210 Millionen Euro) generiert werden.

„Je nach Stärkefelder der einzelnen Bundesländer profitieren sie unterschiedlich stark von den Exporten nach UK“, sagt Robert Schwarz und ergänzt: „Der oberösterreichische Maschinenbau schuf mit knapp 250 Millionen Euro am meisten Wertschöpfung

gefolgt von der steirischen KFZ-Industrie mit 124 Millionen Wertschöpfung aufgrund des Handels mit dem Vereinigten Königreich.“

Insgesamt halten sich die regionalen Wertschöpfungsgewinne durch Warenexporte nach UK in Relation zur gesamten regionalen Wertschöpfung mit 1,1 Prozent in Vorarlberg bis 0,3 Prozent im Burgenland und Wien in Grenzen. Hinter dem Ländle folgen die industriell starken Bundesländer Oberösterreich und die Steiermark mit jeweils 1 Prozent „britischen Wertschöpfungsanteil“ am Regionalprodukt. In Tirol beträgt der Anteil 0,7 Prozent, in Niederösterreich und Salzburg jeweils 0,5 Prozent und in Kärnten 0,4 Prozent. Neben den Warenexporten spielen auch die Dienstleistungsexporte eine bedeutende Rolle in der Wirtschaftsbeziehung zwischen Österreich und dem Vereinigten Königreich.

Regionale Wertschöpfung durch Dienstleistungsexporte nach UK

Im Vorjahr generierten die Dienstleistungsexporte inklusive Energie- und Wasserversorgung und Bauwirtschaft eine österreichische Wertschöpfung von etwa 2 Milliarden Euro bzw. 0,5 Prozent des BIP. Die größte Wertschöpfung im tertiären Bereich wird im Handel (440 Millionen Euro), bei

Österreich, Europa und die Welt

den Unternehmensdienstleistungen (450 Millionen Euro) und im Transportwesen (270 Millionen Euro) erzielt. Wien als Stadtwirtschaft mit einem hohen Anteil des tertiären Sektors profitiert am meisten vom Dienstleistungsexport nach Großbritannien. Aufgrund der relativ starken Bedeutung der Tourismusexporte (Briten die in Österreich ihren Urlaub verbringen) erzielen Tirol und Salzburg ebenfalls überdurchschnittliche Wertschöpfungsgewinne durch die Dienstleistungsexporte nach UK.

Exporte von Waren und Dienstleistungen nach UK generieren 40.000 Arbeitsplätze in Österreich

„Insgesamt hängen in Österreich ca. 40.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt an der Nachfrage aus dem Vereinigten Königreich. Das sind 1,1 Prozent der gesamten Beschäftigung“, rechnet Schwarz vor und fügt hinzu: „Den größten Beschäftigungseffekt sieht man im oberösterreichischen Maschinenbau mit 1.200 Arbeitsplätzen und der steirischen Automobilindustrie mit knapp 800 Arbeitsplätzen induziert durch den Handel mit UK.“ In Vorarlberg gibt es mit 2.800 Ar-



beitsplätzen oder 1,7 Prozent der Gesamtbeschäftigung den relativ größten Anteil von „UK-abhängigen“ Arbeitsplätzen. Absolut ist Wien mit 8.300 Arbeitsplätzen vorne, gefolgt von Oberösterreich mit 7.500 Arbeitsplätzen und Niederösterreich bzw. Steiermark mit jeweils 5.900 Arbeitsplätzen.

Abschließend kann man feststellen, daß sich die wirtschaftlichen Verflechtungen der

Bundesländer mit dem Vereinigten Königreich in Grenzen halten. Ein harter Brexit bzw. die Art der zukünftigen Wirtschaftsbeziehung zwischen der EU und Großbritannien haben aber speziell für die industriell starken Bundesländer langfristige Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung. ■

<https://www.bankaustria.at>

Paying Taxes 2019

Österreich belegt im internationalen Steuerwettbewerb Platz 40 von 190 Volkswirtschaften

Für Unternehmen aller Größen und Branchen ist der Einsatz neuer Technologien ein zentrales Thema zur Reduktion des im Rahmen der Tax Compliance benötigten Zeitaufwands. Sinkende Kosten der neuen Informationstechnologien führen bereits zu einem vermehrten Einsatz, sowohl durch Unternehmen als auch Steuerbehörden.

Die fortschreitende Digitalisierung und Implementierung neuer elektronischer Systeme könnte die Belastungen, denen Steuerzahler durch Steuervorschriften ausgesetzt sind, weiter deutlich verringern – die Steuerbehörden schöpfen dieses Potential im weltweiten Vergleich aber noch nicht genug aus. Das ist die Erkenntnis des Berichts Paying Taxes 2019, der von PwC und der Weltbankgruppe veröffentlicht wurde. Er analysiert jährlich die Steuerbelastung sowie den Aufwand zur Erfüllung der Steuerpflicht in 190 Volkswirtschaften. Im Gesamtranking erzielt Österreich hierbei Platz 40 von 190.

Österreich kann mit einer modernen Finanzverwaltung im weltweiten Vergleich punkten: Durch den Einsatz neuer Technologien und digitaler Systeme wie FinanzOnli-

ne wurde in den letzten Jahren der Zeitaufwand für die Erfüllung der Steuer- und Abgabepflichten erheblich reduziert. Das macht sich auch in den Post-Filing Prozessen für Umsatzsteuer- und Körperschaftsteuererklärungen bemerkbar, die zu den herausforderndsten und langwierigsten Prozessen gehören, die Unternehmen erfüllen müssen. Österreich liegt mit 98,5 Punkten (auf einer Skala bis 100) auf Platz 2 im Vergleich mit den EU-Mitgliedstaaten und auf Platz 5 im weltweiten Vergleich.

Eine völlig neue, partnerschaftliche Form der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Finanzverwaltung in Österreich bringt die Einführung von Horizontal Monitoring ab 2019. Das Konzept beruht auf der begleitenden – statt nachträglichen – Kontrolle von Unternehmen. Für diese ergeben sich viele Vorteile im Verfahrensablauf, etwa zeitnahe Kontrolle, erhöhte Rechtssicherheit und bessere Planbarkeit.

Rudolf Krickl, Partner und Steuerexperte bei PwC Österreich: „Die österreichische Finanzverwaltung ist ständig bestrebt, den Zeitaufwand für den Steuerpflichtigen für die

Erfüllung der Abgabepflichten weiter zu reduzieren. Hier ist Österreich bereits heute deutlich besser als der globale Schnitt, allerdings nimmt die Komplexität der administrativen Herausforderungen global und insbesondere in Europa insgesamt weiter zu. Das geht auch an der österreichischen Finanzverwaltung nicht spurlos vorüber.“

Im weltweiten Durchschnitt gibt es kaum Veränderungen hinsichtlich der Gesamtsteuerrate, diese bleibt mit 40,4 Prozent nahezu gleich zum Vorjahr (40,5 Prozent). Der Zeitaufwand ist um zwei Stunden auf 237 gesunken, die Anzahl der Zahlungen ist verglichen mit 2016 unverändert (24).

In Österreich ist die Gesamtsteuerrate mit 51,5 Prozent zwar deutlich über dem weltweiten Durchschnitt, allerdings ist diese im Vergleich zum Vorjahr (51,8 Prozent) geringfügig gesunken.

Krickl: „Insgesamt reduziert sich der Gesamtsteuersatz nur sehr langsam. Insbesondere die Senkung der Lohnnebenkosten und die damit verbundene Entlastung des Faktors Arbeit hätte positive Auswirkungen.“ ■

<https://www.pwc.at/>

»AltösterreicherInnen«

Shoah-Überlebende waren Anfang November zu Besuch in Wien.

Von Regine Gottlieb.



Foto: Verein »Wien – Tel Aviv / Michael Gottlieb

Die Obfrau des Vereins »Wien – Tel Aviv«, Judith Weinmann-Stern, begrüßt ihre Gäste zum Konzert im Billroth Haus in Wien

Auf Einladung von Bundeskanzler Sebastian Kurz kamen in der ersten Novemberwoche ungefähr 70 Shoah-Überlebende mit ihren Angehörigen nach Wien. Sie sind hier geboren und mußten 1938 fliehen oder wurden von ihren Eltern mit Jugendtransporten weggeschickt, um ihr Leben zu retten. Die meisten von ihnen sahen ihre Eltern nie wieder. Trotzdem fühlen sie eine Bindung zu diesem Land, in dem sie ihre Wurzeln haben. Die Kosten für ihren Wien-Aufenthalt übernahm das Bundeskanzleramt, die Organisation unterstand dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Es gab ein umfangreiches Programm für die betagten Leute, die alle erstaunlich rüstig und fit sind, sowohl geistig, als auch körper-

^{*)} Regine Gottlieb und ihr Mann waren 2016 das erste Mal bei den Österr. Kulturtagen in Tel Aviv mit dabei und sind seither als ehrenamtliche „helping hands“ für den Verein „Wien - Tel Aviv“ tätig.



Foto: Verein »Wien – Tel Aviv / Michael Gottlieb

Die Gäste beim Konzert im Billroth Haus folgten dem von Roman Grinberg hervorragend zusammengestellte Programm mit großer Begeisterung

Österreich, Europa und die Welt



Bild oben: Ein Blick auf die Konzertgäste im Billroth Haus

Bild links: Judith Weinmann-Stern, Obfrau des Vereins »Wien – Tel Aviv«, bei ihrer Begrüßung



Fotos: Verein »Wien – Tel Aviv / Michael Gottlieb

lich, gehen doch viele von ihnen schon auf die Hundert zu. Trotz ihrer Gehhilfen sind sie recht flott unterwegs.

Die Gäste besuchten nicht nur Gedenkstätten und Friedhöfe, sondern erzählten auch an 25 verschiedenen Wiener Schulen ihre Lebensgeschichten. Im Stadttempel erhielten sie Urkunden über die Ehrenmitgliedschaft in der Israelitischen Kultusgemeinde Wien und sie wurden in der Hofburg bei der Gedenkveranstaltung anlässlich des Novemberpogroms von Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Bundeskanzler Sebastian Kurz persönlich empfangen. Bei dieser Ge-

legenheit wurden die Shoah-Überlebenden von Seiten der Regierung offiziell um Verzeihung gebeten. Auch zum Staatsakt anlässlich des 100. Geburtstages der Republik Österreich waren sie in die Wiener Staatsoper geladen.

Zusätzlich zum offiziellen Programm hat Judith Weinmann-Stern, die die betagten Alt-ÖsterreicherInnen die ganze Woche begleitete, am Samstag ein Konzert organisiert, einen Jüdischen-Wiener Abend, bzw. einen Wiener-Jüdischen Abend. Sie kennt die meisten der Gäste bereits persönlich durch ihre Organisation der Österreichischen Kulturta-

ge in Tel Aviv. Vom 30. Oktober bis 4. November 2019 wird sie bereits zum fünften Mal Österreichische Kultur und Musik – von ebenfalls verfolgten jüdischen Komponisten – zu ihnen nach Israel bringen, um die österreichisch-jüdische Kultur zu fördern und zu erhalten. Die betagten Gäste sind allesamt Judiths „Kinder“; sie besucht sie regelmäßig in Israel und es besteht eine enge Bindung zwischen ihnen.

Das Billroth Haus nahe der Österreichischen Nationalbank war ein würdiger Ort für das Konzert und die BesucherInnen strömten nur so durch das Eingangstor. Es waren nicht nur die Shoah-Überlebenden und ihre BetreuerInnen gekommen, sondern auch viele Kinder und Enkelkinder, die aus eigener Initiative nach Wien gereist sind, um die alte Heimat und die Wurzeln ihrer Vorfahren kennenzulernen. Die Gäste waren festlich gekleidet und voller Erwartung auf die Musik ihrer Kindheit. Judith Weinmann-Stern begrüßte jeden auf das Herzlichste, die Begrüßungs-Mozartkugeln fanden reißenden Absatz und so manche Hand suchte sich ihren Weg durch die Menge, um schon vorher eine dieser süßen Köstlichkeiten zu ergattern. Es war ein bißchen wie früher...

Österreich, Europa und die Welt

Für die Gäste aus Israel waren die vordersten Sitzreihen reserviert, die anderen geladenen Gäste – SponsorenInnen, PolitikerInnen und FreundInnen des Vereins Wien-Tel Aviv – mußten diesmal in den hinteren Reihen platznehmen. Das von Roman Grinberg hervorragend zusammengestellte Programm umfaßte Lieder von Hermann Leopoldi, Operetten-Melodien und jiddische Klänge. Abwechselnd begleiteten er und Bela Fischer die SängerInnen am Klavier. Die angespannte Erwartung wich bald einem Lächeln, einem Strahlen in den Gesichtern der betagten Menschen, die in ihre Kindheit zurück versetzt wurden. Franz Gürtelschmid und Eva Dworschak sangen unter anderem „Im Prater blühen wieder die Bäume“ und „Wien, Wien nur du allein“ und es wurde dabei genauso mitgesungen wie bei Hermann Leopoldis „Schinkenfleckerln“, interpretiert von Susanna Marik. Die junge Hanna Schilhan sang zwei jüdische Lieder und die Stimmen der Gäste füllten den Saal in perfekter Harmonie ... Musik verbindet Menschen, und das war hier einmal mehr sehr intensiv zu spüren. Die bezaubernden Belzer Sisters und Oberrabbiner Paul Chaim Eisenberg rissen das Publikum genauso mit wie Gerhard Ernst, der im Fiakerlied seine „Peitsche schnalzen“ ließ. Das Programm gefiel Jung und Alt, viele der Kinder und EnkelInnen der Gäste waren das erste Mal in Wien und waren von der Musik genauso begeistert wie ihre Eltern und Großeltern. Die Shoah-Überlebenden waren Kinder, als sie Österreich verlassen mußten, aber sie haben die Musik mitgenommen, genauso wie ihre Sprache. In vielen Familien wurde und wird weiterhin deutsch gesprochen.

Judith Weinmann-Stern übergab zum Abschied jedem ein kleines Wien-Geschenks-Packerl ... unter anderem mit Manner Schnitten, die wie die Musik zu den bleibenden Erinnerungen an Wien gehören. Es waren sehr bewegende Szenen, voll von Herzlichkeit und Freude. Judith Weinmann-Stern hat durch ihr Engagement vieles wieder „zurechtgerückt“ und dazu beigetragen, diesen Menschen zu vermitteln, daß man sie nicht vergessen hat.

Am Sonntag kamen die kulinarischen Wiener Genüsse dran ... es ist unglaublich, wie nicht nur Musik, sondern auch Gerüche und Geschmack ein Leben lang gespeichert werden. „Koscher essen können wir in Israel auch“ – das war der Tenor, „wir wollen eine richtige Wiener Küche“. Auf der Wunschliste ganz oben stand der Wiener Zwiebelrostbraten gefolgt vom Gulasch und einem echten Wiener Schnitzel (in Israel gibt es ange-



Judith Weinmann-Stern mit Akiva Qvitt, 81 Jahre alt, aus Wien



... mit Trude Rosenberg, 98 Jahre alt, aus Neunkirchen



... und mit Robert Perels, 81 Jahre alt, aus Wien, dessen Lebensgeschichte wurde in »Vergiss nicht deinen Namen« verfilmt; links im Bild Perels' Partnerin Dvora

Fotos: Verein »Wien – Tel Aviv / Michael Gottlieb

Österreich, Europa und die Welt



Die Sehnsucht der Gäste nach der Wiener Küche war groß – in unserem Bild in freudiger Erwartung des Alt-Wiener Zwiebelrostbratens

lich nur Hühnerschnitzel). Bei der Nachspeise waren der Kaiserschmarrn und die Germknödel die absoluten Hits. Und so saßen wir in kleiner Runde in einem Cafe-Restaurant, es wurde geredet und gelacht und auch ich hatte Gelegenheit, mit einigen zu plaudern. Ich kenne teilweise ihre Lebensgeschichten, doch ihnen nun persönlich gegenüber zu sitzen, ist doch etwas anderes. Bewundernswert sind ihre Stärke, Weisheit und Fröhlichkeit; im charmantesten Wienerisch ist der „Schmäh grennt“, wie wir auf Wienerisch sagen würden.

Durch diesen Wien-Besuch haben viele mit ihrer Seele Frieden schließen können. Ihre Seele, die zerrissen war zwischen Haß und Schmerz auf der einen Seite und Sehnsucht und Liebe auf der anderen. Diese Einladung von Bundeskanzler Kurz kam zum richtigsten Zeitpunkt – 80 Jahre nach ihrer Flucht und Vertreibung und gerade noch rechtzeitig, damit sie in Seelenfrieden diese Welt verlassen können.

Judith Weinmann-Stern hat durch ihre Initiative der Österreichischen Kulturtag in Tel Aviv und durch ihre ständigen Kontakte mit diesen betagten Menschen auf deren Sehnsucht und Liebe zu ihrer alten Heimat aufmerksam gemacht und damit auch dazu beigetragen, daß es zur Einladung durch die Bundesregierung gekommen ist.

Wir alle, Judith, die KünstlerInnen, die SponsorInnen und die „helping hands“ freuen uns schon sehr, diese wunderbaren Menschen im Oktober 2019 bei den 5. Österreichischen Kulturtagen in Tel Aviv und Jerusalem wieder begrüßen zu können.

Aus Begegnungen sind Freundschaften geworden...

<http://www.wien-telaviv.com/>



Judith Weinmann-Stern mit Elieser »Pauli« Drori, 86 Jahre alt, aus Wien, und seine Frau Michal



... und mit Catriel »Karli« Fuchs, 93 Jahre, aus Wien Rodaun

Fotos: Verein »Wien – Tel Aviv / Michael Gottlieb

Lore Segal und David Lapp

Die Autorin und Literaturprofessorin, der Rabbi aus New Jersey und eine Gruppe von 40 Personen aus vier Ländern waren auf Einladung des Jewish Welcome Service nach Wien gekommen.

Ende September war Lore Segal, Autorin und Literaturprofessorin, als Gast des Jewish Welcome Service (JWS) in Wien. Ihr wurde der diesjährige Theodor Kramer Preis verliehen. Die Verleihung des Theodor Kramer Preises an sie für Schreiben im Widerstand und im Exil würdigt Leben und Werk einer Schriftstellerin, die bereits als 1938 aus Wien vertriebenes Kind das Bedürfnis und die Notwendigkeit verspürte, anderen Menschen das Ausmaß von Antisemitismus, Ausgrenzung und Verfolgung unter dem nationalsozialistischen Regime, sowie ihre Erfahrungen von Flucht und Exil verständlich zu machen. Ihre 1964 unter dem Titel *Other People's Houses* als Roman veröffentlichte Serie von Kurzgeschichten zeugt so durch die von Segal auf einzigartige Weise re-kreierte Kinderperspektive vom unbändigen Erzählwillen eines klugen und den sie bestimmenden Umständen trotzens Mädchens, das seine Eindrücke und Gedanken offen und schonungslos zur Sprache bringt. Diese Kurzgeschichtenserie, die erst im Jahr 2000 dank der Bemühungen der Österreichischen Exilbibliothek im Wiener Picus Verlag als „Wo andere Leute wohnen“ veröffent-



Foto: Ellen Dubin Photography

Theodor Kramer-Preisträgerin Lore Segal



© Picus Verlag

Lore Segal, *Wo andere Leute wohnen*, Roman, 320 S., Leinen, <http://www.picus.at> ISBN: 978-3-85452-440-3

licht und anschließend mit dem Kinderbuchpreis der Republik Österreich ausgezeichnet wurde, zeugt damit aber auch vom Versuch eines vertriebenen Menschen, sein Leben so weit wie möglich selbst in die Hand zu nehmen.

Lore Segals trockener, zum Teil (selbst-) ironische Erzählstil bringt die widersprüchlichen Gefühle und Gedanken eines Kindes zum Ausdruck, das mit einem Kindertransport nach England flüchten konnte, sich aber nicht in die Rolle des „dankbaren

Flüchtlingskinds“ einfügen möchte. Auch in ihren späteren Erzählungen bleiben die Erfahrung von Exil und Fremdheit und das Ringen um und mit Identität bestimmend für ihre Figuren. Lore Segals Sprechtone bewegt sich gekonnt im schwer zu fassenden Zwischenbereich von Komik und Tragik, in dem viele der großartigen SchriftstellerInnen des Exils zu verorten sind und der eine enorme Wirkung auf uns auszuüben vermag.

Segal mußte 1938 als Zehnjährige aus Wien flüchten und konnte sich durch den

Österreich, Europa und die Welt

Foto: PID / Schaub-Walzer



Gruppe von 40 Personen aus Israel, Großbritannien, den Niederlanden und den USA auf der Feststiege im Wiener Rathaus nach ihrem Besuch bei Bürgermeister Michael Ludwig

Foto: JWS / Milli Segal



Rabbi David Lapp, seine Frau und die Schüler der BS Mollardgasse

Kindertransport nach England retten. Sie ist auch einer der Protagonistinnen der Oscarpreisgekrönten Dokumentation „Into The Arms of Strangers – Kindertransport in eine fremde Welt“.

Bei ihrem Wienaufenthalt hielt sie auch anlässlich des 25jährigen Jubiläums der Österreichischen Exilbibliothek eine Lesung aus dem Buch „Küche der Erinnerung – Essen & Exil“ ein Buch- und Ausstellungsprojekt zum Gedenkjahr.

Nachkommen auf Spurensuche

In der Zeit vom 7. bis 14. Oktober war wieder eine Gruppe von 40 Personen aus Israel, Großbritannien, den Niederlanden und den USA auf Einladung des JWS in Wien.

Die Mehrzahl der Teilnehmer waren Nachkommen – Angehörige der 2. Generation –, die sich auch auf familiäre Spurensuche begaben. Nur Ruth Moyal (Jahrgang 1938) aus Israel war die Einzige, die noch in Wien geboren war. Sie ist die Autorin des Buches „Surviving the Nazis, Exile and Siberia“ – einer wunderbaren Beschreibung von Wien vor 1938.

Im Rahmen des Aufenthalts standen wie immer eine Stadtrundfahrt, ein Besuch im Rathaus auf Einladung des Bürgermeisters Michael Ludwig, sowie der immer beliebter Heurigenbesuch auf dem Programm. Diesmal wurde auch ein Besuch mit Führung im Mauthausen Memorial angeboten. Das war ein sehr besonders einschneidendes und emo-

tionales Erlebnis, da die Meisten von den TeilnehmerInnen noch nie in einer KZ-Gedenkstätte waren und es war ihnen sehr wichtig, beim jüdischen Mahnmal das Kadisch Gebet zu sprechen.

Ein Rabbi aus New Jersey

Im November waren Rabbi David Lapp und seine Frau Gäste des JWS. Der Rabbi, geboren 1931 in Wien, war als Zeitzeuge in der Berufsschule Mollardgasse eingeladen und erzählte dort aus seinem Leben in Wien bis zur ihrer Flucht in die USA 1940.

Er war Chaplain in der US Army im Rang eines Colonels, das heißt, er war nicht nur für die Seelensorge der jüdischen Soldaten, sondern für alle Religionsbekenntnisse zuständig.

Er war auch unter anderem in Vietnam zur Zeit des Krieges stationiert. Rabbi Lapp war am 8. November auch Gast bei der Gedenkveranstaltung von Esra, dem psychosozialen Zentrum in Wien.

Der Jewish Welcome Service

1980 wurde die Organisation auf Initiative des damaligen Bürgermeisters Leopold Gratz und des Stadtrates Heinz Nittel gemeinsam mit dem 2007 verstorbenen Leon Zelman gegründet. Präsident ist der jeweilige Bürgermeister der Stadt Wien. Weitere Aufgaben neben dem Besuchsprogramm sind die Unterstützung von Gedenk- und Erinnerungsiniciativen sowie Information und Service für jüdische Wien-BesucherInnen. Darüber hinaus organisiert der JWS auch Einladungen für die jüngere Generation. Finanziert wird die Tätigkeit des JWS von der Stadt Wien, mit Unterstützung der Republik Österreich.

Wien Holding GmbH

Die Wien Holding unterstützt seit diesem Jahr den JWS. Sie schafft mit ihren zukunftsorientierten und nachhaltigen Projekten „mehr Wien zum Leben“. Der Konzern befindet sich im Eigentum der Stadt Wien und ist klar auf die vier Geschäftsfelder Kultur, Immobilien, Logistik und Medien ausgerichtet. Die rund 75 Unternehmen sichern den Wirtschaftsstandort, kurbeln das Wirtschaftswachstum an, schaffen Arbeitsplätze und erhöhen damit die Lebensqualität für alle Wienerinnen und Wiener, 365 Tage im Jahr, zu jeder Zeit an jedem Ort. ■

<http://www.jewish-welcome.at>

https://de.wikipedia.org/wiki/Lore_Segal

https://de.wikipedia.org/wiki/David_Lapp

<https://www.wienholding.at>

Bundesratspräsidentin empfängt PaN-Vorstand

Inge Posch-Gruska: »Die bilateralen Freundschaftsgesellschaften leisten einen großartigen Beitrag zur Völkerverständigung.«

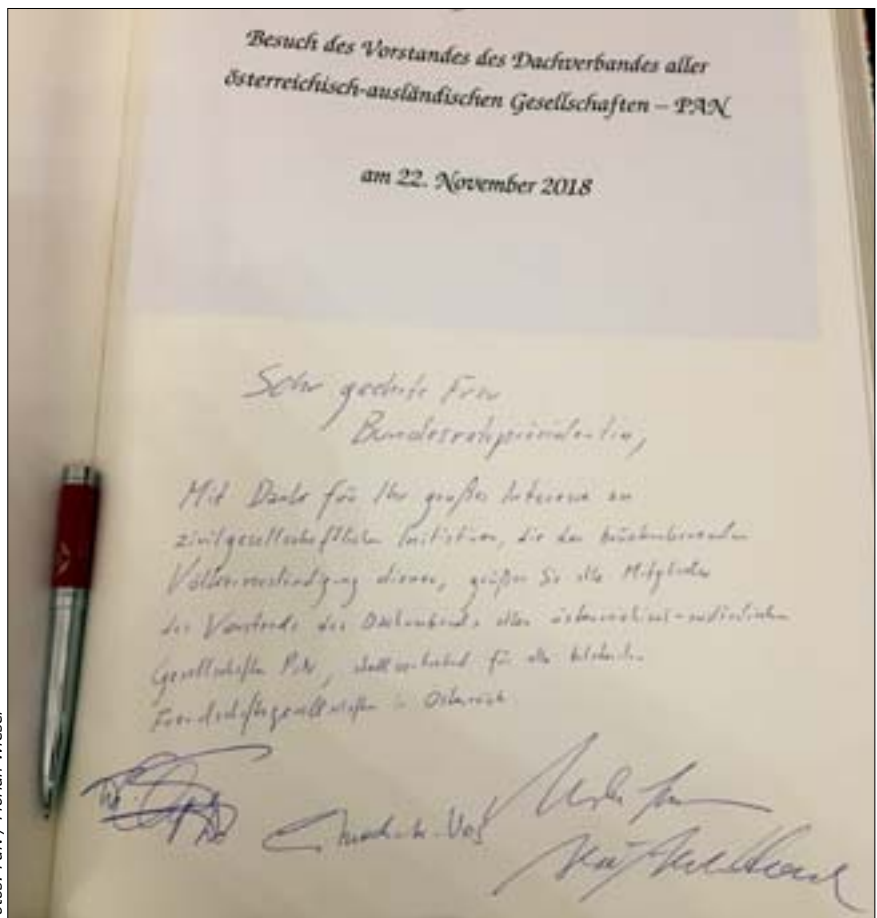
Anlässlich des Vorsitzes des Burgenlands im Bundesrat im zweiten Halbjahr 2018 lud die burgenländische Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska am 22. November die Vorstands-Mitglieder des Dachverbandes aller österreichisch ausländischen Freundschaftsgesellschaften – PaN ins Ausweichquartier des Parlaments in die Wiener Hofburg zu einem Erfahrungsaustausch ein. Das Hohe Haus am Ring wird ja derzeit einer umfassenden Renovierung unterzogen.

Nach einer kurzen Begrüßungsrunde und der Eintragung der Delegationsteilnehmer in das Gästebuch des Bundesrates berichtete PaN-Präsident Hermann Mückler über die historische Entwicklung des Dachverbandes bis in die Gegenwart. Posch-Gruska interessierten vor allem die internationalen Kontakte, die der Dachverband mit seinen derzeit mehr als 120 bilateralen Gesellschaften aufgebaut und regelmäßig pflegt mit dem Ziel, die Völkerfreundschaft zu stärken und auszubauen. So berichteten die PaN-Vorstände, daß gerade das Burgenland im heurigen Jahr, welches Landeshauptmann Hans Niessl zum Jahr von „Ehrenamt ist Ehrensache“ erkoren hat, drei PaN-Preise für Sozialprojekte in Argentinien, Guatemala und Namibia zur Verfügung gestellt hat. Die Bundesratspräsidentin war voll des Lobes über den Einsatz der mehr als 1500 ehrenamtlich tätigen Vorstandsmitglieder im Rahmen des Dachverbandes-PaN: „Die bilateralen Freundschaftsgesellschaften leisten einen großartigen Beitrag zur Völkerverständigung auf der People to People-Ebene.“

Das kommende Jahr 2019 wird ganz unter dem Jubiläum „60 Jahre Dachverband – PaN“ stehen, wobei dessen viele Kooperationspartner und Unterstützer in die diversen Veranstaltungen eingebunden werden sollen, berichteten die PaN-Vorstände.

Bild oben: PaN-Besuch im Parlament (v.l.): PaN-Präsident Hermann Mückler, Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska, Bundesrats-Vizedirektorin Alice Alsch Harant, PaN-Vorständin Greet Machek-Voss und PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz

Bild rechts: Eintragung des PaN-Vorstands in das Gästebuch der Bundesratsdirektion



Fotos: PaN / Florian Wieser

PaN – Österreich, Europa und die Welt

Höhepunkt des PaN-Jubiläums wird im November 2019 eine Festveranstaltung mit dem Ehrenpräsidenten des Dachverbandes, dem Bundespräsidenten der Republik Österreich, sowie den PräsidentInnen des National- und Bundesrates, den neun Landeshauptleuten und vielen weiteren Festgästen sein. Das Jubiläum wird begleitend in einer Festschrift die Bedeutung des Dachverbandes und seiner Mitgliedsgesellschaften für das friedvolle Miteinander seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs dokumentieren. Die Vertreter des Dachverbandes dankten Inge Posch-Gruska, die ja Ehrenpräsidentin des Dachverbandes ist, für ihre Unterstützung während ihrer Präsidentschaft und die sprichwörtliche burgenländische Gastfreundschaft.

Foto: PaN / Florian Wieser



PaN-Besuch in der Demokratiewerkstatt des Parlaments (v.l.): PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz, Parlaments-Mitarbeiterin Sari Krammer, Bundesrat-Vizedirektorin Alice Alsch Harant, PaN-Vorständin Greet Machek-Voss und PaN-Präsident Hermann Mückler,

Demokratie und Parlamentarismus zum Kennenlernen

Nach der freundschaftlichen Verabschiedung aus dem Hohen Haus wurden die PaN-Vertreter von Parlaments-Mitarbeiterin Sari Krammer durch die Demokratiewerkstatt, geführt, die – ebenfalls vorübergehend – derzeit in einem Pavillon am Heldenplatz untergebracht ist. Sie ist eine Einrichtung des Parlaments für Kinder und Jugendliche im Alter von 8 bis 14/15 Jahren, in der diese in sechs verschiedenen Werkstätten auf interaktive Art und Weise einen Zugang zu den Themenfeldern Demokratie und Parlamentarismus lernen können. Die Demokratiewerkstatt versteht sich als unterrichtergänzendes Angebot und als Politische Bildung in der Praxis, das heißt, man nützt bewußt den Ort der Gesetzgebung, um einen (ersten) Kontakt mit den jungen BürgerInnen zu knüpfen.

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka überreicht Medaillen und ernennt Jugendliche persönlich zu Demokratiewerkstatt-Profis

Politische Partizipation wird spielerisch erprobt

Durch das große Spektrum an Schwerpunkten in den Werkstätten können unterschiedliche Interessen und Zugangsweisen an diese Thematik altersadäquat abgedeckt werden. Neben Vermittlung der demokratischen Grundlagen und der parlamentarischen Abläufe sollen den Jugendlichen weitere wichtige Grundlagen für politische Partizipation vermittelt werden, wie Medienkompetenz sowie die Bereitschaft, die eigene Meinung einzubringen. Und sie sollen dabei auch lernen, sich selbst als MitspielerInnen im demokratischen System zu positionieren.

Besonderes Augenmerk wird auf eine ambitionierte didaktische Vermittlung sowie Nachhaltigkeit gelegt. Die Kinder und Ju-

gendlichen beschäftigen sich in Kleingruppen mittels altersspezifisch aufbereiteten Rechercheaufträgen mit der Thematik und verarbeiten das Ergebnis in Form eines Medienbeitrages, der im Internet abrufbar ist.

Demokratiewerkstatt-Profi: Wie kann ich das werden?

Um Demokratiewerkstatt-Profi zu werden, muß man mindestens vier verschiedene Workshops in der Demokratiewerkstatt des Parlaments absolvieren. Diese werden in den Demokratiewerkstatt-Paß eingetragen. Die SchülerInnen, die sich in den Workshops wiederholt mit Fragen zu Demokratie und Parlament auseinandergesetzt haben, ernennt die Präsidentin/der Präsident des Nationalrates persönlich zu Demokratiewerkstatt-Profis! Unterstützt wird er dabei von Abgeordneten

zum Nationalrat und Mitgliedern des Bundesrates aller Parlamentsfraktionen.

Seit Eröffnung der Demokratiewerkstatt im Oktober 2007 wurden mehr als 5.200 Kinder und Jugendliche mit diesem Titel ausgezeichnet und allen in Anerkennung für ihr Interesse Medaillen und Urkunden überreicht. Und bis Ende Juni 2018 nahmen mehr als 103.000 SchülerInnen die Gelegenheit wahr, die Demokratiewerkstatt zu besuchen.

Bei der Verabschiedung aus der Demokratiewerkstatt zeigten sich die PaN-Vertreter von den vielfältigen Angeboten begeistert und stellten fest, daß sie dieses parlamentarische „Sonder-Angebot“ auch gerne an Interessierte weiter kommunizieren wollen. ■

<https://www.parlament.gv.at/>

<http://www.demokratiewerkstatt.at/>

<http://www.dachverband-pan.org/>

PaN: Ausklang eines wieder erfolgreichen Jahres

Jahresabschlußveranstaltung des Dachverbandes aller österreichisch ausländischen Freundschaftsgesellschaften-PaN im VINOWIEN



Fotos: PaN / Florian Wieser

Der Dachverband-PaN wünscht Ihnen ein friedvolles und gesegnetes Weihnachtsfest sowie ein friedvolles, gutes und gesundes Neues Jahr!

Beinahe 100 der derzeit 123 bilateralen Freundschaftsgesellschaften nahmen an der Jahresabschlußveranstaltung des Dachverbandes aller österreichisch ausländischen Freundschaftsgesellschaften-PaN im VINO-WIEN Teil. Es war ein Kommen und Gehen, das um fünf Uhr abends begann und bis kurz nach zehn Uhr andauerte, sodaß beinahe 200 Mitfeiernde gezählt werden konnten.

PaN-Präsident Prof. Hermann Mückler begrüßte die Festgäste und bedankte sich bei allen Vorständen für ihren großartigen ehrenamtlichen Einsatz und den Aktivitäten der bilateralen Freundschaftsgesellschaften während des gesamten Jahres – im Sinne der Völkerverständigung auf allen Ebenen, sowohl im In-, als auch im Ausland. Ein weiteres Dankeschön ging an alle Kooperationspartner und Unterstützer des Dachverbands. Stellvertretend für diese nannte er die seit fünf



Fünf Jahre erfolgreiche Kooperation zwischen dem Dachverband-PaN und dem Streitkräftekommando (v.l.): PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz, Botschafter der Liga der Arabischen Staaten Mohamed Samir Koubaa, PaN-Präsident Prof. Hermann Mückler, der »Chef« der Österreichischen Streitkräfte General Franz Reissner und PaN-Vorstand Karl Semlitsch.

PaN – Österreich, Europa und die Welt

Jahren bestehende vorbildliche Kooperation mit dem Österreichischen Streitkräftekommando und begrüßte deren persönlich anwesende Vertreter General Franz Reissner sowie Oberst Kurt Rogan.

General Reissner sprach ebenfalls die erfolgreiche Kooperation mit dem Dachverband-PaN an, wobei er die verschiedenen gemeinsamen Aktivitäten mit dem Ziel der Völkerverständigung besonders hervorhob. Zum Zeichen des Dankes für diese bereits fünf Jahre währende fruchtbare Kooperation überreichte General Reissner eine Dankesurkunde an PaN-Präsident Prof. Mückler, der im Anschluß das Jahr 2018 revuepassieren ließ und einen Ausblick auf die geplanten PaN-Aktivitäten 2019 gab.

Rückblick und Vorschau

„Den Höhepunkt im Jahr bildete das PaN-Herbstfest Anfang Oktober in der Vila Vita Pannonia im Seewinkel im Burgenland, wo die Preisträger des PaN-Projektwettbewerbs – nämlich Argentinien, Guatemala und Namibia – von Landeshauptmann Hans Niessl persönlich die vom Burgenland gestifteten Förderpreise jeweils in Höhe von 2000 € in Empfang nehmen konnten“, so Prof. Mückler, der im Rahmen dieses Festprogramms auch die außerordentlichen Verdienste für die Völkerverständigung des Landeshauptmanns und des Vila Vita Chefs Bert Jandl mit der höchsten Auszeichnung würdigte, die der Dachverband zu vergeben hat: mit dem PaN-Persönlichkeits-Award 2018.

Weiters wurde am Weltfrauentag im März ein Besuch des Weltmuseums für rund 30 weibliche Vorstandsmitglieder organisiert.

Im April wurde gemeinsam mit der L'association „Memoire et Avenir“ der französischen Kriegsgefangenen im Zweiten Weltkrieg im Offizierslager OFLAG XVIIIA Allentsteig mit einer Veranstaltung in der französischen Botschaft in Wien und tags darauf mit einer Gedenkfeier am Truppenübungsplatz Allentsteig gedacht.

Im Wiener Rathaus fand im Oktober die Präsentation der PaN-Siegerprojekte 2018 statt und in der Wiener Hofburg wurde das Kooperationsabkommen mit dem „Senat der Wirtschaft“ feierlich unterzeichnet. Es folgte die Infoveranstaltung im Hotel Kempinski Hansen zum Thema DSGVO für alle PaN-Mitgliedsgesellschaften.

Im November lud die burgenländische Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska den PaN-Vorstand ins adaptierte Parlament in die Hofburg zu einem Erfahrungsaustausch ein (siehe den vorangegangenen Bericht).



v.l.: »Venezuela«-Präsident Josef Höchtel im smalltalk mit »China«-GF Vizepräsidenten Gerd Kaminski mit Gattin Hongbin im Vinowien und PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz



Die Spitze der Österreich-Kambodschanischen Gesellschaft war ebenfalls bester Stimmung (v.r.): Präsident Oskar Wawra mit Gattin Gerlinde und Vorstand Walter Tretenhahn



v.l.: PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz, Chefassistentin des VAE-Botschafters in Wien, Emese Kovacs, Ginette Griesbach, Präsidentin »Luxemburg«, und PaN-Unterstützer Jeremie Huillet

Fotos: PaN / Florian Wieser

PaN – Österreich, Europa und die Welt

„Das Jahr 2019 ist für uns und unsere bilateralen Freundschaftsgesellschaften ein ganz besonderes, da der Dachverband gemeinsam mit seinen Mitgliedsgesellschaften, SponsorInnen und KooperationspartnerInnen sein 60jähriges Bestehen gebührend feiern möchte“, verwies Prof. Mückler auf den Schwerpunkt 2019.

„Höhepunkt soll eine Festveranstaltung im November sein, die im Weltmuseum stattfinden soll – im Beisein unseres Schirmherrn, dem Herrn Bundespräsidenten, und weiteren hochkarätigen RepräsentantInnen aus dem öffentlichen Leben, der Wirtschaft Kunst und Kultur. Begleitend werden weitere Gedenkveranstaltungen gemeinsam mit unseren bilateralen Freundschaftsgesellschaften zu diesem Anlaß stattfinden. Eine Festschrift, in der die völkerverbindenden Aktivitäten des Dachverbandes und seiner derzeit 123 Mitgliedsgesellschaften in den letzten 60 Jahren transparent gemacht werden sollen, ist ebenfalls in Planung. Neben diesem Schwerpunktthema werden die jährlichen PaN-Veranstaltungen, wie zum Weltfrauentag, die Kooperationsveranstaltung mit ‚KULTUREN bitten zu Tisch‘, die best practice-Veranstaltung ‚PaN-Gesellschaften vor den Vorhang‘ und die beliebte PaN-Advent-Jahresabschlussfeier unseren Veranstaltungsreihen ergänzen“, so der PaN-Präsident, der auch alle bilateralen Gesellschaften und KooperationspartnerInnen einlud, dieses Jubiläumsjahr gemeinsam zu gestalten, um damit ein deutliches Zeichen für die zunehmende Bedeutung des Dachverbandes und seiner Gesellschaften für die Völkerverständigung und friedenserhaltenden Aktivitäten und Maßnahmen in der Öffentlichkeit zu setzen.

Den geselligen Abend mit intensivem Gedankenaustausch leitete der Pan-Präsident im Namen des Vorstands mit den Wünschen für ein friedvolles und gesegnetes Weihnachtsfest sowie für ein friedvolles, gutes und gesundes Neues Jahr ein, adressiert an die gesamte PaN-Familie, Freunde und KooperationspartnerInnen.

Wie in den letzten Jahren bildeten die Preisträger des „Prima la musica wien“ Wettbewerbs den feierlichen musikalischen Rahmen – unter der Leitung von Angelika Persterer, die auch persönlich die vier talentierten Musiker und ihre Musikdarbietungen vorstellte. Das Bläserquartett spielte Advent- und Weihnachtslieder aus dem 18. und 19. Jahrhundert, wie „Tochter Zion freue dich“, „Es wird schon glei dumpa“, „Die Nacht so sternenklar“ oder „Is finsta draust!“

<http://www.dachverband-pan.org/>



PaN-Generalsekretärin Gerda Hofbauer, »Paraguay«, und PaN-Generalsekretär Felix Ratcliffe »Argentinien«



»Island«-Präsident Hermann Kroier fühlt sich sichtlich wohl bei den südamerikanischen Damen



Von den »prima la musica wien«-Preisträgern wurden vorweihnachtliche Klänge stimmungsvoll dargebracht: Dominik Leeb und Jakob Gollien (Ensembleleitung), Trompete, Fabian Stemberger und Roland Strieder, Posaune

Fotos: PaN / Florian Wieser

Digitalisierung und Technologie

Eine zweitägige Informationsreise führte eine niederösterreichische Delegation mit Landesrätin Petra Bohuslav in die Emilia-Romagna.

Die italienische Region Emilia-Romagna zählt zu den europäischen Top-Regionen in den Bereichen Digitalisierung und Technologie. Eine niederösterreichische Expertendelegation unter der Leitung von Wirtschafts- und Technologielandesrätin Petra Bohuslav informierte sich Ende November bei einem zweitägigen Besuch in der Emilia-Romagna über die Aktivitäten der wichtigsten Player im Bereich Digitalisierung und Forschung. „Es ist immer wichtig, über den Tellerrand zu schauen und sich zu informieren, wie in anderen erfolgreichen Regionen zu konkreten Themen gearbeitet wird. Die Emilia-Romagna hat gerade im Bereich der Forschung ähnliche Strukturen, wie Niederösterreich. Daher konnten wir von dieser Delegationsreise eine Vielzahl an Inputs und Anregungen mitnehmen“, so Bohuslav.

„Niederösterreich ist ein europaweit anerkannter Forschungs- und Innovationsstandort und auch im Bereich Digitalisierung haben wir neue Maßstäbe gesetzt – Stichwort Haus der Digitalisierung. Wir sind also sehr gut unterwegs, doch in diesem Bereich lernt man nie aus. Daher haben wir uns auch schon Anregungen aus dem Silicon Valley, aus Israel oder auch aus München geholt. Wir wollen von den Besten lernen – und dazu gehört auch die Emilia-Romagna. Hier die aktuellsten Entwicklungen kennenzulernen und bei einigen der innovativsten Unternehmen hinter den Vorhang blicken zu können, schafft neue Sichtweisen und ist für alle Seiten sehr befruchtend“, so Wirtschafts- und Technologielandesrätin Petra Bohuslav.

Highlight der Italien-Reise war ein Besuch des Lamborghini-Werkes gemeinsam mit Regionalministerin Palma Costi. Lamborghini arbeitet nicht nur mit niederösterreichischen Zulieferfirmen – der internationalen Unternehmensgruppe Gebauer & Griller sowie Medek & Schörner aus Großbeersdorf – zusammen, sondern legt auch einen interessanten strategischen Schwerpunkt auf Digitalisierung und Automatisierung. Darüber hinaus war ein weiterer Schwerpunkt der Reise ein Austausch mit dem Technopol Mirandola. Mirandola fokussiert sich auf den Bereich der Biomedizin, es werden aber auch Beratung in den Bereichen Kosmetik und Agro-Food angeboten. Im Zuge der De-



oben (v.l.): ecoplus-GF Helmut Miernicki, Wirtschafts- und Technologielandesrätin Petra Bohuslav, Palma Costi, Regionalministerin für Wirtschaft, Energieplanung und green economy, Georg Bartmann, Leiter der Abteilung Wirtschaft, Tourismus, Technologie und Sport im Amt der NÖ Landesregierung, bei Lamborghini. Im Bild unten mit Leda Bologni (ASTER), Patrizio Bianchi, Regionalminister für Europäische Beziehungen, Schulen, Universität, Forschung und Arbeit, und Claus Zeppelzauer, ecoplus-Bereichsleiter Unternehmen & Technologie, bei ASTER



Fotos: ecoplus

legationsreise wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem ecoplus Technopol Krems, das ein Zentrum für Gesundheitstechnologie ist, und dem Technopol Mirandola unterzeichnet. Durch das Kooperationsabkommen soll die bestehende Zusammenarbeit zwischen den Institutionen gestärkt und der Informationsaustausch weiter forciert werden.

Außerdem ist eine Zusammenarbeit von Niederösterreich und der Region Emilia-Romagna im Bereich der Digitalisierung im

Gespräch. Hier orteten Landesrätin Bohuslav und Regionalministerin Costi zahlreiche Anknüpfungspunkte für vertiefende Gespräche. Auf dem Programm stand ebenfalls die Besichtigung des Großrechenzentrums von Cineca. Cineca ist ein ist ein gemeinnütziges Konsortium, das aus 67 italienischen Universitäten und 10 Institutionen besteht. SCAI (SuperComputing Applications and Innovation) ist die Abteilung für Hochleistungsrechner von CINECA, das größte Rechenzentrum Italiens und eines der größten in Europa.

Österreich, Europa und die Welt

Auf dem Programm stand auch ein Firmenbesuch im Lebensmittelbereich bei Granarolo, der wichtigsten italienischen Milchproduktionskette. Bohuslav: „Italien zählt seit Jahren zu den Top 3 Exportmärkten Niederösterreichs und die Emilia-Romagna ist nicht nur eine Region, die die Krisenjahre sehr gut überstanden hat, sondern sie ist auch mit ihrer wirtschaftlichen Struktur mit Niederösterreich vergleichbar. Es war daher für uns sehr interessant zu sehen, wie hochtechnologisch ausgerichtete Vorzeigeunternehmen das Thema Digitalisierung handhaben.“

„Als Wirtschaftsagentur des Landes Niederösterreich haben wir großes Interesse daran, daß sich der positive Austausch zwischen der Emilia-Romagna und Niederösterreich sowohl im Rahmen der Forschung als

auch im Exportbereich weiter intensiviert. Digitalisierung ist das große Zukunftsthema, das bei uns allen ganz oben auf der Agenda steht. Hier können wir viel voneinander lernen, wie diese Studienreise in die Emilia-Romagna eindrucksvoll gezeigt hat“, so ecoplus-Geschäftsführer Helmut Miernicki.

Die Emilia-Romagna ist die erste italienische Region gemäß dem Index für digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI), Bologna ist laut dem Smart Cities Index 2016 die führende italienische Stadt und rangierte auch an der Spitze der iCity-Bewertung 2017. Das Netz der Spitzentechnologie wird von ASTER, dem Konsortium für Innovation und Technologie-Transfer in der Emilia Romagna, koordiniert – mit dem ecoplus bereits im Rahmen der Technopole im Interreg Europe

Projekt INKREASE zusammenarbeitet. Die Projektpartner und Stakeholder dieses EU-Projekts kommen aus den lokalen Verwaltungsstellen, Wirtschaftsagenturen und Universitäten sieben europäischer Regionen – Emilia Romagna (I), Navarra (SP), Bretagne (F), Zentral Dänemark (D), Pannonia/Ungharn (H), Litauen (LT) und Niederösterreich/ecoplus (A) – und stellen Maßnahmen und Programme aus dem Bereich Forschung/Entwicklung und Innovationsförderungen sowie Unterstützungssysteme für Start-up und Spin-off Center vor, die die lokale Wirtschaft mobilisieren und eine Zusammenarbeit von Bildung, Forschung und Unternehmen stärken sollen. ■

<http://www.noel.gv.at>

<http://www.ecoplus.at>

WHO kürt NÖ Vorzeigeinitiative »Healthacross« zum internationalen Best-Practice-Modell

Am 12. November traf EU-Landesrat Martin Eichtinger den tschechischen Gesundheitsminister Adam Vojtěch in Prag. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Finalisierung des EU-weit ersten internationalen Gesundheitszentrums, welches ab dem Frühjahr 2019 in Gmünd gebaut wird.

„Das neue Gesundheitszentrum ist ein Meilenstein für die Versorgung in der Waldviertler Region. Das Land Niederösterreich wird gemeinsam mit der Europäischen Union rund 2,5 Mio. Euro in dieses Leuchtturmprojekt investieren. Unser Ziel ist es, die beste medizinische Versorgung für die Menschen in unmittelbarer Region zu sichern. Das Gesundheitszentrum in Gmünd wird mit internationalem Knowhow sicherstellen, daß die Menschen im Waldviertel die beste medizinische Versorgung erhalten“, so Eichtinger.

Das EU-Projekt „Healthacross for future“ der Initiative „Healthacross“ beinhaltet unter anderem den Bau eines grenzüberschreitenden Gesundheitszentrums in der Region Gmünd-České Velenice. Gesundheits-ExpertInnen aus beiden Regionen werden gemeinsam, unter einem Dach zusammenarbeiten und sowohl niederösterreichische als auch tschechische Patienten versorgen. Das Gesundheitszentrum in Bleyleben soll ein breites Leistungsangebot abdecken – von Gesundheitsvorsorge, über die Behandlung durch praktische Ärzte, Fachärzte, Pflegeexperten, Therapeuten bis hin zu Räumlichkeiten für Schulungen und Veranstaltungen.



Francesco Zambon, WHO, und Landesrat Martin Eichtinger bei der Präsentation des WHO-Reports über Niederösterreichs Initiative »healthacross« als internationales Best-Practice-Modell.

„Dieses wichtige Leuchtturmprojekt wird von der Europäischen Union mitfinanziert. Die Behandlungskosten für die tschechischen Patientinnen und Patienten werden direkt von den tschechischen Versicherungen übernommen“, so Eichtinger. Eine umfassende Bedarfs- und Leistungsanalyse wird sicherstellen, daß das neue Gesundheitszentrum sich gut in die vorhandene Versorgungsstruktur mit dem Landeskrankenhaus Gmünd und den anderen Angeboten einfügt.

Im aktuellen Bericht der WHO werden die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im

Gesundheitsbereich zwischen Niederösterreich und Tschechien sowie der Beginn einer Kooperation mit der Slowakei geschildert. Dabei wird die graduelle Ausbreitung der ambulanten Versorgung und des Austauschs medizinischen Fachwissens in drei Grenzregionen ebenso beleuchtet wie die erste groß angelegte Anstrengung zum Aufbau einer grenzüberschreitenden Kooperation im Gesundheitswesen zwischen einem langjährigen und neueren Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. ■

<http://www.noel.gv.at>

Wohnen wie ein Rockstar

In Florida entsteht ein Hard Rock Hotel und Casino mit Symbolcharakter. Weltweit wird erstmals ein Gebäude in Form einer Gitarre gebaut. Die Schalungssysteme von Doka verleihen dem Hotel die signifikante Form.

Das neue Hard Rock Hotel in Florida läßt die Herzen von Musikfans höher schlagen: Erstmals wird weltweit ein Gebäude in Form einer Gitarre errichtet. Das 125 m hohe Hotel ähnelt zwei Rücken an Rücken stehenden Gitarren und wird 638 Hotelzimmer beherbergen. Das Instrument ist ein beliebtes Motiv von Hard Rock Cafe International, Inc., aber dies ist das erste Gebäude des Unternehmens, das dem eigentlichen Instrument so ähnlich ist. Senkrechte Lamellen in der Mittellinie des Turms ähneln Saiten, während horizontale Streifen als „Bünde“ wirken.

Mit der geplanten Fertigstellung 2019 bietet der neue Gebäudekomplex, zusätzlich zum Hotel, eine Hard Rock Live-Konzert-halle mit 6.500 Sitzplätzen, in der sich ein eigenes Fernsehstudio und ein Sendezentrum befinden, einen Wellnessbereich auf einer Fläche von knapp über 31.000m² sowie Restaurants und Geschäfte auf einer Fläche von circa 5.600m². Das Casino wird um einen 1.672 m² großen Pokerraum erweitert und mit 3.000 neuen Spielautomaten ausgerüstet.

Das erste Hard Rock Cafe wurde am 14. Juni 1971 am Old Park Lane in London, in den Räumlichkeiten einer ehemaligen Rolls-Royce-Vertretung, von den beiden US-Amerikanern Isaac Tigrett und Peter Morton eröffnet. Hard Rock Cafe, kurz HRC, ist eine durch Hard Rock Cafe International, Inc. betriebene Kette von Restaurants sowie Hotels und Casinos. Weltweit existieren mehr als 170 Filialen in über 50 Ländern.

Klettern auf Knopfdruck

Die selbstkletternde Schalungs- und Arbeitsplattform Super Climber SCP von Doka ist für dieses Projekt geradezu prädestiniert. Mit diesem modularen Schalungssystem für Hochhauskerne kann jeder Grundriss rasch und flexibel geschalt werden. Auf Knopfdruck heben leistungsstarke Hydraulikzylinder Wandschalung – bei diesem Projekt die Trägerschalung Top 50 – und Arbeitsplattform mit einem Hub in den nächsten Betonierabschnitt. „Einer der Hauptvorteile bei der Arbeit mit dem Super Climber SCP von Doka ist, daß die Pumpe im System enthalten ist und somit zusätzliche Arbeit und un-



© Klai Juba Waid

Das Hotel, für dessen Schalung Doka aus Amstetten verantwortlich zeichnet, ähnelt zwei Rücken an Rücken stehenden Gitarren und wird 638 Hotelzimmer beherbergen.

nötige Bewegungen vermieden werden“, betont Ronal Esquivel, Project Manager von Liberty Baker.

Neben der beidseitigen Verankerung am Bauwerk wie bei Schächten kann die Ableitung der auftretenden Kräfte mit der erweiterten Lösung auch einseitig erfolgen. Dadurch ist der Einsatz bei fehlenden Wänden oder gegenüberliegenden Wandöffnungen einfach möglich. Für noch schnellere Taktzeiten können die Bewehrungsarbeiten auch über der Plattform verrichtet werden. Das

System ermöglicht das tiefe Abhängen von Arbeitsbühnen in den Schächten, um parallel zu den Betonierarbeiten bereits Finalarbeiten verrichten zu können.

Der Super Climber SCP bietet darüber hinaus hohe Sicherheit für die gesamte Baustelle. Rundum eingehauste Arbeitsflächen ermöglichen ein sicheres und witterungsgeschütztes Arbeiten. Die große Fläche auf der Plattform ist ideal für das Ablegen von Bewehrung und Baustellenausrüstung. ■

<https://www.doka.com/at/>

Hochschulallianz ARQUS

Sechs führende europäische Universitäten rufen eine europäische Hochschulallianz ins Leben und eröffnen damit neue Horizonte in der Hochschulzusammenarbeit.



Foto: EFE / Elio Germani 2018

VertreterInnen des Konsortiums (v.l.): Svend Poller (Uni Leipzig), Michèle Cottier (Uni Lyon), Dorothy Kelly (Uni Granada), María Pilar Aranda Ramírez (Uni Granada), Christa Neuper (Uni Graz), Alessandro Paccagnella (Uni Padua) und Artūras Žukauskas (Uni Vilnius)

Am 27. November unterzeichneten die RektorInnen der Universitäten Graz (Österreich), Granada (Spanien), Leipzig (Deutschland), Padua (Italien) und Vilnius (Litauen) sowie der Präsident der Université de Lyon (Frankreich) in Brüssel eine Vereinbarung zur Gründung der europäischen Hochschulallianz ARQUS, mit deren Hilfe sie eine tiefgreifendere Vernetzung in Forschung und Lehre, sowie in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und gesellschaftliches Engagement voranbringen möchten. Die sechs Gründungsmitglieder haben sich darauf verständigt, gemeinsam auf einen durch und durch europäischen Ansatz für die Hochschulbildung hinzuarbeiten, der unter anderem die schrankenlose Mobilität von Studierenden und Lehrenden, wissenschaftlichen Fachkräften und anderen MitarbeiterInnen umfaßt und gemeinsame Projekte auf allen Ebenen der Hochschultätigkeit sowie Initiativen für ein gemeinschaftliches globales Engagement beinhaltet.

Das von der Universität Granada koordinierte ARQUS-Konsortium wird an der Ausschreibung zur Pilotfinanzierung von „Europäischen Universitäten“ teilnehmen, die die Europäische Kommission im Oktober im Rahmen des Erasmus+ Programms veröffentlicht hat. Die sechs Partneruniversitäten verfügen über langjährige Erfahrung mit gemeinsamen Projekten in verschiedensten Bereichen und heben sich durch ihr gemeinsames Profil als führende internationale Forschungsuniversitäten mit starkem regionalem

Engagement in mittelgroßen Standorten – großteils – außerhalb von Hauptstädten hervor. „Wir teilen ein starkes Bekenntnis zu europäischen Grundwerten und zur demokratischen Kultur, die der sozialen Dimension der Hochschulbildung zugrunde liegen, und zur Förderung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung“, sagte Dorothy Kelly, Koordinatorin des Projekts, in ihrer Präsentation.

Die sechs Partnerhochschulen sind überzeugt, daß sie gemeinsam das Potential dazu haben, weitere, schnellere und entschlossener Schritte zu gehen, und daß europäische Zusammenarbeit für die Zukunft ihrer Institutionen von grundlegender Bedeutung ist.

Die ARQUS-Allianz wird ihre Aktivitäten auf der Grundidee der Universität als Raum für persönliche und berufliche Entwicklung für alle aufbauen und einen erweiterten Zugang und integrative Maßnahmen für neue vielfältige Studierenden-, Hochschul- und berufsspezifische Gemeinschaften voranbringen. Im Einklang mit dem jüngsten Projektauftrag der Europäischen Kommission wird ARQUS innovatives Lehren und Lernen fördern und reagiert somit auf die großen globalen gesellschaftlichen Herausforderungen und Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung durch Forschung, Bildung sowie Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und gesellschaftliches Engagement. Es wird sich ferner bemühen, Mehrsprachigkeit im universitären Umfeld und darüber hinaus zu fördern und ein bereits starkes regionales

Engagement der Partnerinstitutionen voranzubringen, indem es die Menschen klar in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen wird.

Der Name der Allianz leitet sich vom polysemischen lateinischen Begriff arcus/arqus für Bogen ab und veranschaulicht die starken Fundamente, die das Konsortium möchte, um Brücken in eine gemeinsame Zukunft zu bauen. Darüber hinaus ähnelt die Verteilung der sechs Partner auf der Europäischen Landkarte einem Doppelbogen, der vom äußersten Südwesten bis zum äußersten Nordosten des Kontinents reicht.

An der feierlichen Unterzeichnung nahmen VertreterInnen von Universitäten, Ministerien, Botschaften, der ständigen Vertretungen der sechs Regionen und der beteiligten EU-Mitgliedsstaaten, der nationalen Rektorenkonferenzen sowie anderer Hochschulnetzwerke und -verbände teil. Rektorin Neuper unterstrich dabei: „Die Universität Graz will sich mit zentralen gesellschaftlichen Themen wissenschaftlich auseinandersetzen, Lösungen aufzeigen und die Entwicklung ihrer Studierenden zu kritisch denkenden Persönlichkeiten fördern. Das ARQUS-Konsortium eröffnet den Partner-Universitäten die Möglichkeit, einen ‚gemeinsamen Campus‘ über Grenzen hinweg zu gestalten. Schrankenlose Mobilität und eine intensive internationale Zusammenarbeit lassen neue Ideen entstehen und sichern gleichzeitig die ständige Weiterentwicklung der Qualität in Forschung, Lehre und Management.“ ■

<https://www.uni-graz.at>

Schulen erfolgreich bei Erasmus+

Österreich liegt im europäischen Spitzenfeld.

Mit dem beeindruckenden Ergebnis bei den School-Exchange-Projekten (Erasmus+ Schulbildung, Leitaktion 2) liegt Österreich im europäischen Spitzenfeld. Die Genehmigungen der von Österreich koordinierten Projekte haben sich von 22 (2017) auf 47 (2018) gegenüber 2017 mehr als verdoppelt. Insgesamt sind 92 österreichische Schulen als Koordinatoren oder Partner beteiligt.

„Die Mobilität von SchülerInnen sowie Lehrkräften soll in Zukunft noch stärker in den Fokus rücken“, so Bildungsminister Heinz Faßmann. „Derzeit verhandeln wir im Rahmen des österreichischen EU-Ratsvorsitzes die zukünftige Ausgestaltung des EU-Erfolgsprogramms. Die große Zahl eingereicherter Projekte aus dem Schulbereich bestätigt, daß wir hier am richtigen Weg sind.“

Stefan Zotti, Geschäftsführer der OeAD-GmbH bemerkt, daß sich „Österreichs Schulen zunehmend international vernetzen und im Zuge dessen ihren SchülerInnen die Möglichkeit geben, Lernerfahrungen im Ausland zu machen. Somit wird Europa für die jungen Menschen erlebbar und erfahrbar.“

Österreichische Schulen engagieren sich überdurchschnittlich für Europa

Die Antragszahlen der von Österreich koordinierten Projekte stiegen von 2017 auf 2018 um 126 Prozent (der europaweite Durchschnitt lag bei 41 Prozent). 2017 reichten 23 Schulen als Koordinator ein, 2018 waren es bereits 52. Von diesen waren 47 Institutionen erfolgreich. Das Projektvolumen der in Österreich koordinierten genehmigten Projekte beträgt 3,7 Mio. Euro. Zusätzlich sind 45 Kindergärten und Schulen aus Österreich als Projektpartner bei einer School-Exchange-Partnerschaft mit dabei (hier koordiniert eine Institution aus einem anderen Land). In Summe sind das 92 österreichische School-Exchange-Partnerschaften. Zu den genehmigten Projekten

Die School-Exchange-Partnerschaften

School-Exchange-Partnerschaften sind Projekte, bei denen Schulen und/oder Kindergärten aus europäischen Ländern zu einem Thema zusammenarbeiten. Dabei steht die Mobilität von SchülerInnen und deren Lehrkräfte im Vordergrund. Erforder-



Foto: OeAD / Gianmaria Gava

Für Österreichs Schulen und Kindergärten gibt es mehr EU-Fördergelder.

lich sind mindestens zwei Projektpartner aus zwei Programmländern, maximal können sechs Schulen oder Kindergärten an einem Projekt teilnehmen. Im Rahmen des Projekts ist es außerdem für einzelne SchülerInnen möglich, die Partnerschule längerfristig zu besuchen (ab zwei Monate).

Erfolgreiches Jahr für Erasmus+ Schulbildung

Auch in anderen Bereichen hat Österreich gut abgeschnitten: „Österreichs PädagogInnen nutzen vermehrt die Möglichkeit, sich im europäischen Ausland weiterzubilden und das Gelernte in das schulische Bildungssystem rückzukoppeln“, so Ursula Panuschka, Leiterin von Erasmus+ Schulbildung. Bei den Mobilitätsprojekten (Leitaktion 1) werden 126 österreichische Projekte gefördert, die knapp zwei Mio. Euro erhalten. Dadurch können rund 1.200 PädagogInnen eine Fortbildung im europäischen Ausland besuchen. Bewilligt wurden außerdem zehn Konsortien von Gemeinden und Schulbehörden, das sind Projekte, die eine Vielzahl von Schulen auf regionaler Ebene integrieren. Die Förder-summe beträgt 1,05 Mio. Euro.

Groß ist der Erfolg auch bei den strategischen Partnerschaften zur Förderung von Innovation und zum Austausch guter Praxis (Leitaktion 2). Es konnten acht Projekte mit einem Budget von 2,14 Mio. Euro genehmigt werden.

Ziel dieser Projekte ist die Unterstützung und Implementierung innovativer Lehr- und Lernmethoden und -materialien. Zu den genehmigten Projekten.

Die ÖAD

Die OeAD-GmbH berät, bewirbt und unterstützt internationale Kooperationen in Bildung, Wissenschaft und Forschung. Sie unterstützt strategische Entwicklung und begleitet Umsetzungsmaßnahmen. Sie analysiert internationale Entwicklungen und entwickelt daraus Empfehlungen und Maßnahmen.

Die Grundlagen sind: Laufendes Benchmarking, Wissensmanagement, Wissensverarbeitung und ständiger Dialog mit unseren PartnerInnen.

Die OeAD-GmbH ist die zentrale Service-stelle für europäische und internationale Mobilitäts- und Kooperationsprogramme in Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Als Full Service Provider betreut sie die Abwicklung und Konzeption der Programme. Sie koordiniert das internationale Hochschulmarketing und vertritt den Bildungs- und Wissenschaftsstandort Österreich weltweit. Die ÖAD ist fachkundiger Partner für strategische Aufgaben bei internationalen Kooperationen. ■

<https://oead.at/>

<https://erasmusplus.at/>

Austrian Fashion Greet Turkey

Eine Modenschau mit elf österreichischen Labels in Istanbul zeigt, daß sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Türkei und Österreich weiterhin auf gutem Niveau befinden.



Foto: AußenwirtschaftsCenter Istanbul

Größe Bühne im traditionsreichen österreichischen Generalkonsulat in Istanbul

Eine exklusive Modenschau unter dem Titel „Austrian Fashion Greet Turkey“ veranstaltete die Aussenwirtschaft Austria der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) am 6. November gemeinsam mit dem AusenwirtschaftsCenter Istanbul mit Unterstützung der Internationalisierungsoffensive: Mehr als 250 geladene Gäste konnten sich dort von den österreichischen Designs inspirieren lassen, die im traditionsreichen Generalkonsulat in Istanbul präsentiert wurden. Die teilnehmenden Labels waren eine interessante Mischung aus arrivierten Fashion-Firmen sowie Jungdesignern, die erstmals ihre Kreationen im Ausland zeigen konnten. Als Hauptsponsoren fungierten die österreichischen Firmen Lenzing, die mit ihren innovativen Zellulose-Fasern unter der Marke TENCEL™ an der Modenschau teilnahm, sowie Bulung Logistics, die als grüner Logistiker für ihre nachhaltigen Transporte warben.

„Das Interesse, sich im Rahmen unserer Modenschau in Istanbul zu präsentieren, war wirklich groß. Wir haben im Rahmen einer Fachjury die Labels ausgewählt und mußten



Foto: AußenwirtschaftsCenter Istanbul

Der Designer Manuel Essl mit seinen Kreationen

Österreich, Europa und die Welt

dabei sogar Designer abweisen“, sagt Georg Karabaczek, Österreichischer Wirtschaftsdelegierter in Istanbul, dessen Team die Modenschau in Zusammenarbeit mit der Aussenwirtschaft Austria in Wien organisiert hat. „Beeindruckend war auch, daß einige der Designer türkische Wurzeln haben, jetzt aber in Österreich leben und dort tätig sind. Andere lassen bereits in der Türkei fertigen, um mit ihren Kreationen konkurrenzfähig zu bleiben. Ein klares Zeichen, wie eng unsere Länder vernetzt sind – ein Potential, das wir



Ein Modell von Wolford

bisher zum Teil zu wenig nutzen“, konstatiert Karabaczek. Auch die Gespräche mit den Einkäufern der größten Warenhäuser verliefen in einer sehr freundlichen Atmosphäre mit viel Interesse an den österreichischen Kreationen.

Trotz der politischen Spannungen zwischen der Türkei und der EU bzw. Österreich sind die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern auch in den schwierigen Zeiten 2017 und auch 2018 relativ stabil geblieben. Der österreichische Außenhandel entwickelte sich nach einer leichten Schwächephase 2017 (Exporte in Höhe von 1,3 Milliarden Euro) von Jänner bis August 2018 mit +8 Prozent sogar wieder sehr positiv. Die Währungskrise im Sommer 2018 wird die Gesamtjahresentwicklung aber wohl abschwächen.

Auch bei den Dienstleistungsexporten läuft es mit insgesamt 612 Millionen Euro (2017) sehr gut – 2018 gingen diese bis dato zwar leicht zurück, bleiben aber insgesamt auf einem sehr hohen Niveau.



Designerin Liliya Semenova mit ihren Kreationen

Von besonderer Bedeutung für die österreichischen Unternehmen ist und bleibt die Türkei auch als Zielland für Investitionen: Bei den Zuflüssen an ausländischen Direktinvestitionen liegt Österreich im Zeitraum 2013 bis 2017 gemäß Angaben der türkischen Nationalbank an 10. Stelle, im ersten Quartal 2018 mit einem Zuwachs von 315 Millionen US-Dollar sogar auf Platz 1. unter den Auslandsinvestoren.

„Trotz aller Schwierigkeiten hat sich gezeigt, daß die Türkei und Österreich wirtschaftlich eng miteinander verwoben sind und diese engen Beziehungen auf jeden Fall weiterhin eng bestehen werden“, stellt Karabaczek abschließend fest. „Die Modenschau bot den teilnehmenden österreichischen Labels jedenfalls den passenden Rahmen um

zu zeigen, daß österreichisches Design auch in der Türkei Erfolg haben kann.“

<https://www.bmeia.gv.at/gk-istanbul>

<https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/tuerkei.html>

Die Teilnehmer in Istanbul

<http://www.ella1166.at>

<https://inornear.com>

<https://www.ktm.com/at/ktmpowerwear/>

<https://www.lenzing.com>

<https://librashop.eu>

<https://manuelessdesign.at>

<http://www.mauriziogiambra.com>

<https://www.modezone.at/miju/>

<https://www.mikegaleli.com>

<https://mitzi.com>

<https://www.sportalm.at>

<https://www.wolfordshop.at>



Die Kollektion der Sportalm Kitzbühel

Alle Fotos: AußenwirtschaftsCenter Istanbul

Papst Franziskus empfängt Missio Österreich



Foto: envizio Fotografico / Vatican Media

In Vorbereitung auf den »Außerordentlichen Monat der Weltmission« 2019 hat Papst Franziskus eine Delegation von Missio Österreich empfangen.

Eine herzliche Begegnung mit einem kurzen, intensiven Austausch: Für Pater Karl Wallner war es eine „große Ehre“, zum fünften Mal als Nationaldirektor der Päpstlichen Missionswerke den Stellvertreter des Heiligen Petrus zu treffen: „Wir sind hier, um uns Kraft für die großen Aufgaben des nächsten Jahres zu holen. Papst Franziskus betont immer wieder, daß wir ‚seine‘ Missionswerke sind. Er hat viel vor mit uns.“ Die Missio-Delegation war für vier Tage in Rom, um den „Außerordentlichen Monat der Weltmission“ im Oktober 2019 vorzubereiten.

Begleitet wurde der Missio-Nationaldirektor von den österreichischen Diözesandirektoren und führenden Mitarbeitern der Päpstlichen Missionswerke. „Es ist großartig, daß wir uns so auf den kommenden Oktober vorbereiten. Unser weltweites Netzwerk mit den über 120 anderen Missio-Nationaldirektoren ist unsere große Stärke, Rom ist der Knotenpunkt dieses Netzwerks.“ Das Missio-Team nutzte die Gelegenheit, um sich mit Missio-

Präsident Giampietro Dal Toso und den vier Generalsekretären der Päpstlichen Missionswerke auszutauschen.

Papst Franziskus ist für Wallner ein „unglaublicher Motivator“, der den Auftrag der Päpstlichen Missionswerke immer mehr zuspitzt: „Wir können viel vom Papst lernen, am meisten durch die persönlich Begegnung mit ihm in Rom. Er strahlt eine tiefe Empathie aus und nimmt mit den Menschen von Herz zu Herz Kontakt auf.“ Diese Haltung ist für den Missio-Nationaldirektor das Um und Auf jeder Begegnung und jedes missionarischen Handelns: „Wir dürfen als Christinnen und Christen für Christus selbst brennen und seine Liebe ausstrahlen. Und so ungeniert auf die Menschen zugehen.“

Fokussierung auf den Hauptauftrag von Missio

Als „positiv und sehr bereichernd“ bezeichneten der Nationaldirektor und die Diözesandirektoren von Missio Österreich das

Treffen mit dem Papst und den Verantwortlichen. „Wir sind in einem Umbruchsprozeß: Der Papst fordert von Missio einen großen Einsatz für die wachsende Weltkirche. Gleichzeitig warnt er uns davor, eine NGO wie jede andere zu sein – es braucht eine missionarische Haltung und das Gebet füreinander“, betont Pater Karl Wallner.

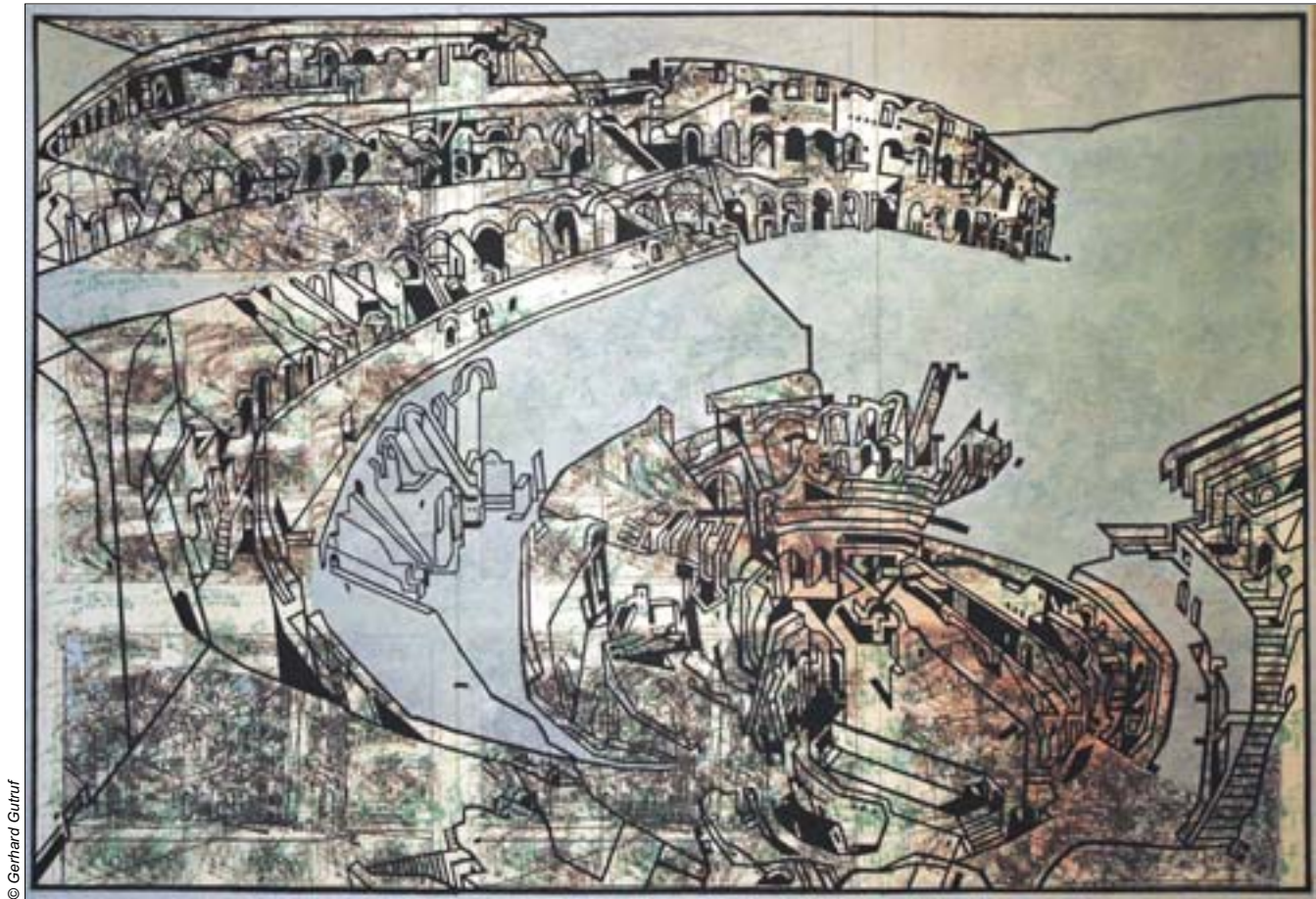
Einmal mehr hat sich bei der Tagung in Rom für Wallner die zentrale Aufgabe von Missio für die österreichische Kirche herauskristallisiert: „Wir sollen das Bindeglied zwischen dem Papst, den österreichischen Diözesen und den vielen Hilfswerken sein. Zahlenmäßig sind wir Katholiken in Österreich nur ein kleiner Teil der großen Weltkirche. Wir verstehen uns als Servicestelle für die österreichischen Katholiken, um sie mit der Weltkirche zu verbinden, die wächst und zugleich freilich auf unsere Hilfe angewiesen ist.“

<https://www.missio.at>

https://de.wikipedia.org/wiki/Heiliger_Stuhl

Gutruf-Ausstellung in Rom

Von 6. Dezember 2018 bis 3. März 2019 im Museo dei Fori Imperiali



© Gerhard Gutruf

Gerhard Gutruf, »Das große Kolosseum«, 1999, Acryl und Öl auf Linol- und Siebdruck auf Büttenpapier, 199 x 281 cm,

Anfang 2018 wurde der österreichische Maler und Grafiker Gerhard Gutruf von der Sovrintendenza Capitolina ai Beni Culturali eingeladen, im Museo dei Fori Imperiali in Rom auszustellen.

Initiiert wurde dieses Projekt von Clara Bencivenga, der ehemaligen Direktorin des Italienischen Kulturinstituts in Wien, und vor allem von Lucrezia Ungaro, der Direktorin des oben genannten Museums: sie regten diese einzigartige Ausstellung mit Werken eines zeitgenössischen Künstlers an, die dem berühmtesten Denkmal Roms gewidmet sind und in den antiken Strukturen der Trajansmärkte präsentiert werden.

Seit seinem einjährigen Rom-Aufenthalt – Gutruf erhielt 1970 das begehrte Rom-Stipendium – studierte, zeichnete, druckte und malte er das Kolosseum. Für ihn ist es die vollkommenste Verkörperung Roms: es war funktionell, ist noch als Ruine großartig und Furcht erregend zugleich.



Foto: Gerhard Gutruf

Gerhard Gutruf sieht die antiken Trajansmärkte des Museo dei Fori Imperiali durch seine Kamera

Österreich, Europa und die Welt

In sieben Räumen des grandiosen Museums werden ausschließlich vom Kolosseum inspirierte Werke von Gerhard Gutruf gezeigt: zu sehen ist eine Auswahl von 32 Arbeiten in unterschiedlichen Techniken und verschiedenen Formaten, die in einen spannungsvollen Dialog mit den 2000 Jahre alten Ausstellungsobjekten des Museums treten. Dabei werden auch innovative, modern anmutende Aspekte der römischen Antike ins Bewußtsein gerückt und Rom – mit dem Kolosseum als zentralem Monument – als eigentlicher Geburtsort europäischer Identität definiert.

„Die Auseinandersetzung mit der Kultur der ‚Ewigen Stadt‘ sollte für seine künstlerische Entwicklung mitentscheidend werden. Vor allem das Kolosseum wirkte und wirkt mit magischer Anziehungskraft auf den Künstler“, erläutert Kunsthistorikerin und Journalistin Brigitte Borchhardt-Birbaumer.

„Mit vielen komplizierten Studien, multipanen Federzeichnungen, Druckgrafiken, Aquarellen, Tuschlavierungen und Ölbildern hat Gutruf dieses antike Monument aus aktueller Sicht interpretiert und ihm eine überzeitliche Dimension verliehen“, sagt der Kunsthistoriker Heribert Hutter.

„Trotz der Stärke des Sachinhaltes steht der Entwurf ganz im Zeichen der Abstraktion. Unser Auge folgt der Bewegung schwungvoller Linien, die im Rhythmus barocker Musik wie Notationen einer höheren Ordnung dem bildnerischen Raum sein Leben geben. Das dargestellte Motiv erhebt sich ganz langsam aus der Schönheit des abstrakten Geheges, nur um wieder langsam in ihm zu versinken, wie in einem Traum“, weiß der in New York und Texas lebende österreichische Maler Paul Z. Rotterdam.

Auf Anordnung von Sovrintendente Dott. Claudio Parisi Presicce wird ein Modell des Anfiteatro Flavio in der Ausstellung präsentiert. Im Rahmen dieses Projekts sollen auch neun wissenschaftliche Vorträge von bedeutenden Kolosseums-ExpertInnen stattfinden, u.a. von Architekt Heinz-Jürgen Beste vom Deutschen Archäologischen Institut in Rom.

Am Abend des 5. Dezember konnte sich Gerhard Gutruf großen Zuspruchs erfreuen: „Die Eröffnung war großartig, an die 200 Leute u.a aus den USA, Norwegen, Deutschland, Wien u.U., sowie natürlich aus Rom, Bologna usw. waren da.“ Auch das ORF-Büro in Rom war mit einem Fernsteam gekommen.

Das Österreichische Außenministerium übernahm die Schirmherrschaft. ■

<http://www.gutruf.at>



Foto: Franz Dohnal

Gerhard Gutruf mit der Direktorin des Museo dei Fori Imperiali, Dott.ssa. Lucrezia Ungaro. Das Bild unten zeigt einige der Werke Gutrufs und ein Modell des Kolosseums.



Foto: Gerhard Gutruf

Gold für Michael Hartl

In München fand die feierliche Verleihung des Goldenen Verdienstzeichens der Republik Österreich durch Generalkonsul Josef Saiger statt.



Foto: Egbert Ide

v.l.: Generalkonsul Josef Saiger, Erika Ide, Michael Hartl und Marianne Hartl und AÖWB-Vizepräsident Werner Götz

Am 8. November wurde Adolf Michael Hartl in der österreichischen Residenz München von dem für Bayern und Baden-Württemberg zuständigen Generalkonsul Josef Saiger das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich überreicht.

In seiner Laudatio hob Saiger die außerordentlichen Leistungen, das soziale Engagement und das ehrenamtliche Wirken des Preisträgers für Österreich hervor. „Uns Auslandsösterreichern ist Michael Hartl besser bekannt als das Duo ‚Marianne und Michael‘, denn mit seiner Frau Marianne startete er eine Karriere im Rundfunk, im Fernsehen und auf der Bühne, welche seit 45 Jahren anhält“, so Erika Ide, Präsidentin des Altbayerisch-schwäbischen Vereins der Österreicher e.V. München. Werner Götz, Vizepräsident des Auslandsösterreich-Weltbunds, hob diese Leistungen in seiner Rede besonders hervor. Durch ihren Bekanntheitsgrad sind „Marianne und Michael“ unter den besten Botschaftern für Österreich.

Geboren ist Michael Hartl 1949 in Graz, aufgewachsen ist er in Köflach/Maria Lankowitz in der Steiermark. Es ist ausgebildeter Schlosser und genoss eine dreijährige Ausbildung für Gitarre und Gesang. 1973 hatte er sein erstes Engagement, heute ist er erfolgreich als Moderator, Verleger, Komponist, Produzent und Sänger tätig – und tritt natürlich mit seiner Frau als „Marianne und Michael“ auf.

1990 erhielt einen „Bambi“ und war 1996 und 1997 Gewinner der Superhitparade der Volksmusik. 1998 wurde er mit dem Goldenen Ehrenzeichen des Landes Steiermark gewürdigt. 1998, 1999 und 2003 „Krone der Volksmusik“, 2002 folgten dann der „Goldene Enzian“ und 2007 die Verleihung der „Goldenen Henne“ als Auszeichnung für sein Lebenswerk.

Seit vielen Jahren macht er kostenlose Auftritte in sozialen Einrichtungen wie Alten- und Kinderheimen, Krankenhäusern etc. Als Präsident des Lionsclub München-Ke-

ferloh hat er das Projekt „Be a Winner“ gestartet. Gemeinsam mit vielen prominenten KünstlerInnen und SportlerInnen des „Eagles-Charity-Golfclubs“ hilft er Menschen in Not. Mittlerweile ist er Vorsitzender seines eigenen Vereins „Frohes Herz“ e.V. Und: in Maria Lankowitz bei Graz gibt es eine „Marianne-und-Michael-Straße“.

https://de.wikipedia.org/wiki/Marianne_und_Michael

Der Altbayerisch-schwäbische Verein der Österreicher e.V.

wurde im Juni 2010 gegründet, er ist im Vereinsregister eingetragen, parteipolitisch ungebunden und gemeinnützig. Ziele sind die persönliche Begegnung von ÖsterreicherInnen, BayerInnen und FreundInnen Österreichs. Jeden Monat trifft man sich zu einem gemütlichen Beisammensein beim unserem österreichischen Wirt „Zum Altschütz“ in Vaterstetten. Gesellschaftliche Veranstaltungen bereichern das Vereinsleben. ■

<http://www.asvoe.de>

ORF-Friedenslicht an Königshaus und EU-Kommission

Eine oberösterreichische Delegation mit Landeshauptmann Thomas Stelzer und Friedenslichtkind Niklas Lehner übergab am 19. Dezember in Brüssel das ORF-Friedenslicht an das belgische Königshaus (König Philippe, Königin Mathilde und Prinzessin Eleonore), den EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker sowie an fünf weitere EU-Kommissare und an den Präsidenten des Ausschusses der Regionen, Karl-Heinz Lambertz. Außerdem haben zahlreiche VertreterInnen von Kirchen- und Religionsgemeinschaften das oberösterreichische Friedenssymbol in Empfang genommen.

„Das Friedenslicht ist ein starkes Zeichen der Gemeinschaft und Versöhnung unter den Menschen. Es ist ein Auftrag für uns alle, daß wir Frieden nicht als Selbstverständlichkeit wahrnehmen dürfen. Er muß immer wieder neu erarbeitet werden. Es macht mich stolz, daß ein oberösterreichischer Weihnachtsbrauch weit über unsere Grenzen hinaus als Symbol des Friedens bekannt ist“, so Stelzer bei der Übergabe in Brüssel.

Der europäische Kontinent war in seiner Geschichte vorrangig durch Kriege und Konflikte geprägt. „Uns in Europa ist es in den



Foto: Land OÖ / Sabrina Liedl

v.l.: Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, Friedenslichtkind Niklas Lehner und ORF-Redakteur Günther Hartl

letzten Jahrzehnten besser ergangen. Das liegt daran, daß wir mit dem vereinten Europa ein politisches Projekt geschaffen haben, daß seit mehr als 70 Jahren Frieden zwischen den Nationen auf unserem Kontinent garantiert“, merkte der Landeshauptmann an.

Trotz des Friedens zwischen den Nationen ist dies leider keine Garantie für die Menschen, nicht Opfer von Gewalt zu werden, wie der Terroranschlag in Straßburg kürzlich schmerzlich verdeutlicht hat. ■

<https://de.wikipedia.org/wiki/Friedenslicht>

»Christkindl aus der Schuhschachtel«

Über 400 oberösterreichische Schulen und Kindergärten, mit 20.000 SchülerInnen bzw. Kindergartenkindern mit ihren Familien, Lehrkräfte, KindergärtnerInnen, Gemeinden, Vereine, Feuerwehren, Goldhaubengruppen, viele Einzelaktivisten und zahlreiche Sponsoren haben sich auch 2018 an der Weihnachtsaktion der OÖ. Landlerhilfe „Christkindl aus der Schuhschachtel“ beteiligt.

„Bereits kleine Gesten können viel bewirken: Danke an alle oberösterreichischen Kinder und ihre Familien, die auch heuer wieder so viele Packerl gespendet haben, und danke auch an die Landlerhilfe und an all jene, die sich bei dieser Aktion beteiligen bzw. die 2.300 Kilometer lange Reise auf sich nehmen. Die Hilfsbereitschaft der OberösterreicherInnen ist jedes Jahr aufs Neue beeindruckend“, so Landeshauptmann Thomas Stelzer am 14. Dezember bei der Verabschiedung des Konvois vor dem Linzer Landhaus.

Die liebevoll verpackten Geschenke enthalten Süßigkeiten, Hygieneartikel, Schul- und Spielsachen und werden zwischen 15. und 19. Dezember von 50 LWK bzw. 120 ehrenamtlichen Fahrern in die ukrainischen



Foto: Land OÖ / Sabrina Liedl

LH Thomas Stelzer, die Dritte LT-Präsidentin Gerda Weichsler-Hauer, der Zweite LT-Präsident Adalbert Cramer, Klubobmann Herwig Mahr, Klubobmann Gottfried Hirz und Klubobfrau Helena Kirchmayr mit SchülerInnen der Klasse 2b der Europaschule Linz sowie dem Obermann Helmut Nimmervoll und dem Geschäftsführer der Landlerhilfe Helmut Atzlinger

Waldkarpaten rund um die Landlerdörfer Königsfeld und Deutsch-Mokra im ukrainischen Theresiental gebracht. Mit dabei ist auch das ORF-Friedenslicht, das an die Fa-

milien und offiziellen Vertreter vor Ort verteilt wird. ■

<https://www.landlerhilfe.at/>

<http://www.land-oberoesterreich.gv.at/>

Österreich, Europa und die Welt

Graz: Smart City ist in Lateinamerika gefragt

Am 21. November 2018, war eine Delegation aus dem zentralmexikanischen Bundesstaat Puebla (5,8 Millionen EinwohnerInnen) im Rahmen des International Cooperation Programms (IUC) der Europäischen Union zu Gast im Grazer Rathaus.

Die gleichnamige Hauptstadt Puebla mit 1,5 Millionen EinwohnerInnen ist, wie Graz, Trägerin der Titel UNESCO City of Design und UNESCO Weltkulturerbe und verfolgt ebenso eine Smart-City-Strategie. Stadtbau- und Direktor Bertram Werle begrüßte die hochrangige Delegation aus VertreterInnen aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft, geleitet von Luis Gonzalez-Arenal, im Namen von Bürgermeister Siegfried Nagl und skizzierte wesentliche Rahmenbedingungen der Grazer Stadtentwicklung. Thomas Drage präsentierte für das EU-Referat der Stadtbau- und Direktor die „Smart City Graz“ im allgemeinen, Architekt Markus Pernthaler den Science Towers als Smart City-„Wahrzeichen“ im speziellen.

Der vom Internationalisierungszentrum Steiermark (ICS) initiierte Erfahrungsaus-



Foto: Stadt Graz

Delegation aus Puebla zu Gast in Graz – beide Städte verfolgen die Smart-City-Strategie.

tausch mit interessantem Inputs von beiden Seiten wurde mit einer eindrucksvollen Besichtigung des Smart City Graz Mitte Gebie-

tes rund um die Helmut List Halle abgerundet.

<https://www.graz.at/>

30 Jahre Vienna Service Office in der Wiener UNO City

Wien ist stolz auf seine UNO City. Es macht mich stolz, hier in Wien einen der vier Hauptsitze der Vereinten Nationen – den einzigen innerhalb der Europäischen Union – zu beheimaten. Es ist uns bewußt, daß das keine Selbstverständlichkeit ist“, so Bürgermeister Michael Ludwig am 18. November anlässlich des 30jährigen Bestehens der Stadt Wien-Außenstelle in der UNO City, dem Vienna Service Office. Es bietet kostenlose Service-Angebote für MitarbeiterInnen der UN-Organisationen und deren Familienmitglieder. Ziel ist nicht nur eine effektive Unterstützung von UN-Angestellten während ihres Aufenthalts, sondern auch die Vermittlung eines positiven Gesamteindrucks der Gaststadt, um den UNO-Standort Wien positiv zu bewerben. Aus Anlaß des Jubiläums präsentierten mehr als 20 Abteilungen des Wiener Magistrats und stadtnahe Stellen im Beisein von Yuri Fedotov, United Nations Office in Vienna (UNOV) Generaldirektor, und Bürgermeister Michael Ludwig ihr jeweiliges Leistungsangebot sowie ihren Beitrag zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) in der Rotunde der Wiener UNO City.

„Ich lege persönlich sehr großen Wert auf die gute und enge Zusammenarbeit zwischen



Foto: PID / Jobst

Bürgermeister Michael Ludwig (li.) und Yuri Fedotov, Generaldirektor der UNO-Office in Vienna

der Stadt Wien und den hier ansässigen UN-Organisationen“, so Ludwig. Anlässlich des 40jährigen Jubiläums der UNO-City kommenden Jahr werden die Stadt Wien und die in Wien ansässigen UN-Organisationen gemeinsam in Aktion treten, um die UNO in der Wiener Bevölkerung noch bekannter zu ma-

chen. Fedotov betonte die Wichtigkeit der starken Partnerschaft, die die Vereinten Nationen in Wien mit ihrer Gaststadt haben, wo UNO über 4.000 MitarbeiterInnen aus mehr als 110 Ländern beschäftigt sind.

<http://www.wien.gv.at>

<https://www.unov.org/unov/de/vic.html>

Prominenter Besuch im Wiener Leopold Museum

Über prominenten Besuch auf höchstem Niveau freute man sich im Wiener Leopold Museum: Direktor Hans-Peter Wipplinger empfing eine Gruppe internationaler Stars, die anlässlich der Eröffnung der von Kurator Jasper Sharp initiierten, von US-Kultregisseur Wes Anderson gemeinsam mit seiner Partnerin Juman Malouf kuratierten Ausstellung im Kunsthistorischen Museum angereist waren. Der mehrfach ausgezeichnete Filmschaffende („The Grand Budapest Hotel“, „The Darjeeling Limited“, „The Royal Tenenbaums“) und die Kostümbildnerin sowie Autorin präsentierten am 5. November ihre Schau „Spitzmaus Mummy in a Coffin and other Treasures!“.

Kunstinteressiert zeigten sich im Leopold Museum US-Schauspieler Bill Murray und der deutsche Cellist Jan Vogler, die auf ihrem gemeinsamen Album „New Worlds“ Musik und Literatur kombinierten, Filmemacher Roman Coppola, die US-amerikanische Künstlerin Taryn Simon und Kunsthändler Robin Hurlstone, sowie US-Schauspieler Waris Ahluwalia und Regisseur Nicolas Saada.

Nach Besichtigung der den Jahrhundertkünstlern Egon Schiele und Gustav Klimt



Foto: Leopold Museum, Wien / Ouriel Morgensztern

Ausstellungsbesuch im Leopold Museum (v.l.) Bill Murray, Jan Vogler, Robin Hurlstone, Waris Ahluwalia und FreundInnen mit Hans-Peter Wipplinger

gewidmeten Jubiläumsausstellungen konnten die Stars bei den SpezialistInnen der Restaurierungsabteilung des Leopold Museum einen Blick hinter die Kulissen werfen.

Die Sammlung Leopold zählt zu den weltweit bedeutendsten Sammlungen der österreichischen Moderne. Über 5000 Exponate

umfasst die vom Ehepaar Rudolf und Elisabeth Leopold über fünf Jahrzehnte zusammengestellte Kollektion, die 1994 mit Hilfe der Republik Österreich und der Oesterreichischen Nationalbank in die Leopold Museum-Privatstiftung eingebracht wurde. ■

<http://www.leopoldmuseum.org/>

Panda-Zwillinge reisten nach China

Für die Panda-Zwillinge Fu Feng und Fu Ban begann ein neuer Lebensabschnitt: Am 2. Dezember haben die beiden den Tiergarten Schönbrunn verlassen und ihre Reise nach China angetreten. „Die Zeit mit den Zwillingen ist verflogen. Es kommt mir vor, als wäre es gestern gewesen, daß die beiden noch mit ihrer Mutter Yang Yang in der Wurfbox gekuschelt haben. Sie haben uns viele tolle Momente beschert“, so Tiergartendirektorin Dagmar Schratzer. Mit zwei Jahren sind die Zwillinge nun selbständig. Auch im Freiland verlassen Panda-Jungtiere in diesem Alter ihre Mütter und suchen sich ein eigenes Revier.

Mit dem Flugzeug ging es von Wien über Frankfurt nach Chengdu und in die Panda-Station in Gengda. Die Transportkisten standen schon in der Anlage – aus gutem Grund. Fu Feng und Fu Ban sollten die Kisten in Ruhe kennenlernen. Sie erhielten regelmäßig Bambus und Gemüsestücke hinein, damit sie sich hineinsetzen und darin wohlfühlen konnten. In gezielten Trainingseinheiten wurden die Kisten auch zugemacht und später noch angehoben, um die Erschütterungen beim Transport zu simulieren, wie Tierpfle-



Foto: Tiergarten Schönbrunn / Daniel Zupanc

Die Panda-Zwillinge Fu Feng und Fu Ban in ihrer Transportbox

gerin Renate Haider erklärte. Sie hat die Zwillinge auch nach China begleitet und war zwei Wochen dortgeblieben, um ihnen die Eingewöhnung zu erleichtern.

Die Panda-Zwillinge Fu Feng und Fu Ban sind am 7. August 2016 im Tiergarten

Schönbrunn zur Welt gekommen. Ihre Aufzucht war eine Sensation: Zum ersten Mal weltweit hat eine Panda-Mutter in Menschenobhut Zwillinge ohne menschliche Hilfe großgezogen. ■

<http://www.zoovienna.at>

Staatsakt zu »100 Jahre Republik Österreich«

Ein Plädoyer von Bundespräsident Alexander Van der Bellen für liberale Demokratie und demokratisches Engagement in der Wiener Staatsoper – Festreden von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundeskanzler Sebastian Kurz – Festrede von Autorin Maja Haderlap



Foto: HBF / Catrina Karlovits und Peter Lechner

Staatsakt in der Staatsoper anlässlich der 100. Wiederkehr der Gründung der Republik Österreich

Mit einem Staatsakt in der Wiener Staatsoper hat das offizielle Österreich am 12. November den 100. Jahrestag der Ausrufung der Republik gefeiert. Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Bundeskanzler Sebastian Kurz legten dabei Bekenntnisse zu Rechtsstaat und Demokratie ab. Die Festrede hielt Autorin Maja Haderlap. Sie warnte vor einer Ökonomisierung der Gesellschaft.

Eingeleitet wurde der Staatsakt durch die Rede des Staatsoberhauptes (im Wortlaut):

*Werte Ehren- und Festgäste,
meine Damen und Herren!*

Seien Sie alle herzlich willkommen beim Staatsakt zum hundertjährigen Gründungstag unserer Republik.

Meine Damen und Herren!

Unsere Demokratie wurde 1918 mit dem allgemeinen, freien, gleichen, unmittelbaren, geheimen und persönlichen Wahlrecht verwirklicht. Endlich waren auch Frauen wahlberechtigt. Um den Platz in der Politik müssen sie aber bis heute kämpfen. Ja, Frauen sind inzwischen Abgeordnete, Parteichefinnen, Ministerinnen, Nationalratspräsidentinnen. Doch sie sind immer noch unterrepräsentiert und es bleibt immer noch viel zu tun. Das Frauenwahlrecht war eine Errungenschaft in einer Zeit, die ansonsten zu wenig Optimismus Anlaß gab.

Denn der Start unserer Republik vor 100 Jahren war holprig: Der Erste Weltkrieg mit Millionen von Toten war eben zu Ende ge-

gangen. Das große, jahrhundertealte Habsburgerreich war zerfallen.

Hunger und Arbeitslosigkeit beherrschten das Leben der Menschen. Der Hoffnung, daß die junge Republik die immensen Herausforderungen bewältigen könne, stand viel Skepsis gegenüber. Vielen war es unmöglich, an eine gemeinsame, blühende Zukunft zu glauben angesichts der Feindseligkeiten, Ungewissheiten und Ängste, die den Alltag bestimmten.

Und prompt ging es schief.

Die parlamentarische Demokratie wurde 1933 von Engelbert Dollfuß ausgeschaltet, ein autoritärer Ständestaat errichtet. Nach dem Einmarsch Hitlers und dem sogenannten „Anschluß“, wurde unser Land Teil Na-

Innenpolitik



Foto: HBF / Carina Karlovits und Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei seiner Festrede

zideutschlands. Der Name „Österreich“ war ausgelöscht. Hitler entfesselte einen neuen Weltkrieg. Es wütete der nationalsozialistische Terror und die Vernichtungsmaschinerie des Holocaust.

Nach dem Ende des Krieges ging es 1945 erneut darum, eine demokratische Republik zu gründen. Auch dieser Neubeginn war mühsam.

Aber es gab einen ganz wesentlichen Unterschied zu den Jahren nach 1918: Wir stellen jetzt das Gemeinsame vor das Trennende. Nur in der gemeinsam errungenen Lösung liegt das größtmögliche Wohl aller. Eine Einsicht, an die wir uns in diesen Tagen wieder erinnern sollten.

Gemeinsam gründeten die Parteien die Zweite Republik, gemeinsam verhandelten sie den Staatsvertrag, gemeinsam erklärten sie Österreichs immerwährende Neutralität, gemeinsam arbeiteten sie an Österreichs In-

tegration in der EU. Das Talent, Gemeinsamkeit herzustellen, ist ja etwas, was im Herzen das Österreichische ausmacht: Erkennt zu haben, daß die Welt eben nicht aus Schwarz und Weiß, nicht aus unversöhnlichen Positionen besteht. Sondern daß eine Lösung zum Wohle aller fast immer in der Mitte liegt.

Meine Damen und Herren!

Nur die liberale Demokratie kennt dieses Ringen um gemeinsame Lösungen zum Wohle aller. Dieses Ringen kann mitunter anstrengend sein. Es darf uns aber nie zu anstrengend sein.

Ja, Demokratie bedeutet Diskussion, Auseinandersetzung, auch zivilisierten Streit – im Bewußtsein eines offenen Ausganges. Demokratie bedeutet, daß auch das Gegenüber Recht haben kann. Man muß sich auf die anderen einlassen. Man muß zuhören.

Das kostet Zeit. Manche würden sich vielleicht wünschen, daß das schneller und einfacher geht.

Wäre unsere Demokratie nicht ganz so liberal, so denken sie, ginge ja manches auch schneller.

Aber das ist ein Trugschluß. Es gibt keine Abkürzungen. Der Weg zur gemeinsamen Lösung mag manchmal steinig sein. Aber er ist aller Mühen wert. Eine Einsicht, die unserem Land wirtschaftlichen Aufschwung und sozialen Frieden brachte, und Österreich zu dem machte, was viele als „Konsensdemokratie“ bezeichnet haben. Es gab einen weitgehend gelungenen Interessenausgleich.

Meine Damen und Herren!

Die liberale Demokratie ist mehr als die Herrschaft der Mehrheit. Die liberale Demokratie verlangt nach der Vielfalt der Stimmen, und daß keine Stimme ungehört bleibt.

Grund- und Freiheitsrechte sowie unveräußerliche Minderheitenrechte sind daher wesentlich. Zugleich muß Demokratie wachsam sein, kompromißlos gegenüber den Intoleranten. Aber offen und tolerant für den Meinungsaustausch der Demokratinnen und Demokraten. Dazu bedarf es unabhängiger und freier Medien, die den unterschiedlichen Stimmen der Demokratie Raum geben und so erst die Diskussion unter Gleichen ermöglichen.

Heute kommen die neuen Medien dazu, sie erlauben es mehr Menschen als jemals zuvor, ihre Meinung öffentlich kundzutun.

Die einzige Voraussetzung ist ein Internetzugang.

Aber die neuen Medien haben auch eine Schattenseite: Der Rückzug in die Social-Media-Echokammern und -Blasen, wo nur noch die eigene Meinung hundertfach bestätigt wird, kann zu Intoleranz und Gesprächsverweigerung führen. Verweigerung ist aber keine Lösung. Wir müssen uns aufeinander einlassen.

Meine Damen und Herren!

Demokratie ist ein Prozeß. Dazu gehört der Wahltag und die Wahlurne. Und der Parlamentarismus ist ein wichtiger, ja ein zentraler Teil des demokratischen Prozesses.

Dieses täglich gelebte demokratische Miteinander gerät immer wieder in die Defensive. Feindbilder werden aufgebaut: Nach dem Muster: „Wir“ und die „Anderen“.

Die „Anderen“ können die Alten sein, mitunter die Jungen, oder Musliminnen und Muslime, oder Jüdinnen und Juden, in manchen

Innenpolitik

Foto: HBF / Carina Karlovits und Peter Lechner



v.l.: Vizekanzler Heinz-Christian Strache, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Autorin Maja Haderlap, Bundeskanzler Sebastian Kurz und Hans Niessl, Vorsitzender der Landeshauptleute-Konferenz im zweiten Halbjahr 2018

Ländern Christinnen und Christen, oder Ausländerinnen und Ausländer, oder Arbeitslose und Sozialhilfeempfängerinnen- und empfänger. Solche Zuschreibungen münden fast immer in die Aushöhlung von Grund- und Freiheitsrechten sowie zu systematischer Diskriminierung.

Stattdessen sollten wir uns öfter in die Lage der Anderen versetzen. Wir alle können schließlich in Situationen kommen, wo wir auf Hilfe, auf Solidarität angewiesen sind.

Verhalten wir uns also Anderen gegenüber so, wie wir es für uns selbst wünschen würden.

Meine Damen und Herren!

Ich habe die Bedeutung des Gemeinsamen betont. Das scheint mir für die politische Kultur in unserem Land und für die Zukunft Österreichs ganz wesentlich zu sein: Konsenssuche bedeutet nicht, Konflikte unter den Teppich zu kehren, sich die Macht im Stillen untereinander aufzuteilen, Weichenstellungen und Richtungsentscheidungen auf ewig zu vertagen. Konsenssuche bedeutet durchaus, Konflikte öffentlich auszutragen, die Machtaufteilung öffentlich zu machen, Weichenstellungen und Richtungsentscheidungen legitimerweise zu treffen.

Aber nicht die alleinige Machtausübung der Mehrheit ist ihr Ziel, sondern die Einbeziehung und Beachtung der Minderheitsmeinungen.

Die politisch Andersdenkenden sind demokratische Partnerinnen und Partner, nicht Feindinnen und Feinde.

Meine Damen und Herren!

Die Suche nach dem Gemeinsamen hat Österreich erfolgreich gemacht und viele in Europa haben uns darum beneidet. Erneuern wir diese Gemeinsamkeit, erneuern wir dieses Österreichische.

Dann muß uns vor der Zukunft nicht bange sein. Denn wir alle sind Teil eines friedlichen, freien und erfolgreichen Österreichs und natürlich Teil eines friedlichen, freien und erfolgreichen Europas.

Es lebe unsere Heimat, die Republik Österreich. Es lebe unser gemeinsames, friedliches Europa.

Soweit die Rede des Bundespräsidenten.

Wolfgang Sobotka: Habe keine Sorge um die Kraft der Demokratie

„Der 12. November 1918 markiert den Beginn einer neuen Selbstfindung einer eigenständigen Nation, er war Abschluß und Anfang“, so Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in seiner Rede. Es sei ein Prozeß mit vielen Brüchen und Rückschlägen gewesen, der Unglück und Leid gekostet, aber noch mehr Erfolge, freudvolle Erfahrungen und positive Alltagserlebnisse gebracht habe, so der Nationalratspräsident.

Auch wenn die ausgerufenen demokratische Republik nicht alle 100 Jahre durchgehalten habe, „so sind letztlich die Feinde der



Rede von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Innenpolitik



Bundeskanzler Sebastian Kurz bei seiner Rede in der Staatsoper ...



Fotos: BKA / Andy Wenzel

... und mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen (r.) und seiner Gattin Doris Schmidauer

Demokratie gescheitert“, betonte Sobotka. Es seien jene gescheitert, „die die Parlamente ausgeschaltet und diese als Quatschbuden herabgewürdigt haben; jene, die der Diktatur das Wort geredet und ihr die Hände geliehen haben; jene, die die Verbrechen des Nationalsozialismus, der rassistischen Verfolgung und des Holocaust zu verantworten hatten“.

Die Demokratie ist im wahrsten Sinne des Wortes zu einer *res publica* geworden

Die Geschichte wiederhole sich nie, dennoch habe man in der Zweiten Republik aus der Katastrophe des Ersten Weltkriegs und dem Scheitern der Ersten Republik die Lehren gezogen. Es sei zu einer Demokratisierung der gesamten Gesellschaft gekommen, das demokratische Prinzip habe starke Wur-

zeln in Familien, Schulen und Vereinen geschlagen, sagte Sobotka. Nach 1945 sei es gelungen, die Demokratie in Österreich nachhaltig zu stärken und zu festigen – trotz unterschiedlicher Interessen, Meinungen und Haltungen, aber das gehöre zum demokratischen Diskurs. In den Wochen vom 21. Oktober bis zum 12. November 1918 hätten Politiker mit Visionen, Mut und Kraft der Demokratie zum Durchbruch verholfen, die Gesellschaft habe sich nachhaltig verändert und heute sei die Republik den Menschen ein Anliegen – sie ist in ihrer Gesamtheit und im wahrsten Sinn des Wortes eine „*res publica*“. Sobotka sieht daher mit Optimismus in die Zukunft und meinte: „Ich habe keine Sorge um die Kraft der Demokratie.“

Als Herausforderungen für die Zukunft sieht Sobotka vor allem die Bewältigung der Folgen der Digitalisierung, des demografischen Wandels und des Klimawandels. Diese Fragen werden unsere Demokratie auf die Probe stellen, mahnte er und zeigte sich überzeugt davon, daß man im Gedenken an den Mut und die Zuversicht der Gründerväter der Republik auch diese Aufgaben bewältigen könne und werde – auch im Vertrauen auf die Verwurzelung unserer demokratischen Verfaßtheit.

Gleichzeitig forderte Sobotka einmal mehr eine klare Haltung gegen Rassismus ein und warnte vor einem Generalverdacht gegen religiöse Gemeinschaften, denn das schaffe nur Vorurteile und verhindere Differenzierung. Es dürfe aber auch keine Tolerierung von Parallelgesellschaften geben, die unsere staatliche Grundordnung ablehnen, machte er unmißverständlich klar.

Unabdingbar ist für Sobotka aber auch eine „Nulltoleranz gegenüber Antisemitismus und Antizionismus“, wobei der Nationalratspräsident dies nicht nur als eine Verantwortung einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe sieht, sondern als einen Auftrag und eine Verantwortung von allen. „Die Sprache des Hasses muß überall, insbesondere im Internet, mit allen Mitteln bekämpft werden“, sagte er.

Sebastian Kurz: Demokratie immer wieder aufs Neue schützen

„Der 12. November 1918 war für Österreich einer der größten Wendepunkte unserer Geschichte. Von da an konnte das Volk selbst bestimmen. Mit der Ersten Republik wurde auch die Nation Österreich geboren“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz. „Geboren in Angst, Hunger und Selbstzweifel, wurde die Republik nachträglich oft als das Kind, das keiner wollte, bezeichnet. Nach einer kurzen Phase des Aufschwungs begann die Zeit der politischen Extreme. Auf die Gewalt der Worte folgte die Gewalt der Taten“, die zu Gewalt, Krieg und den unfabbaren Schrecken der Shoah führten, wie Kurz betonte.

„Erst mit Gründung der Zweiten Republik ist es gelungen, die Einheit Österreichs zu wahren und langfristig Frieden und Wohlstand zu sichern. Mit der Unabhängigkeit konnte unser Land seinen beispielhaften Erfolgsweg der letzten Jahrzehnte beschreiben“, so der Bundeskanzler. Mit dem Bekenntnis zur eigenständigen Nation habe Österreich ein gesundes Selbstbewußtsein entwickeln können, das uns heute auch „viel geliebtes Österreich“ aus ganzem Herzen

Innenpolitik

sagen lasse. „Jede Generation muß sich immer wieder aufs Neue Frieden, Freiheit und Wohlstand erkämpfen. Und auch unsere Demokratie und unser liberaler Rechtsstaat müssen immer wieder aufs Neue geschützt werden. All das kann nur gemeinsam funktionieren“, erklärte Kurz. Jeder habe das gleiche Recht auf seine eigene Meinung. Die politische Auseinandersetzung solle aber stets in einem respektvollen Ton stattfinden. Denn Demokratie würde zweifelsohne unterschiedliche Meinungen aushalten.

Dank an Gäste aus Israel

„100 Jahre nach der Gründung der Republik haben wir endlich einen ehrlichen Blick auf die eigene Geschichte. Viel zu lange haben wir uns mit den dunklen Zeiten schwer getan, uns die Mitverantwortung an den schrecklichen Verbrechen des Nationalsozialismus einzugestehen“, blickte der Bundeskanzler auf seine Gespräche mit Alt-Österreichern in Israel zurück: „Trotz all dem, was die Menschen erlebt haben, haben mir einige gesagt, daß es ihr größter Herzenswunsch ist, einmal wieder nach Österreich zurückzukehren. Ich danke Ihnen, daß Sie in diesen Tagen unserer Einladung gefolgt sind. Sie erweisen uns eine Ehre, indem Sie mit uns feiern. Ich schließe umso entschlossener mit den Worten: ‚Viel geliebtes Österreich!‘“.

Heinz-Christian Strache: Abschluß und Anfang zugleich

Vizekanzler Heinz-Christian Strache bekräftigte – ebenso wie der Bundespräsident –, daß „die Freiheit und Selbstbestimmung unseres Landes ein hohes Gut ist, das wir verteidigen müssen“. Ebenso wie der Bundespräsident betonte der Vizekanzler auch, daß das Verbindende stets vor das Trennende zu stellen sei. Es müsse aufeinander zugegangen werden, der Umgang miteinander müsse dauerhaft von gegenseitigem Respekt geprägt sein.

Hans Niessl: Zusammenarbeit und Föderalismus haben sich bewährt

„Österreich ist wirtschaftlich, sozial, kulturell, in der Wissenschaft, in der Bildung, und in vielen anderen Bereichen ein beeindruckender Aufstieg gelungen“, so Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl in seiner Rede als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz. „Diese positive Entwicklung Österreichs, dieser Aufstieg ist eine große gemeinsame Leistung der Österreicherinnen und Österreicher. Wir haben allen Grund, darauf stolz zu sein. Die Generation des Wie-



Vizekanzler Heinz-Christian Strache



Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl

deraufbaus, alle, die sich in den letzten Jahrzehnten für Österreich eingesetzt haben, die durch ihre Leistungen – egal ob beruflich, ehrenamtlich oder in anderen Bereichen – zum Wohl Österreichs beigetragen haben: Sie alle verdienen Dank, Respekt und Anerkennung.“

Die Bundesländer hätten von Anfang an das Miteinander zu einem Postulat ihres Wirkens erhoben – ein Postulat, das bis in die Gegenwart wirke und auch heute gelebt werde, so Niessl. „Dafür möchte ich allen Landeshauptleuten der österreichischen Bundesländer sehr herzlich danken.“ Gezeigt habe sich dieses besondere Miteinander vor wenigen Wochen auch beim Festakt der Bundesländer anlässlich des Republikjubiläums. Dort habe man eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet und ein klares Bekenntnis zu den Grundprinzipien der Republik, ein klares Bekenntnis zur föderalen Zusammenar-

beit und zu einem Europa starker Regionen abgelegt (*Anm. Link unten, Seiten 64 ff.*).

„Ich bin davon überzeugt, daß dieses Miteinander der Länder auch für die Zukunft Österreichs von ganz großer Bedeutung ist“, so Niessl. Der Erfolg Österreichs zeige, daß sich Zusammenarbeit und Föderalismus bewährt hätten. Der Föderalismus stehe für Bürgernähe, er bedeute für die BürgerInnen mehr Partizipation, mehr Teilhabe am politischen und demokratischen Leben.

Für die Zukunft sei es wichtig, „daß wir das große Ganze nicht aus den Augen verlieren. Wir brauchen die Fähigkeit zum Dialog, wir brauchen den Willen zum Miteinander. Wir brauchen Solidarität und Menschlichkeit. Wir brauchen Zusammenhalt. Das gilt für Europa, das gilt für ein partnerschaftliches Miteinander von Bund, Ländern und Gemeinden, das gilt auch insgesamt für unsere Gesellschaft“, schloß Niessl seine Festrede

Fotos: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Innenpolitik

Maja Haderlap – Im langen Atem der Geschichte

Die Festrede hielt Autorin Maja Haderlap. Sie warnte vor einer Ökonomisierung der Gesellschaft (*im Wortlaut*):

Dem Orkan voraus fliegt die Sonne nach Westen, zweitausend Jahre sind um, und uns wird nichts bleiben, schreibt Ingeborg Bachmann im Gedicht „Große Landschaft bei Wien“, in dem sie den langen Atem der Geschichte über die Stadt wehen läßt.

Hundert Jahre dauern, gemessen am langen Atem der Geschichte, gerade lang genug, um die Fähigkeit auszubilden, sich zu erinnern, um in Gedanken Zeit- und Ortschaftswellen zu überschreiten.

Es ist ein befreiender, festlicher, aber auch peiniger Moment, in dem sich beispielhafte Errungenschaften, Erfolge, aber auch politische Verirrungen offenbaren.

Wie aber wird kollektive Geschichte sichtbar, anschaulich, wenn es schier unüberschaubare Geschichten von Menschen gibt?

Der lange Atem der Geschichte zieht vornehmlich und spürbar durch Familienerinnerungen. Hundert Jahre umfassen kaum drei Generationen, die sich erfahrungsgemäß körperlich nahekommen und eine gewisse Zeit ihres Lebens miteinander verbringen, die Geschichte von Hand zu Hand oder von Mund zu Mund weitergeben.

Mein Generationengedächtnis setzt mit dem Zerfall der kaiserlich-königlichen Monarchie und der Entstehung der Republik Österreich ein. Mein Großvater nahm als achtzehnjähriger junger Mann an der letzten Isonzo Offensive im Oktober 1917 teil und wurde als Soldat der kaiserlich-königlichen Armee am Piave verwundet. Als er genas und endlich nach Hause gehen konnte, wurde die Republik ausgerufen. Meine Großmutter behauptete drei Kriege überlebt zu haben, den Ersten Weltkrieg, den Kärntner Abwehrkampf und den Zweiten Weltkrieg. Ihre zarte Gestalt, in der die Erinnerungen an ihre wechselvolle Geschichte und an das Konzentrationslager Ravensbrück nachwirkten, bewegt sich für das Auge unsichtbar, aber doch anwesend, in meinen Gedanken und Empfindungen.

Sobald wir den Blick von unserem Herkommen abwenden und das Allgemeine in Betracht ziehen, erscheint uns die Historie flüchtig, ja geradezu ungreifbar. Eine Ansammlung von Spuren, Überresten, als Mementos an der Wand, als opakes, kulturelles, materielles Gemenge, das wir mit unseren Gedanken kaum durchdringen können. In Glücksmomenten glauben wir in der Tiefe



Fotos: BKA / Andy Wenzel

Autorin Maja Haderlap bei ihrer Festrede

der historischen Zeit etwas durchschimmern zu sehen, Fragen zum Beispiel, die brennen und uns betreffen, als würden sie gerade erst zur Sprache gebracht.

Man hat mich eingeladen, bei diesem Staatsakt eine Rede zu halten. Eine erstaunliche, kühne Einladung, die mich ehrt, die mich aber auch in einen unerbittlichen Kreislauf aus Zweifeln geschleudert hat. Lange Zeit war ich damit beschäftigt zu überlegen, aus welcher Position ich überhaupt reden könnte. Weder kann ich im Namen einer Partei noch im Namen einer Institution oder Gruppe sprechen. Allenfalls als Individuum, mit eigener Lebensgeschichte, als Dichterin, Kärntner Slowenin, Österreicherin, die eine Beziehung zur Republik Österreich hat. Eine Beziehung zu haben, bedeutet nicht nur, durch staatliche Bildungsinstitutionen gegangen zu sein oder Steuern zu zahlen, es besagt auch, sich einzumischen, zu engagieren und an politischen Orientierungsprozessen teilzunehmen. In dieser Beziehung geht es nicht um Vorteile oder Sicherheiten, es geht in Wahrheit um Fragen der Identität, um das, was wir sind und sein wollen.

Identität, wie ich sie sehe, ist ein Prozeß, kein abgeschlossener Zustand, keine feste, unabänderliche Größe. Sie beginnt und endet nicht im Jetzt, sondern ist aus Herkommen, aus Sprache, aus Vererbtem, Gelerntem, Gelebtem und Erfahrenem, aus Arbeit, Leid, Glaube, Liebe, Hoffnung, aus Vergessen und Erinnern, aus Ängsten und Sehnsüchten zusammengestellt, aus dem, was wir waren, was wir sind und was wir werden wollen. Sobald sich Identität verhärtet, eingrenzt oder von außen diktiert wird, verwandelt sie sich in

ein Schlagwort, zum Vorwurf oder zur Maske. Identität orientiert sich an Bindungen und Bindungen können lebensbejahend oder zerstörerisch sein. Auch staatliche Gebilde sind den Prozessen der Identitätsfindung und der Veränderung unterworfen. In diesen Zusammenhängen bewegt sich das Verhältnis der Einzelnen zum Staat.

Das entscheidende Kriterium steht am Beginn dieser ungewöhnlichen Beziehung. Es ist das Kriterium der Demokratie. Demokratie ist eine Organisation des Rechts, der Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Prozessen. Sie lebt vom Ausgleich, vom Disput, dem Argument, der Korrektur, der Freiheit des Einzelnen. Der autoritäre Staat dagegen schikaniert den Schwächeren, den Anderen, unterbindet die Möglichkeit des Widerspruchs, des freien Willens, der politischen Teilhabe, der Machtkontrolle, der Veränderung. Demokratie ist, um in familiären Bezügen zu bleiben, das Antimodell zur autoritären Familie, an deren Spitze meist ein Patriarch waltet, der über Gedeih und Verderb der Familienmitglieder entscheidet.

Im politischen Feld zwischen Krieg und Frieden, zwischen Repression und sozialem, kulturellem Aufbruch, zwischen Rezession und einem langen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Fortschritt bewegt sich die Geschichte der Republik Österreich.

Die Erste Republik Österreich erstand als demokratischer Entwurf nach dem Zusammenbruch einer alten monarchischen Ordnung. Die aufstrebenden politischen Kräfte wollten das Trauma des Zusammenbruchs und des Krieges in einen Traum von Fortschritt verwandeln. Aber der Verlust des Alt-

Innenpolitik

hergebrachten, gepaart mit einer dramatischen wirtschaftlichen Krise, wog zu schwer. Die junge parlamentarische Demokratie mußte sich gegen ein Schattenreich aus Ängsten und autoritären Traditionen behaupten. In der Erinnerung der Generationen ist die Erste Republik als Epoche des Zwists nach dem Verlust des mächtigen Vaters abgespeichert. Schon im 19. Jahrhundert, im Zuge der Industrialisierung und der verstärkten Mobilität sahen sich die Menschen aus ihren angestammten Lebenszusammenhängen gerissen. Nach dem zerstörerischen Krieg dürfte das Gefühl der Verlassenheit überwogen haben. Was aus dieser Zeit, wie ich glaube, bis heute nachklingt oder nachwirkt, ist neben der Gegenwart mannigfacher kulturhistorischer Denkmäler und Monumente ein melancholischer Grundton des Heimatverlusts. Diese Verlustempfindung hat die österreichische Volkskultur geprägt. Das Verlorene wird, nicht nur in den ländlichen Regionen Österreichs, in vielleicht so nie gesehener Schönheit idealisiert. Es ist das Bild der vergangenen Idylle, das beharrlich hochgehalten wird, wenngleich darunter alle Verletzungen und Demütigungen verborgen bleiben.

Den Untergang der alten Welt konnten das allgemeine Wahlrecht, das auch die Frauen zum ersten Mal einschloß, der Kampf um eine gerechte Entlohnung, die Einführung des Achstundentages, die sozialdemokrati-

sche Bewegung kaum aufwiegen. Das Alte wirkte nach, im Anwachsen des Antisemitismus, in der Sehnsucht nach dem starken Mann und im Aufbrechen der nationalen Frage. Zuerst versuchte die Erste Republik, alle vielsprachigen kulturellen Bezüge zu den ehemaligen Kronländern zu unterbinden. Die Forderung, ihre Sprache und Kultur aufzugeben, bekamen vor allem die Kärntner Slowenen zu spüren. Rückblickend könnte man sagen, daß die meisten Österreicher in der Ersten Republik nichts lieber wollten, als Deutsche zu werden. Doch der Preis für diese Bestrebungen war hoch. Rasch taumelte die österreichische Demokratie in einen autoritären Staat, in den Bürgerkrieg und letztlich in die Nazidiktatur. Die Restbestände einer vielsprachigen, multireligiösen, demokratischen Wirklichkeit wurden spätestens nach dem „Anschluß“ an Hitlerdeutschland mit Terror, Gewalt und Krieg nahezu zur Gänze zerstört. Man sagt, daß Österreich für Jahre von der Landkarte verschwunden sei, aber die Österreicher sind auf allen Seiten der Kriegsfront dabei gewesen, auch beim apokalyptischen Morden im besetzten Osten Europas.

Die Frage, wie konnte es dazu kommen, erfüllt uns noch heute mit Grauen.

Wenn wir uns vor Augen führen, wer in der Nazizeit für Österreich gekämpft hat, stellen wir fest, daß es Einzelne gewesen sind. Der Widerstand, der die Wiedererrichtung

eines freien Österreichs erst ermöglichte, handelte zwar organisiert und in Gruppen, war aber in den meisten Fällen individuell. Diese Tatsache wirft ein besonderes Licht auf die Tragweite und Bedeutung des ethisch handelnden Individuums. Der österreichische Widerstand wurde von Menschen getragen, die in der Zeit der durchorganisierten Gewalt, der totalen Propaganda ihre humanen Haltungen nicht über Bord geworfen hatten. Er ist ein Konglomerat aus nahezu alltäglichen, helfenden, mutigen Gesten, die sich dem Vernichtungswillen und der organisierten Böswilligkeit gegen Menschen widersetzen. Die Demokratie, wie wir sie kennen, ist uns nicht nur dank dieser Zivilcourage und aufgrund der vielen Opfer, die das Naziregime gefordert hatte, geschenkt worden. Wir haben sie auch politischen Glücksfällen und dem Verhandlungsgeschick Einzelner zu verdanken.

Ich möchte an dieser Stelle an einen Verlust erinnern, der bei offiziellen Anlässen oft übergangen wird, an den Verlust einer Generation von österreichischen Schriftstellern und Schriftstellerinnen, Künstlern und Künstlerinnen, die in der Nazizeit vertrieben, um ihre Existenz gebracht, in den Selbstmord getrieben oder umgebracht wurden. Ihre Arbeiten werfen noch heute etwas von ihrem Glanz auf das Land, das sie nicht haben wollte. In ihrer Literatur verdichtet sich Geschichte, werden Bilder und Sehnsüchte aus der Welt



Foto: BKA / Dragan Tatic

Eingerahmt wurde die Feierstunde in der Wiener Staatsoper von der Bundes- und Europahymne. Im Bild: die Solistinnen Olga Bezsmertna und Margaret Plummer und die Solisten Benjamin Bruns und Peter Kellner

Innenpolitik



Bundeskanzler Sebastian Kurz (4.v.l.) mit Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl (1.), Vizekanzler Heinz-Christian Strache (2.v.l.), Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (3.v.l.), Bundespräsident Alexander Van der Bellen (6.v.l.) und seiner Gattin Doris Schmidauer (5.v.l.).



Der Bundeskanzler im Bild (v.r.) Bundesministerin Margarete Schramböck, Bundespräsident a.D. Heinz Fischer, und UNO-Generalsekretär a.D. Ban Ki-moon mit Gattin Yoo Soon-taek

von gestern bewahrt, die der heutigen so nahe und doch so fern ist.

Ich glaube, wir müssen der tiefen Erschütterung aller Überlebenden nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs vertrauen, die im Satz „Nie wieder“ zusammengefaßt wurde. Wenn wir das nicht tun, sind wir verurteilt, politische Fehler zu wiederholen. Aus dieser inneren Gewißheit der Überlebenden wurde die Charta der Menschenrechte formuliert und die Idee eines gemeinsamen Europas geboren. Diese Errungenschaften stehen wegweisend für die Zukunft vor uns, als Versprechen und als Auftrag.

Den Erfolg der Zweiten Republik Österreich begründeten der Staatsvertrag, die Neutralität, der wirtschaftliche Aufschwung und die zurzeit vielgeschmähte Sozialpartnerschaft. Die Österreicherinnen und Österreicher entwickelten die Identität, von der wir heute ausgehen, wenn wir Österreich meinen. In unsere Zeit fallen entscheidende bildungspolitische, rechtliche, strukturelle und institutionelle Modernisierungen, die das ganze Land erfaßten und bei allen Bürgerinnen und Bürgern ankamen. Wir hatten das Glück, eine sozialstaatlich organisierte Marktwirtschaft, einen gezähmten Kapitalis-

mus erlebt zu haben, der der Bevölkerung die Teilhabe an seinen Erfolgen ermöglichte. Die rechtliche Gleichstellung und Emanzipation der Frauen brach das Jahrtausende währende Machtvorrecht der Männer auf. Nur die Umsetzung der Gleichberechtigung im täglichen Leben kam und kommt stockend voran. Auch mit der Umsetzung der im Staatsvertrag verankerten Rechte der österreichischen Volksgruppen hatte die Republik ihre Probleme. Das hatte nicht zuletzt mit dem Fortwirken deutschnationalistischer Traditionen zu tun, mit denen sie sich nicht konfrontieren wollte.

Die Schriftstellerinnen und Schriftsteller, die Künstlerinnen und Künstler haben nach dem Verlust ihrer Vorgänger dem Bild des Landes, das sich unablässig in die Idylle, in das Vergessen flüchten wollte, mit Hartnäckigkeit und sanfter Gewalt, wie Peter Handke einmal formulierte, widersprochen. Sie haben mit ihrer Arbeit, die oft auf Unverständnis gestoßen war, mitgeholfen, das selbstkritische Gleichgewicht Österreichs zu wahren.

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union haben wir nahezu traumwandlerisch eine wegweisende Entscheidung getroffen und fürchten uns immer noch vor unserem Mut. Die Globalisierung der Märkte, verbunden mit der fortschreitenden Digitalisierung, der Kampf gegen die Zerstörung und Vermüllung unseres Planeten verlangen nach internationaler politischer Zusammenarbeit.

Allerdings kommt seit unserem Beitritt zur Europäischen Union der politische Boden, auf dem wir stehen, nicht zur Ruhe. Wir spüren, daß wir in einen Prozeß des Wandels eingetreten sind, der einem langsam anschwellenden Orkan gleicht. Noch hatten wir wenig Zeit, um uns an die erweiterten politischen Entscheidungsmöglichkeiten in Europa zu gewöhnen, wenn wir auch mit Genugtuung feststellen, daß das politische Europa an Gestalt gewinnt.

Gerade haben wir uns an den Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates aufgerichtet, schon wird uns erklärt, daß wir endlich erwachsen werden und für uns selbst sorgen sollen. Wer grollt im Hintergrund des Staates, der alte, übermächtige Vater oder eine andere Macht, mit unsichtbaren, ordnenden Händen und einem unsichtbaren Gesicht? Was verbirgt sich hinter dem Bestreben, den Staat als Unternehmen zu führen? Etwa die Idee, daß Staaten von ihrer Funktion als Gemeinschaftsorganisationen abgetrennt und auf den freien Markt geworfen werden? Da0 Staaten in Konkurrenz zueinander treten,

Innenpolitik

sich auf dem Staatenmarkt behaupten müssen wie im Supermarkt, in dem man mit Schnäppchen, Schönheit, Gesundheit, Frische und billigem, willigem Humankapital um globale Investoren wirbt? Das setzt ein transformiertes Verständnis von Politik voraus, die sich nach den Kriterien des Wettbewerbs organisiert und nach Regeln der allseitigen Auslese handelt. Die Sieger und Unterlegene produziert und das gesellschaftliche Handeln dem Kampfmodus der globalen Ökonomie unterwirft. Eine Politik, die aus den Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern optimierte Menschen für den Wettkampf machen möchte und alles, was wir tun, benotet, wiegt und bewertet. Mit Algorithmen natürlich, denn unsichtbare Algorithmen wiegen schwerer als Argumente, schwerer als ein konkreter Mensch mit einer konkreten Geschichte.

Ein beträchtlicher Teil der um sich greifenden Verunsicherung wurzelt in der Befürchtung, daß man als fehleranfälliger, kranker, alter, für die Ökonomie unproduktiver Mensch aus der öffentlichen Wahrnehmung und Obsorge entfernt werden könnte. Auch wenn europaweit nationalistische Parteien meinen, den verunsicherten Bürgerinnen und Bürgern als Ersatz für den zerrütteten Gemeinssinn die nationale Zugehörigkeit als Domizil anbieten zu können, die Krise reicht tiefer. Sie ist weniger faßbar, aber doch fundamentalere als der Umbruch am Beginn des 20. Jahrhunderts. Sie zerstört das Gefühl von Zugehörigkeit und Verantwortung, sie verändert das aufgeklärte Menschenbild, sie greift in das genetische Potential des Menschen als Beziehungswesen ein, damit er endlich zum ökonomischen Menschen werde, der nach den Kriterien des eigenen Vorteils handelt. Nicht zuletzt könnte die neue Ökonomie nahezu ohne Menschen und ohne Staaten auskommen.

Wir hören nicht hin, weil wir der Sprache mißtrauen. Vor allem der politischen Sprache, die sich für die Medien herausputzt wie eine Bonboniere. Die Botschaften, die an uns verteilt werden, sind in glänzendes Papier verpackt, aber die Füllung unter der Schokoladeschicht könnte bitter schmecken. Wir wissen es nicht und haben keine Zeit, dorthin zu schauen, wo Sprache und Politik hinzielen, zu den Betroffenen, die gemeint sind und die getroffen werden. Wir haben genug damit zu tun, andere schön verpackte Glückskekse zu öffnen, die sich letztlich als billige Attrappen entpuppen. Wir bemühen uns, der Überredungskunst der Motivationsprache Stand zu halten, die nahezu aus allen Kanälen auf

uns niedergeht wie Konfetti. Dafür lassen wir in den sozialen Medien Dampf ab und zeigen, daß wir die Zeichen der Zeit verstanden haben. Wir beherrschen die hohe Kunst der Beleidigung, der Demütigung, der Herablassung, der Täuschung, wir haben die Regeln des Kampfes verinnerlicht und werden persönlich, wenn man uns kritisiert. Es geht uns gut, aber die Zeichen der Zeit stehen auf Sturm.

Unsere Staaten werden durch digitale Konzerne vor neue, gewaltige Herausforderungen gestellt. Die digitalen Riesen haben uns mit ihren Technologien bereichert, aber auch eine bislang kaum vorstellbare Machtebene in unser Leben eingezogen, die wir nicht kontrollieren und kaum gestalten können. Wir hängen mit unseren Suchbewegungen in den Schlingen, die sie uns ins Netz gelegt haben, und sind dabei, die Kontrolle über unsere Handlungen zu verlieren. Wenn wir unter Zeitdruck zulassen, daß unser Leben und unsere Körper bis zur letzten Faser ökonomisiert werden, wenn wir uns einverstanden erklären, aus unseren Sehnsüchten, Gefühlen und Phantasien einen messbaren Wert, eine Handelsware zu machen, haben wir die Vorstellung von uns als ethisch handelnde, soziale Individuen endgültig aufgegeben.

Demokratie ist nicht zuletzt auch die einzige Herrschaftsform, die den Anderen und die Minderheiten mit einbezieht, und wäre als einzige Ordnung imstande, Menschen, die aus anderen Ländern und Traditionen, aus unterschiedlichen Motiven zu uns kommen, einzubinden und zwar als Mitverantwortliche für das Gemeinwesen und die Werte der

Demokratie. Nur eine Bindung an das Land und seine demokratischen Werte könnte die vielfältigen Parallelgesellschaften aufbrechen und allen Beteiligten helfen, Konflikte auszutragen und auszuhalten.

Im Hinblick auf flüchtende Menschen, für die das Mittelmeer zur Todeszone geworden ist, im Hinblick auf die Zerstörung unserer Umwelt, angesichts totalitärer Machtphantasien, die durch die technische Entwicklung an Durchsetzungskraft gewinnen, werden die Fragen der Zukunft humaner und ökologischer Natur sein. Wir werden die Menschenrechte und den Frieden gegen das zerstörerische Potential der allseitigen Mobilisierung verteidigen müssen. Wir werden uns aus der Enge des Augenblicks, den wir mithilfe der Technik zu einer Ewigkeit aufblasen möchten, lösen, und in die reale Zeit treten. Mit dem scharfen Gehör für den Fall, nach Ingeborg Bachmanns Gedicht, werden wir entzaubert durch Analysen und Zahlen zu unserer wahren, verletzlichen Gestalt kommen.

Der österreichische Maler Oskar Kokoschka hat die Notwendigkeit einer Demokratie mit dem Satz umschrieben: Demokratie muß so sicher führen wie Instinkt. Diesen Instinkt für Demokratie im geeinten Europa wünsche ich uns und der immer noch jungen Republik Österreich zum Geburtstag“. schloß Maja Haderlap ihre Festrede. ■

<https://www.oesterreich100.at>

<https://www.bundespraesident.at>

<https://www.parlament.gv.at>

<https://www.bundeskanzleramt.at>

https://de.wikipedia.org/wiki/Maja_Haderlap

Quellen: APA/PRK, Parlamentskorrespondenz, BKA



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

Blick in die Wiener Staatsoper während des Staatsakts zur Gründung der Republik Österreich

Parlamentarische Dokumente zur Geburt der Republik vor 100 Jahren sind online

Rechtzeitig zum 100. Geburtstag der Republik am 12. November 2018 bietet die Website der Parlamentsdirektion ein weiteres Service an: So stehen ab nun die Dokumente der Provisorischen Nationalversammlung textinterpretiert samt vollständigen Übersichtsseiten mit allen Verlinkungen zur Verfügung. Die Materialien der Konstituierenden Nationalversammlung wurden ebenfalls bereits online gestellt. Insgesamt 9.000 Parlamentarische Materialien der 1. Republik wurden vom Kompetenzzentrum digitalisiert und werden nach Aufbereitung sukzessive veröffentlicht.

Somit ist es nun möglich, online im Stenographischen Protokoll der 3. Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung vom 12. November 1918 den Beschluß samt „Geburtszeitpunkt 15:33 Uhr“ der Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich originalgetreu nachzulesen: „Staatskanzler Dr. Renner: ...und bitte weiters, die provisorische Nationalversammlung möge beschließen, nachdem auch diese Kundmachung angenommen ist, gemeinsam in feierlichem Zuge sich vor die Rampe des Hauses zu begeben, das Volk von Deutschösterreich zu begrüßen und ihm die gefaßten Beschlüsse mitzuteilen. (Lebhafter Beifall). Präsident Dr. Dinghofer: Meine Herren! Der wichtigste Markstein für unsere Zukunft ist gesetzt. Die Heiligkeit der Stunde muß auch äußerlich zum Ausdruck kommen. Unsere Volksgenossen harren draußen vor unserem Hause der frohen Botschaft; ich lade Sie daher ein, daß wir uns in der Säulenhalle sammeln und dann hinausgehen. Zu diesem Zwecke unterbreche ich die Sitzung. (Die Sitzung wird um 3 Uhr 33 Minuten nachmittags unterbrochen. — Wiederaufnahme der Sitzung um 4 Uhr 33 Minuten nachmittags).“

Volltextsuche in historischen Dokumenten möglich

Die Aufbereitung erfolgte entsprechend den heutigen parlamentarischen Materialien. So kommt man beim Menüpunkt „Alle Verhandlungsgegenstände“ über den Suchbegriff „Regierungsvorlage“ bei den Dokumenten der Provisorischen Nationalversammlung zu Vorlagen des Staatsrats bzw. des Vollzugsausschusses. Auf den Übersichtsseiten der Dokumente sind nicht nur die jeweils zusammenhängenden Materialien unterein-



Stenographisches Protokoll vom 4. 2. 1919

ander bis hin zum Staatsgesetzblatt verlinkt, sondern es gibt auch Links zu den Biographien samt Fotos der beteiligten Mandatäre (ab der Konstituierenden Nationalversammlung auch Mandatarinnen) und der damals als Staatssekretäre bezeichneten Minister in der Parlamentarierdatenbank. Erfasst wurden schließlich auch angenommene Ausschlußentschließungsanträge bzw. unselbständige Entschließungen.

In Zusammenarbeit mit der Universität Innsbruck (Programm Transkribus) wurden die historischen Dokumente textinterpretiert und nachkontrolliert, um die Volltextsuche zu verbessern, da sie noch in Frakturschrift gedruckt wurden. Die Transkription ermöglicht die elektronische Volltextsuche, Treffer werden in den alten Texten durch Highlighting hervorgehoben. Zudem erhalten die interessierten LeserInnen über einen Index mit Schlagwörtern, die den Dokumenten zugeordnet sind, weitere Such- und Selektionsmöglichkeiten.

Neben der Aufbereitung der Materialien der Ersten Republik konzentrierte sich das zuständige Kompetenzzentrum der Parlamentsdirektion bisher vor allem auf die Digitalisierung und die rasche öffentliche Verfügbarkeit aller parlamentarischen Materialien der Zweiten Republik, auch um das Archiv anlässlich der Parlamentsübersiedlung zu entlasten. Nach diesen Grundsätzen wurden bereits 130.000 parlamentarische Dokumente der Zweiten Republik ab 1945 auf-

wärts digitalisiert und im Internet veröffentlicht, inklusive des vorparlamentarischen Begutachtungsverfahrens.

Aktuell liegt der Fokus bei der Digitalisierungsarbeit auf der Verlinkung der jeweils zusammenhängenden Materialien hinauf bis zur XIX. Gesetzgebungsperiode 1995, denn im Jahr 1996 startete die Parlamentsdirektion mit ihrem umfangreichen Informationsangebot auf der Website. Es werden wohl ca. 2,5 Millionen Metadaten werden, meint Wolfgang Engeljehring, Leiter des Kompetenzzentrums, die möglichst kostenschonend in die Datenbank einfließen müssen. Die einzelnen Gesetzgebungsperioden sowie die Provisorische Nationalversammlung und die Konstituierende Nationalversammlung stehen zur Auswahl.

Blick in Verwaltung der Anfangsjahre

Die Parlamentsbibliothek hat Quellenverzeichnisse der Bestände an Verwaltungsakten der Parlamentsadministrativen in den Jahren der Provisorischen und Konstituierenden Nationalversammlung erarbeitet. Diese umfassen insgesamt rund 850 Quellentexte, die einen Einblick in die Verwaltungsprozesse aus dieser Zeit geben. Die Dokumente können im Archiv im Palais Epstein bestellt und eingesehen werden.

Die Quellen zeigen, daß die Verwaltung des Parlaments ganz dem österreichischen Beamtenethos verpflichtet und um Kontinuität bemüht war. Das Spektrum der Herausforderungen war breit gefächert. Es reichte von alltäglichen Verwaltungshandlungen wie der Administration des Kraftwagenbetriebs, der Wartung der Dampfkesselanlage, der Garantie der Kohleversorgung und der Bezahlung von Reparaturarbeiten am Parlamentsgebäude bis hin zur Organisation des parlamentarischen Betriebs und der Überlassung von Mobiliar, Bibliotheksbeständen bzw. parlamentarischen Materialien an die Parlamente der Nachbarstaaten und andere Institutionen.

Die Datensätze der Bestandsverzeichnisse sind mit Schlagworten bzw. Schlagwortketten versehen, die Aufschluß über ihren Inhalt geben. Weiters können Personen (Abgeordnete, Bedienstete etc.) gesucht werden, die bei der Erschließung der Verwaltungsakten als relevant identifiziert wurden. ■

<https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG>

Jugendliche und Zeitzeugen setzen gemeinsam ein Zeichen

Burgenländischer Landtag lud zum Festakt zum Gedenk- und Erinnerungsjahr – Projekt »Zeitzeugen« präsentiert



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Festakt des Landtags zum Gedenk- und Erinnerungsjahr (v.l.): Hannah Roth, Eeva Werderitsch, Daniel Koller, Landeshauptmann Hans Niessl, Landtagspräsident Christian Illedits, Stefan Horvath, Elisabeth Hofer, Katrin Grimm, Barbara Glück und Thomas Rasser

Mit einem Festakt im Schloß Esterházy, zu dem der Burgenländische Landtag geladen hatte, wurde am 14. November an den 100. Jahrestag der Ausrufung der Republik Österreich erinnert. Alt-Bundespräsident Heinz Fischer, Regierungsbeauftragter des Gedenk- und Erinnerungsjahres, Landeshauptmann Hans Niessl und Landtagspräsident Christian Illedits gaben in ihren Reden einen Rückblick auf die historischen Ereignisse seit 1918. Höhepunkt der Veranstaltung war die Präsentation eines Zeitzeugenprojektes, in dessen Rahmen SchülerInnen burgenländischer Schulen ZeitzeugInnen trafen, und sich mit dem dunkelsten Kapitel der österreichischen Geschichte, der Zeit des Nationalsozialismus, und seinen Nachwirkungen auseinanderzusetzen.

Er möchte junge Menschen für die Geschichte ihrer Heimat begeistern, deshalb habe er dieses Projekt ins Leben gerufen, um die Jugendlichen mit Zeitzeugen ins Gespräch zu bringen, so der Landtagspräsident:

„Ich bin davon überzeugt, daß Geschichte mit dem Leben junger Menschen auch in der Gegenwart viel zu tun hat.“ Wenn sich Jugendliche ihr Gedenken und Bedenken selbst aussuchen können, sei er zuversichtlich, daß man die Gedenkarbeit in der Gesellschaft auch zukünftig verankern könne.

Im Rahmen des von der Historikerin Barbara Glück geleiteten Projektes trafen die SchülerInnen Hannah Rauch vom Gymnasium Neusiedl, Daniel Koller und Thomas Rasser von der HTL Pinkafeld, Elisabeth Hofer vom Gymnasium Oberschützen und Katrin Grimm von der HLW Pinkafeld mit ZeitzeugInnen zusammen, um deren Erinnerungen an diese Zeit aufzuzeichnen und für die Nachwelt zu bewahren. Stefan Horvath, Angela Tkautz, Eeva Werderitsch, Pfarrer Franz Hillinger und Hermine Leiner hatten sich den SchülerInnen zur Verfügung gestellt.

Alt-Bundespräsident Heinz Fischer erinnerte in seiner Rede, daß die Demokratie

in Österreich auf eine jahrzehntelange Geschichte zurückblicken könne. „Sie hat sich erfreulicherweise als sehr stabil erwiesen. Man darf aber nicht vergessen, daß sie auch zerstört werden kann“, mahnte Fischer. Die Demokratie brauche Demokraten, Menschen, die an sie glauben.

„Ich halte es für sehr wichtig, daß auch der Burgenländische Landtag das Gedenk- und Erinnerungsjahr zum Anlaß genommen hat, um diese Gedenkveranstaltung hier im Schloß Esterházy zu veranstalten. Wir dürfen uns nicht zurücklehnen, wenn es gilt, Werte und Errungenschaften wie Demokratie, Freiheit, sozialen Zusammenhalt, ein friedliches Miteinander und Menschlichkeit zu verteidigen. Gerade das Burgenland gibt heute ein Beispiel für dieses friedliche Miteinander, wie es von unseren Volksgruppen und den Konfessionen im Land gelebt wird“, so Landeshauptmann Hans Niessl bei seiner Festrede. ■

<http://www.bgld-landtag.at/>

Erinnerung ist Voraussetzung dafür, daß wir wachsam bleiben

Gedenkveranstaltung vor dem Mahnmal für Roma und Sinti in Lackenbach

Foto: Bgld. Landesmedienervice / Werner Wild



Gedenken in Lackenbach mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Landeshauptmann Hans Niessl und LT-Präsident Christian Illedits

In Erinnerung an die NS-Opfer wurde am 17. November in Lackenbach vor dem Mahnmal für Roma und Sinti die alljährliche Gedenkstunde abgehalten. Die Burgenländische Landesregierung sowie der Kulturverein Österreichischer Roma hatten dazu geladen, um der verschleppten und ermordeten Roma und Sinti während der nationalsozialistischen Herrschaft zu gedenken.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka: Ein klein wenig des Wiedergutmachens

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka betonte, daß sich Österreich sich nach dem Zweiten Weltkrieg sich lange schwer getan hat mit der leidvollen Geschichte der Roma-Volksgruppe: „Wer sich dieser und seiner Geschichte nicht stellt den stellt irgendwann die Geschichte.“

Sobotka hob hervor, daß erst mit Bundeskanzler Franz Vranitzky beginnend bis zu Bundeskanzler Wolfgang Schüssel auch im offiziellen Österreich in der Frage der Entschädigung und ein klein wenig des Wiedergutmachens in die allgemeine Politik aufgenommen wurde.

Foto: Bgld. Landesmedienervice / Werner Wild



Emmerich Gärtner-Horvath, Vorsitzender des Volksgruppenbeirates für Roma, LT-Präsident Christian Illedits, NR-Präsident Wolfgang Sobotka, LH Hans Niessl, Christian Klippel, Vorsitzender des Kulturvereins Österr. Roma, 2. LT-Präs. Rudolf Strommer und KO Géza Molnár

Landeshauptmann Hans Niessl: Vielfalt wird als Reichtum verstanden

„Erinnerung ist die Voraussetzung dafür, daß wir wachsam bleiben, denn wer die Vergangenheit nicht sieht, wird auch blind für die Gegenwart und für die Zukunft“, sagte Landeshauptmann Hans Niessl. „Diesen Blick, dieses Bewußtsein brauchen wir im

Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus, für Demokratie, für ein friedliches Miteinander, für Toleranz und Menschlichkeit. Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, Gewaltverherrlichung und Unmenschlichkeit dürfen in unserer Gesellschaft nie wieder einen Platz haben – weder in unserem Land noch in einem gemeinsamen Europa.

Das Burgenland ist heute ein Beispiel für ein friedliches Miteinander, wie es von unseren Volksgruppen und den Konfessionen im Land gelebt wird. Diese Vielfalt wird als Reichtum verstanden, als fester und auch gewollter Bestandteil der burgenländischen Identität. Ich bin deshalb sehr dankbar für die Beiträge, die Roma und Sinti im Burgenland zu dieser Vielfalt leisten. Diese Beiträge und Leistungen verdienen – gerade vor dem historischen Hintergrund, dem großen Leid und

Unrecht, das ihnen widerfahren ist – Dank, Respekt und Anerkennung“, so Niessl.

In Österreich lebten vor 1938 ca. 11.000 Roma und Sinti, davon alleine 8.000 im Burgenland. Nur geschätzte 10 Prozent der österreichischen Roma und Sinti dürften den Holocaust überlebt haben. Das Anhaltelager in Lackenbach war das größte seiner Art – sowohl in Österreich, als auch im gesamten Deutschen Reich. Die ersten Einweisungen in das neu errichtete Lager Lackenbach er-

folgten im November 1940. Dieses Lager war als vorübergehendes Sammellager gedacht, von wo die Häftlinge in die Konzentrationslager deportiert wurden. Gedenksteine erinnern an dieses Anhaltelager, an diesen Ort des Schreckens. Am 16. Dezember mit Rechtskraft 23. Dezember 1993 wurden die Roma im Hauptausschuß des Nationalrates von der Republik Österreich als 6. Österreichische Volksgruppe anerkannt. ■

<http://www.kv-roma.at/>

Erinnerung lebendig halten für eine friedliche Zukunft

Kranzniederlegung vor im Gedenken an die Opfer des Krieges und des Faschismus



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.r.: Landtagspräsident Christian Illedits, Landeshauptmann Hans Niessl, Landesrat Norbert Darabos, Walter Pronai, ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich, und Susanne Steiger-Moser, Landesvorsitzende und Mitglied des Bundesvorstandes der sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktive AntifaschistInnen

Der Burgenländische Landtag mit Präsident Christian Illedits an der Spitze, die Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung und der Landesfonds für die Opfer des Krieges und Faschismus gedachten am 15. November mit einer feierlichen Kranzniederlegung vor dem Landhaus jener BurgenländerInnen, die von 1938 bis 1945 aus politischen, religiösen und rassistischen Gründen dem Naziregime zum Opfer gefallen sind.

„Mit der Kranzniederlegung wollen wir jenen Menschen ein Andenken bewahren, die als Soldaten im Krieg gefallen sind oder unter der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten in der Zeit von 1938 bis 1945 auf-

grund ihrer ethnischen Herkunft, ihres Glaubens oder ihrer politischen Gesinnung verfolgt, mißhandelt und getötet wurden. Seither sind viele Jahre vergangen, aber der zeitliche Abstand, der nun immer größer wird, kann die Betroffenheit über die Gräueltaten und Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus nicht verdrängen“, betonte Illedits.

„Die Lehren, die wir aus der Geschichte ziehen, sind, daß Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Intoleranz in unserer Gesellschaft keinen Platz haben dürfen – wir sind aufgerufen, uns der Gewalt und dem Faschismus entgegenzustellen.

„Wenn wir heute der Opfer des Krieges

und des Faschismus gedenken, dann möchte ich eines auch betonen und hervorstreichen: Es darf nie soweit kommen, daß wir den Mantel des Schweigens über dieses dunkelste Kapitel legen!“, mahnte Landesrat Norbert Darabos in seiner Ansprache. „Unsere Aufgabe ist es, sich offen und schonungslos mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen. Diese Aufarbeitung darf auch niemals aufhören. Und wenn wir zu Recht stets betonen, daß die wichtigste Lehre, die wir aus der Schreckenszeit des Nationalsozialismus ziehen müssen, ‚Nie wieder‘ und ‚Niemals vergessen‘ ist, dann füge ich dem noch eines hinzu: ‚Wehret den Anfängen!‘“ ■

Fünf Punkte-Plan für mehr Sicherheit

2. Burgenländischer Sicherheitsgipfel 2018: Sicherheitsleitlinie für die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Inneres und dem Land Burgenland bereits weitgehend umgesetzt



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Informierten über die Ergebnisse des 2. Burgenländischen Sicherheitsgipfels 2018 in Eisenstadt (v.l.): Landespolizeidirektor Martin Huber, Stabschef Brigadier Anton Wessely, LH Hans Niessl, LH-Stv. Johann Tschürtz und Militärkommandant Brigadier Gernot Gasser

Der zweite burgenländische Sicherheitsgipfel 2018 tagte am 29. November mit Landeshauptmann Hans Niessl, Landeshauptmannstellvertreter Johann Tschürtz, Stabschef Brigadier Anton Wessely, BMLV, in Vertretung von BM Mario Kunasek, Kabinettschef Min.Rat Reinhard Teufel in Vertretung von BM Herbert Kickl, VertreterInnen der Sicherheitsorganisationen, des Bundesheeres, der Bezirksverwaltungsbehörden und der Landessicherheitszentrale, der Landesverwaltung und der Bezirksverwaltungsbehörden in der Martinskaserne in Eisenstadt. Neben dem digitalen Katastrophenschutzplan und dem Assistenzeinsatz des Bundesheeres stand die heuer im April unterzeichnete „Sicherheitsleitlinie für die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Inneres und dem Land Burgenland“ auf der Tagesordnung. Große Teile der Sicherheitsleitlinie seien bereits umgesetzt worden; für die weitere Verbesserung der Sicherheit wurde beim Sicherheitsgipfel ein „5-Punkte-Plan“ erarbeitet.

„Mit der Sicherheitsleitlinie haben wir uns zum Ziel gesetzt, das Burgenland als

Musterregion im Bereich der Sicherheit weiter auszubauen und unseren Stand als eine der sichersten Regionen Europas weiter festigen können. Aber schon jetzt gilt: Im Burgenland leben heißt sicher leben“, betonte Niessl.

„Im Burgenland wird sehr viel für Sicherheit getan, wir sind hier österreichweit Vorreiter. Die Zusammenarbeit aller Organisationen und der Behörden muß reibungslos ineinandergreifen, um dieses hohe Niveau an Sicherheit aufrechterhalten zu können – das



Foto: Bundesheer / Gunter Pusch

Das Bundesheer unterstützt die Polizei bei Kontrollen und bei der Grenzraumüberwachung.

Foto: BMI / Gerd Pachauer



Die bis 11. November 2018 befristeten Kontrollen der österreichischen Grenzen wurden um ein weiteres halbes Jahr bis Mai 2019 verlängert.

funktioniert im Burgenland hervorragend“, so Tschürtz.

„Auf dem Sicherheitsgipfel wurde eine beeindruckende Bilanz vorgestellt“, stellte Wessely fest. Er verwies auf die Prävention als einen der wichtigsten Aspekte im Bereich der Sicherheit. „Krisen treten ohne Vorwarnung auf, da braucht es entsprechende Vorbereitung, um diese im Ernstfall bewältigen zu können.“

Sicherheitsleitlinie: Von Grenzüberwachung bis Cybercrime

Die im April zwischen dem Burgenland und dem BMI unterzeichnete Sicherheitsleitlinie umfaßt die Bereiche Grenzkontrollen und -überwachung, KFZ-Kontrollen und Schleppereibekämpfung, Schulungsmaßnahmen und moderne Ausstattung für die Polizei, ein neues Polizei-Einsatztrainingszentrum, die verstärkte Bekämpfung von Cybercrime und die Integration der Sicherheitspartner in die BMI-Initiative „Gemeinsam. Sicher“.

Vorhaben in weiten Teilen bereits umgesetzt

Wichtige Punkte der Sicherheitsleitlinie seien bereits umgesetzt: Die Grenzkontrollen laufen, die Sonderkompanie „Puma“ habe bereits 50 Schwerpunktaktionen durchgeführt. Die Videoüberwachung soll von zwei auf vier Grenzübergänge ausgedehnt werden, 2019 der Baustart für den Verkehrskontrollplatz Nickelsdorf erfolgen. Im Jänner

startet ein neuer sechsmonatiger Ausbildungskurs für 28 PolizeischülerInnen und die Polizei-Infrastruktur wird Schritt für Schritt modernisiert – so seien in den letzten Monaten mehrere neue Polizeidienststellen eröffnet worden. 2019 erfolgt der Startschuß für den Bau des Polizei-Einsatzzentrums. Das Projekt Sicherheitspartner wurde mit 1. November 2018 auf weitere drei Bezirke ausgeweitet, weitere folgen ab Jänner 2019; das Projekt soll auch in die BMI-Initiative „Gemeinsam.Sicher“ integriert werden. Im Bereich der Prävention laufen in Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektion verschiedene Ausbildungsmodulare für Schüler und Lehrer sowie Projekte zu Cybercrime.

Kriminalstatistik Burgenland: wenigste Anzeigen, Aufklärungsquote gesteigert

Daß das Burgenland noch immer das sicherste Bundesland ist, zeigt die von Landespolizeidirektor Martin Huber präsentierte Kriminalstatistik 2017. Trotz der exponierten Lage an der Grenze gebe es noch immer die wenigsten Anzeigen. Mit 9.667 angezeigten Delikten – ein Minus von 5,7 Prozent – sei man unter der angepeilten Marke von 10.000 geblieben. Zudem sei die Aufklärungsquote um 7 Prozent gegenüber 2016 auf mehr als 50 Prozent gestiegen. Einen merklichen Rückgang habe es bei den Einbruchsdiebstählen in Wohnhäusern und Wohnungen gegeben. Weiterhin ansteigend sei hingegen der Bereich Cybercrime. Bei Grenzkontrollen seien heuer bereits 382 Per-

sonen (200 von ihnen wurden geschleppt) aufgegriffen und 14 Schlepper festgenommen worden, rund 300 Personen seien mangels Einreisevoraussetzungen zurückgewiesen worden. Hinsichtlich der Migration müsse man der Entwicklung auf der Balkanroute – allein in Bosnien habe es heuer bereits 20.000, in Serbien 8.000 Aufgriffe gegeben – und das zu erwartende hohe Bevölkerungswachstum von bis zu 40 Prozent in den nächsten 10 bis 12 Jahren in den Top-Migrations-Herkunftsländern erhöhte Aufmerksamkeit schenken.

Assistenzeinsatz soll aufrechterhalten werden

Im Assistenzeinsatz seien 450 Soldaten in Zusammenarbeit mit der Polizei zur Bekämpfung der illegalen Migration rund um die Uhr im Einsatz, berichtete Militärkommandant Brigadier Gernot Gasser. Österreichweit gebe es rund 450 Aufgriffe pro Woche; diese rechtfertigten auch den Assistenzeinsatz. Der Personalstand beim Bundesheer im Burgenland sei in den letzten Jahren konstant gestiegen und liege aktuell bei 960 Personen, weitere 40 werden durch den Aufbau einer Pionier-Sicherungskompanie in Bruckneudorf hinzukommen. Die Benedek-Kaserne in Bruckneudorf sei zur Sicherheitsinsel bestimmt worden, dadurch werde die Kaserne in Krisenzeiten für die Bevölkerung ein wichtiger Rückhalt sein. Das unterstreiche nicht zuletzt auch den positiven Trend beim Bundesheer im Burgenland.

Sicherheitsgipfel erarbeitet 5-Punkte-Plan

Beim Sicherheitsgipfel wurde nun ein 5-Punkte-Plan „zur weiteren Gewährung und Erhöhung der Sicherheit“ erarbeitet. Dieser sieht folgende Themen vor: Im Bereich der Polizei die Kriminalitätsbekämpfung und Grenzüberwachung, die Weiterentwicklung der Landespolizeidirektion bei Personal, Organisation und Infrastruktur; im Bereich des Militärkommandos die Aufstellung der Pionier-Sicherungskompanie sowie die Modernisierung des Truppenübungsplatzes; der digitale Katastrophenschutzplan soll auf Bezirks- und Landesebene ausgebaut werden und für alle Einsatzorganisationen für Übungszwecke abrufbar sein.

„Der heutige Sicherheitsgipfel hat einmal mehr gezeigt, daß es zwischen der Landesregierung, den Verantwortlichen des Bundesheeres und der Polizei, den Sicherheitsbehörden und Einsatzorganisationen ein ausgezeichnetes Miteinander gibt“, so Niessl. ■

Landesbudget für 2019

Finanzlandesrat Hans Peter Doskozil: Das Land Burgenland investiert in Zukunft und Zusammenhalt

Finanzlandesrat Hans Peter Doskozil hat am 15. November dem Burgenländischen Landtag den Landesvoranschlag für 2019 vorgelegt. In seiner Budgetrede skizzierte Doskozil seine Finanzpläne für das Burgenland für 2019: Das „Budget für Zukunft und Zusammenhalt“ sieht vor allem mehr Mittel für die Pflege, den Ausbau der Infrastruktur im Land und die Attraktivierung des Standorts Burgenland vor. Doskozil: „Ganz oben steht das Burgenland. Das stimmt schon in vielen Bereichen. Mit dem vorliegenden Budget schreiben wir die Erfolgsgeschichte des Burgenlands weiter. Wir steigern die Investitionsquote unseres Budgets und investieren fast jeden 4. Euro in die Zukunft unseres Landes, um das Burgenland ganz nach oben zu bringen. In Summe erhöhen wir die Investitionen des Landes um 11,2 Millionen auf 267,6 Millionen Euro. Gleichzeitig sichern wir den Zusammenhalt im Land und erhöhen die Mittel für Soziales, Gesundheit und Bildung. Die Ausgaben für diese drei Ressorts erhöhen wir 2019 um 6,2 Millionen Euro auf 751,6 Millionen Euro.“

Ausgeglichenes Budget und Schuldenabbau

Unterm Strich konnte der Landesrat den Abgeordneten ein ausgeglichenes Budget vorgelegen. Einnahmen in Höhe von 1,16 Milliarden Euro stehen Ausgaben in der gleichen Höhe gegenüber. Gleichzeitig kann das Burgenland mit dem verabschiedeten Budget seine Schulden weiter abbauen: sie reduzieren sich erneut um 2 Millionen auf 270 Millionen Euro. Mit diesen Kennzahlen erfüllt das verabschiedete Budget alle gesetzlichen Vorgaben wie jene des österreichischen Stabilitätspaktes, als auch die Maastricht-Kriterien.

Ausbau von öffentlichem Verkehr, Standortförderung und Pflege als Investitionsschwerpunkte

51,8 Millionen Euro gibt es für den Bereich Straßenbau, Wasserbau und Verkehr – ein Plus von 4,9 %. Doskozil: „Mit diesen Mitteln unterstützen wir unsere Pendler durch die Subvention von Wochen- und Monatskarten und die Sicherstellung attraktiver Bahnverbindungen. Wir subventionieren den



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Budgetrede von Finanzlandesrat Hans Peter Doskozil zum Landesvoranschlag 2019

Bau von Park- und Ride-Anlagen und die Modernisierung von Bahnhöfen und investieren in den Ausbau der Breitbandinfrastruktur.“

Um 7,5 % auf 29,4 Millionen Euro steigen die Mittel für die Attraktivierung des Standorts Burgenland. Damit soll sowohl der Ausbau von bestehenden Unternehmen und Tourismusbetrieben im Burgenland, als auch neue Betriebsansiedlungen gefördert und so weitere Arbeitsplätze geschaffen werden.

Um 8,1 % auf 114,3 Millionen Euro schließlich steigen die vorgesehenen Mittel für die Pflege. Wobei die Steigerungen sowohl bei der stationären Pflege, als auch bei der mobilen Pflege kräftig ausfallen. Doskozil: „Im Pflegebereich haben wir definitiv Handlungsbedarf. Wir haben vor, daß wir generell das Thema Pflege neu denken und einen regionalen Pflegeplan ausarbeiten. Das betrifft vor allem den Bereich mobile Pflege, den wir weiter stärken sollten. Hier werden wir 2019 einen Schwerpunkt setzen.“

Das Burgenland will die Bio-Wende

Im Agrarbereich werden die Zuschüsse des Landes für die Landwirtschaftskammer reduziert. Doskozil: „Wir sparen in der Verwaltung und in den Strukturen. Oberstes Ziel

ist es, das Bauernsterben im Land einzubremsen. Wir wollen eine Bio-Wende, mehr Regionalität und insbesondere beim Thema Glyphosat und Pflanzenschutz ein Umdenken in der burgenländischen Landwirtschaft bewirken. Hier laufen konstruktive Gespräche mit der Landwirtschaftskammer, wie wir hier gemeinsam die Bauern unterstützen können.“ Signifikante Rückgänge im Budget für 2019 gibt es bei der Grundversorgung für Asylwerber: Wegen des rückläufigen Bedarfs sinken die Ausgaben um 27,6 Prozent auf 14,9 Millionen Euro.

Höhere Fördersätze für leistbares Wohnen

83,2 Millionen Euro sind 2019 für die Förderung von Neubau und Sanierung sowie für die Wohnbeihilfe vorgesehen. Dank eines neuen Wohnbauförderungsgesetzes sollen noch mehr Burgenländerinnen und Burgenländer von der Wohnbauförderung profitieren. Doskozil: „Neben der Anhebung der Einkommensgrenzen wurden auch die maximalen Förderungen erhöht – so sind nun bis zu 25 Prozent höhere Förderungen für Häuslbauer möglich. Für mich ist das ein wichtiger Schritt. Wir müssen sicherstellen, daß die jungen Menschen im Land bleiben und sich hier ein leistbares Leben aufbauen können.“

Eisenstadt auf Erfolgskurs halten

Der Gemeinderat der Freistadt beschließt das Budget 2019

Insgesamt 20 Tagesordnungspunkte umfaßte die Sitzung des Eisenstädter Gemeinderates am Abend des 11. Dezember. Hauptanmerk in der letzten Sitzung vor dem Jahreswechsel lag auf dem Jahresvoranschlag 2019, der mit den Stimmen von ÖVP und Grünen beschlossen wurde.

„Seit Beginn meiner Amtszeit ist es mir ein Anliegen, neben der ÖVP auch andere Parteien zur Mitarbeit zu gewinnen. Beim Budget 2019 gelingt nicht nur dies, sondern es werden auch über zwei Millionen Euro an Schulden abgebaut“, erklärt Bürgermeister Thomas Steiner. Im Jahr 2019 werden alle geplanten Projekte ohne der Aufnahme von Darlehen umgesetzt, was zugleich einen enormen Schuldenabbau für die Freistadt Eisenstadt bedeutet.

In Vorgesprächen konnte eine Zusammenarbeit zwischen ÖVP und Grünen fixiert werden. So hat man sich bei den Themen Fahrradfahren, Präventionsarbeit für Jugendliche und der Schaffung von naturnahen Spielplätzen auf eine gemeinsame Erarbeitung und Umsetzung von Projekten geeinigt.

Das Budget in Zahlen

Das Gesamtbudget der Freistadt Eisenstadt für 2018 beträgt 43.229.700 Euro. Der Haushaltsvoranschlag setzt sich aus den Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Teils zusammen. Die freie Finanzspitze beträgt rund eine Million Euro und das Maastricht-Ergebnis 523.000 Euro.

Überblick über die Hauptkapitel

Personal und Ruhebezüge	12.417.100 €
Bildungseinrichtungen	8.467.100 €
Soziales, Gesundheit, Sport	8.234.600 €
Infrastruktur und Verkehr	6.441.900 €
Landesumlage	2.669.900 €
Darlehensdienst inkl. KG	2.252.300 €
City Taxi und Stadtbus	883.800 €
Wirtschaftsförderung	722.700 €
Kultur	629.200 €
Feuerwehr und Sicherheit	280.200 €



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt

Präsentierten das Budget 2019 der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt (v.l.): Bürgermeister Thomas Steiner, Gemeinderätin Anja Haider-Wallner und Stadtrat Michael Freismuth

Neu: Zwei Trauungsorte und zwei neue Straßennamen

Auch auf der Agenda des Gemeinderats standen die Beschlußfassung neuer Trauungsorte sowie eine Straßenenennung. Zusätzlich zu den bisherigen Trauungsorten außerhalb der Amtsräume wurden auch die Räumlichkeiten der „Area 26“ sowie der Hofpassage bzw. Weinschwein festgelegt. Künftig können standesamtliche Trauungen auch in diesen beiden Lokalitäten durchgeführt werden.

In St. Georgen wurde im neuen Siedlungsgebiet der Gartenäcker eine neue Straße benannt: Künftig kann man im Stadtbezirk am Bacchusweg wohnen. Im Aufschließungsgebiet, dem Bereich zwischen Wiener Straße und Katersteinstraße ist eine neue Straße zu benennen: Josefine Kurzbauer-Straße. Zum Vorschlag für den Straßennamen: Nachforschungen ergaben, daß in den Jahren 1943 bis 1945 (Kriegsende) der notwendige Feuerwehrbetrieb von Kleinhöflein von Frauen als Feuerwehrfrauen aufrecht gehalten wurde. Josefine Kurzbauer leitete die Feuerwehr Kleinhöflein und wurde auch gemeinsam mit „ihren“ Frauen in den 1970er-Jahren vom Landesfeuerwehrkommando Burgenland dafür geehrt.

Heizkostenzuschuß

Nach dem durch die verlängerte Kälteperiode bereits im Vorjahr ein Bonus an alle Bezieher des Heizkostenzuschusses ausbezahlt wurde, wird die Förderung für die aktuelle Heizperiode auf neue Beine gestellt: Die bisherige Staffelung (zwischen 70 und 160 Euro, abhängig vom Einkommen und Haushaltsgröße) wird aufgehoben, künftig beträgt der einmalige Heizkostenzuschuß 200 Euro.

„Für mich ist wichtig, daß niemand zurückgelassen wird, der Hilfe braucht. Ich stehe dafür ein, daß all jene, die unsere Hilfe brauchen, selbst in Zeiten angespannter öffentlicher Budgets, diese auch erhalten. Denn wir dürfen die Schwächsten der Gesellschaft nicht im Stich lassen. Der Heizkostenzuschuß ist ein Erfolgsprojekt in diesem Bereich“, ist Bürgermeister Thomas Steiner überzeugt.

Antragsformulare liegen im Eisenstädter Rathaus auf. Anspruchsberechtigt sind Pensionisten mit einem Einkommen unter dem ASVG-Richtsatz sowie Personen mit Anspruch auf Mindestsicherung. Weitere Voraussetzung ist ein Hauptwohnsitz in Eisenstadt. ■

<http://www.eisenstadt.at>

Oberwart baut Schulden ab

Der erfolgreiche Weg kann fortgesetzt werden

Am 11. Dezember tagte der Gemeinderat der Stadt Oberwart zum letzten Mal in diesem Jahr und beschloß unter anderem den Voranschlag für das Jahr 2019. Im Fokus steht der Schuldenabbau, die Stadtgemeinde möchte für große Projekte finanziell gut aufgestellt sein. 25 Tagesordnungspunkte wurden behandelt. Der wurde Voranschlag für das Jahr 2019 wurde diskutiert und mit einer Summe von 17.745.100 Euro im Ordentlichen Haushalt sowie 420.000 Euro im Ausserordentlichen Haushalt beschlossen. Bürgermeister LAbg. Georg Rosner zeigte sich zufrieden, vor allem weil es 2018 gelungen ist, die Schulden der Stadtgemeinde Oberwart abzubauen.

Konkret geht es um Darlehensrückzahlungen in der Höhe von 844.533,88 Euro, um Zinstilgungen in der Höhe von 111.467,75 Euro und um Leasingrückzahlungen in der Höhe von 229.594,79 Euro. Außerdem konnten die vielen Projekte im Jahr 2018 abschließlich mit Eigenmittel finanziert werden.

So soll es auch 2019 weitergehen, berichtet der Stadtchef in seiner Budgetrede: „Wir haben in den vergangenen Jahren sehr viele Projekte umsetzen können und gerne würde ich in diesem Tempo weiterarbeiten. Es gibt viel zu tun, das ist mir klar. Aber, es ist nicht eine Frage des Wollens, sondern eine Frage des Könnens. Der Fokus muß ganz klar auf den Finanzen der Stadt liegen. Die finanzielle Situation genau im Blick zu haben, führt uns auf einen erfolgreichen Weg. Im kommenden Jahr soll es keine Neuverschuldung geben, trotzdem werden wir in wichtige Projekte investieren. Uns stehen in den nächsten Jahren große Vorhaben bevor und wenn wir sparsam mit unseren finanziellen Mitteln umgehen, dann können wir voller Zuversicht in die Zukunft gehen.“

Für 2019 sind Mittel für den Fuhrpark der Stadtgemeinde, für Baumaßnahmen in der Allgemeinen Sonderschule, für Lehrmittel in der Berufsschule oder auch für Planungsmaßnahmen bezüglich Bürgerservice, Mobilität, Parkraumbewirtschaftung, Volksschule Neu, Stadtmarketing oder Hangwasserschutz vorgesehen.

Die Gebühren und Abgaben für das Jahr 2019 bleiben in Oberwart zum Großteil unverändert: Moderate Anpassungen wird es bei den Kindergarten- und Kinderkrippenge-



Foto: Stadtgemeinde Oberwart / Lexi

Bürgermeister LAbg. Georg Rosner zeigte sich zufrieden, vor allem weil es 2018 gelungen ist, die Schulden der Stadtgemeinde Oberwart abzubauen.

bühren und bei den Kostenbeiträgen für Aufschließungsmaßnahmen und bei der Kanalbenützungsgebühr geben.

Rosner erklärt dazu: „Investitionen sind möglich, aber wir müssen auch Gebühren anpassen. Der Druck auf die Gemeinden steigt, auch von Bund und Land wird von uns immer mehr abverlangt. Wir planen für das kommende Jahr eine moderate Anpassung der Kindergartengebühren, haben es aber auch nicht verabsäumt, das Service zu verbessern. Es gibt beispielsweise erweiterte Betreuungszeiten für Kinder, die nur am Vormittag im Kindergarten sind und dort nicht zu Mittag essen. Außerdem werden die Sommerbetreuungszeiten ausgeweitet. Der Kindergarten hat nur mehr die gesetzlich vorgeschriebenen drei Wochen geschlossen, die restliche Zeit können die Eltern darauf vertrauen, daß ihre Kleinen betreut werden. Die Gebühren für den Kindergarten werden vom Land Burgenland beinahe zur Gänze zurückerstattet – die Belastungen für die Eltern sind glücklicherweise nicht zu groß. Die Anpassung der Gebühren für die Kanalbenützung hat zur Folge, daß wir Fördermittel lukrieren können, die wieder in die Kanalinfrastruktur fließen werden.“

Der Bürgermeister lobte zum Abschluß der Budgetdebatte die gute Zusammenarbeit im Gemeinderat, obwohl er sich enttäuscht darüber zeigte, daß der Beschluß zum Vor-

schlag heuer keine Einstimmigkeit gebracht hat: „Es tut mir leid, daß die Opposition den gemeinsamen Weg verlassen hat. Denn ich bin noch immer der Meinung, daß gemeinsam einfach mehr geht. Und wer mich kennt, der weiß, daß ich für Vorschläge und Ideen der GemeinderätInnen immer offen bin und diese auch gerne annehme.“

»...jetzt geht was weiter!«

In der Steinamangererstraße wurden 45 moderne LED Straßenlampen installiert. Mit besserer Beleuchtung wird die Verkehrssicherheit erhöht. Mit den neuen Lampen kann man außerdem so viel Energie einsparen, daß sich die Investition bereits nach wenigen Jahren amortisiert. Die Stadtgemeinde trägt durch den geringen Energieverbrauch der Lampen aktiv zum Schutz der Umwelt bei.

Feuerwehrleute sind Helden. Jeden Tag setzen sie ihr Leben und ihre Gesundheit ein und riskieren viel, um Menschen zu retten, ihnen zu helfen und um Gefahren vorzubeugen. Um all diese Aufgaben zu bewältigen, braucht man nicht nur eine gut ausgebildete Mannschaft, sondern auch die beste technische Unterstützung durch Geräte und Fahrzeuge. Um unsere Florianis in ihrem freiwilligen Einsatz zu unterstützen, wurde für das Feuerwehrhaus eine Klimaanlage angeschafft. ■

<http://www.oberwart.at>

Das Budget der Stadtgemeinde Mattersburg

Das Budget der Stadtgemeinde Mattersburg weist insgesamt Einnahmen und Ausgaben von 15.9 Mio. Euro auf und wurde in der Gemeinderatssitzung vom 7. Dezember es von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen.

Die finanzielle Situation der Stadtgemeinde Mattersburg stellt sich für das Finanzjahr 2019 solide dar. „Die Gemeinde unternimmt im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles, um die ausgezeichnete Lebensqualität für die Bevölkerung zu erhalten und investiert auch 2019 wiederum kräftig. Die Menschen schätzen das und gründen in Mattersburg ihren Wohnsitz“, erklären Bürgermeisterin Ingrid Salamon und Finanzstadtrat Otmar Illedits. Mit einer freien Finanzspitze von 1.95 Mio. Euro liegt die Stadtgemeinde Mattersburg burgenlandweit im Spitzenfeld.

Die Budgetsituation der Stadtgemeinde Mattersburg ist trotz der umfangreichen Investitionen in den Vorjahren in die Schulen, Kindergärten, und in die Infrastruktur durchaus positiv.

Die Kernpunkte für 2019 sind Investitionen in die Errichtung und Wiederherstellung von Verkehrswegen (450.000 Euro), die Sanierung der Bachdecke sowie das Projekt



Foto: Stadtgemeinde Mattersburg

Bürgermeisterin Ingrid Salamon mit dem neuen Gemeinderat Markus Pinter

„City-Bus Mattersburg“. Ebenfalls ausgebaut wird die Wirtschaftsförderung für Mattersburger Betriebe. „Der wirtschaftliche Aufschwung der Stadt soll dadurch weiter vorangetrieben werden“, so Salamon. Insgesamt sind 1,3 Millionen Euro für Investitionen budgetiert.

Nachdem Günter Dorner sein Mandat aus privaten Gründen zurückgelegt hat, wurde Markus Pinter (42) als neuer Gemeinderat im Rahmen der Sitzung angelobt. Er ist verheiratet, hat eine Tochter und unterrichtet als Lehrer an der HTL in Eisenstadt. ■

<http://www.mattersburg.gv.at>

Spatenstich für neuen ökologischen Muster-Kindergarten

Am 8. November fand in Mattersburg der Spatenstich für den Neubau des Kindergartens in der Hochstraße statt. Die Stadtgemeinde investiert rund vier Millionen Euro in ein ökologisches Musterprojekt.

„Es ist mir schon immer ein großes Anliegen, daß jedes Kind in Mattersburg einen Kindergartenplatz bekommt und dabei auch die bestmögliche Betreuung erhält“, erklärt Bürgermeisterin Ingrid Salamon den innovativen Neubau. Ab September 2020 soll der neue Kindergarten in der Hochstraße in Betrieb gehen und auch die Kapazitäten des Pfarrkindergartens übernehmen, der ja von der Pfarre geschlossen wird.

Beim Neubau wird voll auf Ökologie und Nachhaltigkeit gesetzt. Vor allem die Holzbauweise und die alternative Energieversorgung sorgen für den richtigen ökologischen Fußabdruck. In den oberen Räumen werden vier Kindergartengruppen untergebracht, im Erdgeschoß zwei Räume für die Kinderkrippe und zwei Bewegungsräume sowie ein Therapieraum, das Leiterinnenbüro, die Schlafräume für die Krippe und diverse Nebenräume geschaffen. Der neue Kindergarten wird komplett barrierefrei. Auf jeder Ebene gibt



Foto:

Beim Spatenstich (v.r.): Die Leiterin des KG Hochstraße, Doris Handler, Landesrätin Astrid Eisenkopf und Mattersburgs Bürgermeisterin Ingrid Salamon

es einen direkten Eingang. Als Highlight wird es eine Rutsche vom ersten Stock in das Erdgeschoß geben. Die bebaute Grundfläche bleibt annähernd gleich und der Garten in seiner jetzigen Größe erhalten.

Derzeit besuchen 80 Kinder den Kindergarten in der Hochstraße, die jetzt während der Bauphase im KG Mühlgasse untergebracht sind. ■

<http://www.mattersburg.gv>

Gelebte Nachhaltigkeit – Reine Umwelt – Bester Geschmack

Landeshauptmann Hans Niessl gratulierte der Firma Wolf Nudeln in Güssing zur umweltfreundlichen Verpackungsinitiative »Papier statt Plastik«



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Betriebsbesuch von Landeshauptmann Hans Niessl (Bildmitte) bei der Firma Wolf – rechts neben ihm Firmenchef Joachim Wolf

Die Firma Wolf GmbH wurde ursprünglich als Brotbäckerei gegründet stellt seit 1956 in Güssing hochwertige Eierteigwaren her. Nach mehrjähriger Forschungsarbeit hat die Firma Wolf jetzt aber auch eine Alternative zur Verpackung von Nudeln im Plastikbeutel mitentwickelt und ist nunmehr weltweit der erste Nudelhersteller, der mit Papier statt Plastik auf eine neuartige Verpackungstechnologie setzt.

„Mit rund 100 – meist langjährigen – MitarbeiterInnen und ca. 10 Millionen Pakungen Nudeln pro Jahr ist die Firma Wolf heute ein äußerst erfolgreicher burgenländischer vorzeige- und brancheninterner österreichischer Spitzenbetrieb, bei dem nachhaltiges Wirtschaften an oberster Stelle steht. Diese neue Verpackungsmethode, Papier statt Plastik, die Schritt für Schritt und mit Augenmaß auf dem Markt etabliert wird, ist ein wichtiger Input für den Umweltschutz. Denn Papier statt Plastik ist ein wesentlicher Schritt zur Reinhaltung von Flüssen und Meeren, zur Vermeidung von Micro- und Nanoplastik. Ich gratuliere dem Familienunternehmen Wolf zu dieser Weltneuheit, zu einer Verpackung aus nachwachsenden Rohstoffen und wünsche diesem burgenländischen Traditions- und Innovationsunternehmen für die Zukunft alles Gute“, betonte Landeshauptmann Hans Niessl im Rahmen seines Betriebsbesuches Nudeln in Güssing.

Verpackung – Papier statt Plastik

Nach einer rund 11 Jahre andauernden Entwicklungsarbeit – die Firma Wolf Nudeln ist seit etwa zwei Jahren dabei – haben der Verpackungsmaschinenhersteller Bosch und der Papierproduzent BillerudKorsnäs eine Alternative zur Verpackung von Nudeln im Plastikbeutel entwickelt. Wolf Nudeln ist weltweit der erste Teigwarenerzeuger, bei dem diese neuartige Technologie, bei dem Papier statt Plastik, zum Einsatz kommt. Für die Erzeugung dieses Spezialpapiers mit besonders langen Fasern wird Fichtenholz aus aktiver und regenerativer Forstwirtschaft verwendet. Der Wald generiert während der Wachstumsphase einen großen CO₂ Speicher für die Umwelt. Für einen geschlägerten Baum werden vier neue gepflanzt. Die 500 g Packung im Beutel aus Papier gibt es derzeit in den Sorten Fusilli, Penne, Farfalle, Bandnudeln breit & kurz, Fadennudeln kurz, Maccronelli, Hörnchen gerippt, Fleckerl, Muschel und Makkaroni kurz.

Umweltnudeln von Wolf – CO₂-neutral produzierte Teigwaren

Die Firma Wolf Nudeln ist in Österreich der einzige Nudelproduzent, der alle seine Teigwaren mit frischen Eiern aus den eigenen Hühnerstallungen produziert. Durch den einmaligen Energiekreislauf mit eigenem Hühnerstall und der seit 2010 eigenen Bio-

gasanlage ist das Unternehmen energieautark und dafür 2013 mit dem Energy Globe Award ausgezeichnet worden. Die Bereitstellung der elektrischen und vor allem der thermischen Energie für die Produktion kommt völlig ohne klimabelastende fossile Brennstoffe oder kritische Kernenergie aus. Zusätzlich tragen kürzeste Transportwege, der Anbau und die Ernte des Hartweizens in regionaler Umgebung sowie die entsprechende Vermahlung und Teigwarenproduktion zum Umweltschutz bei.

Mit einer eigenen Biogasanlage, in der elektrische Energie und Abwärme produziert werden, wird ein vollständiger Produktionskreislauf bis hin zur Düngung der Äcker geschlossen. Die dazugehörige Landwirtschaft liefert das Futter für die Hühner, die ausschließlich in Bodenhaltung in den eigenen Hühnerstallungen die Eier für die Nudelproduktion liefern. Die Ausscheidung der Hühner und die Grünsilage vergären in einer technisch weltweit neuartigen Anlage zu Biogas. Mit dem gewonnenen Biogas wird durch einen Generator Strom für die Nudelproduktion erzeugt.

Die Ab- und Kühlwärme des Motors wird für die Trocknung der Nudeln verwendet, das Gärprodukt der Biogasanlage als natürlicher Dünger wieder auf den Feldern ausgebracht. ■

<https://www.wolfnudeln.at/>

Eisenstädter »Martinus-Glocke«

Das Geläut wird aus vier neuen Glocken bestehen, für jede der drei (Erz-) Diözesen – Wien, Eisenstadt und St. Pölten – eine Glocke und die vierte wird eine »Marienglocke« sein – Diözese Eisenstadt erhält »Martinus-Glocke«



Foto: Diözese Eisenstadt / Reinhold Stigl

Für die Diözese Eisenstadt wurde eine »Martinus-Glocke« gegossen. Sie hat einen Durchmesser von 85 cm und ein Gewicht von 395 kg.

Kaum vorstellbar, aber wahr: Seit etwa 70 Jahren hat die Kirche der Priesterseminare von Wien, Eisenstadt und St. Pölten im 9. Wiener Gemeindebezirk keine Stimme. Die beiden Weltkriege und deren Hunger nach Kanonen räumten die Kirchtürme leer. Zuvor befanden sich mit Sicherheit drei oder vier Glocken in der Kirche der „Hl. Maria vom Loskauf der Gefangenen“. Im Glocken-Quartett, das die Kirche nun erhält, bekommen die Diözesen Eisenstadt und St. Pölten sowie die Erzdiözese Wien jeweils eine „Stimme“. Die vierte Glocke der Marienkirche wird eine „Marienglocke“ sein.

»Martinus-Glocke« für Diözese Eisenstadt

Für die Diözese Eisenstadt wurde am 16. November von der Firma Grassmayr in Innsbruck neben den anderen drei Glocken eine „Martinus-Glocke“ mit der Tonlage „h1“ gegossen. Sie hat einen Durchmesser von

85 cm und ein Gewicht von 395 kg. Auf dieser Glocke befindet sich ein Relief des Heiligen Martin, der auf gleicher Augenhöhe mit dem Bettler dargestellt ist.

Die Martinsglocke wurde mit zwei Aufschriften versehen: „Heiliger Martin bitte für uns“ und „Ich rufe zu Gott für die Diözese Eisenstadt und um tätige Liebe für Menschen in Not und Bedrängnis“.

Segensliturgie mit Bischof Glettler

Bei diesem einzigartigen Ereignis waren die Seminaristen des Hauses der drei Diözesen, die Vorstehung und die Mitarbeiter des Seminars dabei. Innsbrucks Diözesanbischof Hermann Glettler feierte mit einer rumänisch-orthodoxen Gruppe und deren Priester sowie einer Gruppe aus Deutschland die Segensliturgie vor Beginn des Glockengusses. Diözesanbischof Ägidius J. Zsifkovics sagte bereits vorab die Finanzierung der „Martinus-Glocke“ zu.

Benefizkonzert für das Glockenprojekt

Durch dieses Glockenprojekt eines Klangquartetts aus vier Glocken erhält somit die Diözese Eisenstadt im Seminartrio eine Stimme der Verkündigung – und zwar für viele Jahrhunderte. Im Rahmen eines Benefizabends lud das Priesterseminar zum Kennenlernen von Kirche und Seminargebäude sowie zur Beteiligung an der Anschaffung des neuen Geläuts. Der Benefizabend fand am 7. Dezember statt, Führungen durch das Haus wurden angeboten und abends startete ein Benefizkonzert mit dem renommierten Barockensemble „Ensemble Commovendo“ in der Seminarkirche. Der Eintritt zum Konzert war frei, für das Glockenprojekt wurden Spenden gesammelt.

Gezeigt wurde außerdem eine Ausstellung zum Glockenprojekt. Mit dem gemeinsamen Nachtgebet um 21.30 Uhr wurde die Veranstaltung abgeschlossen. ■

<http://www.martinus.at>

50.000 historische Notenblätter digitalisiert

Ein Werk von Joseph Haydn existiert weltweit einzig in diesem Archiv, das eine wahre Schatzkammer für die internationale musikwissenschaftliche Forschung ist.

Pünktlich zum Martinsfest wurde das digitalisierte Notenarchiv und damit das Ergebnis eines musikwissenschaftlichen Großprojekts der letzten zwei Jahre präsentiert: Die Digitalisierung des historischen Notenarchivs der Dommusik St. Martin ist abgeschlossen. Das Archiv mit seinen rund 50.000 Seiten historischer Notenblätter ist eine einzigartige Schatzkammer für die heimische und internationale Forschung. Die ältesten Handschriften stammen aus den 1720er Jahren. Darunter ist auch ein Werk von Joseph Haydn (Libera), das einzig in diesem Archiv existiert. Durch die Digitalisierung konnte dieser einzigartige Schatz nun via Internet zugänglich gemacht werden.

Dem Kulturgut drohte Gefahr

Dom- und Diözesanmusikdirektor Thomas Dolezal habe zum damaligen Zeitpunkt seines Dienstbeginns (2011) das historische Notenarchiv „in einem besorgniserregenden Zustand“ vorgefunden: „Hunderte Werke, in abertausenden, bis zu 300 Jahre alten Handschriften notiert, ‚lagerten‘ in Kartonumschlägen verschnürt in alten Holzkästen auf der Orgelempore.“ Dieses „jahrhundertealte Kulturgut“ von unermesslichem Wert wäre etwa im Fall eines Brandes oder Wasserschadens „binnen Minuten vernichtet gewesen“. Der stets offene Zugang zur Empore bedeutete zudem eine permanente Gefahr für das Archiv, das der Dom- und Diözesanmusikdirektor als „europaweit bedeutende Musiksammlung“ bezeichnet.

Diözese, Stadtgemeinde und Dompfarre unterstützten Großprojekt

Finanziert werden konnte das Großprojekt der Digitalisierung des Notenarchivs der Dommusik dank Unterstützung der Diözese Eisenstadt, der Freistadt Eisenstadt mit persönlicher Fürsprache von Bürgermeister Thomas Steiner sowie der Dompfarre. „Zur musikwissenschaftlichen Begleitung konnte mit dem burgenländischen Landesmusikreferenten Martin Czernin eine äußerst kompetente Persönlichkeit eingebunden werden“, freute sich der Dom- und Diözesanmusikdirektor.



Foto: kathbild.at / Franz Josef Rupprecht

v.l.: Dom- und Diözesanmusikdirektor Thomas Dolezal, Bürgermeister Thomas Steiner und Ordinariatskanzler Gerhard Grosinger präsentierten zu Martini das digitalisierte Notenarchiv der Dommusik St. Martin.

Zuordnung bislang nicht erfaßter Werke

Den inhaltlich größten Teil der Sammlung bilden Gradualien, gefolgt von Messen, Psalmen, Vespern und Litaneien. 30 Prozent aller beschriebenen Notenseiten sind Messen. Werke von Gregor Joseph Werner, den Brüdern Joseph und Michael Haydn sowie des Wiener Domkapellmeisters Georg Reutter bilden den Hauptbestand der Kompositionen. Rund 50 Werke konnten im Zuge der Digitalisierungsarbeit erfaßt und mit Signatur versehen werden, die im Ur-Katalog von 1837 noch nicht enthalten waren. 14 Kompositionen, die im Katalog als „anonym“ eingetragen waren, konnten zweifelsfrei einem Komponisten zugeordnet werden.

Zukunftssicherung und allgemeine Zugänglichkeit

Die Fotografien der rund 50.000 Seiten historischer Notenblätter erfolgte zwischen Frühjahr 2017 und Herbst 2018 durch die Firma Photogreissler vom Berufsfotografen und Spezialisten für die Digitalisierung historischer Musiknoten, Konrad Khittl, und seinem Team. Die Digitalisierung, für die bis zu vier Kameras gleichzeitig zum Einsatz

kamen, bedeutet vor allem zweierlei: einerseits Zukunftssicherung durch die Herstellung von Sicherungskopien und die Möglichkeit einer Schonung der Handschriften angesichts der geringeren manuellen Benutzung. Andererseits werden die Kostbarkeiten des Dommusikarchivs einer breiten Öffentlichkeit zugänglich.

Mehr als 1200 Arbeitsstunden

Alleine für die Fotografien bedurfte es eines Arbeitsaufwands von 346 Stunden. Zusammen mit ihrer Nachbearbeitung, der Zuschneidung für die Online-Präsentation, der Umwandlung in das richtige Dateiformat und schließlich der Benennung der einzelnen Aufnahmen ergab sich ein Zeitaufwand von rund 1200 Arbeitsstunden. Die Arbeit an den historischen Noten selbst erfolgte direkt auf der Empore der Eisenstädter Domkirche. Bearbeitete Quellen wurden in neu geschaffene und absperrebare Metallschränke umgelagert. Kälte im Dom und mitunter schlechter Zustand der Notenblätter erschwerten die Arbeiten, Anforderungen nach einer möglichst optimalen Ausleuchtung stellte das Team vor eine besondere Herausforderung. ■

<http://dommusikarchiv.martinus.at>

»Die Zauberflöte«

Wolfgang Amadeus Mozarts Oper im Steinbruch
St. Margarethen von 10. Juli bis 17. August 2019



Foto: Oper im Steinbruch

Bühnenbild-Entwurf von von Raimund Bauer für »Die Zauberflöte« 2019 im Steinbruch St. Margarethen

In der Saison 2019 steht mit Mozarts „Die Zauberflöte“ eine der bekanntesten und beliebtesten Opern überhaupt auf dem Spielplan. Die einzigartige Felslandschaft des Steinbruchs St. Margarethen bietet nicht nur eine spektakuläre und zugleich märchenhafte Kulisse für Mozarts Parabel auf die Liebe und die Vernunft, im Bühnendesign von Raimund Bauer spielt die gewachsene Landschaft selbst eine Hauptrolle. Die Premiere der Inszenierung von Carolin Pienkos und Cornelius Obonya, die das erste Mal auf Europas eindrucksvollster Freilichtbühne Regie führen, ist am 10. Juli 2019.

Ein Volkstheater für Jung und Alt

Der Prinz Tamino – soeben vor einem gefährlichen Ungeheuer errettet – wird von der Königin der Nacht entsandt, ihre Tochter Pamina zu retten, die von Sarastro entführt wurde. Ihm zur Seite gestellt wird der Vogelfänger Papageno. Tamino erhält eine Zauberflöte, Papageno ein magisches Glockenspiel, um wilde Tiere zu zähmen, Prüfungen zu bestehen und Rätsel zu lösen. Wer wird siegen – Nacht oder Tag? Gut oder Böse? Am Ende bleibt allein die Liebe die Siegerin. Prinz und Prinzessin finden zueinander,



Foto: ViennaPress / Andreas Tischler

v.l.: Stefan Ottrubay (Direktionsrat Esterhazy Stiftungen) Max Simonischeck (Schauspieler, Rolle Papageno) und Hans Peter Doskozil, Burgenlands designierter Landeshauptmann und Landesrat für Kultur, Infrastruktur und Finanzen nach der Pressekonferenz

gehen miteinander durch Feuer und Wasser, und auch der Vogelfänger darf sein „geliebtes Täubchen“ in die Arme schließen.

1791 in Wien uraufgeführt, ist „Die Zauberflöte“ eines der letzten Werke des frühverstorbenen Genies aus Salzburg. Diese Oper verbindet auf unnachahmliche Art Leichtig-

keit und Tiefgang, Verspieltheit und Würde, Kindliches und Reifes. Volkstheater wollte „Die Zauberflöte“ stets sein, im besten und wahrsten Sinn des Wortes. Echtes Volksgut sind mittlerweile viele musikalische Hauptthemen geworden: Papagenos Vogelfängerglied, Taminos verträumt-innige Betrachtung

des „bezaubernd schönen Bildnisses“ oder Paminas melancholisches „Ach, ich fühl’s“. Vor allem die virtuos Koloraturarien der Königin der Nacht reißen das Publikum damals wie heute zu Beifallsstürmen hin, und für manch eingefleischten Opernfan sind sie die frühesten Erinnerungen an die leidenschaftliche Begeisterung, die die Oper auszulösen vermag.

Ganz im Sinne eines Volkstheaters steht der Papageno im Zentrum jeder „Zauberflöten“-Aufführung: ein Genußmensch, der in jedem Moment den Wein der Weisheit und das Hier und Jetzt einer fernen Ewigkeit vorzieht. Mozarts Textdichter Emanuel Schikaneder hat ihn selbst in der Uraufführung verkörpert. Als publikumsnaher Schauspieler, als „Nicht-Sänger“, traf er genau den richtigen Tonfall und den Nerv seiner Zuschauer. Ganz in dieser Tradition stehend, wird bei der Oper im Steinbruch kein Opersänger, sondern ein Schauspieler den Papageno verkörpern.

Max Simonischek als Papageno

Die Oper im Steinbruch konnte mit Max Simonischek einen überaus bekannten und beliebten Schauspieler für die Rolle des Papageno gewinnen. Neben seiner intensiven Theaterarbeit er einem breiten Publikum vor allem aus zahlreichen preisgekrönten Kino- und Fernsehproduktionen bekannt und wurde 2017 mit dem Wiener Theaterpreis „Nestroy“ geehrt. Als Sympathieträger in „Die Zauberflöte“ darf Simonischek in neuer Dimension seiner großen Liebe zur Musik nachgehen, und voller Elan wird er einen so noch nie gesehenen, wahrhaft „unerhörten“ Papageno kreieren, der auf den Opernbühnen der Welt seinesgleichen suchen wird.

Utopie einer besseren Welt

Schaupiel ist auch das Heimatmetier des Regie-Duos Carolin Pienkos und Cornelius Obonya, die bereits äußerst erfolgreich in ihrer ersten Arbeit fürs Musiktheater, „Die Fledermaus“ an der Mailänder Scala, ein feines Gespür für Musik und ihre Zwischentöne sowie differenzierte psychologische Schattierungen bewiesen haben. Für Obonya ist das Regieführen neben seiner umfangreichen schauspielerischen Tätigkeit für Leinwand und Bildschirm sowie für alle großen deutschsprachigen Theater eine weitere faszinierende Facette in seinem künstlerischen Schaffen.

Pienkos und Obonya nähern sich der „Die Zauberflöte“ ganz im Geiste Mozarts, in dem sie die Frage nach der Ursache des



Das Regie-Duo Cornelius Obonya und Carolin Pienkos



Bühnenbildner Raimund Bauer

tiefen Konflikts zwischen Tag und Nacht, Frauen und Männern, Tradition und Fortschritt stellen. Das Regie-Team formuliert den unbedingten Glauben an die Überwindung aller menschlichen Konflikte und Kämpfe. So stehen sie Seite an Seite mit Mozarts Utopie einer besseren Welt, einer harmonischen Vereinigung von Himmel und Erde, von Mensch und Kosmos.

Die ebenfalls von der Entstehungszeit der Oper inspirierten, äußerst fantasievollen und farbprächtigen Kostüme wird der italienische Star-Kostümbildner Gianluca Falaschi kreieren, der mit seinen überbordenden Arbeiten immer wieder mit den höchsten Preisen der Theaterwelt ausgezeichnet wird. In bisher ungekannter Weise bezieht das Bühnenbild von Raimund Bauer die gewachsene Landschaft des Steinbruchs in den Entwurf mit ein, vereint also Natürliches und vom Menschen Geschaffenes.

Januschke leitet das Mozart-Ensemble

Mit dem Dirigenten Karsten Januschke kehrt ein „alter Bekannter“ in den Steinbruch St. Margarethen zurück. Nach Donizettis „Liebestrank“ 2016 wird er „Die Zauberflöte“ mit einem Ensemble junger SpitzensängerInnen dirigieren, die ihre Rollen auf vielen Bühnen der Welt bereits glaubhaft verkörpert haben. Mit Ana Maria Labin und Kateryna Kasper stehen zwei ausgewiesene Mozart-Spezialistinnen als Pamina auf der Bühne, ihnen zur Seite zwei international gefragte Taminos: Attilio Glaser und Martin Piskorski begeisterten bereits u. a. das Berliner bzw. Mailänder Publikum mit ihrer Interpretation des jungen Prinzen. Die virtuos Koloraturarien der Königin der Nacht, absolute Höhepunkte klassischer Gesangskunst, liegen bei Danae Kontora und Maria Kublashvili in bewährten Händen. Ihrem Gegenspieler Sarastro werden Luke Stoker (der schon als Sparafucile in „Rigoletto“ 2017 im Steinbruch einen großen Erfolg feierte) und Bogdan Taloş die nötige Bassestiefe verleihen. Daneben stehen viele weitere international gefragte SängerInnen auf der großen Steinbruchbühne, für die stellvertretend Elizabeth Reiter, Nina Tarandek, Martina Fender, Günter Haumer, Uwe Schenker Primus und Roman Payer genannt seien. Die drei Knaben werden von den Sängerknaben aus St. Florian engelsgleich gesungen und gespielt werden. Wie schon in den letzten Jahren steht mit dem Philharmonia Chor Wien unter der Leitung von Walter Zeh ein herausragender und bewährter Klangkörper auf der Margarethener Bühne, musikalisch begleitet vom Orchester der Budapester Philharmonischen Gesellschaft. ■

<http://www.operimsteinbruch.at>

Burgenland Extrem Trail

LH Niessl: »Ganzjährig erlebbares und international bekanntes Wander-Highlight bringt zusätzlich Impulse für den Tourismus in der Region.«



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Stellen das neue Projekt vor: LH Hans Niessl die Tour und Trail Macher Michael Oberhauser, Tobias Monte und Josef Burkhardt, die Bürgermeister Gerold Stagl (Rust) und Thomas Schmid (Oggau) und der Geschäftsführer des Tourismusverbandes Podersdorf Rene Lentsch

120 Kilometer rund um den Neusiedler See nonstop gehen oder laufen – die 24 Stunden Burgenland Extrem Tour im Jänner ist eines der härtesten und mit 4.500 Startern größten Winterabenteuer Europas. Sie bringt aber nicht nur Menschen aus der Region, Menschen aus ganz Österreich und Europa in Bewegung. Die in diesen wenigen Tagen erzielte Wertschöpfung für diesen Wirtschaftsraum ist enorm. Damit in Zukunft die gesamte Region von der Strahlkraft des Events ganzjährig profitieren kann, wurde das Projekt „Burgenland Extrem Trail“ entwickelt und umgesetzt. Ziel ist die Steigerung von Auslastung und Wertschöpfung durch die Erweiterung der 24 Stunden Burgenland Tour als Ganzjahres-Projekt. Vorge stellt wurde das Projekt von den 24 Stunden Extrem Burgenland Tour Machern Michael Oberhauser, Tobias Monte und Josef Burkhardt in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Landeshauptmann Hans Niessl, den Bürgermeistern Gerold Stagl (Rust) und Thomas Schmid sowie dem Geschäftsführer des Tourismusverbandes Podersdorf, Rene Lentsch.

„Die 24 Stunden Extrem Burgenland Tour hat sich seit ihrer Gründung enorm entwickelt und ist durch zusätzlich Angebote wie den ‚School of Walk‘ für Schülerinnen und

Schüler oder den ‚Golden Walker‘ für die ältere Generation gewachsen. Bei der kommenden Tour im Jänner werden 4.500 Teilnehmer aus 21 Nationen erwartet. 24 Stunden Extrem Burgenland hat sich zu einem Impulsgeber im Wintertourismus entwickelt“, so Niessl. Das Wandern erfreue sich immer größerer Beliebtheit. Umso wichtiger sei es, daß „das Burgenland nun mit dem ‚Burgenland Extrem Trail‘ ein ganzjährig erlebbares, ein legendäres und durch die Tour international bekanntes Wander-Highlight im Programm hat.“

Damit die Region ganzjährig von der grossen Bekanntheit der vor acht Jahren geründeten 24 Stunden Extrem Burgenland Tour profitiert, wurden im Rahmen des neuen Projektes „Burgenland Extrem Trail“ die bisher bestehenden Routen fix gekennzeichnet. Bisher wurden die Tour-Markierungen nach Ende des Events wieder abgenommen. Mit der fixen Beschilderung bleibt das Wander-Highlight ganzjährig präsent.

Begrüßt wird das Projekt „Burgenland Extrem Trail“ auch von den Ortschefs Gerold Stagl aus Rust und Thomas Schmid aus Oggau. Schon jetzt sei die „24 Stunden Extrem Burgenland Tour“ für die Region wichtig, da die Saison verlängert werde.

Für den Geschäftsführer des Tourismusverbandes Podersdorf, Rene Lentsch, ist das Wander-Event ein Paradebeispiel dafür, wie man ein solches Konzept erfolgreich umsetzt und nachhaltig etabliert. „Eine gute Idee, ein Angebot das nicht austauschbar ist, und grosser Einsatz der Organisatoren – solche Events bleiben!“

Der Erfolg der „24 Stunden Extrem Burgenland Tour“ beruhe auch auf der von Anfang an bestehenden guten Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Tourismusverantwortlichen, sagt Michael Oberhauser. Ziel von „Burgenland Extrem Trail“ sei die Steigerung von Auslastung und Wertschöpfung durch die Erweiterung der 24 Stunden Burgenland Tour als Ganzjahres-Projekt, die Steigerung der touristischen Wertschöpfung durch Erhöhung der Tagesausgaben, der Aufenthaltsdauer und der Bekanntheit der Region als Ganzjahres-Ausflugsziel.

„Der 24 Stunden Burgenland Extrem Trail ist ein Abenteuer, ein Weg zu neuen Erfahrungen und ein Pfad zu sich selbst. Wer also bereit ist für den langen Weg rund um den See, ist jederzeit herzlich willkommen“, laden die Tour- und Trail-Macher ein, dieses selbst zu erleben. ■

<https://www.24stundenburgenland.com/>

Robustes Wachstum zum Jahreswechsel

Ergebnisse des Konjunkturindikators der Oesterreichischen Nationalbank vom November 2018 – Auch vom privaten Konsum gehen derzeit kräftige Konjunkturimpulse aus

Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) erwartet für den Jahreswechsel 2018/2019 ein weiteres langsames Ausklingen der aktuellen Hochkonjunkturphase. Die Wachstumsraten haben sich seit dem Konjunkturmehrpunkt zu Jahresende 2017 zwar halbiert, im Vergleich zum Euroraum erweist sich das österreichische Wachstum jedoch als robust.

Für das vierte Quartal 2018 prognostiziert die OeNB im Rahmen ihrer vierteljährlichen Kurzfristprognose eine weitere leichte Wachstumsverlangsamung des realen BIP auf 0,4 % (jeweils gegenüber dem Vorquartal). Für das Gesamtjahr 2018 ergibt sich mit 2,7 % ein gleich starkes Wachstum wie im Vorjahr. Im ersten Quartal 2019 wird aufgrund der steuerlichen Entlastung durch den Familienbonus mit einer leichten Wachstumsbeschleunigung auf 0,5 % gerechnet.

Die österreichische Wirtschaft befindet sich am Ende einer Hochkonjunkturphase. Der Wachstumshöhepunkt wurde im vierten Quartal 2017 erreicht. Seitdem verlangsamt sich die Dynamik. Für das dritte Quartal 2018 weist die VGR-Schnellschätzung ein Wachstum von 0,5 % (gegenüber dem Vorquartal) aus. Dieses lag um 0,3 %-Punkte über jenem des Euroraums. Der Konjunktur-einbruch im Euroraum ist auf ein vorübergehendes Schrumpfen der Wirtschaftsleistung in Deutschland (-0,2 %) und die Stagnation in Italien zurückzuführen, während Frankreich und Spanien eine solide Entwicklung zeigten. Die deutsche Konjunktur wurde durch das schwächere Weltwirtschaftswachstum und die Drosselung der Automobilproduktion aufgrund der verschärften Abgas-tests temporär gebremst. Die Wirtschaft in Italien leidet derzeit unter einer erhöhten Unsicherheit aufgrund der schwierigen politischen Lage.

Dennoch entwickelte sich der österreichische Außenhandel im bisherigen Jahresverlauf sehr robust. Dies ist vor allem der guten Entwicklung in den CESEE-Ländern geschuldet. Die Güterexporte in diese Region wuchsen in den ersten sieben Monaten die-

Prognose für das reale Bruttoinlandsprodukt in Österreich für das vierte Quartal 2018 und das erste Quartal 2019 (saison- und arbeitstägig bereinigte Trendreihe)



so stark wie die gesamten Exporte. Gemäß den aktuellen Resultaten des OeNB-Exportindikators entwickelten sich die österreichischen Güterexporte auch im dritten Quartal sehr positiv. Während die Auftragsbücher noch gut gefüllt sind, deutet ein Rückgang der Auftragseingänge auf eine bevorstehende Abschwächung der Exportdynamik hin.

Die Investitionen sind derzeit eine tragende Säule der Konjunktur. Zwar zeigt sich angesichts der Eintrübung in den wichtigsten Exportdestinationen auch hier eine Moderation. Die mit 88,5 % deutlich über dem langjährigen Durchschnitt von 85,3 % liegende Kapazitätsauslastung läßt jedoch auch für die kommenden Monate eine weitere Ausweitung der Unternehmensinvestitionen erwarten.

Die ausgezeichnete finanzielle Lage der Unternehmen und die anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen stützen darüber hinaus die Investitionstätigkeit. Die Bauinvestitionen zeigten im dritten Quartal zwar eine leichte Abschwächung, die zugrundeliegende Dynamik ist jedoch intakt. Der Wohnbau hat sich in den letzten beiden Jahren sehr kräftig entwickelt. Die Baubewilligungen sind zwar im ersten Halbjahr

2018 gesunken. Die deutliche Ausweitung der beiden letzten Jahre in Verbindung mit einer guten Auftragslage läßt für die kommenden Monate jedoch eine weiterhin starke Expansion erwarten.

Auch vom privaten Konsum gehen derzeit kräftige Konjunkturimpulse aus. Das starke Beschäftigungswachstum und die im Vergleich zum Vorjahr höheren Lohnabschlüsse stützen das Konsumwachstum. Die Inflation ist bedingt durch höhere Rohstoffpreise im bisherigen Jahresverlauf gestiegen.

Im September hat sich der Preisauftrieb jedoch wieder verlangsamt, die HVPI-Inflation sank von 2,3 % im August auf 2,1 %. Die Verteuerung von Neuwagenkäufen durch die höhere Normverbrauchsabgabe aufgrund der verschärften Abgastests seit September hat zu deutlichen Vorziehkäufen – vor allem bei PKW mit hohen CO₂-Emissionen – geführt. Im September und Oktober sind die PKW-Neuzulassungen eingebrochen. Dies wird im vierten Quartal das Konsumwachstum spürbar dämpfen. Da PKW jedoch nahezu ausnahmslos importiert werden, hat dies keine Auswirkungen auf die inländische Produktion. ■

<http://www.oenb.at/>

Industriell starke Bundesländer knacken 3%-Wachstum

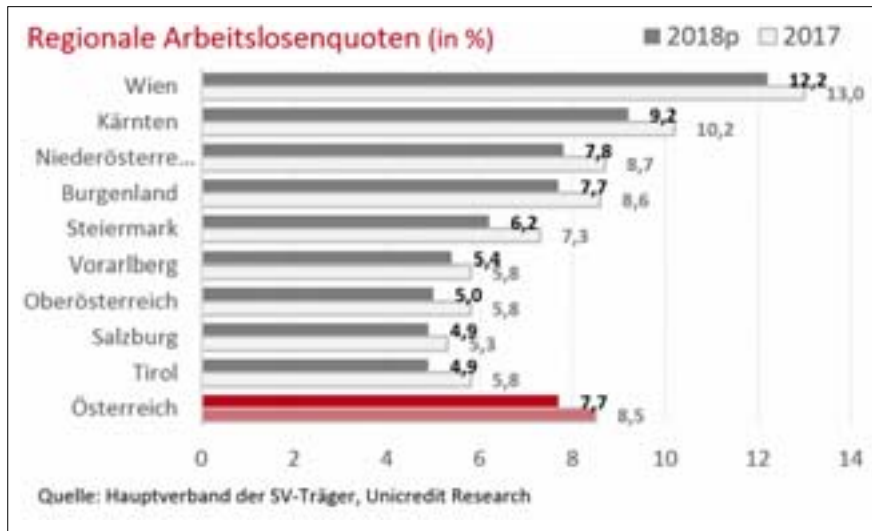
Wachstum reicht von 1,9 Prozent in Wien bis 3,3 Prozent in Oberösterreich – Wirtschaft entwickelt sich heuer regional gleichförmig mit Vorteilen für industriell starke Bundesländer

In den ersten drei Quartalen des heurigen Jahres betrug der reale Anstieg des österreichischen Bruttoinlandsprodukts im Jahresvergleich 2,9 %. Das Wachstum basierte auf einer sehr dynamischen Entwicklung bei den Investitionen und der Exportwirtschaft und einem robusten Wachstum beim privaten Konsum. „Das sektoral breit getragene Wirtschaftswachstum führt zu relativ geringen Wachstumsunterschieden zwischen den Bundesländern, wobei heuer wie schon im Vorjahr die Bundesländer mit einem hohen Industrieanteil an der Wertschöpfung einen Vorteil haben“, meint UniCredit Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer.

Nach Schätzungen der Unicredit Bank Austria Ökonomen werden im Gesamtjahr 2018 alle Bundesländer ein solides Wachstum im Bereich von 1,9 % in Wien bis 3,3 % in Oberösterreich aufweisen. Neben Oberösterreich werden heuer auch Kärnten (+3,2 %), die Steiermark (+3,1 %) und Niederösterreich (+3 %) voraussichtlich die 3%-Marke beim Anstieg des realen Regionalprodukts knacken. Das Wachstum in Tirol (+2,9 %), Salzburg (+2,9 %) und Vorarlberg (+2,9 %) liegt leicht über dem bundesweiten Durchschnitt, während sich das Burgenland (+2,5 %) gemeinsam mit Wien im hinteren Bereich der Bundesländerrangliste befindet.

Industrie als Wachstumstreiber

In den ersten drei Quartalen ist die Wertschöpfung in der heimischen Industrie um real 5,5 % im Vergleich zur Vorjahresperiode gewachsen. Die Industriebetriebe in Kärnten, der Steiermark und Oberösterreich tragen heuer am meisten zum Wachstum des Regionalprodukts bei. Die Stärken dieser drei Bundesländer sind die elektrische Industrie, die KFZ-Industrie und die Metallindustrie, die sich auch österreichweit am besten entwickeln. Trotz steigender globaler Risiken bleibt die Nachfrage aus dem Ausland nach österreichischen Waren eine große Wachstumsstütze. „Das österreichische Exportvolumen wird im Gesamtjahr 2018 voraussichtlich über 150 Milliarden Euro betragen, das ist ein Anstieg von nominell 6 % gegenüber



dem Vorjahr. Ein deutlich überdurchschnittliches Exportwachstum verzeichnen heuer die Steiermark (+9,3 %), Salzburg (+8 %) und Kärnten (+7,8 %)“, sagt Uni Credit Bank Austria Ökonom Robert Schwarz.

Große regionale Unterschiede in der Bauwirtschaft

Im Vergleich zur Industrie ist die diesjährige Entwicklung der Baukonjunktur regional viel inhomogener. In Oberösterreich, Vorarlberg und Niederösterreich entwickelt sich

die Bauwirtschaft sehr dynamisch, unterstützt durch ein starkes Wachstum der abgesetzten Produktion im Hochbau und Baugewerbe. In Tirol und im Burgenland ist das Produktionswachstum des Bausektors deutlich unter dem Durchschnitt. Die Stagnation der burgenländischen Bauwirtschaft ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Baukonjunktur im Vorjahr außerordentlich gut war. Deshalb sind heuer im Burgenland Zuwächse im Vergleich zu 2017 schwer zu erreichen.

Wirtschaft

Konjunktursensitive Dienstleistungsbranchen und der Tourismus wachsen überdurchschnittlich

Der Dienstleistungssektor hat in Österreich einen Anteil von knapp 70 % an der gesamten Wertschöpfung. Der Anteil des tertiären Sektors am Wirtschaftswachstum ist in den ersten 9 Monaten 2018 mit leicht über 50 % deutlich unterproportional.

In allen Bundesländern wächst der Bereich Erbringung von wirtschaftlichen und technischen Dienstleistungen teilweise kräftig. Zu dieser Branchengruppe gehören die Vermittlung von Arbeitskräften, Architektur- und Ingenieurbüros und die Gebäudebetreuung.

Ein überdurchschnittliches Wachstum in der Informationstechnologie gibt es vor allem in Kärnten, im Burgenland und in Oberösterreich. Die reale Wertschöpfung in der Branche Verkehr/Lagerei wächst in allen Bundesländern deutlich über 4 %, wobei in der Steiermark, in Niederösterreich und Oberösterreich der Anstieg sogar über 6 % beträgt. Die Gastronomie/Beherbergung profitiert von den Nüchternheitsrekorden im Tourismus, worüber sich vor allem die Tourismuszentren in Tirol, Salzburg und Wien freuen.

Weiter Erholung am Arbeitsmarkt

Die gute Konjunktur in ganz Österreich spiegelt sich am Arbeitsmarkt wider. „Das

zweite Jahr hintereinander sehen wir heuer kräftige Rückgänge der Arbeitslosenquoten in allen Bundesländern“, sagt Schwarz und ergänzt: „Alle Bundesländer haben gemeinsam, daß viele Unternehmen händeringend Facharbeiter suchen.“

Mit der Regionalisierung der Mangelberufsliste, die mit einer entsprechenden Novelle ab 1. Jänner 2019 in Kraft treten soll, versucht man, gegen diesen Mangel anzukämpfen. Von dieser Änderung sollten vor allem die Tourismusbetriebe im Westen Österreichs profitieren. Es können dann auch zum Beispiel Köche aus Ländern außerhalb der EU legal in Tirol arbeiten. ■

<https://www.bankaustria.at>

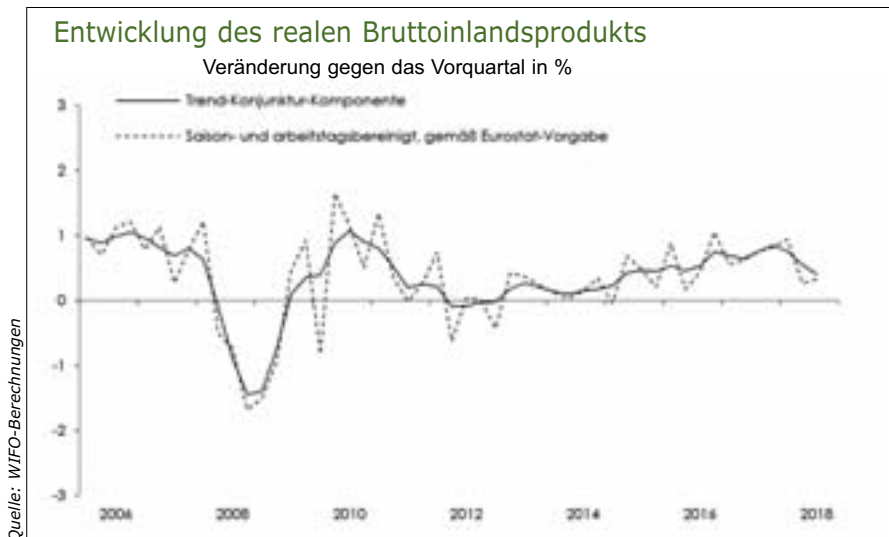
WIFO: Leichte Konjunktur-Abschwächung

Gemäß der aktuellen Quartalsrechnung des WIFO wuchs die heimische Wirtschaft im III. Quartal 2018 gegenüber dem Vorquartal um 0,4 % (II. Quartal +0,6 %). Trotz leichter Abschwächung bleibt das Wachstum solide, mit positiven Impulsen aus dem Inland (Konsum- und Investitionsnachfrage) und Ausland. Die Industriekonjunktur verlor zuletzt an Schwung, während die Bauwirtschaft und die Dienstleistungen weiterhin robust expandierten. Das österreichische Bruttoinlandsprodukt wuchs im III. Quartal um 0,4 % gegenüber der Vorperiode. Damit schwächte sich die starke konjunkturelle Dynamik aus dem 1. Halbjahr leicht ab (I. Quartal +0,8 %, II. Quartal +0,6 %).

Das unbereinigte BIP lag im III. Quartal um 2,2 % über dem Niveau des Vorjahres. Gegenüber der Schnellschätzung von Ende Oktober gab es einen leichten Revisionsbedarf nach unten (-0,2 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich, -0,1 Prozentpunkt im Vorquartalsvergleich).

Saison- und arbeitstagsbereinigt (Kennzahl laut Eurostat-Vorgabe) betrug das Wachstum in Österreich 0,3 % und war damit ebenso hoch wie in der EU 28 und leicht höher als im Euro-Raum (+0,2 Prozent).

Trotz der leichten Abschwächung bleibt die wirtschaftliche Dynamik in Österreich weiterhin robust; das Wachstum wurde von allen Nachfragekomponenten getragen. Die Investitionstätigkeit der heimischen Unternehmen verlief weiterhin gut, vor allem die Bauinvestitionen wurden abermals kräftig ausgeweitet. Die Ausrüstungsinvestitionen



stiegen hingegen im III. Quartal nur noch moderat; hier wurde die Nachfrage nach Maschinen eingeschränkt, jene nach Fahrzeugen stagnierte nahezu.

Die Ausgabenbereitschaft der privaten Haushalte verlief weiterhin solide: die Konsumausgaben expandieren mit 0,3 % zwar etwas schwächer als zuletzt, hier war eine Einschränkung im Bereich der dauerhaften Konsumgüter zu beobachten (Pkw-Neuzulassungen im III. Quartal -18,3 % bei den privaten Haushalten; Stichwort neue Abgasnorm und neuer, verschärfter Messzyklus). Die öffentlichen Konsumausgaben wurden um 0,4 % ausgeweitet.

Auch der Außenhandel leistete im III. Quartal abermals einen positiven Wachstumsbeitrag: die Exporte expandierten mit 0,7 % stärker als die Importe (+0,4 %). Sowohl bei den Exporten als auch bei den Im-

porten nahm die Wachstumsdynamik im Jahresverlauf leicht ab.

Die Industriekonjunktur verlor zuletzt ebenfalls etwas an Schwung. Die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung stieg im III. Quartal um 0,2 % (II. Quartal +0,8 %). In der Bauwirtschaft hielt hingegen die positive Grunddynamik weiterhin an (+0,6 % nach +0,7 % im II. Quartal). Ebenso unterstützten die Marktdienstleistungen das Wirtschaftswachstum. Die Wertschöpfung im Bereich Beherbergung und Gastronomie expandierte mit 1,2 % abermals stark. Aufgrund der Einschränkung der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern sowie einer aufgrund des milden Wetters mäßigen Umsatzentwicklung im Einzelhandel, war im Handel insgesamt eine Wachstumsverlangsamung zu beobachten (+0,2 % nach +0,4 % im II. Quartal).

<http://www.wifo.ac.at>

BMW Z4 »Made in Austria«

Produktionsstart des neuen BMW Roadster in Graz –
BMW Group erweitert wirtschaftliches Engagement in Österreich



Der neue BMW Z4 ist – neben dem BMW 5er – bereits das zweite BMW Automobil, das aktuell in Österreich produziert wird.

Seit 2. November läuft bei Magna Steyr der neue BMW Z4 vom Band. Der sportliche Roadster wird exklusiv in Österreich für den gesamten Weltmarkt produziert. Der neue BMW Z4 ist – neben dem BMW 5er – bereits das zweite BMW Automobil, das aktuell in Österreich produziert wird. Damit unterstreicht und erweitert die BMW Group eindrucksvoll ihr kontinuierlich wachsendes Engagement für den Wirtschaftsstandort Österreich und trägt damit enorm zum wirtschaftlichen Erfolg und zum Wohlstand in unserem Land bei.

Innovativer Sportler mit Motoren aus Österreich

Seine besondere Bedeutung für das Land beweist der BMW Z4 noch stärker durch die Tatsache, daß auch alle Motoren aus Österreich kommen: So werden die 6- und 4-Zylinder-Triebwerke des neuen BMW Z4 vollständig im weltgrößten Motorenwerk der BMW Group in Steyr/OÖ gefertigt. Somit ist der neue BMW Z4 durch und durch ein echter Österreicher.

Der neue BMW Z4 tritt die Nachfolge von bedeutenden Modellen der BMW Group

an, die ebenfalls in Graz gebaut wurden. So lief hier von 2003 bis 2010 der BMW X3 vom Band. Von 2010 bis 2016 wurden zahlreiche MINI Modelle in der steirischen Hauptstadt produziert. Und seit 2018 läuft neben dem BMW Group Werk Dingolfing, auch in Graz die erfolgreichste Business-Limousine – der BMW 5er – vom Band.

Damit ist die BMW Group seit Langem eine massive Säule der Automobilproduktion in Österreich. Bemerkenswerte 75 Prozent aller zwischen 2010 und 2017 in unserem Land produzierten Automobile waren Fahrzeuge der BMW Group. Insgesamt wurden seit 2003 über 1,2 Millionen BMW und MINI in Österreich produziert.



Fotos: BMW Group in Österreich

v. l.: Erwin Fandl, Vice President Quality Magna Europe & Global Director Quality Management Magna Steyr; Anton Schantl, Vice President Finance Magna Steyr; Hannes Mikosch, General Manager Business Unit H/BMW; Kurt Bachmaier, Vice President Sales & Marketing Magna Steyr; Andreas Prader (Projektleiter BMW Z4); Christian Morawa (CEO BMW Austria)

Wirtschaft

Darüber hinaus sind heute bereits die Hälfte aller BMW und MINI weltweit mit einem hocheffizienten Motor aus dem oberösterreichischen BMW Group Motorenwerk unterwegs. Hier werden jedes Jahr über 1,3 Millionen Motoren gebaut.

Jeder Erfolg der BMW Group auch ein Erfolg für Österreich

Die BMW Group ist seit über 40 Jahren ein starker Motor für den Wirtschaftsstandort. Im vergangenen Geschäftsjahr verbuchten die österreichischen Gesellschaften der BMW Group mehr als 7 Milliarden Euro Umsatz. Damit gehörte man zu den zehn umsatzstärksten Unternehmen des Landes und entlastete die österreichische Handelsbilanz mit einem Exportüberschuß von 1,7 Milliarden Euro.

Über 5.200 Menschen besitzen heute bei der BMW Group in Österreich einen attraktiven Arbeitsplatz. Auch wurden seit 1977 über 6,8 Milliarden Euro in den Wirtschaftsstandort investiert. Dieses umfangreiche Engagement zeigt, jeder Erfolg der BMW Group ist auch ein Erfolg für Österreich. Und mit dem neuen BMW Z4 wird jetzt das nächste Kapitel dieser gemeinsamen Erfolgsgeschichte geschrieben.

Der neuen BMW Z4

Das Fahrzeugkonzept des Zweisitzers „Made in Austria“ ist konsequent auf maximale Agilität, begeisternde Dynamik sowie höchste Spontaneität und Präzision im Lenkverhalten ausgerichtet. Seine sportlichen Fahreigenschaften kombiniert der neue BMW Z4 mit ebenso hochwertigen wie fortschrittlichen Ausstattungsmerkmalen in den Bereichen Fahrerassistenz, Bedienung und Vernetzung.

Die Markteinführung erfolgt im März 2019 mit drei Modellvarianten: BMW Z4 M40i (Kraftstoffverbrauch kombiniert: 7,4 – 7,1 l/100 km; CO₂-Emissionen kombiniert: 168 – 162 g/km) als BMW M Performance Modell mit neuem, 250 kW/340 PS starkem Reihensechszylinder-Motor, BMW Z4 sDrive30i (Kraftstoffverbrauch kombiniert: 6,1 – 6,0 l/100 km; CO₂-Emissionen kombiniert: 139 – 137 g/km) und BMW Z4 sDrive20i (Kraftstoffverbrauch kombiniert: 6,1 – 6,0 l/100 km; CO₂-Emissionen kombiniert: 139 – 137 g/km) mit Vierzylinder-Motor und 190 kW/258 PS beziehungsweise 145 kW/197 PS. Alle Motoren mit Otto-Partikelfilter und Emissionsverhalten gemäß Abgasnorm Euro 6d-TEMP.

<https://www.bmw.at/>



Der neue BMW Z4 präsentiert sich als offener Premium-Sportwagen mit klassischem Textilverdeck und emotionsstarkem Karosseriedesign.



Puristische Gestaltung des Interieurs



Kraftstoffverbrauch kombiniert: 7,4 – 7,1 l/100 km; CO₂-Emissionen kombiniert: 168 – 162 g/km

Alle Fotos: BMW Group in Österreich

Eine Seilbahn für Graz

Pläne für die Plabutschgondel vorgestellt – Betrieb soll 2022 aufgenommen werden



© The Renderers

Rendering der Plabutschgondel, die ab dem Frühjahr 2022 GrazerInnen in wenigen Minuten auf den Plabutsch bringen wird.

Mit historischen Neuigkeiten konnten Bürgermeister Siegfried Nagl und Vizebürgermeister Mario Eustacchio am 7. November im Grazer Trauungssaal aufwarten, denn das erste Mal seit 1950 konnten im Rathaus Projektpläne für eine Seilbahn vorgelegt werden. Dabei handelt es sich um die Plabutschgondel, die ab dem Frühjahr 2022 Grazerinnen und Grazer in wenigen Minuten auf den Plabutsch bringen und in weiterer Folge nach Thal transportieren soll.

Stimmen zum Projekt

Bürgermeister Siegfried Nagl: „Wir wollen dieses Projekt nachhaltig, gerecht und sozial aufziehen. Der Standort in der Peter-Tunner-Gasse in Eggenberg wurde nicht zufällig gewählt. Gerade im Hinblick auf unsere ‚Smart City‘ haben wir uns angesehen, wie die Erholungsmöglichkeiten im Grazer Westen aussehen. Hier gab es definitiv noch Aufholbedarf.“

Vizebürgermeister Mario Eustacchio: „Das Gebiet um den Plabutsch liegt derzeit so ein bißchen im Dornröschenschlaf. Mit diesem Projekt versuchen wir es wach zu küssen und den Naturraum für die Bevölkerung nutzbar zu machen. Wir haben auch darauf geachtet,



Foto: Stadt Graz / Fischer

v.l.: Holding Vorständin Barbara Muhr, Holding Freizeit-Geschäftsführer Michael Krainer, Bürgermeister Siegfried Nagl, Vizebürgermeister Mario Eustacchio, Thaler Bürgermeister Matthias Brunner und Robert Hagenhofer, Bezirksvorsteher Eggenberg

daß die Gondel mit den Öffis und dem Rad aus ganz Graz leicht zu erreichen ist.“

Matthias Brunner, Bürgermeister von Thal: „Mit diesem Projekt können wir die Wohnqualität in Thal erhalten und verbessern. Es ermöglicht uns eine bessere öffent-

liche Anbindung nach Graz, was vor allem unseren Pendlern zu Gute kommt. Auch für den Thalersee stellt das eine Aufwertung dar. Wir wollen keinen Eventsee haben, sondern die Natur für die Menschen bestmöglich zugänglich machen.“

Michael Krainer, Geschäftsführer der Holding Graz Freizeit: „Der Gemeinderatsbeschluss für das Projekt ist im Dezember geplant. Die technische Detailplanung der Seilbahn und des neuen Restaurants am Thalersee soll 2019 erfolgen. 2020 werden die nötigen Ausschreibungen über die Bühne gehen, sodaß 2021 mit der Umsetzung begonnen werden kann. Das alles sollte in einer planmäßigen Inbetriebnahme im Frühjahr 2022 gipfeln.“

Der Ablauf

Die Wirtschafts- und Tourismusregion Großraum Graz und insbesondere die Landeshauptstadt Graz befinden sich seit Jahren in einem außerordentlich dynamischen Wachstum.

Durch das große Bevölkerungswachstum steigt die Nachfrage nach Freizeit-, Sport- und Erholungsangeboten überproportional. Von den zehn Gemeinden mit dem größten Wachstum in der Steiermark kommen gleich acht aus Graz- Umgebung.

- In Zukunft wird die Zahl der Kurzurlaube weiterhin ansteigen.
- Cocooning: Die Bereitschaft in der eigenen Region Urlaub zu machen ist größer geworden.
- Tages- und Kurzausflüge werden wieder in die Heimatumgebung verlegt

Auf Grund des Projektauftrages durch die Stadtregierung und nach erfolgter Beschlussfassung durch den Gemeinderat am 21. September 2017 wurden von einer Projektgruppe mit internen und externen ExpertInnen unter Einbindung der Grundstückseigentümer, der zuständigen Abteilungen der Stadt Graz sowie des Naturschutz und der Landesforstdirektion Trassenvarianten auf deren Machbarkeit untersucht. Eine durch Experten durchgeführte vegetations- und tierökologische Voruntersuchung empfiehlt spezifische Ausgleichsmaßnahmen zur Kompensation der Eingriffe in die vorhandenen Biotopflächen. Damit können die Auswirkungen des Projekts auf ein unerhebliches Ausmaß reduziert werden.

Zeitgleich wurden die angedachten Varianten der Talstation vor allem auf die Erschließung mit dem öffentlichen Verkehr und der Erschließung für Fußgänger und Radfahrer in Hinblick auf die jetzt schon geplanten Verkehrs- und Infrastrukturmaßnahmen ab 2022 evaluiert.

Der Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln wurde bei der Betrachtung höchste Priorität eingeräumt und bei der Priorisie-



So wird die Plabutschgondel aussehen, die 10 Personen wird befördern können.

rung der Varianten für die Talstation entsprechend gewertet.

Die touristische Entwicklung des Naherholungsgebietes Plabutsch-Thalersee wurde an Hand der bestehenden Angebote im Hinblick auf deren sanfte Weiterentwicklung für verschiedenste Zielgruppen, vor allem in bezug auf das zu erwartende starke Bevölkerungswachstum näher betrachtet und dargestellt.

Nach zehnmonatiger Projektarbeit und den dabei erhobenen Erkenntnissen der zuständigen Behörden, der betroffenen Grundstückseigentümer sowie unter Einbindung der derzeit absehbaren naturschutzrechtlichen, ökologischen Punkten und Umweltverträglichkeitsaspekten, kann eine Erschließung des Plabutsch mit einer Einseilumlaufbahn empfohlen werden. Die Fahrtzeit für die Überquerung mit der Seilbahn würde rund 16 Minuten betragen. Im Rahmen der Evaluierung wurden die Talstationen in der Peter-Tunner-Gasse und an das Thalersee Restaurant angrenzend als prioritär festgelegt.

Per Ende Oktober 2018 wurde mit den von der Trasse betroffenen GrundstückseigentümerInnen ein positives Verhandlungsergebnis erzielt.

Gleichzeitig und in den darauf folgenden Jahren, soll die jetzt erhobene touristische Angebotsentwicklung auch vor allem in Abstimmung mit den GrundstückseigentümerInnen und in Zusammenarbeit mit regionalen touristischen AngebotsträgerInnen so-

wie der Gemeinde Thal vorangetrieben werden.

Die Notwendigkeit eines UVP-Verfahrens auch in Hinblick auf etwaige naturschutzrechtliche Bedenken, vor allem auch unter Berücksichtigung des Lebensraumes von Fledermäusen oder des Uhus wurde ausführlich diskutiert und evaluiert. Ein UVP Feststellungsbescheid unmittelbar nach einem etwaigen positiven GR-Beschluß über das vorliegende Projekt, wird die weitere Vorgangsweise im Zuge der Umsetzung mitbestimmen.

Die Revitalisierung des Thalersee Restaurants sollte zeitnah im Jahr 2019 in Angriff genommen werden. Es gilt vor allem zukünftig als zentraler Anlaufpunkt der weiteren touristischen Entwicklung. Wie bereits in mehreren Präsentationen festgehalten, ist für das Restaurant Thalersee mit Revitalisierungskosten von 3,4 Millionen Euro zu rechnen.

Für die mit den GrundstückseigentümerInnen positiv verhandelte Trassenvariante, vorbehaltlich der dafür notwendigen behördlichen Genehmigungen und eines etwaigen positiven Abschlusses eines UVP Verfahrens, ist auf Kostenbasis 2021 mit Investitionskosten für die Seilbahn in der Höhe von rund 35 Millionen Euro zu rechnen. Als zusätzlicher Kostenfaktor wurden dabei eine ursprünglich nicht geplante Umlenkstation sowie die dadurch notwendige Verlängerung der Trasse Thal und die Verlängerung der Trasse Peter-Tunner-Gasse schlagend. ■

<http://www.graz.at/>

»100 Jahre Oberösterreich«

Festveranstaltung anlässlich der Geburtsstunde Oberösterreichs



Fotos: Land Oberösterreich / Daniel Kauder, Denise Stinglmayr

Ein Blick auf die versammelte Gesellschaft bei der Festveranstaltung »100 Jahre Oberösterreich« im Steinernen Saal im Landhaus in Linz

Am 18. November 1918 fanden in Oberösterreich die Konstituierung der Provisorischen Landesversammlung sowie die Wahl des Landeshauptmannes Johann Nepomuk Hauser statt. Diese Geburtsstunde feierte das Land Oberösterreich mit einem feierlichen Festakt vor dem Landhaus sowie einer Festveranstaltung im Steinernen Saal – exakt am Jahrestag.

„Ziel unseres Gedenkens heute ist nicht nur an den November 1918 zu erinnern, sondern das Bewusstsein für die gesamte Zeitspanne dieser 100 Jahre zu schärfen. Denn unsere Geschichte ist Bestandteil unserer Identität. Wir alle haben Wurzeln und wir sollten sie kennen“, sagte Landeshauptmann Thomas Stelzer in seiner Festrede.



v.l.: Landeshauptmann Thomas Stelzer, Festrednerin Gudula Walterskirchen und Landtagspräsident KommRat Viktor Sigl

Stelzer: Oberösterreich sind wir alle

Oberösterreich sei ein weltoffenes Land, wo die Menschen anpacken und zusammenhalten; wo Tatkraft, gute Ideen und ein Miteinander vorherrschen. Oberösterreich kön-

ne und solle Ansprüche an sich stellen, sich etwas zutrauen, mutig in die Zukunft gehen, so der Landeshauptmann weiter: „Heimat ist

der Ort, den wir als Gesellschaft erst schaffen. Heimat braucht aber auch eine klare Haltung. Wir bauen auf dem auf, was frühere

Chronik

Generationen geleistet haben und wir blicken fokussiert in die Zukunft: Oberösterreich soll ein Land der Möglichkeit sein, für alle, die hier leben, arbeiten und unser Land gemeinsam weiterentwickeln wollen. Oberösterreich soll ein Land sein, wo es sich auszahlt, das Besondere besser zu machen; wo kommende Generationen die Möglichkeiten haben, dieses Land nach ihren Vorstellungen zu gestalten und wo wir jenen helfen, die sich selbst nicht helfen können.“

Sigl: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit

Landtagspräsident KommR Viktor Sigl betonte in seiner Rede vor allem die zentrale Rolle unseres demokratischen Systems und der föderalen Strukturen für die gute Entwicklung unseres Bundeslandes: „Wir blicken auf bewegte 100 Jahre zurück. Erst die Entwicklung einer stabilen Demokratie ab 1945 hat für Österreich und unser Bundesland die Möglichkeiten des breiten Wohlstandes und der persönlichen Entfaltung gebracht. Oberösterreich hat dabei die Chancen eines modernen Föderalismus immer bestmöglich genutzt, das heißt vor allem Bürgernähe und Vorteile im Wettbewerb der Regionen.“

Gleichzeitig warnte er aber auch vor den Folgen einer Vertrauenskrise aufgrund von Abstiegsängsten: „Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Wir befinden uns in einer Zeit, in der sich manche Teile der Gesellschaft nach weiter rechts oder weiter links bewegen. Dem müssen wir konsequent entgegensteuern und wieder Begeisterung für Demokratie und Mitbestimmung schaffen, vor allem bei der Jugend. Denn – wie einst der Erste Reichspräsident der Weimarer Republik Friedrich Ebert schon erkannte – Demokratie braucht Demokraten. Demokratie bedeutet aber nicht immer Harmonie. Auch Reibungen, unterschiedliche Meinungen und das Akzeptieren von Mehrheitsentscheidungen gehören zu einer lebendigen Demokratie.“

Walterskirchen: Es braucht Wahrhaftigkeit und Glaubwürdigkeit – ansonsten ist die Demokratie in Gefahr

Die Historikerin und Autorin Gudula Walterskirchen spannte in ihrer Festrede einen Bogen von historischen und zeitgeschichtlichen Ereignissen, hin zu heutigen demokratiepolitischen Herausforderungen. „Es braucht Wahrhaftigkeit und Glaubwürdigkeit, nicht nur in der Politik, sondern auch in den Medien – ansonsten ist die Demokra-



LH Thomas Stelzer schreitet mit Militärkommandant Generalmajor Kurt Raffetseder die Front ab.



LH Thomas Stelzer mit den Kindern Rosalie Nova und Levin Börner vor dem Gedenkstein



Bischof Manfred Scheuer (l.) und Friedrich Rößler, der frühere evangelische Pfarrer von Steyr

Fotos: Land OÖ / Daniel Kauder

Fotos: Land Oberösterreich / Daniel Kauder, Denise Stinglmayr



Bild oben: Landtagspräsidium und Mitglieder der Landesregierung mit Ehrengästen beim feierlichen Festakt vor dem Landhaus in Linz
Bild rechts: Kinderchor des Landestheaters

tie in Gefahr. Eine Gesellschaft, die Demokratie als hohes Gut betrachtet, muß tolerant, aber auch wehrhaft sein. Das zeigt Geschichte immer wieder“, so Walterskirchen.

Sie formulierte die These, daß Wurzeln und Heimat zentrale Grundvoraussetzungen für Weltoffenheit sind und gerade die Bundesländer einen wichtigen Beitrag zu Identität und Heimatbewußtsein leisten. „Oberösterreich ist heute innovativ und international gut aufgestellt. Ein prosperierendes Bundesland mit soliden Industriebetrieben und wenig Arbeitslosigkeit. Wichtig für eine gute Zukunft sind aber nicht nur Wirtschaftsdaten, sondern auch Geschichtsbewußtsein und politische Bildung“, ist Walterskirchen überzeugt.

Rund um die offiziellen Feierlichkeiten...

Neues Denkmal im Landhauspark in Linz

Anläßlich des Festakts vor dem Landhaus wurde im Landhauspark als sichtbares Zeichen für den Weg, den Oberösterreich in den vergangenen 100 Jahren zurückgelegt hat, ein Gedenkstein enthüllt. Prof. Gerhard Knogler, der in Ort in Innkreis geborene und in Linz lebende Bildhauer, hat ein Denkmal geschaffen, das das Land und seine vier Viertel symbolisch vereint.

Ausstellung zu »100 Jahre Oberösterreich« im Landhaus-Durchgang

Landeshauptmann Thomas Stelzer und Landtagspräsident Viktor Sigl möchten die Geschichte der letzten 100 Jahre allen, vor allem aber der Jugend, schmackhaft machen.



Aus diesem Grund sind vier modern gestaltete Schautafeln im Landhaus-Durchgang aufgestellt, die kurz und bündig die Geschichte der Landesregierung, des Oö. Landtags und des Frauenwahlrechts skizzieren.

Sonderpostamt im Schloßmuseum Linz

Am 18. November wurde im Schloßmuseum Linz eine Sonderbriefmarke samt Sonderstempel „100 Jahre Bundesland Oberösterreich“ in einem eigens dafür eingerichteten Sonderpostamt präsentiert. Außerdem fanden im Rahmen des Sonderpostamtes von Kurzführungen zur Sonderausstellung „Zwischen den Kriegen“ bzw. eine Kulturauskunft dazu statt.

Neuaufgabe »Der Oö. Landtag«

Fast 30 Jahre nach dem Erscheinen der ersten Darstellung der historischen Entwicklung, des Wesens und der Bedeutung des Oö. Landtags durch Wolfgang Pesendorfer im Jahr 1989, bietet nicht zuletzt das Gedenken an die konstituierende Sitzung der provisori-

schen Landesversammlung Anlass und Gelegenheit, auch die jüngere Geschichte und Entwicklung des Oö. Landesparlaments aufzuarbeiten.

Diese Jahrzehnte waren von einer politischen Dynamik geprägt, die sich auch in Form und Inhalt der Arbeit des Oö. Landtags nachhaltig widerspiegelt. Ziel dieses Buches ist eine kompakte Darstellung der Geschichte des Landes Oberösterreich und der Institution Landtag „als Kristallisationskern dieser Entwicklung“ – angereichert mit einigen blitzlichtartigen Details zu markanten Persönlichkeiten, Fakten und Dokumenten.

Damit soll ein Vergleich über verschiedene Epochen hinweg und ein rascher Zugang zu gesuchten Informationen ermöglicht werden. Darüber hinaus enthält es den Versuch, einer systematischen Darstellung wesentlicher Handlungs- und Entwicklungsfelder anhand von Beispielen, deren Auswahl nicht frei von subjektiven Einschätzungen sein kann. Erscheinungstermin: Jänner 2019. ■

<http://www.land-oberoesterreich.gv.at>

ÖsterreicherInnen in vielen Lebensbereichen zufrieden

Erste Ergebnisse der Europäischen Wertestudie 1990-2018

Die ÖsterreicherInnen äußern Zufriedenheit mit vielen Lebensbereichen, das zeigen die Ergebnisse der neuen „Europäischen Wertestudie“, die an der Universität Wien erhoben wurde: 71 % bezeichnen sich als zufrieden mit ihrem Leben, die Familie (87 %) ist für sie der wichtigste Lebensbereich.

Der Forschungsverbund „Interdisziplinäre Werteforschung“ der Universität Wien hat kürzlich erste Ergebnisse der „Europäischen Wertestudie 1990 – 2018“ (European Values Study – EVS) veröffentlicht. Bei der Studie handelt es sich um eine Langzeituntersuchung, die Einstellungen und Werthaltungen der Bevölkerung zu den Themenfeldern Arbeit, Familie, Politik und Religion untersucht. Die EVS wurde nach 1990, 1999 und 2008 im ersten Halbjahr 2018 zum vierten Mal durchgeführt, ihre Stärke ist somit der Vergleich über mittlerweile fast 30 Jahre.

Hohe Lebenszufriedenheit und Fokus auf mikrosoziale Lebensbereiche

Insgesamt zeigt sich, daß die ÖsterreicherInnen eine hohe Lebenszufriedenheit aufweisen: 71 % bezeichnen sich als zufrieden mit ihrem Leben, das ist der höchste Wert aller vier Wellen. Die Familie (87 %) ist für sie der wichtigste Lebensbereich, gefolgt von Freunden (61 %), Arbeit (48 %) und Freizeit (46 %). Während die Bedeutung der Familie über 30 Jahre hinweg stabil bleibt, haben Freunde und Freizeit an Bedeutung gewonnen, die Arbeit verloren.

Die hohe Bedeutung der mikrosozialen Lebensfelder wird noch deutlicher, wenn man diese mit der Bedeutung von „Religion“ und „Politik“ kontrastiert. Der Anteil der Personen, für die Religion ein sehr wichtiger Lebensbereich ist, sinkt seit 1990 (24 %) langsam, aber kontinuierlich auf heute 16 %. Politik ist wie schon bei den vorherigen Erhebungen relativ konstant für etwa jede zehnte befragte Person „sehr wichtig“.

Hohe Bedeutung der Demokratie

Während sich die ÖsterreicherInnen bei der vergangenen EVS-Welle 2008 von der Politik schwer enttäuscht zeigten, wird 2018 ein positiveres Bild skizziert. Die Mehrheit



Foto: <https://www.bilderbox.com>

Die Familie ist für die ÖsterreicherInnen der wichtigste Lebensbereich, gefolgt von Freunden, Arbeit und Freizeit

der österreichischen Bevölkerung (56 %) äußert sich zufrieden hinsichtlich der Art, wie das politische System in Österreich derzeit funktioniert, die Demokratie wird von 96 % als (sehr) gutes politisches System für das Land eingeschätzt (2008: 92 %).

Eine Reihe von gesellschaftlichen und politischen Institutionen konnte an Vertrauen gewinnen, an der Spitze der Rangliste liegt die Polizei (87 %) vor dem Gesundheitswesen (83 %), am Ende liegen politische Parteien (27 %) und soziale Medien (20 %). Das Institutionenvertrauen ist jedoch abhängig von der eigenen politischen Positionierung: Personen, die sich Mitte-rechts einstufen, haben deutlich mehr Vertrauen in die Regierung und das Bundesheer. Links der Mitte vertraut man vor allem Kontrollinstitutionen wie der Justiz oder den Gewerkschaften.

Skepsis gegenüber Zuwanderung bei gleichzeitiger Öffnung

Kritisch bleiben die Einstellungen zum Thema Zuwanderung. Sieben von zehn ÖsterreicherInnen denken, daß Zuwandernde das Sozialsystem belasten (74 %) und Kriminalitätsprobleme verschärfen (70 %). Zu-

wanderung wird allerdings im Hinblick auf kulturelle Anpassung und arbeitsmarktpolitische Aspekte unterschiedlich bewertet: 45 % denken, daß Zuwanderer ihre Bräuche und Traditionen nicht beibehalten sollten, wohingegen „nur“ noch 33 % denken, daß Zuwanderer den Österreichern Arbeitsplätze wegnehmen (2008: 50 %).

Gleichzeitig hat die Vorstellung, daß nur Vorfahren oder Geburt darüber bestimmen, ob man „wirklich österreichisch“ ist, im Vergleich zur EVS-Welle 2008 abgenommen. Vielmehr wird heute das Erlangen von Deutschkompetenzen sowie Institutionen und Gesetze zu respektieren von einer überwiegenden Mehrheit eingefordert.

Die Europäische Wertestudie (EVS)

Die Europäische Wertestudie wurde in Österreich mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung von einem Team der Universität Wien unter der Leitung der Politikwissenschaftlerin Sylvia Kritzinger durchgeführt. Eine Buchpublikation ist für das Frühjahr 2019 geplant. ■

<http://www.werteforschung.at>

Das wünschen sich die ÖsterreicherInnen zu Weihnachten

Auf dem Wunschzettel ganz oben: Bargeld, Gutscheine und Reisen – Finger weg von Socken, Unterwäsche und extrem teuren Geschenken

Alle Jahre wieder stellt sich die Frage nach den passenden Weihnachtsgeschenken. Eine aktuelle Studie der Wirtschaftskammer Österreich und des Österreichischen E-Commerce-Gütezeichens enthüllt die Wünsche der ÖsterreicherInnen zeigt, wen sie beschenken und welches Geschenk auf gar keinen Fall unter dem Baum liegen soll. Dazu Thorsten Behrens, Geschäftsführer des Österreichischen E-Commerce-Gütezeichens: „Besonders erfreulich für den Online-Handel ist, daß auch zu Weihnachten der Einkauf im Internet weiter boomt. Mehr als 80 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher kaufen Geschenke online, das sind nochmal um 5 Prozent mehr als im Vorjahr.“

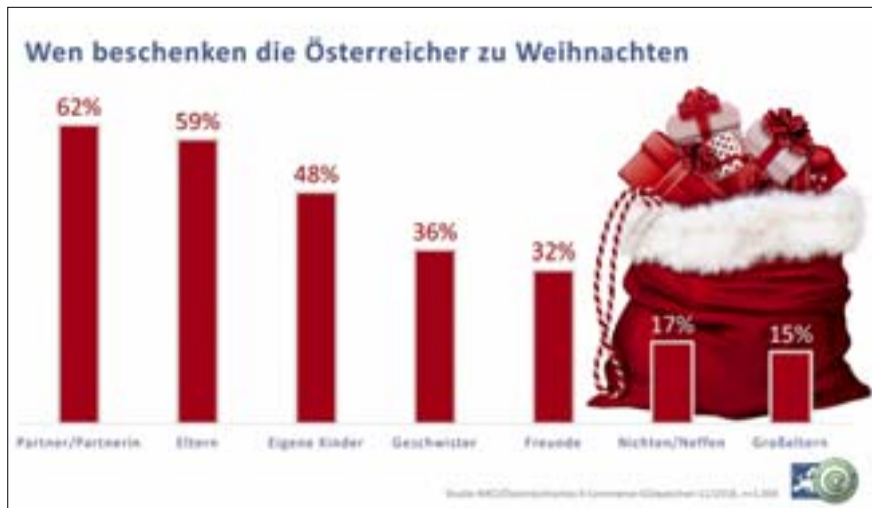
Vorsicht beim Online-Einkauf – Gütezeichen bieten Sicherheit

Dabei spielen neben dem Preis und einer pünktlichen Lieferung auch die Vertrauenswürdigkeit und Sicherheit eines Online-Shops eine große Rolle: „Gerade zu Weihnachten sind eine pünktliche Lieferung, verlässliche Produktqualität und ein gutes Service wichtig. Wir empfehlen Konsumenten daher, bei der Shop-Auswahl achtsam zu sein, um nicht auf unseriöse Angebote herein zu fallen. Das Gütezeichen ist hier eine wichtige Orientierungs- und Entscheidungshilfe“, erklärt Behrens.

„Seit vielen Jahren unterstützen wir die Zertifizierung österreichischer Onlineshops mit dem E-Commerce-Gütezeichen. Damit holen wir besonders kundenfreundliche Onlineanbieter, die zudem hohe Qualitätsstandards erfüllen, vor den Vorhang und ermöglichen ihren Kunden ein sicheres Einkaufserlebnis“, so Gerhard Laga vom E-Center der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ).

„Durch die automatische Anbindung an das European Trustmark haben Gütezeichen-zertifizierte Shops auch im europäischen Wettbewerb deutliche Vorteile.“

Mit dem E-Commerce-Gütezeichen zertifizierte Anbieter erfüllen hohe Qualitätsstandards und Konsumenten können auf eine seriöse und professionelle Dienstleistung vertrauen. „Auch die Verwendung sicherer Be-



zahlungsmethoden, gute Bewertungen und die Bekanntheit eines Anbieters sind weitere Indikatoren. Hat der Shop seinen Sitz in Österreich bzw. der EU, sind auch Problemabwicklungen und etwaige Rechtsansprüche einfacher durchzusetzen“, so Behrens. Grundsätzlich kaufen 60 % der Österreicher/innen zumindest mehrmals pro Monat im Internet ein, 35 % sogar mehrmals monatlich bei einem österreichischen Online-Shop.

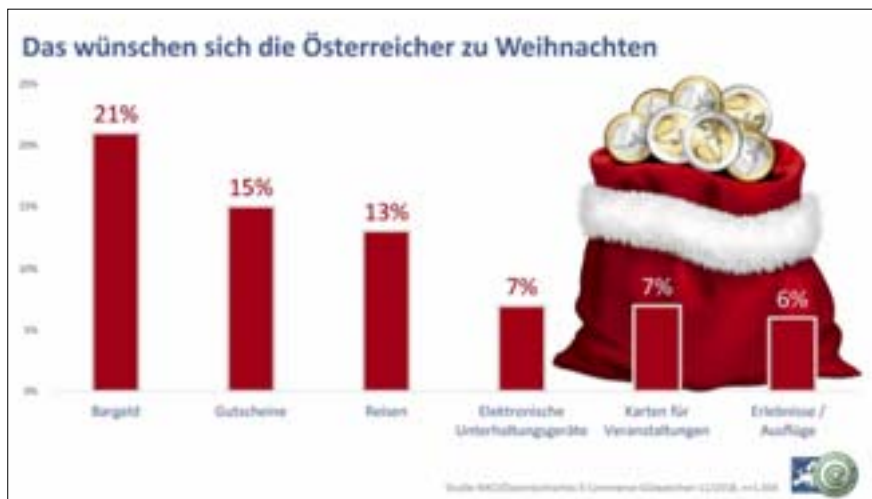
Österreicher kaufen rund sechs Geschenke – Frauen schenken mehr

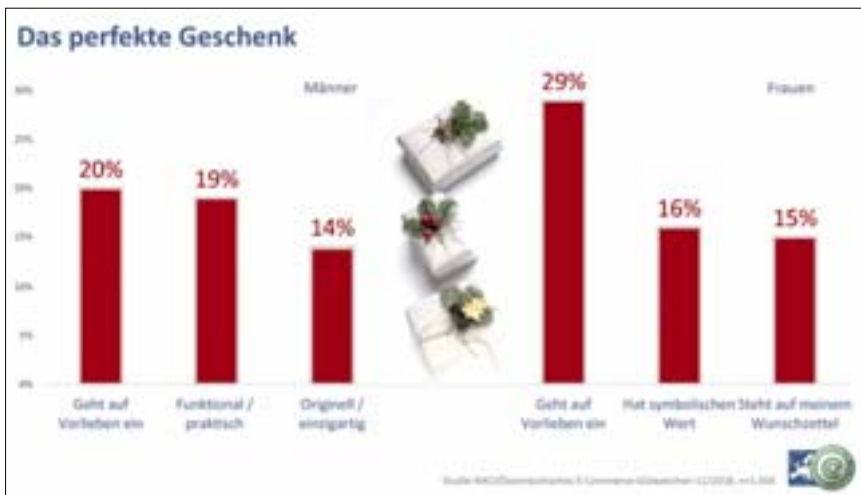
Im Durchschnitt planen Herr und Frau Österreicher, heuer 6,7 Geschenke zu kau-

fen. „Frauen sind dabei deutlich schenkfreudiger“, so Behrens. „Sie kaufen mit durchschnittlich 7,8 Geschenken insgesamt mehr Präsente als Männer mit 5,7 Geschenken.“ Knapp die Hälfte der Geschenke wird online gekauft. Aber nicht alle sind so schenkfreudig: Fast jeder Fünfte (17 %) kauft zu Weihnachten gar keine Geschenke.

Geschenke für den engsten Familienkreis und Freunde

Beschenkt wird vor allem der engere Familienkreis: die Partnerin oder der Partner (62 %), Eltern (59 %) und die eigenen Kinder (48 %). Auch Geschwister (36 %) und Freun-





de (32 %) sind unter den Top 5. Arbeitskollegen, Tanten bzw. Onkel und Nachbarn gehen in Österreich eher leer aus.

ÖsterreicherInnen sind keine Last Minute-Shopper

Weihnachtsgeschenke werden in Österreich laut Studie rechtzeitig geplant und vorbereitet: 21 % beginnen mit den Einkäufen bereits Anfang November, 17 % ab Mitte November und 28 % Ende November/Anfang Dezember. Jeder Fünfte kauft sogar das ganze Jahr über Geschenke, wenn sie oder er etwas Passendes sieht. Lediglich 2 % kaufen die Weihnachtsgeschenke erst in den letzten drei Tagen vor Weihnachten.

Was das Christkind bringen soll: Gutscheine, Bargeld und Reisen

Ganz oben am Wunschzettel stehen bei Männern wie bei Frauen auch in diesem Jahr die Klassiker Bargeld, Gutscheine und Reisen. Der Vorteil: Diese Geschenke können auch noch spontan besorgt werden. Wie die Studie zeigt, soll bei der Gutscheine- bzw. Reise-Auswahl darauf geachtet werden, daß

diese zu den Vorlieben bzw. der Persönlichkeit der Beschenkten paßt. Mit elektronischen Unterhaltungsgeräten, Karten für Veranstaltungen und Erlebnissen/Ausflügen ist das Christkind ebenfalls noch auf der sicheren Seite.

Socken und Unterwäsche sorgen für Unzufriedenheit

Die Liste der ungewollten Geschenke führen auch heuer wieder Socken und Unterwäsche sowie Werkzeug und etwas Praktisches für den Haushalt an. Auch Kosmetik- und Pflegeartikel, Kinderartikel und Schmuck bzw. Uhren sind wenig beliebt.

Gutscheine werden am liebsten verschenkt

Die Studie zeigt, daß die ÖsterreicherInnen nicht nur am liebsten Gutscheine bekommen, sondern diese auch am liebsten verschenken. Gerne verschenkt werden auch Kinderartikel und Spiele, Bargeld, Karten für Veranstaltungen, Bücher sowie Bekleidung, Schuhe und Accessoires. Besonders gerne werden Gutscheine und Bargeld von

über 50jährigen verschenkt. 30- bis 49jährige verschenken nach Gutscheinen am liebsten Kinderartikel und Spiele – da freuen sich vermutlich die eigenen Kinder darüber.

Das Wunschgeschenk soll auf die Vorlieben und Persönlichkeit eingehen

Als das perfekte Geschenk bezeichnen Männer Präsente, die auf ihre Vorlieben/Persönlichkeit eingehen (20 %), funktional bzw. praktisch (19 %) oder originell und einzigartig sind (14 %).

Frauen bevorzugen ebenso Geschenke, die auf ihre Vorlieben/Persönlichkeit eingehen (29 %). Auf Platz 2 folgen solche, die einen symbolischen Wert haben bzw. Erinnerungen wecken (16 %) und 15 % möchten genau das Geschenk, das auf dem Wunschzettel steht. Im Gegensatz zu den Männern sind funktionale bzw. praktische Präsente bei Frauen eher unbeliebt. Nicht so gut bei beiden Geschlechtern kommen teure, romantische, umweltfreundliche und selbstgemachte Geschenke an.

Inspirationsquellen: Internet, Familie & Freunde, Auslagen

Inspirationen für die Weihnachtseinkäufe holen sich die Österreicher/innen bevorzugt in Online-Shops (48 %), bei Freunden und Familie (45 %) und in der Auslage von Geschäften (38 %). Auch Geschenketipps im Internet (29 %) sowie gedruckte Magazine und Kataloge (25 %) werden gerne zu Hilfe genommen. Viele (25 %) lassen sich auch in sozialen Netzwerken inspirieren.

Über das Österreichische E-Commerce-Gütezeichen

Das Österreichische E-Commerce-Gütezeichen ist das sichtbare Zeichen für seriösen Online-Handel. Als einziges Gütesiegel im E-Commerce wird es von Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer und Wirtschaftsministerium unterstützt und genießt daher ein hohes Vertrauen bei KonsumentInnen.

Die Spezialisierung auf die rechtlichen und kulturellen Herausforderungen im österreichischen Online-Business gibt Händlern rechtliche Sicherheit im Verkauf in und nach Österreich. Gleichzeitig ist das Gütezeichen als Mitglied des European Trustmark europaweit bestens vernetzt. Durch die Zertifizierung erhalten Händler ein sichtbares Zeichen für Seriosität und darüber hinaus kostengünstige Unterstützung und Beratung für den Online-Shop.

<https://www.gutezeichen.at>

Weintaufe 2018: Erstmals zwei nationale Bacchuspreisträger



Foto: ÖWM / Anna Stöcher

v.l.: ÖkR Franz Backnecht, Karl Mair, Wilhelm Klinger, HR Robert Steidl, ÖkR Herbert Schilling, Andreas Liegenfeld, Michael Häupl, Johannes Schmuckenschlager, Bundesweinkönigin Julia I., Leopold Müller, Erwin Pröll, Prof. Josef Glatt, Abt Columban Luser und Stephan Pernkopf (Stellvertreter der NÖ-Landeshauptfrau)

Im prunkvollen Rahmen des Stiftes Göttweig fand am 7. November die diesjährige österreichische Weintaufe statt. Vom Stift selbst stammte auch der Wein, der von Abt Columban Luser auf den Namen „Respekt“ getauft wurde.

Segnung des herausragenden Jahrgangs 2018

Sommerliche Hitze und Trockenheit nach einem sehr warmen Frühling führten dieses Jahr zur frühesten Lese aller Zeiten. Trotz des außergewöhnlichen Wetters konnten laut letztem Erntebericht der Statistik Austria rund 3,2 Mio. hl Wein gewonnen werden. Nicht nur die Quantität ist mehr als zufriedenstellend, auch die Qualität stimmt, und das in allen Weinbaugebieten. Die Weine sind gehaltvoll bei moderatem Alkoholgehalt und ausgewogener Säure.

Der herausragende Jahrgang wurde nun im Zuge der Bundesweintaufe auch offiziell gesegnet. Stellvertretend für den gesamten Jahrgang weihte Abt Columban Luser in der prunkvollen Kirche des Stiftes Göttweig einen stiftseigenen, saftig-frischen 2018 Grünen Veltliner Maßwein und taufte ihn auf den Namen „Respekt“. In Zeiten, in denen der

respektvolle Umgang miteinander und mit der Natur immer häufiger in den Hintergrund trete, sei „Respekt“ ein Taufname mit Symbolcharakter, betonten die Bacchuspreisträger als Namensgeber.

Bacchuspreisträger aus Politik und Handel

Im Rahmen der Weintaufe wurde auch der begehrte Bacchuspreis für herausragende Verdienste um den österreichischen Wein vergeben. In der nationalen Kategorie erhielten gleich zwei ehemalige Polit-Granden die Auszeichnung: Niederösterreichs Landeshauptmann a.D. Erwin Pröll und Wiens Altbürgermeister Michael Häupl.

Pröll habe einen „emotionellen und authentischen Bezug“ zum niederösterreichischen Wein, der ihn bereits ein ganzes Leben lang begleite. Schließlich stammt er aus einer Weinviertler Winzerfamilie. Entsprechend lag ihm die Unterstützung des niederösterreichischen Weinbaus während seiner Regierungstätigkeit ganz besonders am Herzen. Wie der Wein ist auch Pröll nach seiner 25jährigen Laufbahn als Landeshauptmann untrennbar mit der Erfolgsgeschichte Niederösterreichs verbunden.

Auch Wiens ehemaliger Bürgermeister Michael Häupl war stets um die Pflege der traditionsreichen örtlichen Weinkultur bemüht. In keiner anderen Metropole weltweit wird heute derart bedeutsamer und hochwertiger Weinbau betrieben. Das Wiedererstarben des Weinbaus in Österreichs kleinstem weinbautreibendem Bundesland ist auch ein Verdienst Häupls. Während seiner Amtszeit erfuhr die Wiener Winzerschaft zahlreiche Impulse, so etwa die Einführung des Wiener Weinpreises oder des äußerst erfolgreichen Wiener Weinwandertags.

Der internationale Bacchuspreis ging an Karl Mair aus Südtirol für dessen unermüdlischen Einsatz für den österreichischen Wein. In seinem Pretzhof im Südtiroler Pfitztal vertreibt der leidenschaftliche Weinhändler neben hofeigenen Produkten auch ein bemerkenswertes Sortiment österreichischer Weine, das er in Pionierarbeit über viele Jahre hinweg der italienischen Top-Gastronomie näherbrachte. Als vielleicht wichtigster Importeur von österreichischem Wein nach Italien hat er somit einen zentralen Anteil am wachsenden Erfolg von Österreichs Weinen im südlichen Nachbarland. ■

<https://www.oesterreichwein.at/>

Kurz: Dank an Arik Brauer

... für die Vermittlung seiner Erfahrungen – Ehrenzeichen an jüdischen Maler – EJC-Ehrenpreis »Jerusalem Navigator« für Bundeskanzler

Im Vorfeld der Antisemitismus- und Antizionismus-Konferenz (siehe S. 15, Anm.) erhielt der jüdische Maler, Sänger und Grafiker Arik Brauer das Große Goldene Ehrenzeichen der Republik Österreich verliehen. „Ich möchte mich beim Geehrten vor allem für die Weitergabe seiner Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus und des Holocaust – auch an die jüngere Generation – bedanken. Das ist ein wichtiger Beitrag dazu, daß die NS-Gräueltaten nicht vergessen werden“, betonte Bundeskanzler Sebastian Kurz anlässlich des Festakts im Naturhistorischen Museum.

Arik Brauer nahm in seiner Dankesrede auf die Gefahren des importierten Antisemitismus Bezug und unterstrich, daß Israel Europa brauche und auch umgekehrt.

Der Europäische Jüdische Kongress (EJC) zeichnete Bundeskanzler Sebastian Kurz mit dem „Jerusalem Navigator“ aus. EJC-Präsident Moshe Kantor bezeichnete den österreichischen Regierungschef bei der Übergabe des Preises als „Mann von Grundsätzen und Visionen und wahren Freund des jüdischen Volkes“. Der Bundeskanzler habe sich beim Blick auf die dunkelsten Kapitel Österreichs nicht vor der historischen Wahrheit gedrückt, sondern sie mit der Verantwortung eines großen Staatsmannes angenommen.

Sebastian Kurz sah die Überreichung dieses Ehrenpreises als große Ehre und einen für ihn persönlich berührenden Moment: „Die Auszeichnung ist ein klarer Auftrag, den Kampf gegen Antisemitismus entschlossen weiterzuführen, jüdisches Leben in Europa zu unterstützen und unsere Beziehungen mit Israel weiter auszubauen.“

Arik Brauer im JMW

„Ich war immer schon ein Maler“, so beantwortet Arik Brauer die Frage wie er zur Kunst kam. Wobei in seinem Fall besser von Künsten die Rede sein sollte: Malerei, Architektur, Musik, Tanz, Bildhauerei und Poesie sind nur einige seiner Talente. Das Jüdische Museum Wien wird den Menschen und Künstlern zu seinem 90. Geburtstag und die verschiedenen Facetten seiner Arbeit von 3. April bis 20. Oktober 2019 präsentieren. ■

<https://www.bundeskanzleramt.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Arik_Brauer



Bundeskanzler Sebastian Kurz (r.) verleiht Arik Brauer das Große Goldene Ehrenzeichen ...



... und wird von Moshe Kantor, dem Präsidenten des Europäischen Jüdischen Kongresses, mit dem »Jerusalem Navigator« ausgezeichnet.

Fotos: BKA / Andy Wenzel

Dank und Wertschätzung für Michael Häupl



Foto: Bgld. Landesmedien-service

Michael Häupl wurde von Landespräsident Hans Niessl und den Landespräsidenten der anderen Bundesländer offiziell verabschiedet.

Michael Häupl, von November 1994 bis Mai 2018 Landespräsident und Bürgermeister von Wien, wurde am 23. November im Rahmen der ordentlichen Landespräsidentenkonferenz im südburgenländischen Stegersbach von Burgenlands Landespräsident Hans Niessl als Vorsitzenden der Landespräsidentenkonferenz und den Landespräsidenten der anderen Bundesländer offiziell verabschiedet (*Bildmitte, rote Krawatte*).

Als Zeichen des Dankes und der Wertschätzung erhielt Michael Häupl ein beson-

deres Bild des international renommierten burgenländischen Malers Sepp Laubner überreicht.

„In meinen fast 18 Jahren als Landespräsident des Burgenlandes könnte ich viele Beispiele nennen, die wir als Landespräsidenten gemeinsam realisiert und umgesetzt haben. Dabei auch ganz oft unter der Federführung von Michael Häupl. Dabei war die Zusammenarbeit zwischen dem Wiener Bürgermeister und den anderen Landespräsidenten stets von Vertrauen und auch von Hand-

schlagqualität geprägt. ‚Ein Mann, ein Wort‘ – so könnte man die Zusammenarbeit am treffendsten bezeichnen. Die Landespräsidenten sagen ‚Danke‘ für all das, was Michael Häupl als Landespräsident und Bürgermeister der Stadt Wien für die anderen Bundesländer geleistet hat. Er war stets ein Freund, ein aufrichtiger und vertrauensvoller Partner unserer Heimatländer – insbesondere des Burgenlandes“, so Niessl.

<http://www.burgenland.at>

https://de.wikipedia.org/wiki/Michael_H%C3%A4upl

Kärntner Menschenrechtspreis verliehen

Friedensarbeit und gelebte Solidarität standen am 8. Dezember im Mittelpunkt einer stimmungsvollen Feier im Spiegelsaal der Kärntner Landesregierung. Grund dafür war die Vergabe des Kärntner Menschenrechtspreises an das „Sommerkolleg Bovec“ und den Verein „IniciativAngola“. Die Auszeichnung erfolgte durch Landespräsident Peter Kaiser. Auffallend war heuer die große Diversität bei den insgesamt 14 Einreichungen.

„Menschenrechte sind nichts Selbstverständliches und Demokratie ist nichts Alltägliches – sie müssen stets aufs Neue, täglich, stündlich und bei jeder Gelegenheit neu erkämpft werden. Und daher tue ich es“, betonte Kaiser. Der Kampf für die Menschenrechte habe in den 25 Jahren, in denen es diese Auszeichnung nun schon gebe, nichts an Aktualität verloren. „An jedem 10. Dezember sind vermehrt Appelle für Menschenrechte zu hören, ich wünsche mir noch 364 Tage wie den 10. Dezember“, so Kaiser.

Das „Sommerkolleg Bovec“ ist ein Friedensprojekt für den Raum Slowenien – Friaul – Kärnten und feiert 2018 sein 25-jähriges Jubiläum. Ein Beispiel für gelebte Soli-



Foto: LPD Kärnten / fritzpress

Verleihung des 25. Menschenrechtspreises 2018 des Landes Kärnten mit LH Peter Kaiser, Vladimir Wakounig, Hanzelj Rosenzopf und Bischofsvikar Josef Marketz

darität und Unterstützung für benachteiligte Völker durch diverse Projekte und zahlreiche Aktivitäten ist der Verein „IniciativAngola“. Es werden Jugendprojekte in Afrika unterstützt. In Kärnten stehe die Intention

nicht nur der Preis und das „vor den Vorhang holen“ im Vordergrund – dahinter stehe auch ein Menschenrechtsbeirat, der für die Wahrung der Menschenrechte in Kärnten Sorge.

<https://www.ktn.gv.at>

LH a.D. Erwin Pröll Ehrenbürger von St. Pölten

Niederösterreichs Landeshauptmann a. D. Erwin Pröll wurde am 8. Dezember im Rahmen einer Festveranstaltung im Rathaus St. Pölten die Ehrenbürgerschaft der niederösterreichischen Landeshauptstadt verliehen. Erwin Pröll sei damit der 17. Ehrenbürger St. Pöltens, sagte Bürgermeister Matthias Stadler in seiner Laudatio und betonte, daß diese Auszeichnung nur sehr selten vergeben werde und nur an Persönlichkeiten, die sich in außergewöhnlicher Weise um St. Pölten verdient gemacht hätten.

Erwin Pröll habe an der Seite des damaligen Landeshauptmannes Siegfried Ludwig in seiner Funktion als Landeshauptmann-Stellvertreter die Hauptstadtwerdung St. Pöltens „auf den Weg gebracht“ und als Landeshauptmann die Entwicklung St. Pöltens ganz entscheidend vorangetrieben. Im Zuge der Hauptstadtwerdung übersiedelten viele weitere Institutionen und Einrichtungen nach St. Pölten, zahlreiche Bauvorhaben konnten realisiert und „architektonische Akzente“ gesetzt werden.

Für Erwin Pröll ist die Auszeichnung auch Ausdruck der „engen und guten Zusammenarbeit“ zwischen Stadt und Land. Die Ent-



Foto: NLK / Filzwieser

v.l.: LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf, Landeshauptmann a. D. Erwin Pröll, Bürgermeister Matthias Stadler und Diözesanbischof Alois Schwarz

wicklung der Landeshauptstadt, die 20 Jahre lang sein Arbeitsplatz gewesen sei, „ist beispielhaft“, sagte Pröll in seinen Dankesworten. In den Anfangsjahren der Hauptstadtwerdung habe es zwischen Stadt und Land immer wieder Auffassungsunterschiede gegeben, die Zusammenarbeit sei keine Selbst-

verständlichkeit gewesen. Umso wichtiger sei es gewesen, daß hier Menschen am Werk waren, die in der „Lage und willens“ waren, das gemeinsame Ganze in den Vordergrund zu stellen. ■

<http://www.st-poelten.gv.at>

https://de.wikipedia.org/wiki/Erwin_Pr%C3%B6ll

Wechsel in Oberösterreichs Landesregierung

Am 13. Juni 2018 gab Oberösterreichs LH-Stellvertreter und Wirtschaftslandesrat Michael Strugl bekannt, daß er sich aus der Politik zurückziehen und in den Vorstand des größten Energieversorgers Verbund wechseln werde. Landeshauptmann Thomas Stelzer sagte damals, er freue sich „riesig für ihn“ und sei überzeugt, „daß er als Top-Manager der richtige Mann für diesen Job ist. Gleichzeitig bedauere ich natürlich seinen Abgang als meinen Stellvertreter.“

Landesrätin Christine Haberlander, sie ist für Bildung, Frauen und Gesundheit zuständig, folgte mit ihrer Angelobung am 6. Dezember die gebürtige Linzerin als erste Frau in der Geschichte Oberösterreichs Strugl als Landeshauptmann-Stellvertreterin nach.

Markus Achleitner wurde als Oberösterreichs neuer Wirtschaftslandesrat angelobt. Er hat in den vergangenen Jahren das Großunternehmen „Eurothermen“ wirtschaftlich sehr erfolgreich geführt.

Achleitner: „Das Standortressort ist das Zukunftsressort in der Oberösterreichischen Landesregierung. Alle Fäden, die es für eine erfolgreiche wirtschaftspolitische Weiterentwicklung des Standortes OÖ braucht, laufen



Foto: OÖ / Denise Stinglmayr

Nach der Angelobung im OÖ Landtag (v.l.): Wirtschaftslandesrat Markus Achleitner, Landeshauptmann Thomas Stelzer und LH-Stellvertreterin Landesrätin Christine Haberlander

hier zusammen. Mit meinem Programm ‚Fit for future – OÖ 2030‘ wollen wir unser Bundesland zukunftsfit machen und von einer guten Basis ausgehend an die Spitze der europäischen Top-Wirtschaftsregionen

führen.“ faßte Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner am 10. Dezember im Rahmen einer Pressekonferenz seine Strategie zusammen. ■

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>

Ehrenzeichen des Landes Salzburg für Peter Nindl

Die 40er-Marke hat er zwar nicht geknackt, aber mit unglaublichen 39 Amtsjahren ist Peter Nindl Rekordhalter als längstdienender Bürgermeister Österreichs. Am 30. November übergab der 68jährige Vollblut-Politiker sein Amt als Ortschaft von Neukirchen an Andreas Schweinberger.

Landeshauptmann Wilfried Haslauer würdigte Nindl als steten Vordenker und Vorreiter in der Umsetzung von zukunftsweisenden Ideen. In Anerkennung seiner Verdienste überreichte er ihm bei einem Festkonzert in der Neuen Mittelschule Neukirchen das Ehrenzeichen des Landes und betonte: „Es ist wirklich außerordentlich beeindruckend, daß sich jemand für so lange Zeit in den Dienst seiner Gemeinde stellt. Es zeigt einerseits das große Engagement und andererseits die damit verbundene Beliebtheit von Peter Nindl. Er prägte die Entwicklung Neukirchens in besonderer Weise, in seiner Amtszeit wurde eine Vielzahl an erfolgreichen Projekten umgesetzt.“

Der gebürtige Neukirchener und gelernte Bankkaufmann übernahm im November 1979 das Bürgermeisteramt in der Pinzgauer Gemeinde. Mit 29 Jahren war er damals der



Foto: LMZ / Franz Neumayr

Ehre, wem Ehre gebührt: LH Wilfried Haslauer (r.) steckte dem längstdienenden Bürgermeister Österreichs, Peter Nindl, die Landesauszeichnung an.

jüngste Ortschaft des Bundeslandes Salzburg. In den folgenden 39 Jahren hat er in Neukirchen zahlreiche Projekte angestoßen und realisiert. Nindl war auch der erste Bürgermeister der Region, der den Nationalpark-

gedanken verfolgte und „seine“ Gemeinde positiv dazu einstellte. Die Gründung des Zukunftskollegiums Nationalpark Hohe Tauern trägt ebenfalls seine Handschrift. ■

<https://www.salzburg.gv.at/>

Volkskulturpreis des Landes Steiermark 2018 verliehen



Foto: steiermark.at / Streibl

Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und Landesrätin Doris Kampus mit den diesjährigen PreisträgerInnen

Im Weißen Saal der Grazer Burg überreichte Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer am 8. November den Volkskulturpreis des Landes Steiermark – mit dem werden seit 2002 alle zwei Jahre herausragende Leistungen auf dem Gebiet der Volkskultur vor den Vorhang geholt. Aus insgesamt 27 Einreichungen wurde dieses Jahr neben dem Verein „Folklore Global“ auch das Projekt „Meistersinger“ und die Arbeitsgemeinschaft „Ausseer Kammerhofmuseum“ aus-

gezeichnet. Die PreisträgerInnen erhielten insgesamt 11.000 Euro an Preisgeld.

Volkskulturreferent Schützenhöfer zeigte sich nicht nur von den einzelnen Projekten beeindruckt, er unterstrich in seinen Grußworten auch die Bedeutung der Volkskultur, die sowohl im Alltag als auch bei Feierlichkeiten, bei freudigen sowie auch bei traurigen Anlässen, eine entscheidende Rolle einnimmt. „Unsere regionalen Besonderheiten und Traditionen, die von musikalischen Aus-

drucksformen über die Tracht bis hin zu unseren Regionalmuseen und Kulturdenkmälern reichen, bilden eine wertvolle Basis für unsere eigene Identität und das Miteinander in unseren Gemeinden und Regionen. Die heute ausgezeichneten Projekte sind Vorbilder und Aushängeschilder für die steirische Volkskulturlandschaft und ich darf allen Preisträgern und der Preisträgerin herzlich gratulieren.“ ■

<https://www.verwaltung.steiermark.at/>

Tiroler Adler Orden für Bundespräsident a.d. Heinz Fischer

Dem früherem Bundespräsidenten, Nationalratspräsidenten und Wissenschaftsminister Heinz Fischer wurde am 29. November eine große Ehre durch das Land Tirol zuteil: Nach einem landesüblichen Empfang mit Ehrensalue der Schützenkompanie Grinzens überreichte Landeshauptmann Günther Platter dem 2016 aus dem Amt geschiedenen Staatsoberhaupt in der Hofburg in Innsbruck den Großen Tiroler Adler Orden.

„Mit Bundespräsident Heinz Fischer hatten wir immer einen Staatspolitiker von Rang und Namen, der seine große Verbundenheit mit dem Bundesland Tirol zeigte und lebte. Dr. Fischer stellte stets eine große Sensibilität für unsere Europaregion mit ihren historischen Landesteilen unter Beweis. Er ist eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens, die immer den richtigen Ton fand, wenn es drauf ankam, und auch hinter den Kulissen gewirkt hat, wenn es notwendig war. Auch sein großes Wissen und sein abwägendes Wesen haben ihn zu einem besonderen Freund Tirols werden lassen. Die heutige Auszeichnung mit dem Großen Tiroler Adler Orden macht diesen Weltbürger und Europäer gleichsam zum Ehrenbürger Tirols“, sagte



Foto: Land Tirol / Berger

v.l.: LHStv Josef Geisler, LTPin Sonja Ledl-Rossmann, LH Günther Platter, Altbundespräsident Heinz Fischer mit seiner Frau Margit und LRin Beate Palfrader nach dem Festakt

Tirols Landeshauptmann beim Festakt im Riesensaal der Hofburg.

Tilmann Märk, Rektor der Universität Innsbruck, würdigte das Lebenswerk des Altbundespräsidenten aus der wissenschaft-

lichen Perspektive: „Heinz Fischer ist nicht nur ein ‚Homo politicus‘, sondern auch ein herausragender Forscher und Lehrer.“ ■

<https://www.tirol.gv.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Heinz_Fischer

Ideenwettbewerb Radkultur: Rauch gratulierte PreisträgerInnen

Um den Fahrradverkehr in Vorarlberg weiter zu stärken, wurde 2018 erstmals der Ideenwettbewerb Radkultur ausgeschrieben. Aus insgesamt 18 Einreichungen von Einzelpersonen, Gemeinden, Vereinen und Betrieben wurden fünf Siegerprojekte gekürt und 10. Dezember in Bregenz von Landesrat Johannes Rauch ausgezeichnet.

„Wer den Radverkehr fördern möchte, muß ein hervorragendes Angebot schaffen. Das bedeutet Investitionen in Infrastruktur, aber dazu braucht es auch eine Gesellschaft, die gerne mit dem Fahrrad unterwegs ist und in der die Begeisterung fürs Radfahren belohnt wird“, sagte Landesrat Rauch. Schon jetzt gehöre das Fahrrad im Ländle zum Alltag und mit dem Radkultur-Wettbewerb werde der erfreuliche Trend noch verstärkt. „Ich bin sehr zuversichtlich, daß wir mit so vielen tollen Ideen den Radanteil in Vorarlberg weiter wachsen lassen können“, bedankte sich Rauch bei allen, die ihre Projekte eingereicht haben.

Derzeit werden in Vorarlberg ca. 16 Prozent aller Alltagswege mit dem Fahrrad zurückgelegt. Das ist österreichweit ein Spitzenwert. Als Ziel nannte Landesrat Rauch



Foto: VLK / A. Serra

Landesrat Johannes Rauch und mit der Radkordinatorin des Landes, Anna Schwerzler, bei der Siegerehrung des Vorarlberger Ideenwettbewerbs Radkultur

einen Anteil von 20 Prozent. Für den Radkultur-Wettbewerb waren Ideen gefragt, die 2018 umgesetzt wurden oder unmittelbar umsetzbar wären. Eine fachkundige Jury hat über die Vergabe von insgesamt 15.000 Euro

an die fünf Siegerprojekte entschieden. Im Frühjahr 2019 wird der Wettbewerb erneut ausgeschrieben, kündigte die Radkordinatorin des Landes, Anna Schwerzler, an. ■

<http://www.vorarlberg.at/>

Hohe Wiener Auszeichnung für Unternehmer Erhard Grossnigg

Landeshauptmann Michael Ludwig überreichte am Nachmittag des 13. Dezember dem Unternehmer Erhard F. Grossnigg das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. An der Ehrung, die für den Geehrten eine Überraschung darstellte, nahmen prominente Gäste aus Wirtschaft und Kultur, wie Generalanwalt i.R. Ökonomierat Christian Konrad, Bundesminister a.D. Martin Bartenstein, Abgeordneter zum Nationalrat a.D. Hans Peter Haselsteiner, Präsident i.R. Günter Rhomberg, Generaldirektorin Johanna Rachinger, Intendant Matthias Naske, Landtagspräsident a.D. Heinz Hufnagl sowie Landesamtsdirektor Erich Hechtner teil.

Der Landeshauptmann würdigte in seiner Begrüßung zur Feierstunde die Leistungen des Geehrten für die Stadt Wien.

Christian Konrad erzählte in seiner Laudatio, daß ihm die Idee für die Überraschungsehrung für Erhard Grossnigg bei einem Spaziergang im Augarten gekommen sei, zumal Grossnigg im Jahr 2003 die insolvente Porzellanmanufaktur Augarten übernommen hatte, die aufgrund seiner Sanierungsmaßnahmen wieder auf dem Erfolgs-



Foto: PID / C. Jobst

v.l.: Landeshauptmann Michael Ludwig bei der Überreichung des Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um das Land Wien an den Unternehmer Erhard F. Grossnigg, die Laudatio hielt Generalanwalt i.R. Ökonomierat Christian Konrad

weg sei. Konrad würdigte Grossniggs unternehmerische Fähigkeiten, aber auch dessen Unterstützung bei gesellschaftspolitischen Anliegen sowie seine Freude an der Kunst.

Erhard Grossnigg zeigte sich bei seinen Dankesworten tief bewegt von dieser für ihn überraschenden Ehrung. ■

<https://www.wien.gv.at/>

»Irgendwie bin ich schon ein alter Mann«

Bereits das fünfte Jahr in Folge bekam Wilhelm Hammer Anfang Dezember Besuch von VertreterInnen der Stadt Innsbruck und nahm Glückwünsche zu einem dreistelligen Geburtstag entgegen. Vor kurzem feierte er nämlich seinen 104., zu dem Vizebürgermeister Franz X. Gruber herzlich gratulierte: „Es freut mich, daß ich Sie bei so guter Gesundheit antreffe. Im Namen der Stadt überbringe ich die besten Wünsche.“

Geboren wurde der Jubilar im Jahr 1914 in Wien. Sein Leben war bewegt: Zwei Kaiser, zwei Kriege und zahlreiche geschichtliche Ereignisse erlebte er im vergangenen Jahrhundert. „Irgendwie bin ich schon ein alter Mann“, scherzte der Jubilar. „Nach dem zweiten Weltkrieg hatte ich fast nichts mehr, da habe ich mir mit meiner Frau und meinen Kindern ein Leben in Innsbruck aufgebaut“, erinnert sich der älteste Innsbrucker Mann noch gut an Vergangenes

Das Berufsleben des studierten Maschinenbauers war geprägt von der Technik: Jahrelang überwachte er Baustellen in ganz Österreich und war für zahlreiche Tunnel- und Kraftwerksprojekte verantwortlich. Seit nunmehr knapp 40 Jahren ist er in Pension, die



Foto: IKM / Hofer

Jubilär Wilhelm Hammer (l.) und Vizebürgermeister Franz X. Gruber beim Jubiläumsbesuch

er immer noch in seiner Wohnung in Hötting genießt.

Der Vizebürgermeister zeigte sich interessiert an den Geschichten und Erinnerungen, die Wilhelm Hammer zu erzählen hatte:

„Sie sind ein beeindruckender Mann. Ich freue mich, Sie in einem Jahr wieder zu sehen. Bis dahin wünsche ich Ihnen alles Gute.“ ■

<https://www.ibkinfo.at/>

Adventempfang im Bundeskanzleramt

Bundeskanzler Sebastian Kurz dankt Kirchen für das gute Miteinander von Religionen und Regierung in Österreich



Foto: BKA / Andy Wenzel

v.l.: Pastor Reinhold Eichinger, Michael Bünker, Metropolit Arsenios Kardamakis, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Kardinal Christoph Schönborn, Bischof Anba Gabriel, Bundesminister Gernot Blümel, Generalsekretär Peter Schipka, Nuntius Erzbischof Peter Stephan Zurbriggen und Nuntiaterrat Msgr. George Panamthundil

Zu einem Adventempfang luden Bundeskanzler Sebastian Kurz und Bundesminister Gernot Blümel hochrangige Vertreter der christlichen Kirchen und Religionsgemeinschaften am 4. Dezember ins Bundeskanzleramt. In seiner Ansprache würdigte Kurz das gute Miteinander von Religionen und Regierung in Österreich. Durch die Glaubensweitergabe käme den Kirchen zudem ein hoher gesamtgesellschaftlicher Verdienst zu: Der Glaube „bietet Halt, Geborgenheit und Orientierung“ und trage damit zum gesamtgesellschaftlichen Dialog bei. Es brauche überdies Werte wie Toleranz und gegenseitigen Respekt, um eine friedliches Zusammenleben von Menschen zu garantieren.

Insbesondere mahnte die Adventzeit dazu, sich auf das Wesentliche des Gemeinwohls zu besinnen und auf das Gemeinsame zu sehen. „Wir müssen dieses Miteinander aber mit Leben erfüllen“, so Sebastian Kurz.

Der Bundeskanzler betonte überdies die Bedeutung der karitativen Tätigkeiten der Kirchen und zeigte sich als Politiker „sehr dankbar für den guten Austausch“ mit ihnen. Kurz dankte auch dem in den Ruhestand tretenden Apostolischen Nuntius in Österreich, Erzbischof Peter Stephan Zurbriggen, für seine bisherige Tätigkeit. „Du bist mir immer mit Rat und Tat zur Seite gestanden“, so der Bundeskanzler.

Auch Kardinal Christoph Schönborn lobte das „ausgesprochen gute Miteinander“ von Regierung und allen Religionsgemeinschaften in Österreich, das in vielen Teilen der Welt nicht selbstverständlich sei. Gemeinsames Ziel von Politik, Zivilgesellschaft sowie Kirchen und Religionen müsse das Gemeinwohl sein. Dies liege in deren „gemeinsamer Verantwortung“ und sei deren „gemeinsamer Auftrag“, so Kardinal Schönborn abschließend.

Teilnehmer an dem Adventempfang waren neben Kardinal Schönborn und Bischofskonferenz-Generalsekretär Peter Schipka auch Nuntius Erzbischof Zurbriggen, Nuntiaterrat Msgr. George Panamthundil, Metropolit Arsenios Kardamakis (Griechisch-orthodoxe Kirche), die Bischöfe Anba Gabriel (Koptisch-orthodoxe Kirche) und Michael Bünker (Evangelisch-lutherische Kirche) sowie Pastor Reinhold Eichinger von den Freikirchen in Österreich. ■



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Sebastian Kurz begrüßt Kardinal Christoph Schönborn

Stift Göttweig: Dankgottesdienst für Dachsanierung

Landeshauptfrau Mikl-Leitner: Wunderschönes Kulturjuwel und Ort der Begegnung

Mit einem feierlichen Dankgottesdienst, geleitet durch Abt Columban Luser, feierte das Stift Göttweig am 18. November den Abschluß der Dachsanierung. Nach sechs Jahren Bauzeit konnten die Arbeiten im Zusammenhang mit der Neudeckung der Dächer des Stifts finalisiert werden.

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner sprach in ihrer Festrede im Anschluß an den Dankgottesdienst von einem „ganz besonderen Tag für das Stift Göttweig und für alle, die heute hier mitfeiern dürfen“. Das Stift Göttweig habe „in und für Niederösterreich eine große Bedeutung“, denn es sei „ein wunderschönes Kulturjuwel, dessen Schönheit und Bedeutung weit über die Grenzen Niederösterreichs und Österreichs hinausreicht“, betonte die Landeshauptfrau. Außerdem sei das Stift auch ein „wichtiger Ort der Begegnung“, verwies sie in diesem Zusammenhang auf das Europa-Forum Wachau, das seit vielen Jahren in Göttweig stattfindet. „Es ist unsere Verantwortung, unser kulturelles Erbe zu bewahren und den nächsten Generationen weiter zu geben“, hielt Mikl-Leitner fest.

„Ein sehr wichtiges Projekt konnte nun abgeschlossen werden“, sagte Erwin Hameseder, der Obmann der Freunde des Benediktinerstiftes Göttweig, in seiner Rede. Zeit- und Kostenrahmen seien eingehalten worden, betonte er, und dankte allen, die sich eingebracht haben. „Mögen hier noch viele Generationen innere Einkehr, Frieden und Beistand finden“, so Hameseder.

„Wir blicken heute dankbar auf sechs Jahre zurück, in denen unser gesamtes Stiftsdach saniert wurde“, meinte Abt Columban Luser in seiner Predigt. „Viele offene Türen und viele offene Herzen“ hätten es möglich gemacht, dieses Projekt abzuschließen, so der Abt des Stiftes Göttweig: „Ein großes Danke und Vergelt's Gott an alle, die mitgeholfen haben.“

Das Stift Göttweig wurde in insgesamt sechsjähriger Bauzeit (2013 bis 2018) neu bedacht. Die Gesamtkosten für die Neudeckung der Stiftsdächer betragen 6,8 Millionen Euro. Das Land Niederösterreich unterstützte die sechs Etappen mit rund 24 Prozent der



Foto: NLK / Burchhart

v.l.: Erwin Hameseder (Obmann des Vereins der Freunde des Benediktinerstiftes Göttweig), Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Landeshauptmann a. D. Erwin Pröll, Bürgermeisterin von Furth bei Göttweig Gudrun Berger und Bezirkschauptfrau Elfriede Mayrhofer.

Kosten, das Bundesdenkmalamt steuerte 13 Prozent der Gesamtkosten bei, die Bemühungen des Fördervereins führten zu einem Spendenaufkommen von mehr als 16 Prozent der Gesamtkosten. Der restliche Betrag von rund 3,1 Millionen Euro wurde durch das Benediktinerstift getragen.

Insgesamt wurde eine Dachfläche von rund 18.000 Quadratmetern saniert, rund 523.000 Stück Dachziegel wurden verlegt. Im Zuge der Arbeiten wurden auch über 1.900 Laufmeter Dachrinnen erneuert.

Anlässlich des Gottesdienstes zum Abschluß der Dachsanierung erhielten die Mitglieder des Kuratoriums für die Dachsanierung, die Vorstände des Vereines der Freunde des Stiftes Göttweig und einige Vereinsmitglieder als Zeichen des Dankes ein Kreuz. Abt Columban segnete während der Eucharistiefeier die Kreuze, die aus alten Nägeln der Dachstuhlkonstruktion gefertigt worden waren. ■

<https://www.stiftgoettweig.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Stift_G%C3%B6ttweig



Foto: Österreich Journal / Michael Mössner

Quantenkryptographie ist bereit für das Netz

Wiener Quantenforscher der ÖAW realisierten in Zusammenarbeit mit dem AIT erstmals ein quantenphysikalisch verschlüsseltes Netzwerk zwischen vier aktiven Teilnehmern. Diesen wissenschaftlichen Durchbruch würdigt das Fachjournal »Nature« nun mit einer Cover-Story.

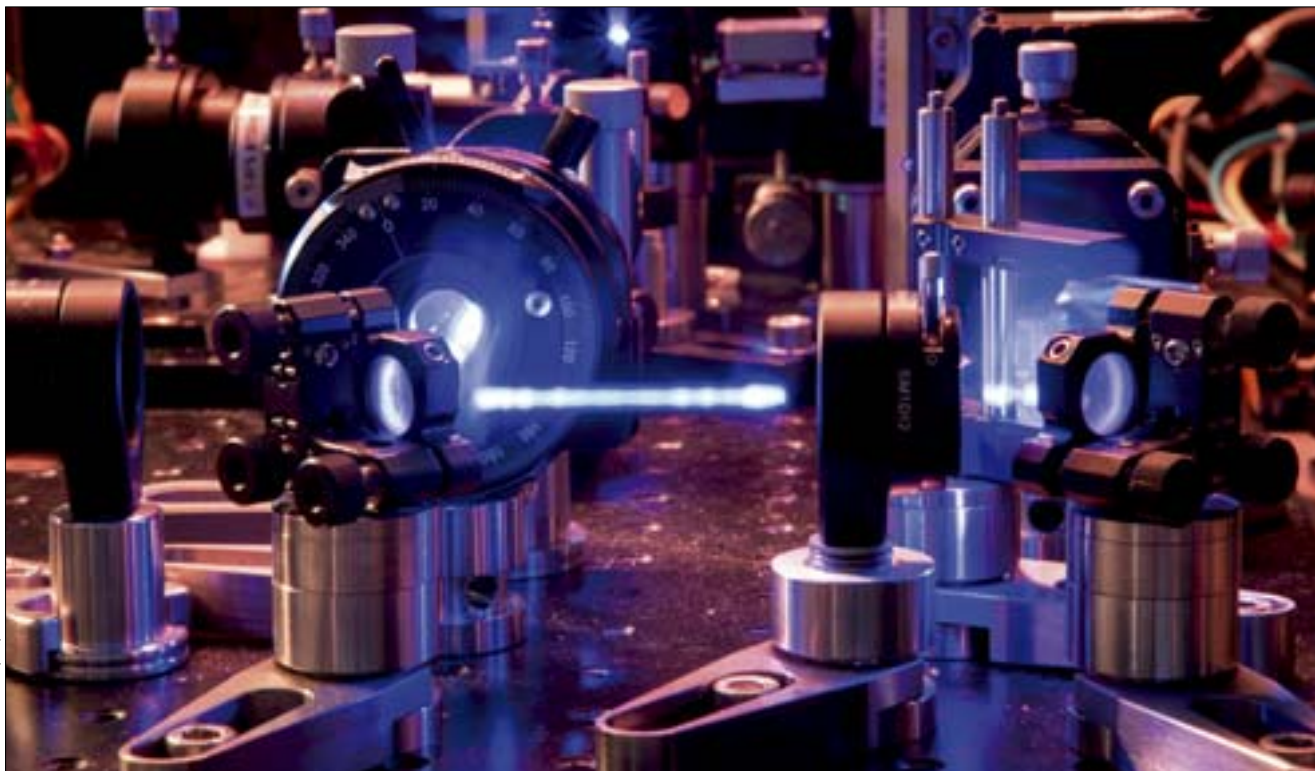


Foto: ÖAW / IQOQI

Die quantenmechanische Verschränkung von Lichtteilchen wurde von Wiener Quantenforschern der Österreichischen Akademie der Wissenschaften eingesetzt, um innerhalb eines Netzwerks abhörsichere Kommunikation zwischen mehreren Teilnehmern zu ermöglichen.

Alice und Bob bekommen Gesellschaft: Bisher fand quantenkryptographisch verschlüsselte Kommunikation primär zwischen zwei aktiven Teilnehmern, zumeist Alice und Bob genannt, statt – ein großes Manko für den Einsatz in modernen Netzwerken, die zwischen zahllosen aktiven Teilnehmern gleichzeitig kommunizieren müssen.

Forscher des Wiener Instituts für Quantenoptik und Quanteninformation der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) haben diese Hürde nun überwunden: In einem quantenphysikalischen Experiment gelang es ihnen in Zusammenarbeit mit dem Austrian Institute of Technology (AIT) erstmals, vier Teilnehmer innerhalb eines Quantennetzwerks so miteinander zu verbinden, daß jeder von ihnen mit jedem anderen verschlüsselte Botschaften austauschen konnte.

Damit dürfte ein Meilenstein auf dem Weg zum quantenkryptographischem Internet erreicht sein.

Abhörsichere Kommunikation zwischen mehreren Nutzern

Das Quanteninternet der Zukunft soll vollkommen abhörsichere Kommunikation zwischen NutzerInnen weltweit ermöglichen. Anstelle von starken Lichtsignalen der klassischen Kommunikationstechnologie werden hier einzelne Lichtteilchen (Photonen) benutzt, um einen kryptographischen Schlüssel zu erzeugen. Mit diesem können dann Daten verschlüsselt und auf klassischen Wegen versandt werden. Hat der Empfänger den gleichen Schlüssel, kann er die Daten dechiffrieren. Die Sicherheit dieses Verfahrens basiert dabei auf einer quantenphysikali-

schen Gesetzmäßigkeit: Es ist unmöglich, den Zustand eines einzelnen Lichtteilchens fehlerfrei zu kopieren. Versucht es trotzdem jemand, erzeugt er Fehler in der Übertragung und der Hack von außen fliegt auf. In einem konventionellen Netzwerk hingegen können Nachrichten unendlich oft kopiert werden, ohne dabei Spuren zu hinterlassen.

Wie man die Quantenkryptographie auch in Netzwerken einsetzt, ist zwar im Prinzip bekannt, erklärt Rupert Ursin, Forschungsgruppenleiter am ÖAW-Institut. „Experimentell umgesetzt wurde das aber bisher nur mit großen Einschränkungen“, so der Co-Autor der in „Nature“ als Cover-Story erschienenen Studie weiter. Bisherige Quantennetzwerke konnten in den meisten Fällen nur zwei aktive Teilnehmer unter Garantie der Sicherheit miteinander verbinden. Für den Zusammen-

schluß mehrerer Teilnehmer waren hingegen hochkomplexe und fehleranfällige Hardware-Setups erforderlich, die letztlich ebenfalls nur limitierte Kommunikationsverbindungen zuließen.

Neue Architektur für Quantennetzwerk

Den Ausweg aus dieser Einschränkung fanden die Wiener Forscher nun, indem sie eine neue Netzwerkarchitektur entwarfen und in einem Experiment auf den Prüfstand stellten: Sie verbanden vier Teilnehmer in einem Quantennetzwerk und versorgten diese aus einer einzelnen Quelle mit einzelnen Lichtteilchen. Bereits an der Quelle wurden die Photonen jeweils paarweise mit einer unbekannt – jedoch identischen Polarisation (Polarisation bezeichnet die Schwingungsrichtung der Photonen), erzeugt.

Sören Wengerowsky, Erstautor der Studie, schildert den weiteren Ablauf des Experiments: „Die Photonenpaare werden wie in einem Regenbogen generiert, was uns die



Foto: ÖAW / IQOQ / Ketyrba

Wiener Quantenforscher der Österreichischen Akademie der Wissenschaften realisierten ein quantenkryptographisch verschlüsseltes Netzwerk. Auf dem Weg zur Entwicklung eines Quanteninternets der Zukunft ist ihnen damit ein wichtiger Schritt gelungen.



© ÖAW / IQOQ / Murali Krishna

Künstlerische Darstellung eines Quantennetzwerks zwischen vier Teilnehmern, das Wiener Quantenforscher der Österreichischen Akademie der Wissenschaften nun erstmals experimentell realisieren konnten.

Möglichkeit gibt, sie eindeutig unter den Teilnehmern zu verteilen. Jeder Teilnehmer nimmt dann eine Messung der Polarisation an seinem Photon vor.“ Das Ergebnis dieser Messung ist zwar gemäß den Gesetzmäßigkeiten der Quantenphysik bei jedem Teilnehmer zufällig, jedoch bei beiden Teilen eines Photonenpaares immer identisch. Dank dieser Verschränkung können alle Teilnehmer des Netzwerks miteinander kryptographische Schlüssel erzeugen und für eine abhörsichere Kommunikation verwenden. „Ein entscheidender Vorteil dieser Architektur ist ihre Flexibilität“, betont Ursin. „Wir sind damit in der Lage, neue Kommunikationspartner in das Quantennetzwerk zu integrieren – und zwar mit lediglich minimalen Eingriffen. Damit ist gezeigt, daß Quantennetzwerke Realität werden können – für Jedermann.“

In Zukunft können so umfassende Netzwerke aufgespannt werden, die es allen NutzerInnen auch über große Distanzen erlauben, abhörsicher miteinander zu kommunizieren – eine Voraussetzung für den Aufbau eines Quanteninternets. Die Erweiterbarkeit der neuen Quanten-Netzwerkarchitektur wollen die Forscher nun in weiteren Experimenten unter Beweis stellen. Im globalen Rennen um die Entwicklung des Quanteninternets ist jetzt jedenfalls geklärt: Alice und Bob können künftig auch netzwerken. ■

<https://www.oew.ac.at/>

Publikation
„Entanglement-based wavelength multiplexed quantum communication network“, Sören Wengerowsky, Siddarth Koduru Joshi, Fabian Steinlechner, Hannes Hübel, and Rupert Ursin, *Nature*, 2018.
DOI: 10.1038/s41586-018-0766-y

Neue Lasertechnik für chemische Sensoren in Mikrochip-Größe

Ein gewöhnlicher Laser hat genau eine Farbe. Alle Photonen, die er abstrahlt, haben genau dieselbe Wellenlänge. Es gibt allerdings auch Laser, deren Licht komplizierter aufgebaut ist. Wenn es aus vielen verschiedenen Frequenzen besteht, zwischen denen der Abstand immer gleich ist, wie zwischen den Zähnen eines Kamms, dann spricht man von einem „Frequenzkamm“. Frequenzkämme eignen sich perfekt dafür, verschiedenste chemische Stoffe aufzufspüren.

An der TU Wien wird diese spezielle Art von Laserlicht nun verwendet um chemische Analysen auf kleinstem Raum zu ermöglichen. Mit dieser neuen Technologie, die bereits zum Patent angemeldet wurde, können Frequenzkämme auf einem einzigen Chip auf sehr einfache und robuste Weise erzeugt werden. Diese Arbeit wurde nun im Fachjournal „Nature Photonics“ präsentiert.

Ein Kamm mit Nobelpreis

Frequenzkämme gibt es schon seit Jahren. Im Jahr 2005 wurde dafür der Physik-Nobelpreis vergeben. „Das Spannende dabei ist, daß man mit zwei Frequenzkämmen relativ einfach ein Spektrometer bauen kann.“ erklärt Benedikt Schwarz, der das Forschungsprojekt leitet. „Dabei nützt man Schwebungen zwischen verschiedenen Frequenzen aus, ähnlich wie sie in der Akustik auftreten, wenn man zwei verschiedene Töne mit ähnlicher Frequenz hört. Wir verwenden diese neue Methode, weil sie ohne bewegliche Teile auskommt und entwickeln damit ein Chemielabor im Millimeter-Format.“

An der TU Wien werden Frequenzkämme mit einer ganz speziellen Art von Lasern hergestellt – mit sogenannten „Quantenkaskadenlasern“. Dabei handelt es sich um Halbleiterstrukturen, die aus vielen verschiedenen Schichten bestehen. Wenn man elektrischen Strom durch die Struktur schickt, sendet sie Laserlicht im Infrarotbereich aus. Die Eigenschaften des Lichts kann man steuern, indem man die Geometrie der Schichtstruktur passend wählt.

„Mit Hilfe eines elektrischen Signals mit einer ganz bestimmten Frequenz können wir unsere Quantenkaskadenlaser gezielt beeinflussen und bekommen eine Reihe von Lichtfrequenzen, die alle miteinander gekop-

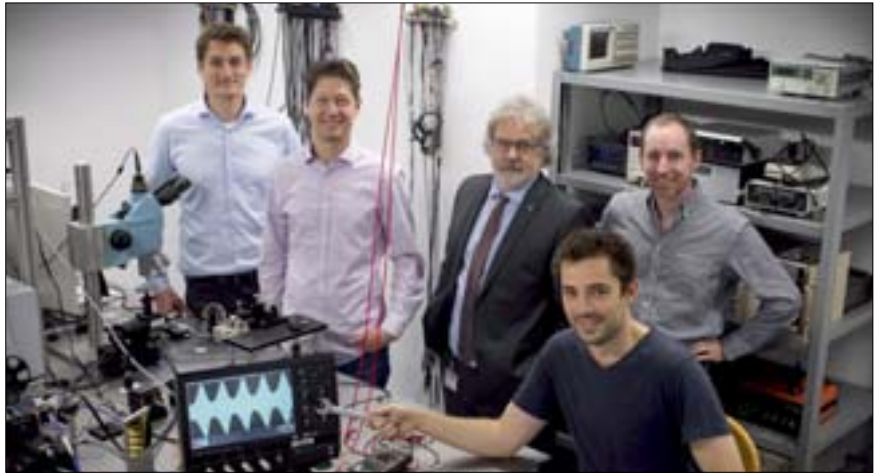


Foto: TU Wien

Das Forschungsteam vom Institut für Festkörperelektronik (v.l.): Benedikt Schwarz, Aaron Maxwell Andrews, Gottfried Strasser, Johannes Hillbrand und Hermann Detz

pelt sind“, sagt Johannes Hillbrand, Erstautor der Publikation. Das Phänomen erinnert an Schaukeln auf einem Schaukelgerüst – wenn man nicht die einzelnen Schaukeln anstößt, sondern in der richtigen Frequenz am Gerüst wackelt, kann man alle Schaukeln dazu bringen, in bestimmten gekoppelten Mustern zu schwingen.

„Der große Vorteil unserer Technik ist die Robustheit des Frequenzkamms“, sagt Benedikt Schwarz. Ohne diese Technik sind die Laser extrem empfindlich gegen Störungen, wie sie außerhalb des Labors unvermeidlich sind – etwa Temperaturschwankungen, oder Reflexionen, die einen Teil des Lichts wieder in den Laser zurücksenden. „Unsere Technik kann mit sehr geringem Aufwand realisiert werden und eignet sich daher hervorragend für praktische Anwendungen selbst in schwierigen Umgebungen. Die benötigten Bauelemente findet man heute im Grunde in jedem Mobiltelefon“, betont Schwarz.

Der molekulare Fingerabdruck

Dass der Quantenkaskadenlaser einen Frequenzkamm im Infrarotbereich erzeugt, ist deshalb wichtig, weil viele wichtige Moleküle genau in diesem Bereich am besten detektiert werden können. „Verschiedene Luftschadstoffe, aber auch Biomoleküle, die für die medizinische Diagnostik eine wichtige Rolle spielen, absorbieren ganz bestimmte Lichtfrequenzen im Infrarotbereich. Man bezeichnet das oft auch als optischen Fingerabdruck des Moleküls“, erklärt Johannes

Hillbrand. „Wenn man also mißt, welche Infrarot-Frequenzen von einer Gasprobe absorbiert werden, kann man ganz genau sagen, welche Stoffe sie enthält.“

Messungen im Mikrochip

„Gerade wegen seiner Robustheit hat unser System gegenüber allen anderen Frequenzkamm-Technologien einen entscheidenden Vorteil – es ist problemlos miniaturisierbar“, sagt Benedikt Schwarz. „Wir brauchen keine Linsensysteme, keine beweglichen Teile und keine optischen Isolatoren, die nötigen Strukturen sind winzig. Man kann das gesamte Meßsystem auf einem Chip im Millimeterformat unterbringen.“ Dadurch ergeben sich spektakuläre Anwendungs-ideen: Man könnte den Chip auf einer Drohne unterbringen und Luftschadstoffe messen. An der Wand montierte Meßchips könnten in gefährdeten Gebäuden nach Sprengstoffspuren suchen. Man könnte die Chips in medizinische Geräte einbauen, um Krankheiten an chemischen Spuren in der Atemluft zu erkennen.

Die neue Technik wurde (mit Hilfe des Forschungs- und Transfersupports der TU Wien) bereits zum Patent angemeldet. „Schon jetzt sehen wir, daß andere Forschungsteams an unserem System höchst interessiert sind. Wir hoffen, daß es bald nicht nur in der akademischen Forschung, sondern auch in Alltagsanwendungen eingesetzt wird“, sagt Benedikt Schwarz. ■

<https://www.tuwien.ac.at/>

Kreisel schafft die Infrastrukturkosten für Schnellladen ab

Mit dem innovativen Multitalent CHIMERO löst Kreisel alle Herausforderungen einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur auf einen Schlag.

Es war nur eine Frage der Zeit, bis sich das junge Mühlviertler Hi-Tech Unternehmen Kreisel Electric, das mit seinen innovativen Produkten und Lösungen konsequent seine Vision einer elektrischen Zukunft umsetzt, auch die schleppend voranschreitende Realisierung flächendeckender Schnelllade-Infrastruktur revolutioniert. Nun ist es soweit und die drei Kreisel Brüder haben den Kreisel CHIMERO aus der Taufe.

„Einer der wichtigsten Faktoren für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende ist die möglichst zeitnahe Marktdurchdringung der Elektromobilität. Die Voraussetzung dafür ist Infrastruktur, insbesondere das schnelle Laden von E-Fahrzeugen. Eines der großen Hemmnisse einer flächendeckenden Schnelllade-Infrastruktur waren bisher jedoch die überproportional hohen Netzanschlußkosten. Also dachten wir uns, daß wir auch diese Herausforderung lösen sollten“, so Markus Kreisel, einer der drei Gründer und Geschäftsführer von Kreisel Electric.

Tatsächlich sind die bisher gängigen Formen des Schnellladens eine enorme Belastung für die aufgrund der punktuellen Lastspitzen ohnehin schon über Gebühr beanspruchten Leitungsnetze, da der kurzfristig hohe Energiebedarf beim schnellen Laden zu zusätzlichen Netzschwankungen führt. Je mehr Schnellademöglichkeiten, umso höher also die Netzbelastung. Zu diesem Hemmschuh des flächendeckenden Ladeinfrastruktur-Wachstums gesellen sich abschreckend hohe Netzanschlußkosten dazu, die die Anschaffungskosten üblicher Schnellladesäulen noch zusätzlich bei Weitem übersteigen. Daß diese Gesamtkosten pro Ladepunkt bei prognostisch mittel- bis langfristig sinkenden Strompreisen jegliche Refinanzierungsmöglichkeit auf unbestimmte Zeit unwahrscheinlich erscheinen läßt, liegt auf der Hand. Gleichzeitig verzeichnet die Automobilindustrie einen klaren Trend in Richtung kleinerer und leichtere Akkus, was die Nachfrage nach einer Schnellladeinfrastruktur noch viel größer werden läßt.

Somit lautet die nach intensiven Monaten an Entwicklungs- und Fertigungszeit erar-



Foto: Kreisel Electric / Raphael Almer

Mit dem innovativen Multitalent CHIMERO löst Kreisel alle Herausforderungen einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur auf einen Streich.

beitete und bis zur Serienreife durchdesignte Lösung für dieses Dilemma:

Kreisel CHIMERO.

So setzt der Kreisel CHIMERO bereits zum Zeitpunkt seiner Markteinführung völlig neue Standards, indem er nicht nur den heutigen und zukünftigen Infrastruktur- und Elektromobilitäts-Anforderungen lückenlos gerecht wird, sondern weil er darüber hinaus mit seinen zusätzlichen, innovativen Mehrwerten eine Vielzahl an Geschäfts- und Refinanzierungsmodellen Realität werden lässt.

Der integrierte 75kWh Speicher (nutzbarer Energiegehalt) kann mit bis zu 55kW und/oder aus erneuerbaren AC Energiequellen wie Windkraft- oder Photovoltaikanlagen gespeist werden, was den Kreisel CHIMERO zu einer flexibel einsetzbaren Plug&Play-Lösung für absolut jeden Standort macht. Auf diese Weise wird nicht nur das Netz entlastet bzw. stabilisiert, sondern auch jegliches Investitionsrisiko deutlich reduziert. Durch die Integration des bidirektionalen Speichers läßt sich in Folge nicht nur der Eigenverbrauch optimieren (bspw. in Kombination mit Photovoltaik), die Ausfallsicherheit der Grundauslastung sowie höchst-

mögliche Energie-Autarkie abbilden, sondern mit einer ebenfalls integrierten Schnittstelle auch Netzdienstleistung und Marktteilnahme realisieren. Letztere beiden Punkte eröffnen Gewerbetreibenden, die bspw. auf Basis ihrer Größe oder Filialstruktur ein Netz und somit einen Schwarm Speicher an Schnellademöglichkeiten etablieren, ungeahnte Geschäftsmöglichkeiten.

„Der Kreisel CHIMERO, der mit seiner kompakten Bauweise einen geringen Flächenbedarf hat, ist ein Best-Of aus allem, was wir aktuell technologisch zu bieten haben“, freut sich Philipp Kreisel, ebenfalls Gründer und Geschäftsführer von Kreisel Electric. „Und die zusätzlichen Features verstehen sich von selbst: Intuitive Bedienbarkeit mittels 9“ HMI-Touchdisplay und RFID, Anbindung an die meisten gängigen Aktivierungs- und Zahlungssysteme sowie paralleles AC und DC Schnellladen via CCS-, Typ2 und optional auch CHAdeMO-Anschluß“, so Philipp Kreisel weiter.

Daß der Kreisel CHIMERO somit sowohl für private als auch für gewerbliche Anwender den Durchbruch der flächendeckenden Schnelllade-Infrastruktur darstellt, verdeutlicht Johann Kreisel, der dritte Grün-

Wissenschaft & Technik

der und Geschäftsführer von Kreisel Electric anhand der nachfolgenden sieben Geschäfts- und Refinanzierungsmodelle, die zusätzlich in dieser Kreisel Innovation stecken:

- Wirtschaftlichkeit: Die günstigen Anschlußkosten und die flexible und ökonomische Flächennutzung dieser Kreisel Plug&Play-Lösung verkürzen den ROI-Zeitraum signifikant.
- Schnellladen: Entweder per AC mit 22kW mittels Typ2-Anschluß oder per DC mit 160kW mittels CCS-Anschluß bzw. optional CHAdeMO.
- Marktteilnahme: Stark schwankende, niedrige oder negative Strompreise an den Börsen können durch die hohe Ein- und Ausgangsleistung des Kreisel CHIMERO ausgeglichen werden, der Strom kann aus dem Netz in der integrierten Batterie zwischengespeichert und für bspw. spätere Peak-Shaving Anwendung eingesetzt werden. Dadurch ergibt sich eine signifikante Senkung der Kostenbelastung für Großabnehmer.
- Netzdienstleistung: Mit der hohen Ausgangsleistung und den schnellen Reaktionszeiten des Kreisel CHIMERO können Regelleistungen bereitgestellt und somit auch Umsätze generiert werden.
- Autarkie: Durch die optional integrierte Notstromfunktion und Einbindung erneuerbarer Energiequellen wie Wind oder Sonne kann nicht nur Geld gespart, sondern auch die Ausfallsicherheit der Grundauslastung gewährleistet werden.
- Werbefläche: Das optionale, große Touch-Display erlaubt zusätzliche Umsatzmög-



Foto: Kreisel Electric

Die drei Gründer und Geschäftsführer (v.l.) Philipp, Johann and Markus Kreisel

Bild links: der Kreisel CHIMERO



Foto: Kreisel Electric

lichkeiten durch Werbung, die auf die individuellen Bedürfnisse eines einzelnen Kunden abgestimmt werden kann.

- Daten: Die vom Kreisel CHIMERO laufend generierten Daten helfen Abnehmer noch besser zu servizieren und gleichzeitig Umsatzpotentiale und Refinanzierungszyklen für Betreiber zu optimieren. Somit ist der provokant klingende Name des Kreisel CHIMERO alles andere als eine „Schimäre“, sondern vielmehr die Realität eines innovativen Alleskönners, der die Richtung einer elektrifizierten Welt vorgibt. ■

<http://www.kreiselelectric.com/>



Foto: Kreisel Electric / Martin Pröll

Die Kreisel Electric Firmenzentrale im oberösterreichischen Rainbach im Mühlkreis

wolkenfarm – auf dem Weg nach Smart Pönten



© 2018 vertical farm institute

Vertical Farm Institute: Conceptual Rendering der wolkenfarm in St. Pönten

Das Sondierungsprojekt „wolkenfarm“, von der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) unterstützt, befindet sich bereits in seinen letzten Zügen. Über ein Jahr lang wurde von mehreren Projektpartnern die Möglichkeit der Integration einer vertikalen Farm in ein Bestandsgebäude in St. Pönten untersucht. Nachhaltige Landwirtschaft und Ressourcenschonung sowie ganzjähriger Anbau sind dabei die Hauptziele. Für das konkrete Projekt wurden der Energiebedarf und Betriebs- und Investitionskosten ermittelt und Anbau- und Produktionsmethoden festgelegt. Aufbauend darauf wurde ein sozioökonomisches Geschäftsmodell für die Errichtung der vertikalen Farm erstellt. Im Rahmen einer Abschlußkonferenz mit St. Pöltens Bürgermeister Matthias Stadler wurden Ende Oktober die Forschungsergebnisse des Projekts vorgestellt.

Smart City St. Pönten und die lokale Produktion von Gemüse und Kräutern

Die Stadt St. Pönten verfolgt konsequent ihr ambitioniertes Ziel bis 2020 „Fittest City of Austria“ zu werden. Dabei werden Konzepte für die Bereiche der Stadtplanung und Stadtentwicklung, für Landschaft und Grünflächen und für Bildung erarbeitet und in ersten Schritten auch durchgeführt. Maximale Lebensqualität bei minimalem Ressourcenverbrauch ist das erklärte Ziel der Stadt. Die Vision „Fittest City of Austria“ wird begleitet von einem Smart City Konzept und zielt auf die Entwicklung zur resilienten Stadt ab. Resilienz beschreibt in diesem Zusam-

menhang eine Strategie, um den zukünftigen Herausforderungen als Stadt gewachsen zu sein. Vertical Farming liefert dafür die optimale Verknüpfung von lokaler Lebensmittelproduktion, Lebensqualität für die BürgerInnen, Minimierung des Ressourcenverbrauchs sowie innovative Begrünung.

Vertical Farming: ein Konzept, das in Österreich Geschichte schrieb

Vertical Farming ist die Erzeugung von Lebensmitteln im Inneren des Gebäudes, in dem Pflanzen in die Vertikale übereinander gestapelt angebaut werden können. Dank dieser Form der Kultivierung wird eine Menge Platz gespart und es müssen keine zusätzlichen Flächen für den Anbau versiegelt werden. Transparente Gebäudehüllen, welche das natürliche Tageslicht optimal nutzen, können mit weniger Energieverbrauch operieren.

Neue Bewässerungssysteme und Beleuchtungsmethoden ermöglichen die Lebensmittelproduktion unabhängig der Witterung und erlauben eine ganzjährige Produktion. Zukünftigen Entwicklungen wie das Bevölkerungswachstum und der damit erhöhte Ressourcenverbrauch (Energie, Land, Wasser) mit gleichzeitig schrumpfenden Beständen fossiler Rohstoffe soll damit entgegnet werden.

Bereits in den 1960er Jahren wurden die ersten vertikalen Anbausysteme von dem Österreicher Othmar Ruthner in Wien und Niederösterreich, aber auch international errichtet. Heute widmet sich Daniel Podmirseg mit dem vertical farm institute (vfi) in Wien der

Erforschung dieses Konzepts und arbeitet gleichzeitig das Archiv der historischen Ruthner Türme auf.

Projektentwicklung unter Einbeziehung der BürgerInnen von St. Pönten

Mit dem Projekt wolkenfarm hat St. Pönten die Chance, die erste österreichische Stadt mit einer modernen vertikalen Farm zu werden und fit für die Herausforderungen der Zukunft zu sein. Die Stadt St. Pönten hat für das Projekt drei Gebäude zur näheren Untersuchung zu Verfügung gestellt, diese müssten in den nächsten Jahren einer Bestandsanierung unterzogen werden. Dabei wurden die untersuchten Gebäude auf die Möglichkeiten untersucht, Synergiepotentiale mit der bestehenden Nutzung herzustellen, um deren Energieeffizienz zu erhöhen und den Bestand zu erhalten. Das größte Potential weist hierfür die Polytechnische Schule in St. Pönten auf.

Der Bildungsaspekt wurde in die Planung der Schule der vertikalen Farm integriert. Der Lehrplan kann demnach die Potenziale der vertikalen Farm nutzen. Die Miteinbeziehung der BürgerInnen von St. Pönten begann bereits vor dem Planungsbeginn. Im Zuge einer Stakeholderanalyse wurden relevante Akteure zu dem Untersuchungsobjekt ermittelt und einer Zielgruppenbefragung unterzogen. Innerhalb eines Living Labs wurde interaktiv mit den St. PönlnerInnen planungsrelevante Wünsche zusammengetragen. ■

<http://www.verticalfarminstitute.org/>

Älteste Heilige Österreichs identifiziert

ForscherInnen des Österreichischen Archäologischen Instituts der Österreichischen Akademie der Wissenschaften konnten den Cold Case einer Reliquie lösen, die in den 1990er-Jahren am Hemmaberg in Kärnten entdeckt wurde.

Ein interdisziplinäres Team unter der Leitung von Sabine Ladstätter und Michaela Binder vom Österreichischen Archäologischen Institut (ÖAI) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) untersuchte seit 2016 einen Reliquienfund, den ArchäologInnen in den 1990er-Jahren am Hemmaberg in Kärnten unter dem Altar einer Kirche entdeckt hatten.

Dank neuester wissenschaftlicher Methoden, wie einer C14-Analyse sowie Isotopenuntersuchungen der menschlichen Knochen, konnten die WissenschaftlerInnen nun belegen, daß die Frau, die am Hemmaberg verehrt wurde, in der Zeit der frühen Christenverfolgungen in der Region lebte und im 1. oder 2. Jahrhundert verstarb. Damit handelt



Foto: Archäologisches Pilgermuseum

Der Hemmaberg in Kärnten war im 6. Jahrhundert ein florierender frühchristlicher Wallfahrtsort. Kirchen wurden errichtet und Unterkünfte für Pilger geschaffen. Die bestehende Wallfahrtskirche der heiligen Hemma und Dorothea wurde zwischen 1498 und 1519 erbaut. In ihr befinden sich heute die Knochen der Heiligen.

es sich bei dem Fund um die älteste Heilige Österreichs. Ihre Ergebnisse präsentieren die ForscherInnen in einem neuen Buch „Die Heilige vom Hemmaberg. Cold Case einer Reliquie“, das nun im Verlag Holzhausen erschienen ist.

Bedeutender Wallfahrtsort des frühen Christentums

Der Hemmaberg in Kärnten war im 6. Jahrhundert ein florierender christlicher Wallfahrtsort mit intensiven Verbindungen nach Oberitalien. Der starke Zustrom an Pilgern gipfelte im Neubau von zwei Doppelkirchenanlagen, zahlreichen Pilgerunterkünften, Platzanlagen und Nebengebäuden. Da die Bedeutung frühchristlicher Pilgerheiligtümer unmittelbar mit der Strahlkraft der dort verehrten Heiligen verbunden war, wurden auch am Hemmaberg mehrere Kirchen mit Reliquien ausgestattet.

Reliquienfund unter dem Altar

In der eigens für die Heiligenverehrung errichteten Kirche stießen ArchäologInnen 1991 bei Ausgrabungen auf Reliquien, die unter dem Altar deponiert worden waren. In der Reliquiennische lagen neben einem Holzkästchen und einem Silberring auch menschliche Knochen in einem 29 cm breiten Schrein aus Stein.

Heilige war zwischen 35 und 50 Jahre alt

Obwohl die Nische später beraubt und zerstört wurde, konnten ExpertInnen dennoch feststellen, daß es sich bei den menschlichen Resten um eine Frau handelt, die im 1. oder 2. Jahrhundert, lange bevor sie am Hemmaberg als Heilige verehrt wurde, im Alter zwischen 35 und 50 Jahren verstorben war. Sie lebte also in der Zeit der frühen Christenverfolgung. Bioarchäologische Un-



Foto: ÖAW / ÖAI / N. Gall

Das Skelett der Heiligen vom Hemmaberg. Die Frau war zwischen 35 und 50 Jahre alt und lebte im 1. oder 2. Jahrhundert.

Wissenschaft & Technik

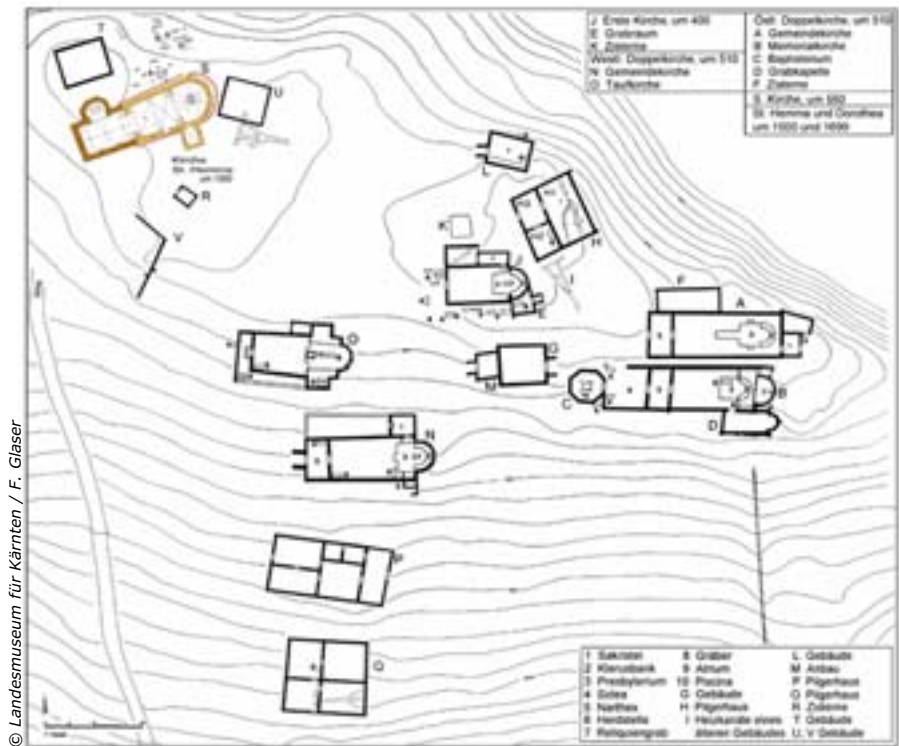
tersuchungen zeigen, daß die Frau von Kindheit an unter Krankheiten litt und zu Lebzeiten starken körperlichen Belastungen ausgesetzt war.

Zwar läßt sich die Todesursache aus dem Skelett nicht ableiten, für die Gläubigen war sie aber offenbar den Märtyrertod gestorben, der ihren menschlichen Überresten spirituelle Kraft verlieh. Eine Heiligenlegende, die ihre Todesumstände oder ihren Namen beschreibt, ist allerdings nicht überliefert. Der Heiligenverehrung am Hemmaberg war keine lange Lebensdauer beschieden. Im Zuge der Einwanderung der zu diesem Zeitpunkt noch heidnischen Slawen um 600 wurde der Wallfahrtsort zerstört. Heute befinden sich die Gebeine der Heiligen wieder am Hemmaberg, in der Kirche der hll. Hemma und Dorothea.

Neuerscheinung

»Die Heilige vom Hemmaberg«

Das im Verlag Holzhausen neu erschienene Buch „Die Heilige vom Hemmaberg. Cold Case einer Reliquie“ – herausgegeben von den ÖAW-Archäologinnen Sabine Ladstätter und Michaela Binder – gibt nun erstmals Einblicke in kulturhistorische Details des Falles, wie die besondere genetische Herkunft und die beschwerlichen Lebensbedingungen der Verstorbenen, die Rekonstruktion



Schematischer Grundrissplan des frühchristlichen Pilgerheiligtums auf dem Hemmaberg

des Reliquienschreins, das frühe Christentum im Alpenraum oder die Praxis der Reliquienteilung. Es vermittelt aber auch die Anwendung moderner Methoden und Analyseverfahren in der heute stark durch Interdiszi-

plinarität geprägten archäologischen Forschung.

<https://www.oeaw.ac.at/>

<https://www.oeaw.ac.at/oeai/>

<https://de.wikipedia.org/wiki/Hemmaberg>



Digitale Rekonstruktion des Innenraums der Kirche N.

Das Haus der Geschichte Österreich ist eröffnet

Mit einem Festakt im Camineum der Österreichischen Nationalbibliothek wurde das, worüber seit rund 100 Jahren diskutiert und gerungen wurde, wahr.



Foto: hdgö / Hertha Humaus

Das Haus der Geschichte – das neue Museum in der Neuen Burg

Am 10. November wurde in Anwesenheit von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Bundespräsident a.D. Heinz Fischer, Bundesminister Blümel, Johanna Rachinger, der Generaldirektorin der Österreichischen Nationalbibliothek und vielen weiteren Ehrengästen aus Wirtschaft, Kultur und Politik, sowie Mitgliedern der wissenschaftlichen Gremien des Hauses das hdgö (hdgö) feierlich eröffnet. Direktorin Monika Sommer hielt die Eröffnungsrede und Oliver Rathkolb, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des hdgö, verlas – in Abwesenheit des Festredners, dem erkrankten Nobelpreisträger Eric Kandel –, dessen Rede.

Das hdgö ist das erste zeitgeschichtliche Museum der Republik. Zeitgemäß vermittelt und pointiert erzählt, lädt das neue Museum in der Hofburg zur Auseinandersetzung mit der ambivalenten österreichischen Geschichte ein. Ausgehend von der Gründung der demokratischen Republik 1918 werden gesellschaftliche Veränderungen und politische Bruchlinien thematisiert sowie Fragen gestellt, die damals wie heute Österreich und Europa bewegen. Als Diskussionsforum für ganz Österreich konzipiert, eröffnet das Museum mit vielfältigen Vermittlungsangeboten und einer innovativen Webplattform neue Perspektiven auf die Vergangenheit und Gegenwart Österreichs – mit Blick auf die Zukunft.

Der Ort ist Verpflichtung. Das Alma Rosé Plateau

Die Erinnerung an den Holocaust und die Auseinandersetzung mit dem NS-Terrorregime versteht das hdgö als zentralen Auftrag. Dazu verpflichtet nicht zuletzt der Ort – die Neue Burg am Heldenplatz. Von hier verkündete Adolf Hitler am 15. März 1938 unter frenetischem Beifall einer jubelnden Menge den „Anschluß“ Österreichs an NS-Deutschland. Mehr als 66.000 jüdische ÖsterreicherInnen fielen der Shoah zum Opfer. Eine von ihnen war Alma Rosé (1906–1944). Sie rettete als Leiterin des Frauenorchesters im KZ-Auschwitz-Birkenau jüdischen Musikerinnen das Leben. Mit der Er-

öffnung des hdgö trägt die Ausstellungsfläche im ersten Stock der Neuen Burg den Namen Alma Rosé Plateau.

Die Eröffnungsausstellung

Aufbruch ins Ungewisse – Österreich seit 1918 – 10.11.2018 bis 17.5.2020

Am 12. November 1918 wurde die demokratische Republik ausgerufen. Das Inferno des Ersten Weltkriegs war zu Ende, die Habsburgermonarchie zerfallen, die Zukunft des neuen Staates völlig offen. Die Eröffnungsausstellung *Aufbruch ins Ungewisse – Österreich seit 1918* widmet sich dem jüngsten österreichischen Jahrhundert. Ausgangspunkt sind die Erfahrungen der Menschen, die Hoffnungen, aber auch Ängste, die sich mit der Republikgründung verbanden. Sieben Themenschwerpunkte beleuchten die Entwicklung und den Wandel von Demokratie und Gesellschaft. In der Ausstellung wird auch aufgezeigt, was die Abwesenheit von Demokratie und Rechtsstaat bedeutet. Außergewöhnliche Objekte, spannende Dokumente, künstlerische Positionen und interaktive Medienstationen machen Zeitschichten erlebbar.

Hoch die Republik

Der erste Raum der Ausstellung *Aufbruch ins Ungewisse – Österreich seit 1918* nimmt die Ausrufung der Republik „Deutschösterreich“ zum Ausgangspunkt: Mit dem 12. November 1918 eröffneten sich für die politischen AkteurInnen unterschiedliche Handlungsfelder und neue Herausforderungen, auch für die Bevölkerung war die Zukunft ungewiß. In die Erleichterung über das Ende des Krieges mischten sich auch Gefühle der Unsicherheit. Das Display dieses Ausstellungsteils vermittelt diese ambivalente Situation. Die Errichtung des neuen Staates wird als Prozeß verstanden, die Gesetze waren provisorisch, vieles war auch im Jahr 1919 und später noch in Bewegung. So waren die Grenzen des neuen Staates erst 1921, als das Burgenland an Österreich übergeben wurde, festgelegt.

Zentral im Ausstellungsraum ist eine filmische Installation: Sie arrangiert die beiden Filmaufnahmen der Ausrufung der Republik am 12. November auf neue Art und Weise, indem sie die beiden Positionen der Kameron – vom Parlament auf den Ring und vom Ring hinauf zum Parlament – einander gegenüberstellt. BesucherInnen stehen damit wie mitten im historischen Geschehen. Das Arrangement wurde gemeinsam mit der



Sigmund Freuds »Prochaska's Familienkalender« für das Jahr 1918, Hersteller: Verlagsbuchhandlung Karl Prochaska, Teschen, zugleich jene Druckerei, in der zahlreiche Werke Freuds, unter anderem die Traumdeutung, gedruckt wurden.

Nikolaus Geyrhalter Filmproduktion und dem Österreichischen Filmmuseum entwickelt.

Erstmals in Österreich zu sehen ist Sigmund Freuds Jahreskalender aus dem Jahr 1918 – eine Leihgabe der Library of Congress in Washington, D.C. – mit Eintragungen zum November 1918, doch auch andere Erinnerungen von ZeitzeugInnen sind zu hören: Sie vermitteln unterschiedliche Perspektiven auf 1918 und die Nachkriegsgesellschaft. Die Jahre nach 1918 mit ihren ökonomischen und sozialen Herausforderungen, die ersten allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen, der Umgang der Politik

mit den Verlassenschaften der Habsburger oder auch die Arbeit an der neuen Verfassung sind zentrale Themen in der Auseinandersetzung mit den Gründungsjahren der Republik. Auch die Vorgeschichte, der Entwicklung von Verfassung, Grundrechten und Parlamentarismus werden mit zum Teil noch nie gezeigten Objekten wie dem „Kaiserlogenbehang“ aus dem Abgeordnetenhaus des Parlaments erzählt. Zentrale Persönlichkeiten der Ersten Republik wie Karl Renner, Jodok Fink, Franz Dinghofer oder Hans Kelsen werden als Akteure im historischen Prozeß vorgestellt. So zeigt die Ausstellung beispielsweise das Manuskript von Hans Kelsen zur zweiten Auflage von „Vom Wesen und Wert der Demokratie“ aus dem Jahr 1929 – seine prägnant verfaßte theoretische Schrift zur parlamentarischen Demokratie.

Von der Republikgründung ausgehend, werden in weiteren sechs Kapiteln zentrale Themen der Entwicklung und des spannenden Wandels von Demokratie und Gesellschaft über 100 Jahre dargestellt.

Wunder Wirtschaft

Wenn die neue Währung „Stüber“ oder „Neanderthaler“ heißen soll, Familien „spekulieren“ und Spielzeug in der Not aus Konservendosen gebastelt wird, dann befinden sich die BesucherInnen mitten im Bereich „Wunder Wirtschaft?“ – er greift das spannungsreiche Wechselspiel zwischen Ökonomie und Politik auf und zeigt, wie der Alltag der ÖsterreicherInnen in den letzten 100 Jahren davon beeinflusst wurde. Objekte wie Notgeldscheine, die von einigen Städten ge-



In seinen Kalendern hielt Sigmund Freud zeitlebens private und politische Ereignisse in Stichworten eindrücklich fest.

druckt wurden, aber auch die ersten Entwürfe der 1925 eingeführten Schillingnoten geben Einblick in die wirtschaftlichen Nachwirkungen des Ersten Weltkriegs. Das Brettspiel „Spekulation“ – den ÖsterreicherInnen später unter dem Namen „DKT“ bekannt –, ein Bettlerautomat und eine Phönix-Sparbüchse verdeutlichen die Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrisen dieser Jahre, die wesentlich zur Radikalisierung der Politik beitrugen. Erstmals gezeigte Dokumente aus Steyr und von der Voest beleuchten die nationalsozialistische Kriegs- und Zwangswirtschaft.

Die ersten Jahre nach 1945 sind in Österreich von Not und den unmittelbaren Folgen der NS-Terrorherrschaft und des Zweiten Weltkriegs gekennzeichnet. Lebensmittel waren durch Bezugskarten rationiert, Care-Pakete aus den USA zeigen die internationale Hilfe für das notleidende Land. Mit Unterstützung des Marshall-Plans konnten Industrie und Infrastruktur wieder aufgebaut werden. Österreich konnte dabei auf eine industrielle Basis zurückgreifen, die nicht zuletzt während der NS-Zeit mittels Ausbeutung und Zwangsarbeit geschaffen worden war. Der Aufschwung der 1960er-Jahre und der steigende Wohlstand zeigen sich in der technischen Modernisierung des Alltags: Fernsehapparat, Telefon und Küchengeräte zogen in die Haushalte ein, Urlaub wurde für viele erstmals möglich. Verwiesen wird auch auf den Beitrag sogenannter „Gastarbeiter“, ohne die das „Wirtschaftswunder“ kaum möglich gewesen wäre.



© Sammlung ceramicum

Die Keramiker Rudolf Wolf, Heinrich Wolf und Ludwig Rys, die im Ersten Weltkrieg zu Invaliden geworden waren, gründeten 1919 mit staatlicher Unterstützung die Firma »Keramos – Invalidengesellschaft für Wiener Kunstkeramik« mit Werkstätten im zehnten Wiener Gemeindebezirk. Rudolf Podany und Anton Klieber wurden zu zwei ihrer produktivsten Keramiker. Die Bildhauerin Karin Jarl-Sakellarios wurde später für ihren Entwurf der weißen Lipizzaner für die Porzellanmanufaktur Augarten berühmt.



Foto: Heimatmuseum Telfs / Heimatbund Hörtenberg

Dieser Doppeladler – Hoheitszeichen der Habsburgermonarchie – wurde im Umbruchjahr 1918 vom Kotter des Gefängnisses der Tiroler Gemeinde Telfs heruntergerissen und zerbrach dabei. Ein geschichtsbewußter Gärtner brachte ihn ins örtliche Museum, wo er zusammengelötet wurde.

Bulgarische Glocken, ein Geschenk anlässlich der Übergabe der EU-Ratspräsidentschaft an Österreich im zweiten Halbjahr 2018, verweisen auf die wesentliche Zäsur der jüngsten Vergangenheit: den EU-Betritt, den Beitritt zur europäischen Währungsunion.

Diktatur, NS-Terror und Erinnerung

Ein Gitter als Symbol der Zerstörung von Demokratie – so beginnt der Bereich Diktatur, NS-Terror und Erinnerung. Er beleuchtet die Jahre der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur (1933-1938) und der NS-Herrschaft (1938-1945), und daran anschließend die Bedeutung der Auseinandersetzung mit Diktatur, NS-Terror und Holocaust in der Zweiten Republik.

Ab 1933 wurden die demokratischen Strukturen der Ersten Republik schrittweise

abgebaut und schließlich ganz zerstört. Mit Gittern wurden Abgeordnete im März 1933 am Betreten des Parlaments gehindert. Objekte wie der beim Februaraufstand 1934 durchgeschossene Wanderteam-Pokal von Hugo Meisl aus dem Karl-Marx-Hof und Devotionalien für den beim versuchten NS-Putsch im Juli 1934 ermordeten Kanzler Dollfuß zeugen von der politischen Gewalt dieser Jahre. Zentrales Objekt für den „Anschluß“ 1938 ist ein RAVAG-Mikrofon, das auf Kanzler Schuschniggs Abschiedsrede am 11. März verweist. Fotografien und selbstgebastelte Flaggen geben Einblick in die Begeisterung vieler ÖsterreicherInnen, zeigen aber auch den nun offen gewalttätigen Antisemitismus. Für die Verbrechen des Nationalsozialismus und den Holocaust trägt Österreich eine Mitverantwortung – das verdeutlichen Objekte von TäterInnen wie Op-

fern des NS-Terrors. So tragen Baupläne des Krematoriums und der Gaskammer von Auschwitz-Birkenau die Namen österreichischer Architekten. Aus dem KZ Ravensbrück herausgeschmuggelte Nachrichten einer jungen Kommunistin und letzte Briefe von Mitgliedern einer jüdischen Familie vor der Deportation und Ermordung geben Einblick in persönliche Schicksale. Die Qualen so vieler Menschen verschiedenster Nationalitäten an diesem Ort des Terrors zeigen eindruckliche Objekte aus dem KZ Mauthausen.

Der Bereich „Erinnerung“ wird überragt vom sogenannten „Waldheimpferd“, eine Leihgabe des Republikanischen Clubs. Nach ihrer Wiederbegründung im April 1945 stellte sich die Republik als „erstes Opfer des Nationalsozialismus“ dar. Es dauerte Jahrzehnte, bis sich Österreich mit seiner NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen begann. Gezeigt wird ein Entwurf des Staatsvertrags, in dem die sogenannte „Mitschuld-Klausel“ händisch gestrichen ist. Die aus Sektkorken geschnittene Szene der Unterzeichnung des Staatsvertrages im Marmorsaal des Belvedere zeugt von der Bedeutung, die das Jahr 1955 auch in der individuellen Wahrnehmung einnehmen sollte. Die Borodajkewycz-Affäre, aber auch das Liederbuch der Mittelschüler-Verbindung Germania machen deutlich, daß antisemitische Haltungen noch immer nicht der Vergangenheit angehören. Die bis heute viel diskutierte Frage nach der Benennung der Diktatur 1933-1938 thematisiert die Installation „Diktatur der vielen Namen“.



Foto: Markus Guschelbauer

Drei Tage nach seinem spektakulären Sturz gelang es Hermann Maier 1998 in Nagano, olympisches Gold im Super-G und weitere drei Tage später auch im Riesentorlauf zu gewinnen. Der Flachauer wurde spätestens ab diesem Zeitpunkt weltberühmt und für viele ÖsterreicherInnen »unsterblich«. Im Bild: Goldmedaille im Super-G und Skihelm, Nagano, 1998

Das ist Österreich!?

Das ist Österreich!? diskutiert Prozesse der Nationenbildung am Beispiel kollektiver Symbole und (populär-)kultureller Elemente. Dabei interessiert, wie und in welchem Kontext versucht wurde, „Österreich-Bewußtsein“ – und damit auch Differenz – herzustellen und wie dieses „Österreich-Bewußtsein“ mitunter auch umgedeutet oder verändert wurde. Neben staatlicher Repräsentationspraxis wie dem Singen von (offiziellen und weniger offiziellen) Hymnen und

der Verwendung von Fahne und Wappen geben auch Bilder und Objekte aus dem österreichischen Sportgeschehen oder zur „Nutzung“ von Landschaft und ihren BewohnerInnen Einblick in die Frage, was zu unterschiedlichen Zeiten als „österreichisch“ verstanden wurde bzw. versucht wurde, als „österreichisch“ festzuschreiben. Hermann Maiers Skihelm aus Nagano 1998 und seine Olympia-Goldmedaille im Super-G, errungen nur wenige Tage nach seinem schweren Sturz, sind auratische Objekte aus der



© Karl von Vogelsang-Institut / Wien

Michael Schantl war am 15. Mai 1955 als Aufseher beim Staatsakt im Schloß Belvedere vor Ort. Gemeinsam mit seinem Sohn schnitzte er die Figuren aus Korken der beim anschließenden Empfang gereichten Sektflaschen.

Foto: hdgö / Hertha Humaus



Ausstellungsansicht »Gleiche Rechte«

Geschichte des Skisports – jener Sportart, in welcher Österreich Weltgeltung besitzt. Daneben verdeutlichen mediale Bilder von alten und neuen SportheldInnen das Potential von Sport, eine wichtige Rolle für kollektive Identifikationen einzunehmen.

Der Ausstellungsbereich lädt ein, (eigene) Bilder oder Vorstellungen von Österreich und „den ÖsterreicherInnen“ – auch dank Außenperspektiven – zu hinterfragen. An der digitalen Installation „Österreichische Bildlandschaften“ können BesucherInnen aktiv eigene Bilder über die Webplattform in die Ausstellung einbringen und diese damit um ihre Sichtweisen erweitern.

Grenzen verändern?

Grenzen verändern? widmet sich der Entstehung, Bedeutung und Veränderung von Grenzen und erzählt dabei Geschichten der Öffnung, des Übergangs und der Abschottung. Sechs exemplarisch ausgewählte Grenzorte machen – jeweils an zwei ausgewählten Zeitpunkten – die unterschiedlichen Funktionen aber auch Erfahrungen von Grenzen sichtbar. Objekte, wie etwa der Teddybär eines ungarischen Kindes, das 1957 kurz nach dem Aufstand in Ungarn nach Österreich flüchtete, und ein ungarisches Lehrmo-

dell des Eisernen Vorhanges, der jahrzehntelang die Erfahrungen der Menschen an der östlichen Grenze Österreichs prägte, verdeutlichen die Funktion von Grenzen als Trennlinie. Die Drahtzange, mit der Alois Mock 1989 den Eisernen Vorhang durchschneidet,



Pokal des österreichischen Fußball-Wunderteams für den 8:1-Sieg gegen die Schweiz, mit einem Einschußloch, 1931

© Herbert Meisl / Foto: hdgö / Markus Guschebauer

zeugt vom Prozeß der Öffnung in den 1990er-Jahren.

Aktuelle Flüchtlingsdebatten werden am steirischen Grenzort Spielfeld beleuchtet. Jeder Grenzort wird in einem gitterartigen Display dargestellt, das Grenzzäune versinnbildlicht, zugleich jedoch auch Durchsichtigkeit zuläßt. Künstlerische Positionen, wie etwa die Leuchtschilder „EU-Citizens“ und „Others“ der bosnischen Künstlerin Šejla Kamerić führen in die Gegenwart.

Gleiche Rechte?!

Gleiche Rechte?! macht die Kämpfe von Einzelnen und Gruppen bzw. sozialen Bewegungen für gleiche Rechte, für die Änderung benachteiligender rechtlicher Rahmenbedingungen und für eine Gesellschaft ohne Ausschluß und Diskriminierung sichtbar. Dazu gehören die Kämpfe um Gleichstellung von Frauen ebenso wie jene von sogenannten Minderheiten um rechtliche Anerkennung, Akzeptanz und Sichtbarkeit in der Gesellschaft, um Mitbestimmung und Gleichbehandlung. Erstmals kommen auch VertreterInnen der Behindertenrechtsbewegung in Österreich in einer zeitgeschichtlichen Ausstellung zu Wort und wird so dieser bislang wenig beachteten Geschichte Raum gegeben.

Die Geschichte dieser Kämpfe und damit auch die unterschiedlichen Formen von Protest werden filmisch übersetzt und sind auf drei Leinwänden zu sehen (Umsetzung: Sandra Kosel). Die Medienstation ResPublica-nerInnen der Filmemacherin Karin Berger zeigt Interviews mit Menschen, die aktuell solidarisch handeln. Ausgewählte Originalobjekte wie die Regenbogenfahne der Wiener Straßenbahn Nummer 44 aus dem Jahr 2002 oder der mit Wörtern, Bildern und Fotos bestückte „Schutzmantel“ der Auschwitz-Überlebenden Ceija Stojka verweisen auf spezifische Kämpfe um Anerkennung, Sichtbarkeit oder auch um die Notwendigkeit der Erinnerung. Gemeinsam machen alle Erzählungen deutlich, daß die Zukunft der Demokratie in der jeweiligen Gegenwart gestaltet wird.

Macht Bilder!

Die Installation entlang der Wand führt chronologisch durch zentrale Ereignisse und Entwicklungen seit 1918. In der oberen Reihe erläutern Reklamesujets – oft erstmals im Originalformat gezeigt – wie politische Kultur und Werbung zusammenhängen. Im unteren Bereich stellen 57 Stationen vertraute und weniger bekannte Bilder aus der Geschichte der letzten 100 Jahre zur Diskussion und laden die BesucherInnen ein, mitzuwirken. Die Installation macht erfahrbar, daß die Wahrnehmung von Gegenwart und Ver-

gangenheit stark von Bildern bestimmt wird. Diese geben die Realität jedoch nicht neutral wieder, sondern werden immer aus einer bestimmten Perspektive und Position heraus gemacht. Noch nie in der Menschheitsgeschichte gab es so viele Fotos, Filme und Audioaufnahmen wie in den letzten 100 Jahren. Privatpersonen schreiben ihre eigene Geschichte in Bildern, genauso bekamen Profis in Medien und Politik neue Werkzeuge in die Hand. Diese Vielfalt und auch Widersprüchlichkeit von Geschichte wird in der Zusammenstellung dieses Ausstellungsteils sichtbar.

Neue Blicke auf Österreichs Zeitgeschichte

Die vielen Stationen, in denen BesucherInnen ihre eigene Perspektive auf die Geschichte hinterlassen können, wechseln sich ab mit Bereichen, in denen viele noch nie ausgestellte Originale neue Blicke auf die österreichische Zeitgeschichte erlauben und auch ihre internationalen Zusammenhänge vor Augen führen. Dazu zählen die einzigartigen Dokumentationen des Auschwitz-Überlebenden Jan Kupiec, der wenige Wochen, nachdem er gezwungen worden war, die letzten baulichen Überreste des Vernichtungslagers zu zerstören, in Ebensee die Gräueltaten dieses Ortes sprichwörtlich aufzeichnete. Die Tafel der Sprengfalle von Oberwart, die 1995 vier Roma das Leben kostete, zeigt die Skrupellosigkeit der Briefbombenattentate aber

im Kontext der beharrlichen Reaktionen derjenigen, die attackiert wurden.

Genauso werden aber auch zentrale Aufbrüche in der österreichischen Gesellschaft gezeigt: Etwa, wie KünstlerInnen in den 60er-Jahren Österreich erfolgreich aus vermeintlicher Idylle und Schweigen führten. Das Kleid von Conchita Wurst vermittelt gemeinsam mit Objekten und Statements von Fans aus ganz Europa einen verspielten, aber auch neuen Eindruck von aktuellen Debatten über Vielfalt. Ein anderes Highlight, das die Geschichte von Pop aus Österreich prägte, ist der originale Wurlitzer aus der gleichnamigen ORF-Fernsehsendung, der für die Ausstellung wieder aktiviert wurde und mit Musik zu hören ist, die damals gespielt wurde und heute in einer solchen Sendung zu hören sein würde. Diesen bekannten Ereignissen stehen solche gegenüber, die bislang oft vergessen wurden: So werden die Spuren gezeigt, die eine Gruppe ugandischer Freiheitskämpfer in einem niederösterreichischen Dorf hinterlassen haben, als sie dort 1985 den Übergang zur Demokratie planten. Gerahmt werden diese Ereignisse von großen Projektionen internationaler Filmmenschen („Wochenschauen“). Erstmals in einer österreichischen Ausstellung zeigen diese bewegten Bilder, wie in anderen europäischen Staaten über zentrale Ereignisse in Österreich berichtet wurde. ■

<https://www.hdgoe.at/>



Foto: hdgö / Hertha Hurnaus

Ausstellungsansicht »Hoch die Republik«

SCHÄXPIR Jubiläumsausgabe

10. Ausgabe macht Oberösterreich mit diesem Jubiläum wieder zum Zentrum der internationalen Theaterkunst – von 24. bis 30. Juni 2019.

Von 24. bis 30. Juni 2019 findet die 10. Ausgabe des internationalen Theaterfestivals für junges Publikum statt. Landeshauptmann Thomas Stelzer freut sich auf das kommende Festival-Jahr: „Wir sind stolz darauf, daß SCHÄXPIR zu den fünf größten internationalen Theaterfestivals für junges Publikum in Europa zählt und weltweit für seine künstlerisch hochwertige und innovative Theaterarbeit bekannt ist. Die 10. Ausgabe bietet somit wahrlich Grund, zu feiern.“

Ganz in diesem Sinne betonen die Festivalleiterin Cornelia Lehner und die künstlerischen Leiterinnen Sara Ostertag und Julia Ransmayr, daß SCHÄXPIR längst nicht mehr nur ein beliebtes Publikumsfestival sei, sondern auch eine wichtige Plattform, um der Theaterszene für junges Publikum internationale Sichtbarkeit zu geben und österreichische Produktionen in den internationalen Kontext zu stellen.

Dementsprechend verfolgen sie hohe Ziele: „SCHÄXPIR will auch in Zukunft nicht nur am Puls der Zeit sein, sondern den Puls der Zeit in der internationalen Theaterszene mitgestalten.“ Sie haben für die kommende Jubiläumsausgabe bereits ein facettenreiches Programm erstellt, welches im März 2019 veröffentlicht wird. Feststeht, daß es eine Crème-de-la-Crème an internationalen und regionalen Theaterproduktionen, darunter Uraufführungen und Österreichpremierer, geben wird.

Verraten wird bereits das Motto, welches das Festival in einen zeitgenössischen, gesellschaftlich relevanten Kontext setzen soll und sich als roter Faden durch das Programm ziehen wird.

**»MULTIVERSUM. Alles ist echt!«
lautet die Devise 2019.**

SCHÄXPIR schaut über den Brillenrand der täglichen Wahrnehmung und läßt sich auf ein Spiel ein – ein Spiel mit den Dimensionen Zeit und Raum in Hinblick auf die vielen parallelen Wirklichkeiten, die aktuell auf uns zeitgleich und omnipräsent einwirken. Hier und jetzt, dort und jetzt. SCHÄXPIR will auf den gesellschaftlichen Wandel Bezug nehmen, daß nicht mehr nur die gegenwärtige Wirklichkeit erlebbar ist, sondern eine Vielzahl gleichzeitiger Realitäten.



Foto: Land OÖ / Sandra Schauer

v.l.: Künstlerische Leiterin Sara Ostertag, Festivalleiterin Cornelia Lehner, Landeshauptmann Thomas Stelzer und Künstlerische Leiterin Julia Ransmayr auf dem Weg zur Pressekonferenz

SCHÄXPIR 2019 wird dieses viel diskutierte Phänomen aus dem Blickwinkel menschlicher, sinnlicher Wahrnehmungen und Empfindungen durchleuchten. „Wir laden das Publikum ein, die vielen multiversellen Einflüsse mit eigenen Wahrnehmungen sinnlich zu erfassen und zu reflektieren“, so die künstlerische Leitung. Bei der Kuration der Theaterproduktionen legt sie besonderen Wert darauf, das junge Publikum mit gesellschaftlichen Realitäten, Zuständen der Gegenwart und Szenarien der Zukunft zu konfrontieren und zur Reflexion beizutragen.

„Wir müssen die nächste Generation mit ihren Themen, Herausforderungen und Bedürfnissen ernst nehmen. In der Theaterarbeit beschäftigt man sich viel mit der Frage: Wohin gehen wir als Gesellschaft? Wir stellen uns Fragen über die Zukunft. Das junge Publikum verkörpert genau diese Zukunft“, sind sich Landeshauptmann Thomas Stelzer, Julia Ransmayr und Sara Ostertag einig.

Was den Begriff „Junges Publikum“ betrifft, so weist die Festivalleitung darauf hin, daß sie allerdings nicht nur eine altersmäßig abgesteckte Zielgruppe vor Augen hat: SCHÄXPIR macht Theater für alle, und zwar altersunabhängig für alle jung geblie-

benen und neugierigen Geister. So möchte SCHÄXPIR auch weiterhin ein generationsübergreifendes und so heterogenes Publikum wie möglich ansprechen. Immerhin lassen sich in fast allen Stücken Resonanzen mit den jeweils eigenen Lebenswelten finden. Genau das ist Motivation und Ziel ihrer Theaterarbeit.

SCHÄXPIR hat auch schon vor der anstehenden Jubiläumsausgabe Grund, zu feiern. Sara Ostertags Leistungen als Regisseurin wurden im Herbst 2018 bereits zweifach prämiert. Sie erhielt sowohl den renommierten Nestroypreis in der Kategorie „Beste Off-Theater Produktion“ als auch den STELLA-Darstellender.Kunst.Preis für junges Publikum in der Kategorie „Herausragende Produktion für Kinder“. Landeshauptmann Thomas Stelzer gratuliert dazu recht herzlich und freut sich über die geballte Expertise und Umsetzungskraft in der SCHÄXPIR-Leitung. „Wieder ein Beispiel für großartige weibliche Führungskräfte, die so viel Wertvolles für die kulturelle Diversität der Region beitragen“, so Oberösterreichs Landeshauptmann. ■

<http://www.schaexpir.at>

<http://www.land-oberoesterreich.gv.at>

Thomas Spitzer Rockomix ein Leben lang!

Das Karikaturmuseum Krems präsentiert die größte und umfassendste Ausstellung über das zeichnerische Werk von dem Musiker, studiertem Grafiker und EAV-Urgestein Thomas Spitzer. Von 9. Dezember 2018 bis 10. Feber 2019.



© Thomas Spitzer

Thomas Spitzer, EAV Figuren

Das Karikaturmuseum Krems widmet dem Universalgenie der EAV die Ausstellung „Thomas Spitzer – Rockomix ein Leben lang!“ und zeigt seine genialen Karikaturen und Zeichnungen. Mit rund 200 Kunstwerken aus den vergangenen 50 Jahren zeigt erstmals das Karikaturmuseum Krems die größte Retrospektive in Österreich. Thomas Spitzers Karikaturen zeigen die weniger bekannte Seite des Künstlers. Sie sind wortgewaltig, pointiert und manchmal polarisierend. Spitzer selbst sieht seine Kunst und den „Humor als Rettungsboot im Meer des Elends. Ich kann die Welt nicht ändern, aber ich kann das aktuelle Geschehen mit meinen Mitteln reflektieren.“

Zur Ausstellung

Das Karikaturmuseum Krems zeigt eine wenig bekannte, aber umso aufregendere

Seite des Allrounders: Thomas Spitzer als Zeichner, Maler und Multimedia-Künstler. Sein Œuvre erstreckt sich von satirischen Zeichnungen und Cartoons, über ein buntes Rocktheater („Rockomix“) und Trickfilm, bis zu Landschaftszeichnungen, Gemälden und großformatigen Comics – entstanden in seiner Wahlheimat Kenia.

Nicht nur die Bühnenbilder und EAV-Comics stehen im Fokus der Ausstellung, sondern auch die frühen Werke Spitzers. Angefangen bei den Cowboy Comics, die im Stil stark an die frühen Zeichnungen von Manfred Deix erinnern, über die Grafiken aus einer Studienzeit, bis hin zu aktuellen politischen Karikaturen und großformatige Collagen aus Kenia. Die Zeichnungen aus seiner Studienzeit und die damit verbundene Stilsuche Spitzers sind besondere Highlights der Ausstellung, da viele Stil-Parallelen

österreichischer Karikaturisten zu erkennen sind.

Für EAV-Fans bietet die Ausstellung unter anderem selten gezeigte Skizzen der Bühnenoutfits und Show-Kulissen. Auch die bekannten EAV-Maskottchen, der Nasenbär Neppomuk und der charmante Pinguin stammen aus der Feder von Thomas Spitzer.

Sternstunden österr. Satiregeschichte

Thomas Spitzer ist das letzte verbliebene Gründungsmitglied der EAV, der nach wie vor hinter den Kulissen die Fäden zieht. Darüber hinaus gestaltete der studierte Grafiker seit 1977 nicht nur die Artworks der meisten Alben mit Comics und Karikaturen, sondern entwarf auch die Bühnenbilder, Show-Konzepte und große Teile der Musikvideos.

Gottfried Gusenbauer, Kurator und Direktor des Karikaturmuseum Krems, über

den Künstler: „Thomas Spitzer ist ein scharfer Kritiker unserer Gesellschaft. Seine Texte sind gekonnt im Rock verpackt, entfalten ihre politische Kraft und sind unglaublich witzig. Sie zählen zu den Sternstunden österreichischer Satiregeschichte.“ Auch Co-Kuratorin Nora Tietz weist auf den „unvergleichlichen Wortwitz von Spitzers Texten und Comics“ hin.

Tief in der Sahara – auf einem Dromedara

Mit seinem eigenen Wortspiel und Weltbild sowie der Freude an neuen Wort-schöpfungen schüttel-reimt und übertreibt er ohne sich thematisch je Grenzen zu setzen. Von

den sozial-kritischen Werken, den Kabarett-Zwischenstücken, den Nonsens-Nummern und den Oden an Anti-Held Franz bis hin zu ernstern, nachdenklichen (Liebes-)Balladen, ist fast alles mit der EAV veröffentlicht worden.

„Es ist Samstagabend und die Dinge stehen schlecht...“

„Der Kühlschrank ist leer, das Sparschwein auch...“

„Da wär' man gern in ana Pizzeria in Palermo-City...“

Wer kennt sie nicht – die Liedtexte der EAV? Mit dem Maskottchen Neppomuk,

dem rockigen Nasenbär oder dem charmannten Cover-Pinguin zeichnete sich Spitzer in die Herzen der EAV-Fans. Seit mehr als 40 Jahren ist die Erste Allgemeine Verunsicherung nun schon als Band aktiv und als österreichische Institution in der Musikgeschichte nicht mehr wegzudenken. Ob Märchenprinz, Copacabana oder Banküberfall – ihre Hits sind unverkennbar und haben sinnbildlich die Pop-Kultur der 80er-Jahre in Österreich geprägt.

Der oft ironisch-bissige Humor der Texte – und ihrer Interpreten – sorgt für Unterhaltung, vor allem auch bei den Live-Auftritten auf der Bühne, die überdies immer aufwändig und kreativ gestaltet sind. Rund 200 Skizzen, Bühnenbilder und Plattencover der vergangenen Jahre werden bei der Ausstellung gezeigt.

Allerdings ist bei all dem Klamauk auch immer etwas zum Nachdenken mit dabei. Die teils kritischen Texte sind nicht immer und überall auf Freude gestoßen, aber das ist typisch für ihre satirische Kunst – und Kunst ist es, was Thomas Spitzer und die EAV ausmacht.

Über den Künstler

Thomas Harald Spitzer wurde 1953 in Graz geboren. Der Vater animierte den jungen Spitzer früh zum Zeichnen und Malen und förderte durch zahlreiche Verbote sein Talent zur Alleinunterhaltung. Ab 1964 besuchte er das BRG Kepler in Graz. 1966 kam Spitzer in einer Pflegefamilie unter. Zu dieser Zeit freundete er sich mit Gert Steinbäcker(STS) und Walter Hammerl – späterer 1. Conferencier der EAV an. Drei Jahre später starb der Vater, als sein Sohn gerade 16 Jahre alt geworden war.

Das erste Mal kam Thomas Spitzer 1967 bei einem Konzert im Grazer Kammersaal von Casey Jones & the Governors sowie Marianne Faithfull mit Musik in Berührung. Schwer beeindruckt gründete er kurz darauf seine erste Band, die „Intoxicated Earth Oil Company“, bei der Walter Hammerl festes Mitglied wurde und Gert Steinbäcker geleglich mitwirkte. Mit letzterem spielte er ab 1968 in der von ihm gegründeten Band „Mephisto“. Als Autodidakt hatte er schnell das Gitarrenspiel erlernt und wirkte bereits in diesen frühen Jahren als Lead-Gitarrist in den Musikgruppen mit.

Von 1969 bis 1973 machte er eine Ausbildung zum Grafiker an der HTBLVA Graz-Ortweinschule.

1973 mußte Spitzer zum Grundwehrdienst einrücken – die Zeit beim Bundesheer



© Thomas Spitzer

Thomas Spitzer, Fußball

wurde zu einem Schlüsselerlebnis in seinem Leben. Während er dort stationiert war, stellte er rasch fest, daß viele seiner Kameraden nicht über ihre Rechte als Soldaten aufgeklärt waren und viele Übergriffe seitens der Vorgesetzten nicht geahndet wurden. Daraufhin begann er erstmals Comics, Karikaturen und Texte sozialkritischer Natur zu verfassen und gestaltete ein Heft, welches auf humoristische Art den Kameraden das gültige Gesetz erklärte.

Er zog 1974 nach Wien und inskribierte an der Universität für angewandte Kunst. Im Oktober 1976 kam es in Arnfels, in der Galerie Klinger, auf Drängen Gerald Brettschuh, dem Mentor Spitzers, zur ersten Ausstellung. Er „(...) zeigte perfekt durchgearbeitete Karikaturen, die tiefsinning und trotzdem äußerst humorvoll unsere Zeitgenossen „beleuchten“. (Neue Zeit, 04.11.1976)

1977 folgte eine zweite Ausstellung in Feldbach. Bereits da war das Interesse des „Multitalents“ („Kronen Zeitung“ Steiermark, 1977) zweigeteilt. Grund dafür war



Foto: Dominik Beckmann

Thomas Spitzer

die Begegnung mit Nino Holm, der mit Thomas dieselbe Meisterklasse besuchte. Der Schwede lud ihn zu einem Konzert seiner

Band „Antipasta“ ein. Thomas Spitzer zeigte sich wenig begeistert und präsentierte der Band, die ein ähnliches Konzept wie Crosby, Stills, Nash & Young verfolgte, die Musikgruppe seines Jugendfreundes Gert Steinbäcker. Die jungen S.T.S. überzeugten die Musiker der „Antipasta“ ihr Konzept aufgrund ihrer starken Konkurrenz aufzugeben. Thomas Spitzer und Nino Holm entwarfen und vertieften die Idee fortan Musiktheater zu machen. Eik Breit und Anders Stenmo, beide ebenfalls Studenten, sowie der aus der Steiermark von Spitzer einberufene Jugendfreund Walter Hammerl schlossen sich ihnen an. Die „Erste Allgemeine Verunsicherung“ wurde gegründet.

1978 stieg Wilfried für ein Jahr als Sänger der Band ein. Die erste LP „1. allgemeine Verunsicherung“ erschien im Herbst 1978.

1979 gab Spitzer seine Diplomarbeit ab. Er konzentrierte sich in dieser Arbeit auf die EAV als multimediales Projekt und machte damit seinen akademischen Abschluß.

1981 erschien die zweite LP von Spitzer und seinen Kollegen mit den Inhalten des Live-Programms für sie den renommierten „Deutschen Schallplattenkritikerpreis“ erhielten.

1982 wurde an der Berliner Akademie der Künste der „Berliner Wecker“ an die Formation verliehen. Am Ende dieses Programms verließ Gert Steinbäcker 1983 die Erste Allgemeine Verunsicherung, da er sich vermehrt seiner eigenen Band „S.T.S.“ widmen wollte.

Ab 1983 übernahm Klaus Eberhartinger die Hauptstimme der EAV – und führt sie bis heute. Im selben Jahr schrieb und zeichnete



© Thomas Spitzer

Thomas Spitzer, Trump - make cash not war, o. D.

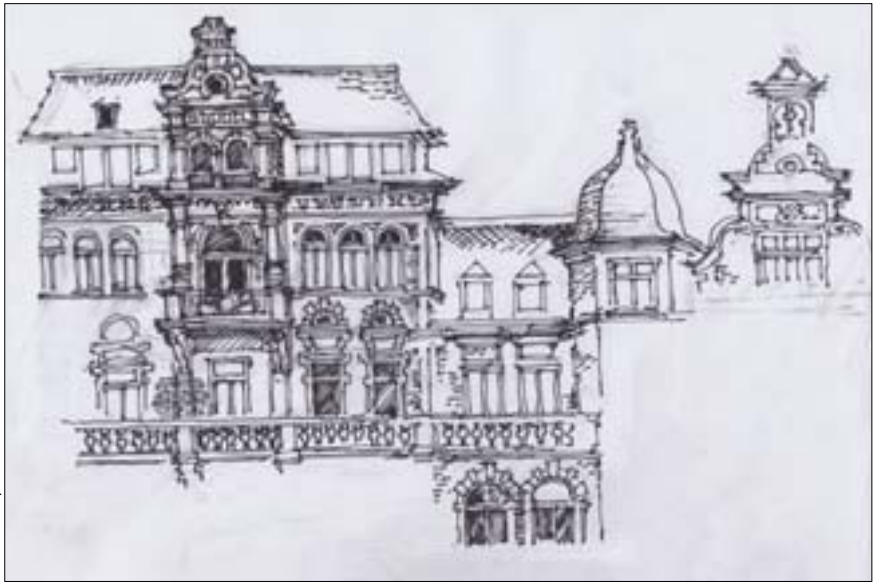
Kultur

Spitzer viel für andere Interpreten, wie für Wilfried, Fezzz oder die KGB. Das Album „Geld oder Leben“ blieb mehr als eineinhalb Jahre in den Top 75 Österreichs und bekam fünf mal Platin in Österreich, einmal Platin in Deutschland und einmal Gold in der Schweiz.

Mit der EAV wurde der kommerzielle Erfolg zur Routine: Auch das 6. Album verkaufte sich bestens und Thomas Spitzers Pro-Feminismus-Song „Küss‘ die Hand“ kletterte sogar in Deutschland bis zum zweiten Platz der Charts. Mittlerweile hingen die Comics und von ihm designten Merchandise-Artikel in jedem Kinderzimmer. Dennoch sorgte das Material von Thomas Spitzer immer wieder für Skandale.

1987 wurde „Burli“ vom Bayrischen Rundfunk auf den Index gesetzt, da die Atomkritik vermutlich absichtlich mit Behindertenfeindlichkeit verwechselt wurde, da zur damaligen Zeit Fakten rund um den Reaktor-Unfall Tschernobyl generell geglättet und geschönt wurde. Auch „s‘ Muater!“, ein kirchenkritischer Song, wurde vom Bayrischen Rundfunk mit einem Spielverbot belegt. 1992 verklagte Jörg Haider Thomas Spitzer wegen Verleumdung (konkret im Song „Erzherzog Jörgel“) und verlor damit seinen ersten Prozeß.

1990 sang Thomas Spitzer seinen, den deutschen Mauerfall skeptisch betrachtenden Song „Es steht ein Haus (in Ostberlin)“. Ab 1991 textete er für Udo Jürgens, den er mehrfach in Portugal und am Zürcher See besuchte, und erarbeitete mit ihm auch eine Kooperation für die EAV („Na Und“).



Thomas Spitzer, Friedrich-Eber-Platz Heidelberg, o. D.

1993 ist er Texter des österreichischen Beitrags zum Eurovision Song Contest mit „Maria Magdalena“, Anfang der 2000er begann er in Kenia wieder zu zeichnen und erstmals auch zu malen.

2005 kam der kommerzielle Erfolg mit dem Jubiläums-Album „100 Jahre EAV“ zurück und in Deutschland wurde wieder die Goldene Schallplatte erreicht. Das Album verblieb über 135 Wochen in den Österreichs-Charts. 2006 wurde ihm und seiner Band erneut die Goldene Stimmgabel verliehen.

2008 waren erstmals seit den 1970ern seine Malereien, Grafiken und Karikaturen im Rahmen einer Ausstellung in Leibnitz zu sehen. Gezeigt wurden Werke aus dem

„Frauenluder“-Zyklus von 1998-2002. Zur Darstellung kenianischer Frauen, abstrakter Selbstbildnisse und Kenia-spezifischen, bis zu 3 x 2 m großen Comics, setzte Spitzer diverse Techniken und Materialien, wie Sand, Erde und Zeitungen ein.

Im Jahr 2010, zum 15. Studioalbum, kündigte Spitzer an, jetzt nur mehr bei neuen Show-Produktionen dabei zu sein.

2018 erscheint zum 40jährigen Bühnenjubiläum das letzte Album der EAV. Im November 2018 erhielt die EAV den österreichischen Kabarettpreis als Ehrenpreis. Im Frühjahr 2019 wird die Abschiedstournee der EAV folgen. ■

<http://www.karikaturmuseum.at/>



Foto: Karikaturmuseum Krenns / Christian Redtenbacher